



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Die Deutschdemokratische Partei in der Steiermark“

Verfasser

Christian Neubacher

Angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 03.05.2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A312

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Geschichte

Betreuer:

a.o. Univ.-Prof. Dr. Lothar Höbelt

Meiner Familie

Inhaltsverzeichnis

Danksagung	9
Vorwort	11
Einleitung	15
Die Notvereinigung	17
Die Gründung der Deutschdemokraten.....	17
Die Programmatik der Deutschdemokraten.....	19
Die Gründung der Deutschdemokraten aus sozialdemokratischer Sicht...	20
Die Sozial- und Berufsstruktur der Deutschdemokraten.....	22
Der Konflikt zwischen Hausbesitzern und Festbesoldeten.....	26
Wirtschaftspolitik: Zentralen, Wasserkraft, Kohlenversorgung.....	29
Die Konkurrenz der Deutschdemokraten im „nationalen Lager“.....	35
Das Wahlergebnis der Wahl vom 16. Februar 1919.....	41
Christlichsoziale und Bauernbund als Rettungsanker	44
Die Deutschdemokraten in der Provisorischen Landesversammlung.....	44
Wutttes Wirtschaftspolitik und die Frage der Zentralen.....	48
Die Implosion der Deutschdemokraten.....	51
Die Nachbeben der Grazer Abspaltungen in den ländlichen Wahlkreisen..	57
Der Einigungsverband für die Grazer Gemeinderatswahl.....	60
Die Finanzierung der bürgerlichen Parteien.....	63
Das Ergebnis der Landtagswahl vom 11. Mai 1919.....	64
Das Ergebnis der Grazer Gemeinderatswahl vom 11. Mai 1919.....	68
Neustart nach dem tiefen Fall	70
Die Gründung der „Großdeutschen Volkspartei für die Steiermark“.....	70
Die Macht der Straße wendet sich gegen die Zentralen.....	75
Wutte über Steuer- und Wirtschaftspolitik.....	80
Wutttes politischer Sturz.....	85

Die Festbesoldeten.....	88
Die Hausbesitzer.....	90
Die Kaufleute und Gewerbetreibenden.....	94
Die Industriellen.....	96
Die Sozialstruktur der steirischen Großdeutschen.....	97
Exkurs: Die Finanzkrise der Stadt Graz.....	98
Das Verhältnis der Großdeutschen zu den Christlichsozialen.....	101
Die Krise der steirischen Landesregierung- Neuwahlen zum Landtag.....	102
Die Gründung der Großdeutschen Volkspartei auf Bundesebene.....	104
Das großdeutsche Personal für die Landtags- und NR- Wahlen 1920.....	107
Die großdeutsche Konkurrenz vor den Landtags- und NR- Wahl 1920....	109
Die Anschlussbewegung im Spiegel der sozialdemokratischen Presse.....	112
Das Ergebnis der Landtags- und NR- Wahlen vom 17. Oktober 1920.....	115
Schlusswort	119
Literaturverzeichnis	125
Abkürzungsverzeichnis.....	127
Zusammenfassung.....	128
Lebenslauf.....	130

Danksagung

Für das Gelingen dieser Arbeit bin ich vor allem a.o. Univ.- Prof. Dr. Lothar Höbelt für die vielen nützlichen Anregungen zu Dank verpflichtet, der mir bei der Gestaltung dieser Diplomarbeit den größtmöglichen Freiraum gewährte. Für ihre Hilfe bei der Recherche danke ich herzlichst Dr. Peter Obersteiner im Landesarchiv Steiermark und Heinz Placz im Österreichischen Staatsarchiv. Dr. Peter Becker hat mir mit dem Hinweis auf ein Computer- Zettelkastensystem die Schreibarbeit wesentlich erleichtert.

Vorwort

Ziel dieser Arbeit ist es einen Überblick zu geben über die Entstehungsgeschichte der Deutschdemokratischen Partei in der Steiermark in den Jahren 1918/19, ihren Zerfall und die anschließende Gründung der Großdeutschen Volkspartei 1920. Breiten Raum finden in dieser Darstellung die divergierenden ökonomischen Interessensgruppen des freiheitlichen Bürgertums. Beamte, Angestellte, Hausbesitzer, Industrielle, Gewerbetreibende und Kaufleute waren eben politisch schwer auf einen Nenner zu bringen und die dadurch verursachten innerparteilichen Konflikte waren das eigentliche Menetekel der Deutschdemokraten.

Die vorliegende Arbeit soll Aufschluss geben über die personellen Weichenstellungen im freiheitlichen Spektrum, die aus dem kaum zu überblickenden Reigen an Parteispaltungen und Partieneugründungen in der Gründungsphase der Ersten Republik resultierten. Es wurde der Versuch unternommen die Tätigkeit der Deutschdemokraten auf den verschiedensten Politikfeldern, sei es auf Landes-, Gemeinde- und Wahlkreisebene und ihren gewerkschaftlichen Vorfeldorganisation zu beschreiben und zu analysieren.

Die thematischen Schwerpunkte bilden die Wahl in die Konstituierende Nationalversammlung 1919, die ersten beiden Landtagswahlen in der Steiermark 1919 und 1920, die erste Nationalratswahl 1920 und die Grazer Gemeinderatswahl im Mai 1919. Das Verhältnis der Deutschdemokraten zu den Sozialdemokraten, den Christlichsozialen und ihren Konkurrenzpartei im sog. „dritten Lager“ wurde ebenfalls näher beleuchtet. Von besonderer Relevanz erweist sich das Verhältnis von Deutschdemokraten und Christlichsozialen, die die Deutschfreiheitlichen als stärkste Partei im steirischen Landtag nach der Provisorischen Landesversammlung ablösten und zukünftig mit Rintelen den Landeshauptmann stellten. Dieser war weit davon entfernt, die im Zusammenbruch begriffenen Deutschdemokraten restlos politisch zu inhalieren, sondern suchte mit ihnen die strategische Zusammenarbeit, um die Sozialdemokraten von einer Regierungstätigkeit fernzuhalten. Wo sich diese Bemühungen als erfolgreich erwiesen und wo sie scheiterten, ist ebenfalls Gegenstand dieser Untersuchung.

Über die politische Biographie des Industriellen Viktor Wutte als deutschdemokratischer Politiker ist bisher nichts bekannt, weshalb es sich lohnt diese näher zu beleuchten. Wutte war als Industrieller Gegenstand heftiger Polemiken von sozialdemokratischer Seite, die Aufschluss geben über den politischen Diskurs zwischen Deutschdemokraten und der organisierten Arbeiterbewegung. Einen besonderen Themenschwerpunkt verdienen die politischen Polemiken zwischen den Parteien allein schon deshalb, weil dadurch sehr viele Hintergrundinformationen ans Licht kommen, die auf manche politischen Ereignisse ein erhellendes Licht werfen.

Als Quellen dienten überwiegend das deutschnationale „Grazer Tagblatt“, die liberale „Tagespost“, der sozialdemokratische „Arbeiterwille“ und das christlichsoziale „Grazer Volksblatt“. Diese Grazer Tageszeitungen bespiegeln sich hinsichtlich der politischen Berichterstattung gegenseitig und liefern deshalb ein facettenreiches Bild der Deutschdemokraten. Im politischen Diskurs dieser Zeit überrascht, hinter dem zahlreich vorhandenen Schleier parteipolitischer Propaganda, die Offenheit, Direktheit und Vehemenz mit denen politische Konflikte artikuliert wurden. Ungeachtet der aus heutiger Sicht zu konstatierenden Fragwürdigkeit vieler politischer Inhalte, gab es damals wenig, was man nicht sagen konnte oder durfte.

Zur Ergänzung der unzähligen Zeitungsartikel und um wichtige Fakten abzugleichen, wurde auf die stenographischen Berichte des steirischen Landtages und des Grazer Gemeinderates zurückgegriffen. Die Arbeit erhebt allein schon durch die Fülle der vorhandenen Primärquellen keinen Anspruch auf Vollständigkeit und unternimmt zum ersten Mal den Versuch die Geschichte der Deutschdemokraten näher unter die Lupe zu nehmen. Bis auf einen Rintelen-Artikel Alfred Ableitingers, der das Thema „Deutschdemokratische Partei“ nur am Rande streift, existierte bisher keine genauere Untersuchung der „Freiheitlichen“ in der Phase des Übergangs von der Monarchie zur Republik. Das ist umso erstaunlicher, als in dieser Phase die fünf Jahrzehnte dauernde Vorherrschaft der Deutschfreiheitlichen im steirischen Landtag und im Grazer Gemeinderat ihr Ende fand. Im Gegensatz zu den Memoiren führender steirischer Sozialdemokraten wie Michael Schacherl oder des Christlichsozialen Jakob Ahrer liegen keine schriftlichen Erinnerungen parteipolitischen Inhalts von Vertretern des damaligen freiheitlichen Establishments vor. Diese Tatsache lässt sich womöglich psychologisch damit erklären, dass die Freiheitlichen damals eben zu den Verlierern des frisch eingeführten Proportionalwahlrechts zählten. Über Jahrzehnte hatte das Bürgertum in den Städten und Märkten seine politischen Privilegien über seinen Vorrang an Besitz, Bildung und Steuerleistung abgeleitet und mit Einführung des Verhältniswahlrechtes standen sie der Herausforderung durch die Massenparteien der Sozialdemokraten und Christlichsozialen gegenüber.

Als zweiter Faktor, weshalb keine Memoiren vorliegen, kommt womöglich in Betracht, dass nach der relativ kurzen Phase der Ersten Republik zwei autoritäre bzw. totalitäre Regime folgten, in denen das Interesse an den unzähligen Parteispaltungen bürgerlicher Honoratioren eher gering ausfiel. Einer notwendigen generationsspezifischen Differenzierung wegen, sei darauf verwiesen, dass der Großteil der deutschdemokratischen Führungsfiguren einer zeitlich anderen politischen Sozialisation in der Habsburgermonarchie unterlag als die Protagonisten des österreichischen Nationalsozialismus, der erst 1932- 34 zum Durchbruch kam.¹

¹ Der Gründer der Deutschdemokraten Mag. Adolf Fizia wurde 1873 in Breitenwang in Tirol geboren und starb

Es handelt sich bei dieser Diplomarbeit also im Wesentlichen um einen Beitrag zur Entstehungsgeschichte der Großdeutschen Volkspartei, jener bürgerlich- freiheitlichen Standardpartei, die 1920 durch Zusammenschluss von 17 deutschnationalen Gruppierungen entstand und von 1922 bis Anfang 1932 mit den Christlichsozialen auf Bundesebene koalierte.

1932 in Judendorf bei Graz. Viktor Wutte (geb. 1881/ gest. 1962), Rudolf Hübler (geb. 1886, gest. 1965), August Einspinner (geb. 1870, gest. 1927), Wilhelm Kaan (geb. 1865, gest. 1945). Lediglich der Deutschdemokrat Hanns Albin Rauter (geb. 1895, hingerichtet 1949) fällt nicht in dieses Schema. Rauter war Höherer SS- und Polizeiführer in den besetzten Niederlanden.

Einleitung

Im Herbst 1918 setzte auf dem Gebiet des heutigen Österreich neben einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage auch ein starker Autoritätsverlust der staatlichen Behörden ein.

Die Zentralstellen in Wien überließen den einzelnen Ländern den Einkauf von Kartoffeln, was nur als Bankrott der zentralistischen Lebensmittelbewirtschaftung gedeutet werden konnte.²

Im Angesicht einer bevorstehenden Hungersnot kamen sich Mitte Oktober 1918 die Vertreter der steirischen Industrie und der Arbeiterschaft einander näher. Dr. Jendl, Dr. Weidenhoffer, Dr. Kranz und Dr. Wutte berieten als Vertreter der steirischen Industrie mit den Sozialdemokraten Dr. Eisler und Reinhard Machold über ein eigenständiges Vorgehen des Landes Steiermark im Falle eines Versagens der Staatsgewalt. Weitere Themenschwerpunkte waren der Tausch von steirischen Industrieerzeugnissen gegen Lebensmittel aus anderen Kronländern und die sofortige Übernahme der Landesverwaltung.³

Beide Verhandlungspartner einigten sich auf die Einberufung eines 24-köpfigen Wohlfahrtsausschusses und eines 12-köpfigen Exekutivkomitees, welches die bisherige Landesverwaltung übernehmen sollte. In der steirischen Presse fand diese demonstrative Bereitschaft zur Selbsthilfe breite Zustimmung. Der steirische Wohlfahrtsausschuss konstituierte sich am 20. Oktober 1918 im Hotel „Erzherzog Johann“ in Graz. An der Spitze des neugegründeten Wohlfahrtsausschusses standen der Deutschnationale Dr. Kranz und der Sozialdemokrat Dr. Eisler. Kranz, Weidenhoffer, der Sekretär des Bundes der Industriellen und Machold sprachen in der Folge bei Statthalter Clary vor, um ihn zu bewegen Wutte und Eisler mit der Landesverwaltung und den wichtigen Ernährungsagenden zu betrauen.⁴

Als Clary den Delegierten des Wohlfahrtsausschusses den umstürzenden Charakter dieser Forderung vor Augen führte, informierten ihn diese darüber, dass sie beabsichtigten Ministerpräsident Hussarek in diesen Vorgang einzubeziehen. Damit sollte der Anschein von Legalität gewahrt werden. Eine Abordnung des Exekutivkomitees des Wohlfahrtsausschusses überbrachte Hussarek einige Tage später eine Denkschrift, die die Zustimmung zum Rücktritt des Statthalters und des Vizepräsidenten Graf Stürgkh forderte, sowie die Übergabe aller Zuständigkeitsbereiche der Statthalterei an die steirischen Wirtschaftskommissare Wutte und Eisler.⁵ Nach längeren Verhandlungen stimmte man in Wien den Forderungen des Wohlfahrtsaus-

² Robert *Hinteregger*, Graz zwischen Wohlfahrtsausschuss und Räteherrschaft. In: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz. Bd. 7/8 (Graz 1975) 217. Im Folgenden zit. als *Hinteregger*, Graz zwischen Wohlfahrtsausschuss und Räteherrschaft.

³ Ebenda, 218.

⁴ Ebenda, 219.

⁵ Ebenda, 220.

schusses vollinhaltlich zu und Dr. Wutte und Dr. Eisler wurden per Dekret vom 26. Oktober 1918 offiziell zu Wirtschaftskommissaren ernannt. Clary und Stürgkh versuchten zwischenzeitlich noch eine Übereinkunft mit dem Wohlfahrtsausschuss zu erzielen und traten zurück, als dieses Unterfangen scheiterte. Damit war der Weg frei für eine „Verlängerung der Behördenapparate“, die den bisherigen Zentralismus ablöste.⁶ Wutte und Eisler waren dem wirtschaftlichen und politischen Beamtenapparat der Statthalterei übergeordnet und bedienten sich des Wohlfahrtsausschusses als Beratungsgremium. An die Wirtschaftskommissare ergingen direkt alle Verordnungen und Verfügungen der Wiener Zentralregierung und der Kriegswirtschaftszentralen.⁷

Ein zentrales Anliegen des Wohlfahrtsausschusses war die Versorgung der Steiermark mit Lebensmitteln, die zum großen Teil aus dem südslawischen Gebiet herbeigeschafft werden mussten. Industriegüter wurden auf seine Initiative hin nur mehr für Nahrungsmittel als Gegenleistung exportiert, womit die Ernährungssituation in der Steiermark verbessert werden konnte.⁸ Es zeichnete sich aber schon bald ab, dass der Wohlfahrtsausschuss nur eine Übergangslösung darstellte. Seine personelle Zusammensetzung war im Grunde ungenügend, da die Christlichsozialen nicht ihrer tatsächlichen Stärke nach vertreten waren.⁹ Die ungenügende Regelung der Kompetenzen des Wohlfahrtsausschusses sowie die Notwendigkeit einer breiteren Einbindung aller wichtigen politischen Parteien in der Steiermark führte schließlich zur Einberufung der Provisorischen Landesversammlung. Es wurde festgelegt, dass jedes der drei großen politischen Lager in der Provisorischen Landesversammlung mit 20 Abgeordneten vertreten sein sollte. Die Abgeordneten wurden von ihren Parteien nominiert, was damals als demokratischer galt, als auf die Mitglieder des letzten gewählten Kurien- Landtages von 1909 zurückzugreifen.¹⁰ In der ersten Sitzung der Provisorischen Landesversammlung am 6. November 1918 erklärte das Land Steiermark seinen Beitritt zum neugegründeten Staat Deutschösterreich. In den zwölfköpfigen Landesauschuss wurden gewählt: Dr. Ahrer, Dr. Rintelen, Franz Hagenhofer und Schoiswohl als Vertreter der Christlichsozialen, die mit Ausnahme Hagenhofers im Wohlfahrtsausschuss nicht vertreten gewesen waren, Einspinner, Dr. Gargit-

⁶ Alfred *Ableitinger*, Die Erste Republik- Erinnerung und Erfahrung. In: Alfred *Ableitinger*, Herwig *Hösele*, Wolfgang *Mantl* (Hg.), Die Landeshauptleute der Steiermark (Graz-Wien-Köln 2000) 14. Im Folgenden zit. als *Ableitinger*, Die Erste Republik.

⁷ *Hinteregger*, Graz zwischen Wohlfahrtsausschuss und Räteherrschaft, 222.

⁸ Ebenda, 223.

⁹ Ebenda, 226. Die deutschnationalen Mitglieder des Wohlfahrtsausschusses waren der Reichsratsabgeordnete August Einspinner, der Grazer Bürgermeister Mag. Adolf Fizia, der Judenburger Bürgermeister Rudolf von Foest, der Grazer Bürgermeisterstellvertreter Dr. Eduard Gargitter, der Reichsratsabgeordnete und Landesauschussbeisitzer Dr. Paul Hofmann von Wellenhof, der Landesauschussbesitzer Dr. Wilhelm Edler von Kaan, der Vizepräsident der Landwirtschaftsgesellschaft Dr. Erich Klusemann, Dr. Ludwig Kranz, Südbahninspektor Hans Wallner, Chefredakteur Dr. Robert Withalm und Dr. Viktor Wutte.

¹⁰ *Ableitinger*, Die Erste Republik, 15.

ter, Dr. Edler von Kaan und Dr. Wutte für die Deutschnationalen und Dr. Eisler, Dr. Schacherl, Pongratz und Resel für die Sozialdemokraten. Die Wirtschaftskommissare Wutte und Eisler wurden also auch in den Landesausschuss übernommen.¹¹ In der Folge wählte der Landesausschuss aus seiner Mitte einstimmig den früheren Landesausschussbeisitzer und Rechtsanwalt Dr. Wilhelm Edler von Kaan zum Landeshauptmann und Dr. Anton Rintelen, der vorher politisch nicht in Erscheinung getreten war, und Pongratz zu seinen Stellvertretern.¹² In der Hektik der neuen Situation hatte man allerdings übersehen, dass die Art und Weise der Wahl nicht in Übereinstimmung mit dem Gesetz betreffend die „Übernahme der Staatsgewalt in den Ländern“ vom 14. November 1918 stand, weshalb sie in der zweiten Sitzung der Landesversammlung wiederholt werden musste.¹³ Wilhelm von Kaan wurde als eine Art Kompromisslösung zum Landeshauptmann gewählt, weil er aufgrund seines Rufes als Ehrenmann ausgleichend zwischen den politischen Lagern wirkte. Bezeichnend ist allerdings, dass er schon in seiner Antrittsrede von gesundheitlichen Problemen sprach und Zweifel äußerte, ob er den Anforderungen des Amtes standhalten werde.¹⁴

Die Notvereinigung

Die Gründung der Deutschdemokraten

Nach dem Zerfall der Monarchie erkannten die tonangebenden Vertreter der Deutschfreiheitlichen in der Steiermark die Notwendigkeit, durch den Akt einer Parteineugründung, nach außen hin einen symbolischen Schlussstrich unter ihre Rolle als Regierungspartei des alten Österreich im Weltkrieg zu ziehen. Am 29. November 1918 wurde die „Deutschdemokratische Partei für Steiermark“ in einer Versammlung des „vorbereitenden Ausschusses“ durch einen einstimmigen Beschluss für gegründet erklärt.

In Bezug auf den Parteinamen wurde eine Anleihe an die wenige Wochen zuvor erfolgte

¹¹ Stenographisches Protokoll über die 1. Sitzung der steiermärkischen provisorischen Landesversammlung am 6. November 1918, 6.

¹² Der Großvater Wilhelm von Kaans, der aus jüdischer Familie stammende Handelsmann Moises Kaan, war aus Ungarn nach Iglau in Böhmen eingewandert und mit seiner Familie 1825 zum Katholizismus konvertiert. Ab 1905 war Dr. Wilhelm von Kaan Mitglied des Grazer Gemeinderates und ab 1908 Abgeordneter im steiermärkischen Landtag. Hannes P. *Naschenweng*, *Die Landeshauptleute der Steiermark 1236- 2002* (Graz 2002) 195-196.

¹³ Stenographischer Bericht über die 2. Sitzung der provisorischen Landesversammlung am 2. Dezember 1918, 11.

¹⁴ Stenographisches Protokoll über die 1. Sitzung der steiermärkischen provisorischen Landesversammlung am 6. November 1918, 7. Wilhelm von Kaan hatte als Mitglied einer Studentenverbindung bei einem Duell ein Auge verloren und trug seitdem ein Glasauge. Über seinen Vorgänger, den Grafen Attems urteilte Dr. von Kaan: „Nur zwei Eigenschaften dieses seltenen Mannes möchte ich hervorheben. Es ist die eiserne ans übermenschliche grenzende Pflichttreue und Arbeitskraft und andererseits die seltene, geradezu antike Reinheit des Charakters (Zustimmungsrufe), welche bei Freund und Feind, bei Parteigenossen und Gegnern das gleiche Gefühl innigster Verehrung wachgerufen hat.“

Gründung der Deutschen Demokratischen Partei in Berlin genommen, eine Namenswahl, die zu dieser Zeit auch in Kärnten schon imitiert worden war.¹⁵

Es folgte die Einsetzung eines „vorläufigen Arbeitsausschusses“, dem, bis zur Wahl einer personell breiter gefächerten Landesparteileitung, der Grazer Bürgermeister Adolf Fizia als Obmann vorstand und dessen Aufgabe darin bestand, ein umfassendes wirtschaftliches und politisches Programm auszuarbeiten.¹⁶ Fizias drei Obmannstellvertreter waren der Landesrat Dr. Eduard Gargitter (zu dieser Zeit auch erster Bürgermeisterstellvertreter in Graz), seine Frau Ada Fizia und der Grazer Gemeinderat und Privatbeamte (Angestellte) Alexander Ditzler.

Die Deutschdemokraten waren eine Grazer Gründung und somit verwundert es kaum, dass sich im provisorischen Leitungsgremium der neuen Partei die deutschfreiheitliche Führungsriege der Landeshauptstadt wiederfand. So übten das Amt des Schriftführers der Grazer Rechtsanwalt und Hausbesitzer Dr. Kammerlander und der Grazer Gemeinderat, Fachlehrer Roman Herz aus. Als Beiräte fungierten neben den Vertretern der Grazer deutschfreiheitlichen Presse u.a. der Gymnasialprofessor GR Dr. Bienert, der Landesunterbeamte GR Gaisbacher, der Obmann des Vereines der Hausbesitzer, GR Armin Schoklitsch, Landesamtsrat GR Hans Schüller und der erfahrene Gewerbepolitiker August Einspinner. Der spätere steirische Landbund- Politiker Dr. Erich Klusemann befand sich ebenfalls unter den Gründungsmitgliedern der Deutschdemokraten.¹⁷

Infolge der nahenden Wahl zur Konstituierenden Nationalversammlung setzte sogleich eine rege Versammlungstätigkeit ein, durch die die bürgerlichen Schichten und Interessengruppen zum Anschluss an die Deutschdemokraten bewogen werden sollten. So befürwortete eine Versammlung der Festbesoldeten, bei der Dr. Gargitter und Amtsrat Schüller die neue Partei bewarben, den Anschluss an diese nur unter der Bedingung, dass die Beamten zahlenmäßig entsprechende Repräsentation finden.¹⁸ In Hinblick auf das neue demokratische Wahlrecht

¹⁵ Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 28, Nr. 330 (1. Dezember 1918) 1.

¹⁶ Der Apotheker Mag. Adolf Fizia wurde auf Vorschlag des Bürgerklubs am 12. Dezember 1917 mit 46 von 47 abgegebenen Stimmen im Grazer Gemeinderat zum Bürgermeister von Graz gewählt. Das neugeschaffene Amt des dritten Vizebürgermeisters bekleidete der Architekt Franz Staerk, der zuvor den Alldeutschen angehörte, dann aber dem Bürgerverein beigetreten war. Vgl. Grazer Volksblatt (Morgenausgabe, 2. Auflage) Jg. 50, Nr. 857 (13. Dezember 1917) 3.

¹⁷ Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 28, Nr.330 (1. Dezember 1918) 1.

¹⁸ Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 28, Nr. 332 (3. Dezember 1918) 6. Die Festbesoldeten bildeten eine eigenständige Partei im Gemeinderat unter ihrem Obmann Dr. Gargitter, der zuvor auch Obmann des Bürgerklubs gewesen war. Einen Überblick über die Sitzordnung im Gemeinderat gab das Grazer Volksblatt: „Im im rechten Block sitzen die Sozialdemokraten, im mittleren die Festbesoldeten, im linken die Bürgerpartei; die drei Christlichsozialen Englhofer, Fischer und Hopfwieser sitzen in der obersten Bank des mittleren Blocks, anschließend an die Festbesoldeten.“ Vgl. Grazer Volksblatt (Morgenausgabe, 2. Auflage) Jg. 50, Nr. 842 (6. Dezember 1917) 4.

bemühten sich auch die kleineren Parteien des „nationalen Lagers“ um eine Zusammenarbeit mit den Deutschdemokraten. Die Landesparteileitungen der Deutschradikalen und der Alldeutschen in der Steiermark nahmen zur bevorstehenden Parlamentswahl Stellung und empfahlen ihren Mitgliedern und Wählern die Unterstützung der Deutschdemokratischen Partei.¹⁹ Beide Gruppierungen waren aber nicht gewillt ihre eigenständigen Organisationen aufzugeben. Am 5. Jänner 1919 kam es schließlich im Redoutensaal des Grazer Schauspielhauses zum Gründungsparteitag der steirischen Deutschdemokraten, auf dem Bürgermeister Fizia zum Parteiobmann gewählt wurde. Daneben kam eine Parteileitung für die Steiermark zustande.²⁰ Fizia betonte in seiner Parteitagsrede, dass der Mittelstand vor der Existenzfrage stehe und als politischer Faktor verschwinde, „wenn er [...] nicht einig und geschlossen vorgeht“. Die Forderung nach der „Erhaltung des geschlossenen Sprachgebietes in seiner natürlichen Grenze“ war ein weiterer wichtiger Bestandteil von Fizias Rede, die sich nicht nur auf die Steiermark allein bezog und er erachtete es als zweckmäßig, die Nationalräte für das von General Majster besetzte Gebiet im Falle von Wahlbehinderungen vorläufig zu ernennen.²¹

Die Programmatik der Deutschdemokraten

Da in der Grazer deutschfreiheitlichen Tagespresse kein Parteiprogramm abgedruckt wurde, waren für die politischen Beobachter die Parteitagsreden von großem Interesse.

Die Programmrede wurde von Dr. Paul Ritter von Kaiserfeld gehalten, der in den „russischen Zuständen“ und dem „Terror der Spartacusleute“ die Weltanschauung der Sozialdemokratie in „Reinkultur“ verwirklicht sah. Demgegenüber zeichnete er das bedrohliche Bild der „schwärzeste[n] Reaktion“. Dr. von Kaiserfeld betonte die Deutschdemokraten seien „Freunde der Religion“ – die Aussage, dass die Religion eine hohe sittliche Bedeutung für das Volk und daher auch für den Staat habe, blieb jedoch nicht unwidersprochen.²²

Das Publikum am Gründungsparteitag beherrschte eine unverkennbar antiklerikale Stimmung. Sie passte nicht mehr ganz zur veränderten politischen Situation, in der –wie Fizia in seiner Rede zuvor dargelegt hatte– „eine bürgerliche Regierung angestrebt werden [müsse; C.N.]“, um zu verhindern, dass eine sozialistische „an die Spitze der deutschösterreichischen Republik gelangt“. Die treibenden Motive die zersplitterten bürgerlichen Kräfte in einer Partei zu

¹⁹ Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 28, Nr. 357 (29. Dezember 1918) 4.

²⁰ Eine Liste der in den verschiedenen Bezirken und Orten in die Parteileitung gewählten Personen befindet sich im Anhang. Vgl. Tagespost (Abendblatt) Jg. 64, Nr. 6 (7. Jänner 1919) 5.

²¹ Landeshauptmann von Kaan ließ sich von Fizia auf dem Parteitag entschuldigen, weil er an diesem Tag wegen der Reise nach Marburg in einer Geisellangelegenheit verhindert war. Vgl. Tagespost (Abendblatt) Jg. 64, Nr. 6 (7. Jänner 1919) 4.

²² Tagespost (Abendblatt) Jg. 64, Nr. 6 (7. Jänner 1919) 4.

vereinen, waren für Kaiserfeld die Verteidigung des Privateigentums gegenüber dem stärker werdenden „Kommunismus“ auf der einen, und die Befürchtung eines Anwachsens des politischen Katholizismus auf der anderen Seite. Sein Diktum von den „Sklaven“ der „fremden römischen Weltanschauung“ sollte ihm dabei eine große negative Resonanz in der christlich-sozialen Presse einbringen.²³

Die Deutschdemokratische Partei bekannte sich zur Staatsform der demokratischen Republik. Jeder Versuch diese Staatsform von monarchistischer oder sozialistischer Seite zu stürzen, so wurde erklärt, werde mit aller Entschiedenheit bekämpft. Das politische und wirtschaftliche Ideal sahen die Deutschdemokraten in der „Vereinigung aller Deutschen Mitteleuropas“ und zu den außenpolitischen Grundsätzen hieß es: „Wir sind uns aber auch darüber klar, daß wir mit den neuentstehenden Nationalstaaten auf dem alten Boden der früheren Monarchie in gute Beziehungen treten müssen, weil wir schon durch die geographische Lage und durch die bisherigen Wirtschaftsbeziehungen so aufeinander angewiesen sind, daß wir zwar als gute Nachbarn ein erträgliches Auskommen finden können, als Feinde aber uns gegenseitig wirtschaftlich schwächen, um nicht zu sagen, vernichten würden.“²⁴ Innenpolitisch forderte Kaiserfeld eine Vereinfachung der Staatsverwaltung, die Errichtung einer staatlichen Einheitsschule, die Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel, die Freiheit der Forschung und Wissenschaft, die „Hebung“ der Industrie, des Handels und des Gewerbes. Der Teuerung trat man mit der Forderung nach Einführung einer Vermögenszuwachssteuer auf alle Kriegsgewinne, einer einmaligen Vermögensabgabe und dem Ausbau der Einkommenssteuer entgegen. Obwohl Kaiserfeld in seiner Programmrede mit Antisemitismus nicht sparte und die Forderung erhob: „Der semitische Geist, der zahlreiche Zweige der Produktion und des Handels beherrscht, muss ausgerottet werden“, wünschte sich Rechtsanwalt Dr. Tomschegg aus Deutschlandsberg als Vertreter der Weststeiermark anschließend eine stärkere Betonung der „Judenfrage“.²⁵

Die Gründung der Deutschdemokraten aus sozialdemokratischer Sicht

Die Reaktion der Sozialdemokraten auf die Gründung der Deutschdemokraten ließ an Deutlichkeit nichts vermissen. Für den „Arbeiterwille“, dem Zentralorgan der steierischen Soziali-

²³ Tagespost (Abendblatt) Jg. 64, Nr. 6 (7. Jänner 1919) 4 ; Grazer Volksblatt (Morgenblatt) Jg. 52, Nr. 39 (25. Jänner 1919) 1. Das Grazer Volksblatt fragte rhetorisch ganz geschickt, ob Kaiserfeld mit der „uns fremden römischen Weltanschauung“ auch die zehn Gebote meine. Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, dass die Christlichsozialen die Deutschdemokraten in Hinsicht auf den Antisemitismus versuchten zu übertrumpfen, wenn sie erklärten, die Gefahr der „römischen Weltanschauung“ existiere „nur in den von der jüdischen Presse verwirrten Köpfen“.

²⁴ Tagespost (Abendblatt) Jg. 64, Nr. 6 (7. Jänner 1919) 4.

²⁵ Ebenda, 4.

demokratie, war von vornherein klar, dass es sich bei der Bezeichnung „Deutschdemokratische Partei“, um eine rein kosmetische Namensänderung handelte: „Unter ihren früheren verschiedenen alten Parteinamen wollen sie [die Deutschdemokraten; C.N.] nicht mehr in den Wahlkampf ziehen, weil sie wissen, daß deren Schilder, insbesondere durch die Politik, welche die Deutschnationalen während des Krieges betrieben haben, bei der Bevölkerung in Mißkredit geraten sind und keinen Anklang haben“.²⁶

Reichlich ungewöhnlich in einer Zeit des raschen gesellschaftlichen und politischen Umbruchs und ohne vergleichbares Gegenbeispiel in der christlichsozialen Presse, erteilten die Sozialdemokraten im „Arbeiterwille“ ihren Lesern eine Lektion in der Geschichte ihrer deutschfreiheitlichen Widersacher: „Für den Uneingeweihten ist es vielleicht nicht unangebracht, die Entstehungsgeschichte dieser „Partei“ in die Erinnerung zurückzurufen. Sie beginnt mit dem Jahre 1914. Bis dorthin saßen Hausherrn und Beamte, Advokaten und Greisler, Fleischselcher und Lehrer mehr oder weniger friedlich in einem Klub beisammen, dessen Hauptaufgabe darin bestand, die Sozialdemokraten im Gemeinderate auf Leben und Tod zu bekämpfen. Bekanntlich wurde damals Gen. Ausobsky zum ersten Male zum Bürgermeisterstellvertreter gewählt. Er wurde dadurch zum unfreiwilligen Geburtshelfer der Partei, die sich heute deutschdemokratisch nennt. Jene Herren, deren politische Qualitäten im krassen Mißverhältnis zu ihrer Selbstüberhebung standen, konnten es nämlich nicht über sich bringen, in einem Klub mit Leuten [Pecchio und Marsch; C.N.] beisammen zu bleiben, die einen roten Sozialisten zum Bürgermeister gewählt hatten. Sie gründeten den berühmten Bürgerverein, der seinen Sitz in dem gleichen Lokale aufschlug, das heute die Deutschdemokratische Partei beherbergt. Diese Partei ist nämlich das neue Firmenschild des alten Bürgervereines.“²⁷

Die Sozialdemokraten spielten damit auf die Umstände der Sistierung des Grazer Gemeinderates im Jahre 1914 an, die dazu führten, dass bis ins Jahr 1917 die lokale Selbstverwaltung der Stadt außer Kraft gesetzt wurde. GR Anton Marsch und GR Major von Pecchio wurden in diesem Zusammenhang über Intervention der Christlichsozialen im Reichsrat zur Niederlegung ihrer Gemeinderatsmandate veranlasst.²⁸ Die Sozialdemokraten sahen im „Grazer Bürgerverein“, die maßgebliche Triebfeder hinter der Sistierung, „da sie [die Vertreter des Bürgervereines; C.N.] zu den intimsten politischen Freunden des Grafen Stürgkh zählten.“²⁹

Zwischen den Gemeinderatsquerelen der Vorkriegszeit und dem Zerfall der Monarchie war immerhin eine Menge geschehen, doch die personelle Kontinuität zwischen den maßgebli-

²⁶ Arbeiterwille, Jg. 29, Nr. 355 (29. Dezember 1918) 8.

²⁷ Arbeiterwille, Jg. 30, Nr. 8 (9. Jänner 1919) 1.

²⁸ Amtsblatt der landesfürstlichen Hauptstadt Graz (XVIII. Jg, 1914) Nr. 8 (20. März 1914) 140- 141.

²⁹ Arbeiterwille, Jg. 30, Nr. 8 (9. Jänner 1919) 1.

chen Vertretern des Bürgervereines und den Deutschdemokraten war für die Sozialdemokraten offensichtlich. Kaiserfelds Bekenntnis zur Staatsform der demokratischen Republik mutete für die Sozialdemokraten wie Hohn an, denn obwohl Kaiserfeld dem Gemeinderat im Jahre 1914 nicht mehr angehörte, war er für sie einer der „Hauptmacher“ des Bürgervereines, der ihn mit seinem persönlichen Freund Dr. Kammerlander „organisiert und dirigiert“ habe.³⁰ Als Hausbesitzer waren beide dazu noch für die Sozialdemokraten ein Feindbild par excellence. Die Wandlung der Deutschdemokraten zu überzeugten Demokraten war nach Ansicht des „Arbeiterwille“ nur durch die politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen des Weltkrieges erfolgt.

Die Sozial- und Berufsstruktur der Deutschdemokraten

Die Deutschdemokraten stellten für alle vier steirischen Wahlkreise ihre Kandidatenlisten auf und hielten während des gesamten Wahlkampfes eine beachtliche Zahl von Wählerversammlungen ab. Auf diesen Veranstaltungen wurde neben den programmatischen Zielen der Partei heftig über die Rolle der Zentralen, die Ursachen des Weltkrieges, die untersteirische Frage, die Kriegsgewinnler, die Preistreiberei, den Anschluss an Deutschland, den Kulturkampf, die „jüdische Korruption“, den Kohlenmangel, die soziale und wirtschaftliche Lage ihrer Kernklientel und die Wahlagitation der anderen Parteien diskutiert. Die breiteste Berichterstattung in der deutschnationalen Grazer Tagespresse wurde dem Industriellen und Listenersten im Wahlkreis „Graz und Umgebung“ Dr. Viktor Wutte zuteil. Dieser gab sich auf den Wählerversammlungen als sachlich argumentierenden Wirtschaftsfachmann, der, frei von Polemik, Lösungen für die wirtschaftliche Misere anbot. Den Vertretern der Kaufleute präsentierte sich Wutte als besonders nahestehend, da er die Handelsakademie besuchte, als Bankbeamter gearbeitet und das Doktorat der Rechtswissenschaften abgeschlossen hatte.

Wutte wurde als Industrieller zu einem besonderen Feindbild der Sozialdemokraten. So titelte der „Arbeiterwille“ einen Tag vor der Wahl zur Nationalversammlung: „Mehr als 12 Juden speisen den Wahlfonds der Deutschdemokratischen Partei“ und veröffentlichte ein vertrauliches Rundschreiben, welches von der Sektion Steiermark des Reichsverbandes der österreichischen Industrie an alle ihre (jüdischen und christlichen) Mitglieder, Aktiengesellschaften und Fabrikanten verschickt wurde. Darin wurden die Mitglieder gebeten für den Wahlfonds der Deutschdemokraten zu spenden und zur Unterstützung der zwei Industriellen-Spitzenkandidaten Wutte und Alois Dengg aufgerufen. Unterzeichnet war dieses Schreiben von Kranz und dem Sekretär des Reichsverbandes der österreichischen Industrie, dem

³⁰ Arbeiterwille, Jg. 30, Nr. 8 (9. Jänner 1919) 1.

deutschdemokratischen Grazer Gemeinderat Dr. Emmanuel Weidenhoffer.

Im Leitartikel „Wutte der Judenfeind!“ agitierte der „Arbeiterwille“ unter einem antikapitalistischen Aspekt gegen den „angeblichen Antisemitismus“ der Deutschdemokraten und stellte ihn als eine Art Verschleierungsideologie oder populistisches Mittel zur Wählermobilisierung bloß.³¹ Auf die Angriffe des „Arbeiterwille“ gegen Dr. Wutte reagierte das „Grazer Tagblatt“ prompt: „Daß der „Arbeiterwille“ seit einiger Zeit gezwungen ist, an die Judenfrage zu rühren, verrät den eigenen Unmut der Roten über die Judenwirtschaft bei ihrer Partei. Die Sozialdemokraten sind freilich außerstande, die Judenherrschaft abzuschütteln, da die Arbeiter nicht über die nötigen Kräfte verfügen und sich daher gezwungenermaßen der Juden als Geschäftsführer bedienen. Gerne tut dies die Arbeiterschaft nicht. Jeder wird sich davon überzeugen können, wenn er einen deutschen Arbeiter unter vier Augen befragt.“, lautete die entsprechende Replik. Die sozialdemokratische Presse unterschlug aus den Sammelbriefen für den Wahlfonds der deutschdemokratischen Partei jene Passagen, „die zeigen, daß die angebliche Partei der Großkapitalisten mit schweren Geldsorgen zu kämpfen hat.“³²

Damit gestanden die Deutschdemokraten, die grundsätzliche Echtheit des Rundschreibens ein und legten einen Finanzierungskanal offen, der erklärt, warum sie in der Lage waren hinsichtlich der Wahlreklame mit den Sozialdemokraten und Christlichsozialen zu konkurrieren. Vom 10- Millionen- Wahlfonds der Großagrarien und Großindustrie, der von Fürst Karl Auersperg gesammelt wurde, hatten sich während des Wahlkampfes sowohl die Deutschdemokraten als auch die Christlichsozialen offiziell distanziert.³³

Von ihren politischen Gegnern wurden die Deutschdemokraten vorwiegend als Vertreter der Industrieinteressen wahrgenommen, ein Blick auf die Berufsstruktur deutschdemokratischen Wahlwerber in allen vier steirischen Wahlkreisen (inklusive Ersatzkandidaten) zeigt jedoch ein gänzlich anderes Bild. Von 36 Kandidaten waren 17 (47 %) Beamte oder Angestellte, 10 (28 %) Gewerbetreibende, 7 (19 % Grundbesitzer), 2 (6 %) Industrielle, 2 (6 %) Hausbesitzer und 2 (6 %) Rechtsanwälte. Innerhalb der Beamten und Angestellten machten die Lehrer 29 % aus, unter den Handels- und Gewerbetreibenden betrug der Anteil der Gastwirte 50 %,

³¹ Arbeiterwille, Jg. 30, Nr. 45 (15. Februar 1919) 1. „Von allen Lügen, mit denen die Deutschdemokraten den Wählerfang versuchen, ist ihre angebliche Bekämpfung des Judentums wohl die unverschämteste! [...] Der Industriellenbund zahlt die ganzen Wahlkosten dieser sauberen Gesellschaft und damit wird der „Antisemitismus“ des Herrn Wutte mit Judengeld „finanziert“. Nur zu gut wissen diese jüdischen Kapitalisten, daß sie sich auf „ihren“ Wutte verlassen können, und sie verzeihen und bezahlen gern seine Ausflüge ins „Antisemitische“. Er hat bisher oft genug bewiesen, daß er ein treuer Diener des jüdischen Großkapitals ist und sie wissen, daß er dies auch in Zukunft stets beweisen werde. Wir können uns lebhaft vorstellen, wie herzlich Herr Dr. Wutte mit seinen jüdischen Industriellengenossen über die dummen Wähler lachen mag, die seine antisemitischen Tiraden für bare Münze nehmen.“

³² Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 29, Nr. 46 (16. Februar 1919) 1-2.

³³ Tagespost (2. Morgenausgabe) Jg. 29, Nr. 46 (16. Jänner 1919) 2.; Grazer Volksblatt (Abendblatt) Jg. 52, Nr. 20 (14. Jänner 1919) 2.

jener der Kaufleute 20 %.³⁴ Von den 30 deutschnationalen Mitgliedern des Grazer Gemeinderates im Jahre 1918 waren 14 (47 %) Beamte, 7 (23 %) Gewerbetreibende, 10 (33 %) Hausbesitzer, 3 (10 %) Rentner, 2 (7 %) Industrielle und 1 (3 %) Rechtsanwalt.³⁵

Von den 20 deutschfreiheitlichen Mitgliedern der Provisorischen Landesversammlung zählten mit Ausnahme der vier Nationaldemokraten Pantz, Malik, Neunteufel und Brandl die restlichen 16 zu den Deutschdemokraten. Unter ihnen betrug der Anteil der Festbesoldeten 44 %, der Gewerbetreibenden 19 %, der Rechtsanwälte 19 %, der Industriellen 12 % und der Schriftsteller 6 %. Neben den Gewerbetreibenden, Hausbesitzern, Industriellen und Rechtsanwälten spielten in Graz vor allem die „Festbesoldeten“ (Beamte u. Angestellte) eine gewichtige Rolle innerhalb der Deutschdemokratischen Partei. In der Öffentlichkeit machten sich Landesrat Dr. Gargitter, Landesamtsrat GR Hans Schüller und GR Fachlehrer Roman Herz als aktivste Sprecher dieser beruflichen Schicht bemerkbar.

Auf Versammlungen der Festbesoldeten erklärte man sich zu Beginn der Republik sofort solidarisch mit den deutschen Kollegen im „slawischen Gebiet“, besonders in der Untersteiermark und forderte die Entfernung aller „fremdnationalen Staatsbeamten“ im neugegründeten Staat.³⁶ Die Pensionierung von Beamten, die das 60. Lebensjahr erreicht und Anspruch auf das volle Ruhegehalt hatten, wurde ebenso gefordert wie die stärkere Besteuerung von Kriegsgewinnlern und Agrariern. Man trat in Beamten- und Angestelltenkreisen für die Einführung einer „Vermögens- und Erbesteuer“ und die Errichtung von Angestelltenkammern ein. Auch vor der Forderung nach Beschlagnahmung des Großgrundbesitzes machte man nicht halt und wünschte sich effektivere Maßnahmen gegen die Inflation. Aufgrund seiner Wahl zum Finanzlandesrat trat Gargitter am 4. Jänner 1919 vom Posten des ersten Bürgermeisterstellvertreters der Stadt Graz zurück, den traditionellerweise ein Vertreter der Beamtenschaft innehatte. An seiner Stelle wurde auf Vorschlag der „Vereinigung der Festbesoldeten“ Schüller zum ersten Bürgermeisterstellvertreter gewählt.³⁷ Im Jänner 1919 kam es im Zuge des

³⁴ Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 29, Nr. 20 (21. Jänner 1919) 2; Tagespost (Abendblatt) Jg. 64, Nr. 12 (13. Jänner 1919) 3; Tagespost (Morgenblatt) Jg. 64, Nr. 17 (18. Jänner 1919) 3; Tagespost (Morgenblatt, 2. Ausgabe) Jg. 64, Nr. 20 (21. Jänner 1919) 4-5. Von den 37 deutschdemokratischen Wahlwerbern (inklusive Ersatzkandidaten) ist lediglich bei Berta Schreiner, der Vorsitzenden des Deutschen Frauenbundes Steiermarks keine Berufsbezeichnung zu ermitteln. Die Gewerbetreibenden Pucher, Stachel und Klinger waren zugleich Grundbesitzer und Kaiserfeld war zugleich Rechtsanwalt und Hausbesitzer. Deshalb ist keine Statistik auf 36=100% möglich. Vgl. Die Liste der Wahlwerber der Deutschdemokraten für die Wahl zur Konstituierenden Nationalversammlung im Anhang.

³⁵ Eine statistische Berechnung auf 30=100% ist nicht möglich, da die Gewerbetreibenden Amschl, Pock und Schatzl, die Festbesoldeten Casper und Gaisbacher und die Rentner Brandl und Wiedner zugleich Hausbesitzer waren.

³⁶ Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 28, Nr. 332 (3. Dezember 1918) 6.

³⁷ Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 29, Nr. 5 (5. Jänner 1919) 10; Tagespost (Morgenblatt, 2. Ausgabe) Jg. 64, Nr.5 (5. Jänner 1919) 6; Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz (XXIII. Jg. 1919) Nr. 2 (20. Jänner 1919) 24.

Wahlkampfes wegen eines Flugblattes, das vom „Verein der Festbesoldeten“ herausgegeben wurde, zu einer in der Presse ausgetragenen Auseinandersetzung zwischen Gargitter und den Sozialdemokraten. Auf dem Flugblatt wurde ein Zitat Renners nur seiner Tendenz nach wiedergegeben, nicht aber im originalen Wortlaut. Renner hatte nämlich Ende November 1918 vor Vertretern der Presse erklärt, das Bürgertum solle sich aufgrund des neuen Verhältnisses auf „eine den ganzen Staat umfassende Plattform“ einigen und sich nicht in „Form von Sonderinteressen“ sammeln.³⁸ Die Festbesoldeten hatten diese Äußerung dahingehend interpretiert, dass sich auch die Beamten den Deutschdemokraten anschließen sollen, was naturgemäß den Sozialdemokraten sauer aufstieß, die selber eifrig um die Beamtenschaft warben, aber in der Steiermark keinen einzigen Beamtenvertreter an wählbarer Stelle auf ihren Listen führten.³⁹

Ähnlich kontrovers verlief eine Wahlkampfauseinandersetzung zwischen Gargitter und Gürtler, der zu den Christlichsozialen übergewechselt war. Gürtler wurde mitgeteilt, dass Gargitter ihm auf einer Versammlung des „Reichsbundes der deutschen Postler“ in Graz unterstellte „gegen die Festbesoldeten Stellung genommen und ihnen jede Daseinsberechtigung abgesprochen“ zu haben.⁴⁰ Gürtler verlangte daraufhin empört mehrmals von Gargitter über Artikel im „Grazer Volksblatt“ eine Richtigstellung. Gargitter regierte widerwillig zuerst in einem Privatbrief und gab dann, als Gürtler dies nicht genügte im „Grazer Tagblatt“ bekannt: „Dr. Gürtler kann für uns deutschfreiheitliche Festbesoldete als Wahlwerber nicht in Betracht kommen. Er nimmt eine zu unzuverlässige Haltung ein. Seinerzeit Arbeitervertreter, setzte er lange in der Politik ganz aus, trat dann im Bürgerverein hervor, bewarb sich um ein Mandat in der Deutschdemokratischen Partei, klopfte auch beim „Bauernbund“ an und landete als früherer Los-von-Rom-Mann und Protestant schärfster Richtung jetzt bei der Christlichsozialen Partei. Er vertritt besonders den Zusammenschluß der Selbständigen und ist auf die Festangestelltenbewegung nicht gut zu sprechen. Er bemüht sich, statistisch darzutun, daß nebst den Arbeitern fast nur Selbständige in Betracht kommen, und nach seiner Statistik, die unbedingt wesentliche Fehler haben muß, hätten wir Festbesoldete überhaupt keine politische Existenzberechtigung.“⁴¹

Bei einer Versammlung der Hausbesitzer betrieb man nach dem offensichtlichen Scheitern der von ihnen favorisierten Listenkoppelung mit den Christlichsozialen Ursachenforschung und analysierte die Einflussmöglichkeiten der Beamtenvertreter. Die Listenkoppelung war

³⁸ Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 29, Nr.18 (19. Jänner 1919) 7-8.

³⁹ Arbeiterwille, Jg. 30, Nr. 7 (8. Jänner 1919) 1. Angestellte fanden sich viel häufiger als Beamte auf den Listen der steirischen Sozialdemokraten.

⁴⁰ Grazer Volksblatt (Abendblatt) Jg. 52, Nr. 52 (1. Februar 1919) 2.

⁴¹ Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 29, Nr. 42 (12. Februar 1919) 2.

nach Meinung der Hausbesitzer deshalb nicht zustande gekommen, weil die Beamtengruppe um Gargitter vehement dagegen aufgetreten war und Schüller mit dem Rücktritt gedroht hatte. Da die Beamten ihrer Meinung nach „kaum ein Viertel oder ein Fünftel der Partei“ ausmachten, wurde dieser politische Kurs als schwerer Fehler angesehen.

Über die Interna der Festbesoldeten resümierte man: „Außerdem gehören gar nicht alle Festbesoldeten zur Gruppe Gargitters, ein großer Teil ist mit diesen Führern nicht einverstanden. Viele Festbesoldete, z.B. die Herren von den Gerichten und den politischen Behörden, gehen mit den Bürgerlichen. Die Gargitter- Gruppe hat ihren Anhang hauptsächlich beim Stadtrat, bei der Landschaft und im Finanzgebäude, übrigens will ein Teil der Finanzbeamten sogar sozialdemokratisch wählen.“⁴² In Hinblick auf die Wahl zur Konstituierenden Nationalversammlung und die Einführung des Frauenwahlrechtes hatten Gargitter und Herz einen Antrag in der Landesversammlung eingebracht, der die Aufhebung des Eheverbots für Lehrerinnen forderte. Zuvor wurde nämlich die Eheschließung einer Oberlehrerin oder Lehrerin als „freiwillige Dienstentsagung“ gewertet und auch für die Heirat einer Lehrerin mit einem Lehrer war nun keine Bewilligung des Landesschulrates mehr erforderlich.⁴³

Der Konflikt zwischen Hausbesitzern und Festbesoldeten

Zwei Tage nach der Wahl zur Konstituierenden Nationalversammlung meldeten sich in der „Tagespost“ Armin Schoklitsch, der Obmann des Hausbesitzervereines und sein Stellvertreter Kammerlander zu Wort. Es schien als würde ein lange gärender Konflikt zum Ausbruch kommen. Die Vertreter des Hausbesitzes verwiesen auf eine Erklärung der Deutschdemokratischen Partei vom 15. Februar 1919 in der „Tagespost“ und im „Grazer Tagblatt“, bei der sich diese in scharfen Worten gegen die Führung des Hausbesitzervereines ausgesprochen hatte. Schoklitsch und Kammerlander waren nämlich massiv gegen die angeblich verfehlte Wahltaktik der deutschdemokratische Parteileitung aufgetreten und machten die Deutschdemokraten dafür verantwortlich, dass keine Einigung mit den Christlichsozialen zustande gekommen war.⁴⁴ Der Hauptpunkt ihre Kritik betraf die Kandidatur des Grazer Bürgermeisterstellvertreters und ausgewiesenen Beamtenvertreters Schüller, der den beiden aufgrund seiner Stellungnahmen gegen die Hausbesitzer im Gemeinderat ein Dorn im Auge war. Schüller und die Hausbesitzer verband nämlich eine alte Feindschaft, die im Jahre 1914 einen vorläufigen Höhepunkt erreichte.

⁴² Grazer Volksblatt (Morgenblatt) Jg. 52, Nr. 65 (9. Februar 1919) 1.

⁴³ Stenographischer Bericht über die 11. Sitzung der provisorischen Landesversammlung am 30. Jänner 1919, 172; Tagespost (Morgenblatt, 2. Ausgabe) Jg. 64, Nr. 20 (21. Jänner 1919) 4.

⁴⁴ Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 29, Nr. 45 (15. Februar 1919) 1.

Der Sozialdemokrat Dr. Schacherl schrieb über jene Ereignisse: „Die Tatsache, daß im Jahre 1914 die Beamtenvertreter im Grazer Gemeinderat in vielen wirtschaftlichen Fragen gemeinsam mit den Sozialdemokraten gegen die deutschnationalen und christlichsozialen Hausbesitzervertreter stimmten, erregte bei den bürgerlichen Parteien großes Ärgernis. Ihrer Wut machten sie im Landtag Luft, indem sie den Großgrundbesitzer Grafen Lamberg [...] aufstachelten, gegen den Führer der Beamtenvertreter im Gemeinderat, den Landesbeamten Dr. (sic!) Schüller, loszugehen. Graf Lamberg schämte sich nicht ihn zu denunzieren: Er [Schüller; C.N.] erwecke durch seine fortwährende Agitation und Verhetzung bei den Landesbeamten Hoffnungen, deren Erfüllung unmöglich sei, und er vernachlässige infolge seiner öffentlichen Tätigkeit seinen Dienst.“⁴⁵

Behielten 1914 die Hausbesitzer die Oberhand, hatten sich innerparteilich die Machtverhältnisse 1919 umgekehrt: Der Druck der Beamtenvertreter auf die deutschdemokratische Parteileitung führte zur Ablehnung der Listenkoppelung mit den Christlichsozialen im Grazer Wahlkreis. Die Vertreter des Hausbesitzervereines sahen dies schon vor der Wahl als „Dummheit“ und „als einen Verrat an der bürgerlichen Sache“ an, als dessen Ergebnis sie den Verlust eines sicheren zweiten Mandates für die Deutschdemokraten prophezeiten.⁴⁶

Vom Wahlausgang in ihren Kassandrarrufen bestätigt, rechneten Schoklitsch und Kammerlander nun via „Tagespost“ der Öffentlichkeit und insbesondere der deutschdemokratischen Parteiführung vor, wie durch eine Listenkoppelung mit den Christlichsozialen ein besseres Wahlergebnis für die Deutschdemokraten hätte zustande kommen können. Ganze 18.500 Stimmen waren nämlich nach Meinung der tobenden Hausbesitzer aufgrund des Einflusses der Beamtenvertreter auf die Wahltaktik der Deutschdemokraten einfach versandet.⁴⁷ Profiteur dieser wahltaktischen Entscheidung war in Graz natürlich die Sozialdemokratie, der dadurch ein drittes Mandat in die Hände fiel.⁴⁸ Als weiterer Grund zur Beschwerde diente den Hausbesitzern die Ablehnung von Prof. Dr. Gürtler, dem Sprecher der Kaufmannschaft im freiheitlichen Wahlausschuss vor der Wahl- ebenfalls eine Aktion, bei der die Beamtenvertreter ihre Hände im Spiel hatten.⁴⁹

Die Aufstellung Schüllers als zweitgereihten Kandidaten, wie die Ablehnung Gürtlers führten

⁴⁵ Michael *Schacherl*, 30 Jahre steirische Arbeiterbewegung (Graz 1931) 234.

⁴⁶ Tagespost (Morgenblatt, 2. Ausgabe) Jg. 64, Nr. 48 (18. Februar 1919) 6.

⁴⁷ Die von den Hausbesitzern angegebenen Zahlen weichen geringfügig von den offiziellen Statistiken ab. Vgl. Die Wahlen für die konstituierende Nationalversammlung. 2. Statistische Ergebnisse in zergliederter Darstellung. In: Statistische Zentralkommission (Hg.), Beiträge zur Statistik der Republik Österreich (Wien 1920) 12-13.

⁴⁸ Tagespost, 18. Februar 1919, Morgenblatt, 2. Ausgabe, Nr. 48, 64. Jg., Seite 6.

⁴⁹ Lothar *Höbelt*, Das nationale Lager in der Ersten Republik. In: Carinthia I. Zeitschrift für geschichtliche Landeskunde von Kärnten (Klagenfurt 1989) 369. Im Folgenden zit. als Höbelt, Das nationale Lager.

zu parteiinternen Irritationen bei zwei bedeutenden Interessengruppen innerhalb der deutschdemokratischen Partei, nämlich den Hausbesitzern und den Kaufleuten. Sowohl der Verein der Hausbesitzer, der von der Mitgliederstruktur christlichsoziale und freiheitliche Mitglieder zählte und deshalb bewusst keine Wahlempfehlung für eine bestimmte Partei abgab, als auch die Grazer Kaufmannschaft, deren Sympathien für Dr. Gürtler bekannt waren, mussten sich durch die Dominanz der Beamtenvertreter vor den Kopf gestoßen fühlen. Interessiert an einer effizienten Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen wandten sich viele Hausbesitzer und Gewerbetreibende von den Deutschdemokraten ab und sahen in den Christlichsozialen eine wählbare Alternative. Schoklitsch hatte am 12. Februar in einer Sitzung des Vereines der Hausbesitzer erklärt, dass „die Hausbesitzer keinen anderen Ausweg hätten, als christlichsozial zu wählen und daß die Interessengruppe der Hausbesitzer dem Wahlwerber Schüller „das Genick brechen“ werde.“⁵⁰

Schwieriger gestaltet sich die Fragestellung nach den tatsächlichen Ursachen für die Ablehnung der Listenkoppelung mit den Christlichsozialen durch die deutschdemokratischen Beamtenvertreter. In der Mehrzahl kann angenommen werden, dass es sich bei den Beamten um Mieter und nicht um Vermieter handelte. Von diesem Gesichtspunkt aus scheinen wirtschaftliche Interessensgegensätze zwischen Hausbesitzern und Beamten infolge einer Inflationsperiode logisch. Eingefrorene Mieten auf der einen und steigende Preise auf der anderen Seite, boten Stoff genug für einen ökonomischen Konflikt; das Thema Mieterschutz wurde jedoch erstaunlicherweise von beiden entgegengesetzten Interessengruppen öffentlich erst einen Tag vor der Wahl zur Nationalversammlung angesprochen. An die Hausbesitzer richtete sich nämlich das „Grazer Tagblatt“ einen Tag vor der Wahl mit folgenden Worten: „Man kann doch die Wahlen in die Konstituierende Nationalversammlung nicht unter dem Gesichtswinkel des Mieterschutzgesetzes betrachten. Heute steht doch mehr und höheres auf dem Spiele.“⁵¹

Während die freiheitlichen Hausbesitzer ihre ökonomischen Interessen mit ihren christlichsozialen Kollegen teilten, fiel ein spezieller Teil der Beamtenschaft, nämlich die Lehrer, durch ihren strikten Antiklerikalismus auf. Ein Mitglied der deutschdemokratischen Parteileitung, der Fachlehrer Roman Herz, war wegen seiner antiklerikalen Haltung ein besonderes Feindbild der Grazer Christlichsozialen. Er hatte nämlich in einer pädagogischen Zeitschrift gegen die Kirche Stellung genommen und sich in der „Tagespost“ durch die Forderung nach der religionslosen staatlichen „Einheitsschule“ bemerkbar gemacht.⁵²

Die Entscheidung der Deutschdemokraten nicht mit den Christlichsozialen zu koppeln, muss

⁵⁰ Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 29, Nr. 45 (15. Februar 1919) 2.

⁵¹ Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 29, Nr. 45 (15. Februar 1919) 2.

⁵² Grazer Volksblatt (Morgenblatt) Jg. 52, Nr. 57 (5. Februar 1919) 1.

also allein schon wegen der starken Einflussnahme der Beamtenvertreter vor einem kulturkämpferischen Hintergrund gesehen werden. Das „Grazer Tagblatt“ druckte laut einer Meldung im „Grazer Volksblatt“ immerhin folgende Begründung der Deutschdemokraten ab, die erklärte, warum sie mit den Christlichsozialen in Graz nicht koppeln wollten: „In der deutschdemokratischen Wählerschaft befindet sich eine starke Gruppe, die die Verwirklichung gewisser kultureller Forderungen und die Betonung eines freiheitlichen Standpunktes an die Spitze ihrer Forderungen gestellt hat und die in der Verfolgung ihrer Ziele so weit geht, daß sie in dem wahltechnischen Manöver der Listenkoppelung ein Abgehen von ihrer Überzeugung, ein Aufgeben des uralten Kampfes um kulturellen Fortschritt und freies Volkstum erblicken würde.“⁵³ Im Klartext hieß das für die Christlichsozialen, dass eine dominante Gruppe innerhalb der Deutschdemokraten den Kulturkampf vor den Klassenkampf stellte und daher mehr programmatische Übereinstimmung mit den Sozialdemokraten aufwies. Da sich die deutschdemokratische Parteileitung zunächst eine Begründung ersparte und diese relativ spät nachlieferte, hatten die Christlichsozialen in dieser Phase der Ungewissheit eine andere Erklärung parat, die weniger auf die antiklerikalen Reflexe der Freiheitlichen abstellte, dafür aber auf deren antikapitalistische Ressentiments. So spekulierten die Christlichsozialen in dieser Frage: „Vielleicht besorgte sie [die Begründung der abgelehnten Listenkoppelung; C.N.] die deutschdemokratische Presse, die sich aus Wien melden ließ, daß die Deutschradikalen in Wien deshalb mit den Christlichsozialen eine Koppelung abgelehnt haben, weil letztere von dem großkapitalistischen Wahlfonds Wahlgelder genommen hätten. Die Notiz im „Tagblatt“ war nicht auffallend, doch der Zweck derselben war zu erkennen.“⁵⁴

Gänzlich unabhängig davon, ob die Ablehnung der Listenkoppelung nun aus mietrechtlichen, antikapitalistischen oder antiklerikalen Motiven heraus erfolgte, sie bedeutete de facto eine Annäherung der Deutschdemokraten an die Sozialdemokraten und war symptomatisch für ihre Politik des Lavierens zwischen rot und schwarz.

Wirtschaftspolitik: Zentralen, Wasserkraft, Kohlenversorgung

In seiner Antrittsrede erklärte Landeshauptmann Dr. v. Kaan den „intensiven Ausbau der Wasserkräfte“ zu einem wichtigen Ziel der Landespolitik.⁵⁵ Die Parteien debattierten in der Provisorischen Landesversammlung unter klaren ideologischen Vorzeichen über die verschiedenen Durchführungsmöglichkeiten dieses notwendigen Ausbaues, der das Land von

⁵³ Grazer Volksblatt (Abendblatt) Jg. 52, Nr. 58 (5. Februar 1919) 2.

⁵⁴ Grazer Volksblatt (Morgenblatt) Jg. 52, Nr. 55 (4. Februar 1919) 1.

⁵⁵ Stenographisches Protokoll über die 1. Sitzung der steiermärkischen provisorischen Landesversammlung am 6. November 1918, 6.

ausländischen Energieimporten unabhängiger zu machen sollte. Landesrat Eisler vertrat die Ansicht, dass es „in gar keiner Form gutgeheißen werden kann, wenn die Wasserkräfte ein Gegenstand privatkapitalistischer Ausbeutung werden.“ Die Sozialdemokraten lehnten aus diesem Grund jede andere Form der Ausnützung der Wasserkräfte als die öffentlich- rechtliche ausdrücklich ab.⁵⁶ Eisler verdächtigte die Vertreter der steirischen Industrie, sie beabsichtigten sich selbst mit billigen „elektrischen Wasserkräften“, sprich Strom, zu versorgen, dafür aber die übrigen Konsumentenkreise mit Tariferhöhungen zu belasten. Daher befürworteten die Sozialdemokraten die Tarifhoheit des Landes.⁵⁷ Dr. Winter von den Deutschdemokraten beäugte Staatsunternehmen, er nannte als Beispiel die Staatsbahn, wegen ihrer defizitären Bilanzen äußerst skeptisch.⁵⁸ Die Deutschdemokraten favorisierten daher in organisatorischer Hinsicht die Gründung einer Gesellschaft zwischen Land und Industrie. Nach Meinung Gargitters waren früher auch die Sozialdemokraten für diese Lösung gewesen, diese hätten aber „einen Schwenk um 180 Grad“ gemacht.⁵⁹ In der Grazer Stadtpolitik war Gargitter in energiepolitischen Fragen immer als Gegner „gemischtwirtschaftlicher Betriebe“ aufgetreten. Die Stadt war seiner Ansicht nach ein besserer Stromkonsument als das Land. Eine Stadt mit einem „monopolistischen Elektrizitätswerk“ verfüge im Gegensatz zum Land jedenfalls über ein gesichertes Absatzgebiet.⁶⁰ Das Land sah Gargitter nicht in der Lage, den Ausbau der Wasserkräfte alleine zu bewerkstelligen, stimmte aber bezüglich der Tarifhoheit in den Tenor der Sozialdemokratie ein: „Wenn es dem Lande gelingt, die Tarifhoheit zu erringen, dann ist man von vornherein gegen kapitalistische Ausbeutung dieses Unternehmens gesichert, dann ist man in der Lage, die Interessen des Landes wirksam zu schützen.“⁶¹ Einspinner trat ebenfalls dafür ein, das zukünftige Elektrizitätsunternehmen auf eine „gemischtwirtschaftliche Grundlage“ zu stellen und hob die leichtere Kapitalbeschaffung in Form von Krediten bei einer Zusammenarbeit von öffentlicher und privater Hand hervor.⁶² Er brachte bei der Debatte über den Ausbau der Wasserkräfte gewerbliche Forderungen ein und verlangte, dass nicht nur der Industrie, sondern auch den Handels- und Gewerbekammern entscheidender Einfluss eingeräumt wird. Diese Forderung zielte in erster Linie auf die Preisbestimmung ab, weil nicht

⁵⁶ Stenographischer Bericht über die 7. Sitzung der provisorischen Landesversammlung am 24. Jänner 1919, 80.

⁵⁷ Ebenda, 82.

⁵⁸ Ebenda, 88.

⁵⁹ Stenographischer Bericht über die 9. Sitzung der provisorischen Landesversammlung am 28. Jänner 1919, 107.

⁶⁰ Ebenda, 108.

⁶¹ Ebenda, 108- 109.

⁶² Stenographischer Bericht über die 9. Sitzung der provisorischen Landesversammlung am 28. Jänner 1919, 111.

nur die Industrie, sondern auch das Handwerk billigen Strom bevorzuge.⁶³

Unter dem Druck der Lebensmittelknappheit im Land entspann sich in der Provisorischen Landesversammlung im Jänner 1919 auch eine Debatte über die Rolle der Zentralen. Mit Beginn des Krieges 1914 hatte man in Österreich-Ungarn begonnen eine Rohstoffbewirtschaftung nach deutschem Muster einzuführen. Rohstoffe wie Baumwolle, Wolle, Häute und Leder, Metalle, Öle und Fette, Petroleum, Knochen, Harz, Kautschuk, Zucker, Spiritus, Holz, Kriegskaffee, Hadern und Ersatzstoffe wurden im Laufe des Krieges von sogenannten „Zentralen“ bewirtschaftet. Die Zentralen sollten die einheitlich gelenkte Bewirtschaftung vom Rohstoff bis zum fertigen Produkt gewährleisten und so die Sicherung des Heeres und Zivilbedarfs garantieren.⁶⁴ Bis Kriegsende gab es insgesamt 91 dieser Zentralen, die in erster Linie mit kaufmännischen Aufgaben betraut und privatwirtschaftlich organisiert waren. Daneben regulierten die Kriegs- und Wirtschaftsverbände als sich selbst verwaltende Zwangseinrichtungen der Industrie die Bereiche der Rohstoffzuteilung und Preisgestaltung und übernahmen damit wesentliche Verwaltungsaufgaben.⁶⁵ Die Zwangsmittel der Kriegswirtschaft Rationierung, Preisregelung, Ablieferungspflicht und Beschlagnahmung zeitigten negative Rückkopplungseffekte wie Preistreiberei, Schleichhandel, Hamsterfahrten, Flurdiebstähle und Schmuggel. In der Landesversammlung zählten die Sozialdemokraten zu den unbeugsamsten Verteidigern der zentralen Lebensmittelbewirtschaftung. Sie betrieben eine klare Konsumentenpolitik für ihre Kernwählerschicht, die Industriearbeiterschaft in den Städten. Der sozialdemokratische Wirtschaftskommissär, Landesrat Eisler vertrat in der Landesversammlung die Meinung, dass der freie Handel mit Fleisch nicht zu einer wesentlichen Verbesserung der Versorgungslage führen würde: „Wir wissen sehr wohl, daß im Lande sehr viel Fleisch geschlachtet und in Konsum gebracht wird, aber leider nicht zu jenen Preisen, die die Konsumenten bezahlen können. Die breite Masse bezahlt ja das Fleisch, aber zu Wucherpreisen.“⁶⁶ Die Ursache für die knappe Lebensmittelversorgung und die steigenden Preise lag für die Sozialdemokraten in einer zu nachsichtigen Behandlung jener Bauern, die einen möglichst großen Teil ihres Viehs der Zwangsablieferung entzogen, schwarzgeschlachteten und auf Umwegen auf den „Schwarzmarkt“ genannten freien Markt brachten. Das Eintreten bäuerlicher Kreise für den freien Handel sah er unter dem Aspekt der Preistreiberei: „Man darf nicht unter der

⁶³ Stenographischer Bericht über die 9. Sitzung der provisorischen Landesversammlung am 28. Jänner 1919, 112.

⁶⁴ Roman *Sandgruber*, *Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart* (Wien 1995) 323.

⁶⁵ Ebenda, 323.

⁶⁶ Stenographischer Bericht über die 7. Sitzung der provisorischen Landesversammlung am 24. Jänner 1919, Seite 64.

Maske des Kampfes für den freien Handel das verbergen, was beabsichtigt ist, die Preise noch mehr in Höhe zu treiben.“⁶⁷ Bezüglich der anzunehmenden Dauer der Bewirtschaftung gab sich Eisler aus nachvollziehbaren Gründen kryptisch: „Solange wir gezwungen sind, eine gewisse Ration sicherzustellen, gewisse Preise einzuhalten, mit denen das Fleisch an die Konsumenten abgegeben werden muß, ohne sie zum Hungertode zu verurteilen, solange wird es notwendig sein, diese Mengen einheitlich zu erfassen und zu verteilen.“⁶⁸ Der Nationaldemokrat Malik mochte aus solchen Aussagen herausgehört haben, dass „aus dem Grundton des Kommissars Eisler hervorginge, dass die zentrale Bewirtschaftung eine sehr dauernde werden soll.“ Für die Deutschdemokraten äußerte sich Gargitter zu den Zentralen: „Ich stehe überhaupt auf dem Standpunkte, daß die zentrale Bewirtschaftung, welche ein Kriegsnotauskunftsmittel ist, erst dann beseitigt werden kann, wenn vollkommen normale Verhältnisse auf dem Gebiete des Warenverkehrs eintreten, wenn Angebot und Nachfrage wieder in jenem günstigen Verhältnisse stehen, wie es im Frieden war.“⁶⁹ Keine Partei konnte genaue Zeitangaben machen, wann die zentrale Bewirtschaftung nicht mehr notwendig sein und die Rückkehr zur Marktwirtschaft durchgeführt wird. Zum Faktor Angebot bemerkte jedoch der Christlichsoziale Franz Stocker, dass der Viehbestand „um mindestens 50 Prozent zurückgegangen ist.“ Gargitter betonte in der Landesversammlung, dass Malik die ganze zentrale Bewirtschaftung von Beginn an verurteilt habe und äußerte die Ansicht, dass der Fleischbedarf der Armee befriedigt werden musste und ohne zentrale Bewirtschaftung ein gegenseitiges „Hinauflizitieren“ der Viehpreise eingetreten wäre: „Jeder Viehhändler hätte gewußt, daß er das Vieh um jeden Preis bei der Armeeverwaltung anbringt und die zivile Bevölkerung hätte für das wenige Fleisch, das sie bekommen hat, Wucherpreise bezahlen müssen.“⁷⁰

Im Grunde vertraten die Deutschdemokraten also im Jahre 1918/19 genau denselben Standpunkt gegenüber den Zentralen wie die Sozialdemokratie, allerdings ohne in überzogenem Maße gegen die Bauern zu agitieren und in der zentralen Bewirtschaftung ein Experiment von unbestimmter Dauer zu sehen. Für sie waren die Zentralen ein notwendiges Übel, das bei Besserung der Lebensmittelsituation beseitigt werden konnte. Auf Seiten der Christlichsozialen beklagte Landesrat Dechant Prisching die hohen Verwaltungskosten bei den Zentralen, die im Endeffekt auf die Konsumenten abgewälzt würden.⁷¹ Auch er machte die Beseitigung der Zentralen abhängig von einem steigenden Viehbestand im Land. Der deutschdemokratische Wirtschaftskommissar Landesrat Wutte ging bei seiner ersten Wählerversammlung als Wahl-

⁶⁷ Stenographischer Bericht über die 7. Sitzung der provisorischen Landesversammlung am 24. Jänner 1919, 65.

⁶⁸ Ebenda, 65.

⁶⁹ Ebenda, 67- 68.

⁷⁰ Ebenda, 68.

⁷¹ Ebenda, 71.

werber seiner Partei näher auf die Frage der Zentralen ein. Bei der Errichtung der Zentralen waren seiner Meinung nach oftmals nicht die „richtigen, erfahrenen und fachkundigen Männer“ in die Leitungsfunktionen bestellt worden. Diese personalbezogene Kritik verband sich zudem noch mit einer Spitze gegen Wien: „Alle Zentralen haben ihren Sitz in Wien, von dem man vor dem Kriege die Erfahrung gemacht hat, daß es das Korruptionszentrum ist.“⁷²

Die Zentralen seien aber „bis zu einem gewissen Grade notwendig“, weil das Angebot nicht so groß war wie die Nachfrage. Sobald sich Angebot und Nachfrage die Waage hielten, müssten sie verschwinden und der freie Handel an ihre Stelle treten. Die Kaufleute warnte Wutte eindringlich davor, eine sofortige Aufhebung der Zentralen zu fordern, da sie dann für die Verteuerung von Bedarfsgegenständen verantwortlich gemacht würden.

Wutte beabsichtigte Waldbesitz, Waldgenossenschaften und Verwertungsindustrien in der Steiermark zusammenzuschließen, um den Holzbedarf der steirischen Industrie sicherzustellen und die Preistreiberei bei Holz zu beenden. Deshalb sollte die Steiermärkische Holzverwertungs- Gesellschaft gegründet werden.⁷³ Im Grunde handelte es sich hierbei um eine neue Zentrale, eine Tatsache die aber in der deutschfreiheitlichen Presse nicht so benannt wurde. Wutte hielt wenig von den Zentralen in Wien und verfolgte den Plan einer Verländerung der Bewirtschaftung. Sein „erstes Bestreben sei [es] gewesen, eine strenge Kontrolle über die Zentralen zu errichten, aber nicht durch Wien, sondern durch die Alpenländer.“⁷⁴ Zum Tragen kam dieses Konzept vor allem bei der Sachdemobilisierung. Wuttes antisemitisch gefärbter Meinung nach, war die Hauptanstalt für Sachdemobilisierung in Wien fast durchwegs von „Juden“ gebildet worden unter Gewährung einer Umsatzprovision in angemessener Höhe.⁷⁵ Er rechnete es seiner Hartnäckigkeit an, dass die Steiermark eine eigene Sachdemobilisierung erhielt. Das kam bei den Zuhörern gut an.

Sein Konkurrent Professor Dr. Alfred Gürtler, der erst kürzlich zuvor von den Freiheitlichen zu den Christlichsozialen übergewechselt war, trat bei deren Wählerversammlung als „Mittelstandspolitiker“ in Erscheinung. Anders als die Deutschdemokraten musste er nun in seinen Reden Rücksicht auf die bäuerlichen Schichten nehmen: „Anfangs, als dem Bauer die Sachen abgenommen wurden, hat er geschwiegen. Er hat die aus der Kriegsnot verursachte Abgabe ruhig hingenommen. Als er aber bald darauf sehen konnte, in welcher schauderhaften Weise mit den abgelieferten Artikeln gewirtschaftet wurde, wie das Heu verfaulte und dergleichen mehr,

⁷² Grazer Tagblatt (Abendausgabe) Jg. 29, Nr. 20 (21. Jänner 1919) 1.

⁷³ Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 29, Nr. 9 (10. Jänner 1919) 2.

⁷⁴ Grazer Tagblatt (Abendausgabe) Jg. 29, Nr. 22 (23. Jänner 1919) 2.

⁷⁵ Grazer Tagblatt (Abendausgabe) Jg. 29, Nr. 22 (23. Jänner 1919) 2.

da ist er fuchtig geworden.“⁷⁶ Gürtler wog die Vor- und Nachteile der zentralen Bewirtschaftung ab und schlussfolgerte: „Zentralen und Höchstpreise hielten künstlich die Regelung des Verbrauches, so gut es eben ging, aufrecht, sie erleichterten aber auch den Reichen das Hamstern.“⁷⁷ Aus Gürtlers Konzept einer konsequenten „Mittelstandspolitik“ ergab sich nicht nur eine klare Frontstellung gegen die Sozialdemokratie, sondern auch gegen die „Kapitalisten“. Ein wenig theoretisch verbrämt vertrat er die These, dass die „kapitalistische Presse“ bei jedem Versuch die Gegensätze zwischen Stadt und Land auszugleichen, eingreife und „hetze“, um den Zusammenschluss zu verhindern.⁷⁸

In Graz herrschte neben der Lebensmittelnot auch ein akuter Mangel an Heizkohle, die während des Krieges zum größten Teil aus dem untersteirischen Trifail geliefert wurde. Nach dem Ende der Monarchie wurde zwar von dort immer noch Kohle geliefert, aber die Mengen reichten für den Winterbedarf keinesfalls aus.⁷⁹ Als der Grazer Gemeinderat Mitte Dezember 1917 wieder zusammentrat, herrschte aufgrund des Kohlenmangels eine Gassperre verhängt und die Stadt lag mangels künstlicher Beleuchtung eine Woche lang im Dunkeln. Dieses Problem beschäftigte natürlich regelmäßig die Abgeordneten des Grazer Gemeinderates. So sorgte der sozialdemokratische Gemeinderat Hartmann für Furore, als er den Hausbesitzern im Dezember 1918 unterstellte, dass sie für eine Erhöhung der Gaspreise eintreten. Er schoss sich in einer Rede auf den deutschdemokratischen Hausbesitzer Brandl ein, der noch vor kurzem im Gemeinderat gegen eine Gaspreiserhöhung gestimmt hatte. Hartmann wandte sich gegen die These, dass deshalb in Graz eine Gasnot herrsche, weil im Gemeinderat eine Gaspreiserhöhung mehrheitlich abgelehnt worden war.⁸⁰ Die Sozialdemokraten sahen die Ursache der Gasnot in der Ausführverweigerung von tschechischer Kohle. Hartmann schleuderte den Hausbesitzern entgegen: „Es ist Unsinn zu glauben, daß wenn man die Preise erhöht, werde mehr auf den Markt kommen.“⁸¹

Fizia glättete anschließend die Wogen, indem er klarstellte, dass der Hausbesitzerverein keinen diesbezüglichen Beschluss gefasst habe: „Die Gasgesellschaft ist doch nicht so dumm, wegen 4 h Mehrgewinn wochenlang überhaupt keinen Gewinn zu machen“. Fizia widerlegte das weitverbreitete Gerücht, dass die Gasgesellschaft das Gas absichtlich Sperre um von der Gemeinde höhere Einnahmen zu erpressen und wies darauf hin, dass die Beschaffung der Gaskohle nicht im Bereich der Möglichkeit der Gasgesellschaft liege. In diesem Fall versagte

⁷⁶ Grazer Volksblatt (Morgenblatt) Jg. 52, Nr. 39 (24. Jänner 1919) 1-2.

⁷⁷ Ebenda, 1-2.

⁷⁸ Ebenda, 1-2.

⁷⁹ Meinhard Brunner, Allgemeine politische und soziale Entwicklung von Graz 1850 bis 2003. In: Walter Brunner (Hg.), Geschichte der Stadt Graz. Lebensraum- Stadt- Verwaltung, Bd. 1 (Graz 2003) 248.

⁸⁰ Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz (XXII. Jg. 1918) Nr. 34 (10. Dezember 1918) 742.

⁸¹ Ebenda, 743.

auch das Mittel der staatlichen Preisregelung, da auch mit einer Anhebung der Preise das Angebot an Kohle nicht erhöht werden konnte.

Die Konkurrenz der Deutschdemokraten im „nationalen Lager“

Die Gründung des „Deutschen Bauernbundes für Steiermark“ und der aus ihm hervorgehenden „Steirischen Bauernpartei“ erfolgte zum Jahreswechsel 1918/19 unter maßgeblicher Führung des Grazer Verlegers Leopold Stocker. Da die Deutschdemokraten als Sammelpartei des national- freiheitlichen Bürgertums in den Städten gegründet worden waren und einen ausgesprochenen Konsumentenstandpunkt vertraten, wollte Stocker die Agrarier in einer eigenen Standesorganisation zusammenfassen, welche auf eine Liberalisierung des Handels und einen Abbau der ungeliebten Lebens- und Rohstoffzentralen drängten.⁸² Die Steirische Bauernpartei trat damit in scharfe Konkurrenz zu den Christlichsozialen, der die überwältigende Mehrheit der steirischen Bauernschaft nahestand. Strategisch hatte die neue freisinnige Bauernpartei den Vorteil, dass sie sich als reine Interessenvertretung der Bauern profilieren konnte, während die Christlichsozialen bemüht waren den Interessensgegensatz zwischen städtischen Konsumenten und Agrariern auszugleichen.⁸³

Die Bauernbündler sahen sich auch als Alternative zu den Nationaldemokraten, deren wirtschaftliche Forderungen sie ablehnten. Das landwirtschaftliche Programm der Deutschdemokraten hießen sie ausdrücklich gut, konnten aber mit deren Gesamtprogramm wenig anfangen.⁸⁴ Leopold Stocker kandidierte bei der Wahl in die Konstituierende Nationalversammlung als Listenerster in der Obersteiermark, Franz Birchbauer führte die Liste in der Oststeiermark und Franz Altenbacher im mittelsteirischen Wahlkreis an. Dr. Erich Klusemann, der Anfang Jänner 1919 noch als Gründungsmitglied in den „Arbeitsauschuß“ der Deutschdemokraten gewählt wurde, war zwei Wochen später der Spitzenkandidat des Steirischen Bauernbundes im Wahlkreis Graz und Umgebung.⁸⁵

Die bereits erwähnten steirischen Nationaldemokraten waren aus der „Deutschösterreichischen Unabhängigkeitspartei“ hervorgegangen, die sich im Herbst 1918 aus „wilden“ Abgeordneten gebildet hatte und mit dem ehemaligen Deutschradikalen Oskar Teufel im Staatsrat

⁸² Vgl. Lothar Höbelt, Deutschnationale- Nationaldemokraten- Großdeutsche- Bauernpartei. Das „nationale Lager“ 1918- 1922. In: Willibald Rosner, Gertrude Langer- Ostrawsky [Hg.], Niederösterreich 1918- 1922. Bd. 39 (St. Pölten 2007) 123- 124.

⁸³ Alexander Haas, Die vergessene Bauernpartei. Der steirische Landbund und sein Einfluß auf die österreichische Politik 1918- 1934 (Graz 2000) 118.

⁸⁴ Ebenda, 119.

⁸⁵ Tagespost (Abendblatt) Jg. 64, Nr. 6 (7. Jänner 1919) 4-5; Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 29, Nr. 22 (23. Jänner 1919) 2.

vertreten war.⁸⁶ Diese Nationaldemokraten hatten organisatorisch nichts mit der Wiener Beamtenpartei gleichen Namens gemein und unterschieden sich von dieser auch in wirtschaftspolitischer Hinsicht. Während die Wiener Nationaldemokraten ein Programm vertraten, welches dem der Sozialdemokratie ähnelte, befanden sich in den Reihen der steirischen Nationaldemokraten ausgewiesene Agrarier wie der ehemalige Christlichsoziale Baron Pantz, Michael Brandl und der ehemalige Schönerianer Vinzenz Malik.⁸⁷ Agrarische Interessen vertraten in der Steiermark in erster Linie die Christlichsozialen, doch diese konnten sich nicht allein auf einen Produzentenstandpunkt festlegen, weil sie wirtschaftspolitisch den Brückenschlag zu ihren gewerbetreibenden Anhängern vor allem in der Landeshauptstadt schaffen mussten. In diese Lücke stießen die Steirische Bauernpartei Leopold Stockers, aber auch die Nationaldemokraten. In der steirischen Provisorischen Landesversammlung war Malik der einzige Abgeordnete, der sich offen gegen die Bewirtschaftung und die Zentralen aussprach und nicht müde wurde zu betonen, dass auch schon „Baron Pantz gegen die Schutzzollpolitik des Ritter von Hohenblum in heftiger Weise gearbeitet“ habe.⁸⁸ Als im Vorfeld der Wahl zur Konstituierenden Nationalversammlung die Christlichsozialen, Deutschdemokraten und Nationalsozialisten über gemeinsame Listen oder Listenkopplungen verhandelten, machte Baron Pantz mit einem Vorschlag auf sich aufmerksam, der allerdings keine Resonanz fand: Er ließ bei einer Versammlung des Deutschen Volksrates für Obersteiermark ausrichten, dass die Nationaldemokraten keine eigene Liste aufstellen würden, wenn die freiheitlichen Parteien keine gemeinsame Sache mit den Christlichsozialen machen und wenn auf der Liste der freiheitlichen Parteien ein Vertreter des Bauernstandes die erste Stelle einnehme.⁸⁹

Die Nationaldemokraten traten also selbständig in den Wahlkampf. Nach anfänglichen Versuchen, eine gemeinsame bürgerliche Liste in der Obersteiermark aufzustellen, kandidierten nun die Nationaldemokraten dort neben den Christlichsozialen, der Deutschen Bauernpartei, den Nationalsozialisten und koppelten mit den Deutschdemokraten.⁹⁰ Im Ennstal suchten sie auch dann die Auseinandersetzung mit den Wahlwerbern der Deutschdemokratischen Partei. Als sich am 1. Februar 1919 in Schladming der Listenführer der Deutschdemokraten Kaufmann

⁸⁶ Lothar Höbelt, Hochverräter aus Größenwahn oder Don Quixote von der Weinstraße? Vinzenz Malik- ein „Original“ der altösterreichischen Politik. In: In: Zeitschrift des historischen Vereins für Steiermark 93 (2002) 272.

⁸⁷ Ebenda, 272- 273; Vgl. Lothar Höbelt, Deutschnationale- Nationaldemokraten- Großdeutsche- Bauernpartei. Das „nationale Lager“ 1918- 1922. In: Willibald Rosner, Gertrude Langer- Ostrawsky [Hg.], Niederösterreich 1918- 1922. Bd. 39 (St. Pölten 2007) 106 .

⁸⁸ Stenographischer Bericht über die 7. Sitzung der provisorischen Landesversammlung am 24. Jänner 1919, 62; 80. Vgl. Lothar Höbelt, Kornblume und Kaiseradler. Die deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882- 1918 (München 1993) 241.

⁸⁹ Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 28, Nr. 356 (28. Dezember 1918) 3.

⁹⁰ Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 29, Nr. 18 (19. Jänner 1919) 2; Grazer Tagblatt (Abendausgabe) Jg. 29, Nr. 33 (3. Februar 1919) 2.

Bodner aus Veitsch und Oberlehrer Karnitschnig aus Liezen ihren Wähler präsentierten, kam es zu einer längeren Auseinandersetzung mit den Vertretern der Nationaldemokraten, Staatsrat Teufel und den Nationalräten Pantz und Hummer.⁹¹ Obwohl laut Notiz des „Grazer Tagblatt“ diese Versammlung ganze sechseinhalb Stunden dauerte, erfahren wir über den Inhalt der Auseinandersetzung nichts. Da beide miteinander koppelten, kann man sich mit Recht die Frage stellen, ob solche Streitgespräche nicht ausschließlich Showcharakter besaßen. Zwei Tage später wiederholte sich dieselbe Konfrontation bei einer Versammlung in Liezen. Der Deutschdemokrat Karnitschnigg verwies dabei „auf die Haltung der Nationaldemokraten in der „Judenfrage“, auf den Parteiwechsel des Baron Pantz und die Überflüssigkeit der Pantz-Gruppe in der Steiermark.“⁹² Da die Berichterstattung über die Nationaldemokraten in der Grazer Tagespresse nur in Randnotizen stattfand, lässt sich im Nachhinein nicht feststellen, welchen Standpunkt die Nationaldemokraten den Juden gegenüber tatsächlich vertraten. Bekannt ist jedenfalls die Verbundenheit von Baron Pantz mit dem „halbjüdischen“ Maschinenindustriellen Max Friedrich. Es liegt aber nahe, dass die Unterstellung, eine Partei wäre in der „Judenfrage“ gemäßigt, als Diffamierung zu verstehen war. Im Wahlkreis Mittel- und Untersteier traten die Nationaldemokraten mit Listenführer Malik in den Wahlkampf, nannten als Begründung dafür die Unzufriedenheit der Wählerschaft mit der deutschdemokratischen Liste und koppelten mit der Steirischen Bauernpartei und den Deutschdemokraten. Einen Sonderfall im „nationalen Lager“ bilden in gewisser Weise die Nationalsozialisten, da sie sich zwar diesem Teil des Parteienspektrums zählten, aber keine Vertreter des freiheitlichen Bürgertums in den Städten und Märkten waren. Entstanden waren sie in den deutschen Gebieten Böhmens als politische Vertretung der deutschen Arbeiter, die mit tschechischen Arbeitern um Arbeitsplätze konkurrierten.⁹³ Da über die Nationalsozialisten in der Grazer Presse im Vorfeld der Wahl zur Konstituierenden Nationalversammlung nicht sehr ausführlich berichtet wurde, soll hier nur ein kurzer Überblick über die Aktivitäten und die Positionierung dieser Partei gegeben werden. Zwei Orte, an denen besonders häufig Versammlungen der Nationalsozialisten abgehalten wurden, nämlich Bruck an der Mur und Mürzzuschlag, waren beide rote Arbeiterhochburgen. Am 30. Dezember 1918 fand in Bruck eine Versammlung der Ortsgruppen des Deutschösterreichischen Eisenbahnbeamtenvereines und des Reichsbundes deutscher Eisenbahner unter dem Vorsitz des Bahnassistenten Grailer und dem nationalsozialistischen Parteisekretär Peduzzi statt, die den Anschluss an die nationalsozialistische Partei befürworteten.⁹⁴

⁹¹ Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 29, Nr. 38 (8. Februar 1919) 2.

⁹² Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 29, Nr. 39 (9. Februar 1919) 3.

⁹³ Höbelt, Das nationale Lager, 361.

⁹⁴ Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 29, Nr.1 (1. Jänner 1919) 6.

Die Nationalsozialisten waren ihrer ideologischen Selbstdefinition nach eine nationale „Arbeiterpartei“ und stellten natürlich für die Sozialdemokraten an ihrem äußeren Rand eine gewisse Konkurrenz dar, ähnlich den Kommunisten. Deshalb verwundert es kaum, dass ihre Versammlungen regelmäßig von Sozialdemokraten gestört wurden.⁹⁵ Vom soziologischen Profil her waren die Nationalsozialisten die Partei des sog. „Stehkragenproletariats“, also z.B. Eisenbahn- und Postbeamten, deren Einkommen in der Inflationsperiode nicht unbedingt höher war, als jenes von Rüstungsarbeitern. Wirtschaftspolitisch vertraten die Nationalsozialisten einen ausgesprochenen Arbeitnehmer- und Konsumentenstandpunkt, der sie innerhalb des nationalen Lagers in der Steiermark in Gegensatz zu den Vertretern agrarischer Interessen wie der Steirischen Bauernpartei und den Nationaldemokraten brachte.⁹⁶

Die Kandidaten und Spitzenfunktionäre der Nationalsozialisten waren nicht vordergründig wohnansässige Steirer. Der nationalsozialistische Listenführer im Wahlkreis Obersteier, wo die Nationalsozialisten eine rege Versammlungstätigkeit entfalteten, war Walter Gattermayer, beruflich Adjunkt im Staatsamt für Verkehrswesen in Wien und an zweiter Stelle kandidierte Elvira Rott, beruflich ebenfalls im Staatsamt für Verkehrswesen tätig.⁹⁷

Scharfen Angriffen von sozialdemokratischer Seite war der nationalsozialistische Parteisekretär Peduzzi ausgesetzt: Dieser sei aus Deutschböhmen in die Obersteiermark gezogen, weil er dort momentan keine Existenzmöglichkeit habe. Er sei ein „deutschgelber Arbeiterführer“, der „schon einmal an einem stillen Ort gewesen [sei], weil er den Unterschied zwischen mein und dein nicht gekannt habe“.⁹⁸

Die Nationalsozialisten warben sowohl auf Versammlungen der Deutschdemokraten, als auch der Sozialdemokraten um die Stimmen von Angestellten und Beamten. Bei einer deutschdemokratischen Frauenversammlung in Leoben löste Frau Oberinspektor Edehorsky eine lebhafteste Debatte aus, als sie die nationalsozialistische Partei als Partei der Festbesoldeten empfahl. Oberlandesgerichtsrat Pfeiffer, Dr. Dantine und Dr. Hoeningner bezogen gegen Frau Edehorsky Stellung und betonten „die Notwendigkeit der unbedingten Einigkeit aller bürgerlichen Kreise.“⁹⁹ Bei einer von der Sozialdemokratie einberufenen Festbesoldetenversammlung in Bruck an der Mur referierte auf sozialdemokratischer Seite Wirtschaftskommissär Dr. Eisler aus Graz und für die „Deutschsozialen“ Peduzzi, der versuchte diese Klientel für seine Partei zu gewinnen. Er stieß aber auf energischen Widerstand der Sozialdemokraten.¹⁰⁰

⁹⁵ Tagespost (Morgenblatt, 2. Ausgabe) Jg. 64, Nr. 25 (26. Jänner 1919) 7.

⁹⁶ Vgl. Lothar Höbelt, Das nationale Lager, 361.

⁹⁷ Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 29, Nr. 32 (2. Februar 1919) 2.

⁹⁸ Arbeiterwille, Jg. 30, Nr. 10 (11. Jänner 1919) 7.

⁹⁹ Tagespost (Morgenblatt, 2. Ausgabe) Jg. 64, Nr. 18 (19. Jänner 1919) 8.

¹⁰⁰ Arbeiterwille, Jg. 30, Nr. 10 (11. Jänner 1919) 7.

Auch die Auseinandersetzungen zwischen Deutschdemokraten und Nationalsozialisten nahmen an Heftigkeit zu, als letztere in der Obersteiermark eine Listenkopplung ablehnten¹⁰¹ Graz war nach Kriegsende ein Durchzugspunkt und Anlaufstation einer großen Anzahl heimkehrender Soldaten. Beinahe viereinhalb Jahre Krieg hatten die „Heimkehrer“ zu einer Schicht geprägt, der es zum Teil schwer fiel einen Weg zurück ins Zivilleben zu finden und besonders die Kriegsinvaliden machten einen Anspruch auf Versorgung durch den Staat geltend. Diese Forderungen wurden von allen politischen Parteien geteilt und führten auch dazu, dass in der Provisorischen Landesversammlung die Abgeordneten der Sozialdemokratie einen „Antrag zur Berücksichtigung der Forderungen der steirischen Kriegsgeschädigten“ einbrachten. Der Antrag wurde auch von der Deutschdemokratischen Partei durch den Grazer Bürgermeister Fizia und den christlichsozialen Landeshauptmannstellvertreter Rintelen unterstützt. Eine Invalidenanstalt sollte errichtet und freie Stellen sollten von der Landesregierung in den ihr unterstehenden Ämtern in erster Linie mit geeigneten Kriegsinvaliden besetzt werden. Desweiteren sollte die Vereinigung der Kriegsbeschädigten aus Landesmitteln eine Subvention von 300 Kronen zur Bewältigung ihrer administrativen Ausgaben bekommen.¹⁰² Die Forderungen der Kriegsinvaliden und Heimkehrer wurden zwar rasch von den großen Parteien aufgegriffen, aber in Graz gelang es ehemaligen Soldaten sich parteipolitisch zu organisieren. Als bei einer Bezirksversammlung der Deutschdemokratischen Partei Anfang Jänner 1919 Bürgermeisterstellvertreter Hans Schüller auf die Notwendigkeit einer „ungeteilten Annahme des deutschdemokratischen Wahlvorschlages“ und einer „strammen Organisation“ pochte, meldete sich ein Oberleutnant namens Ferdinand Heinzel zu Wort. Er gab die Gründung eines „Deutscharischen Schutzverbandes“ bekannt, der in den Wahlkampf eingreifen werde und, dass die Heimkehrer die Kandidaten der Deutschdemokratischen Partei und der Nationalsozialistischen Partei unterstützen.¹⁰³ Schörner und Heinzel bildeten das Führungsduo der „Deutscharischen Kriegsteilnehmer“ in Graz und äußerten sich regelmäßig auf Wahlveranstaltungen der Deutschdemokraten zu den dringenden Anliegen der Soldaten, der „Kriegsschuldfrage“ und nahmen wirtschaftspolitisch gegen die Zentralen Stellung. Sozialpolitische Forderungen der Partei waren die „Erhöhung der Ruhestandsgenüsse einschließlich der Witwen- und Waisenversorgung.“¹⁰⁴ In ihrer Agitation gegen die Zentralen nahm der Antisemitismus eine zentrale Rolle ein. Auf elaborierte marktliberale Argumente kam es ihnen

¹⁰¹ Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 29, Nr. 34 (4. Februar 1919) 1; Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 29, Nr. 37 (7. Februar 1919) 2.

¹⁰² Tagespost (Abendblatt) Jg. 64, Nr. 29 (30. Jänner 1919) 1; Vgl. Stenographischer Bericht über die 11. Sitzung der provisorischen Landesversammlung am 30. Jänner 1919, 163.

¹⁰³ Grazer Tagblatt (Abendausgabe) Jg. 29, Nr. 9 (10. Jänner 1919) 1.

¹⁰⁴ Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 29, Nr. 39 (9. Februar 1919) 3.

nicht an, sondern auf scharfe Polemik gegen angebliche oder tatsächliche Korruption. Die Aktivitäten der Deutscharischen Kriegsteilnehmer waren lediglich dem christlichsozialen „Grazer Volksblatt“ eine ausführlichere Berichterstattung wert, welches damit die Zersplitterung des „nationalen Lagers“ veranschaulichte. Es beschrieb den „Schutzverband der deutscharischen Kriegsteilnehmer“ als „jene, den Deutschdemokraten abtrünnige Truppe, denen das deutschdemokratische Programm zu wenig radikal ist.“ Schörner, laut „Grazer Volksblatt“ ein „nationalsozialistischer Gewerkschaftssekretär“, vertrat „das Programm der Nationalsozialisten wie es von Gattermayer aus Wien an den „Deutschen Volkstagen“ oftmals interpretiert wurde.¹⁰⁵ Dieser Einschätzung zufolge waren die Deutscharischen Kriegsteilnehmer nichts anderes als Nationalsozialisten, die ihren Rückhalt nicht bei Eisenbahnbeamten bezogen wie z.B. jene der Obersteiermark, sondern bei den Kriegsheimkehrern. Heinzel behauptete die Deutschdemokraten hätten ihm siebenmal das Angebot gemacht für sie zu kandidieren, er hätte aber jedes Mal abgelehnt, zum einen wegen des „unklaren Programms“ der Deutschdemokraten und zum anderen weil ihre Parteispitze ihn nicht in gewünschter Weise zu Wort kommen lassen wollte.¹⁰⁶ Seine Agitation richtete sich nämlich mit Vorliebe gegen jene Zentralen auf die Dr. Wutte in seiner Funktion als Wirtschaftskommissär Einfluss hatte. Als Heinzel in einer Versammlung im Hotel „Erzherzog Johann“, bei der auch Einspinner anwesend war, den Vorschlag machte, die Führungskräfte der „Stelest“ durch arbeitslos gewordene Kaufleute auszuwechseln, entgegnete Einspinner, dass die unterzubringenden stellenlosen Kaufleute das Geschäft der „Stelest“ nicht verstehen, was ihm Entrüstungsrufe einbrachte.¹⁰⁷ Auf der gleichen Versammlung wurde auch die Ehereform gefordert, weil es unter den Kriegsgetrauten eine große Anzahl an unglücklich Verheirateten gab. Trotz der heftigen Angriffe auf Dr. Wutte koppelten die Deutscharischen Kriegsteilnehmer im Wahlkreis mit den Deutschdemokraten.

¹⁰⁵ Grazer Volksblatt (Abendblatt) Jg. 52, Nr. 56 (4. Februar 1919) 2; Grazer Volksblatt (Abendblatt) Jg. 52, Nr. 68 (11. Februar 1919) 2.

¹⁰⁶ Grazer Volksblatt (Abendblatt) Jg. 52, Nr. 56 (4. Februar 1919) 2; Grazer Volksblatt (Abendblatt) Jg. 52, Nr. 68 (11. Februar 1919) 2.

¹⁰⁷ Ebenda 2.

Das Ergebnis der Wahl vom 16. Februar 1919

Die Wahl zur Konstituierenden Nationalversammlung brachte in der Steiermark einen Wahlsieg der Christlichsozialen, die 172.615 Stimmen (39,40 %) und 12 Mandate erzielten. Die Sozialdemokraten erhielten 150.025 Stimmen (34,59 %) und schafften 8 Mandate, die Hälfte davon in der Obersteiermark. Für die Deutschdemokratische Partei endete die Wahl in einem Desaster. Obwohl sie mit 48.152 Stimmen (11,10 %) um rund 1.000 Stimmen mehr erzielte als die Steirische Bauernpartei, konnte sich letztere als stärkste Kraft im „nationalen Lager“ durchsetzen. Der Partei Leopold Stockers gelang es im Wahlkreis „Mittel- und Untersteier“ durch Listenkoppelung mit Deutschdemokraten und Nationaldemokraten, im Wahlkreis „Oststeier“ durch Listenkoppelung mit den Deutschdemokraten und im Wahlkreis „Obersteier“ durch Listenkoppelung mit den Christlichsozialen jeweils ein Mandat zu machen. Die Kandidaten der Deutschdemokraten fielen in den ländlichen Wahlkreisen hingegen allesamt durch. Zu allem Übel verpasste die Listenkoppelung zwischen Deutschdemokraten und Nationaldemokraten in der Obersteiermark das 7. und letzte dort zu vergebende Mandat um etwas mehr als 1.000 Stimmen. Die Nationalsozialisten, die eine Listenkoppelung mit den Deutschdemokraten abgelehnt hatten erreichten lediglich 4.377 Stimmen. Als einziger deutschdemokratischer Kandidat schaffte Wutte im Wahlkreis „Graz und Umgebung“ den Einzug in die Nationalversammlung. Die Ablehnung der Listenkopplung mit den Christlichsozialen brachte das Ergebnis, dass das 6. und letzte in Graz zu vergebende Mandat leichtfertig den Sozialdemokraten überlassen wurde. Schüller war in diesem Fall das Opfer seiner eigenen Entscheidung, da er als zweiter auf der deutschdemokratischen Liste dieses Mandat gewonnen hätte. Die Nationaldemokraten kamen mit 1,96% der Stimmen, ebenso wie die Nationalsozialisten mit 1,01% und die Deutscharischen Kriegsteilnehmer mit 0,68% nicht über den Status von Splitterparteien hinaus. Die Stadt Graz war die unbestreitbare Hochburg der Deutschdemokraten. Sie erzielten dort mit 19.600 Stimmen ca. 28,4 % und waren, hinter den Sozialdemokraten, die 42,77 % erreichten, zweitstärkste Kraft. Die Christlichsozialen landeten in Graz mit 25,11% auf dem dritten Platz. Insgesamt kamen also ganze 40,70 % der deutschdemokratischen Stimmen in der Steiermark aus Graz. In den ländlichen Wahlkreisen schnitten die Deutschdemokraten prozentuell wesentlich schlechter ab. So verzeichnete die Partei in der Obersteiermark 6,69 %, in der Mittelsteiermark 7,22 % und in der Oststeiermark 9,28 %. Über dem Schnitt von 6,69 % lagen in der Obersteiermark die Gemeinden Aflenz (12,28 %), Leoben (9,27 %), Liezen (10,87%), Mariazell (12,81 %), Murau (8,38 %), Oberwölz (11,61 %) und Schladming (6,94%). In der Mittelsteiermark lagen über dem Wahlkreis- Durchschnitt die Gemeinden Frohnleiten (10,02 %) und Voitsberg (10,21 %). Überdurchschnittliche Er-

gebnisse hatten in der Oststeiermark Fürstenfeld (12,28 %), Hartberg (11,73 %) und Weiz (19,04 %).

Stimmenanzahl der steirischen Parteien bei der Wahl in die Konstituierende Nationalversammlung:¹⁰⁸

Wahlkreis	SDAP	CS	DDP	StBP	ND	NS	DK
Graz u. U.	45.404	35.018 ¹⁰⁹	23.747 ¹¹⁰	6.515	-	-	2.930
Mittelsteier	20.039	43.439	6.092 ¹¹¹	11.140	3.640	-	-
Oststeier	11.318	64.830	9.112 ¹¹²	12.937	-	-	-
Obersteier	73.264	29.328 ¹¹³	9.201 ¹¹⁴	16.486	4.845	4.377	-
Gesamt	150.025	172.615	48.152	47.078	8.485	4.377	2.930

Wahlergebnisse der steirischen Parteien bei der Wahl in die Konstituierende Nationalversammlung in Prozent:¹¹⁵

Wahlkreis	SDAP	CS	DDP	StBP	ND	NS	DK
Graz u. U.	39,97	30,82	20,90	5,73	-	-	2,58
Mittelsteier	23,76	51,50	7,22	13,20	4,32	-	-
Oststeier	11,53	66,02	9,28	13,17	-	-	-
Obersteier	53,29	21,33	6,69	11,99	3,52	3,18	-
Gesamt	34,59	39,80	11,10	10,86	1,96	1,01	0,68

Die Mandatsverteilung in den einzelnen Wahlkreisen bei der Wahl am 16. Februar 1919:¹¹⁶

Wahlkreis	SDAP	CS	DDP	StBP	ND	NS	DK
Graz u. U.	3	2	1	-	-	-	-
Mittelsteier	1	4	-	1	-	-	-
Oststeier	-	4	-	1	-	-	-
Obersteier	4	2	-	1	-	-	-
Gesamt	8	12	1	3	-	-	-

¹⁰⁸ Die Wahlen für die konstituierende Nationalversammlung. 2. Statistische Ergebnisse in zergliederter Darstellung. In: Statistische Zentralkommission (Hg.), Beiträge zur Statistik der Republik Österreich (Wien 1920) 12-13. Im Folgenden zit. als Statistische Ergebnisse der Wahlen für die konstituierende Nationalversammlung.

¹⁰⁹ Listenkoppelung mit der Steirischen Bauernpartei

¹¹⁰ Listenkoppelung mit den Deutscharischen Kriegsteilnehmern

¹¹¹ Listenkoppelung mit der Steirischen Bauernpartei und den Nationaldemokraten

¹¹² Listenkoppelung mit der Steirischen Bauernpartei

¹¹³ Listenkoppelung mit der Steirischen Bauernpartei

¹¹⁴ Listenkoppelung mit den Nationaldemokraten

¹¹⁵ Statistische Ergebnisse der Wahlen für die konstituierende Nationalversammlung, 14-15.

¹¹⁶ Ebenda, 78-79.

Für die „Tagespost“ war „jedes leichthin verspielte Mandat ein doppelt und dreifach schwerer Verlust.“ Tatsächlich wäre bei Listenkoppelungen mit den Christlichsozialen im Grazer Wahlkreis und den Nationalsozialisten in der Obersteiermark zwei weitere Mandate für die Deutschdemokraten anhand des Endergebnisses zu erzielen gewesen. Die Sozialdemokraten widersprachen jedoch der Hausbesitzer- These vom verschenkten Mandat im Grazer Wahlkreis, weil ihrer Einschätzung nach durch eine Koppelung zwischen Deutschdemokraten und Christlichsozialen die Mehrheit der Beamten und auch viele andere Bürgerliche ins sozialdemokratische Lager getrieben worden wären.¹¹⁷

Stimmenmäßig hatte sich abgezeichnet, dass die Deutschdemokraten aufgrund der Zersplitterung des „nationalen Lagers“ mit den Christlichsozialen und Sozialdemokraten unter den Bedingungen des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes für Männer und Frauen auf Landesebene nicht mehr konkurrieren konnten. Ihre bisher herrschende Stellung in der Steiermark schien ernsthaft gefährdet und im Tenor der Zeitungskommentare machte sich Frustration bemerkbar: „Wenn sich das Bürgertum auch jetzt nicht aufrafft, [...] dann wird sein Schicksal im Frühjahr bei den Wahlen in die Landesversammlung endgültig besiegelt: es wird wie das Korn von den zwei Mühlsteinen zerrieben werden.“¹¹⁸

¹¹⁷ Arbeiterwille, Jg. 30, Nr. 49 (19. Februar 1919) 1. Die Sozialdemokraten kommentierten die Selbsterfleischung der Deutschdemokraten genüsslich in ihrer Wahlanalyse, wenngleich an manchen Stellen Sympathie für die Beamtenvertreter durchschien: „Vor Beginn des Krieges hatten sie [Gargitter und Schüller, C.N.] die dunkle Empfindung, dass der Beamte seiner Klassenlage nach zum Proletariat gehört. Sie versuchten ihre Politik dieser Empfindung anzupassen und wurden Gegner der Protzen im Gemeinderat. Während des Krieges haben sie nach und nach ihre besseren Grundsätze vergessen. Sie wurden wieder getreue Fridoline des Bürgervereines.“

¹¹⁸ Tagespost (Morgenblatt, 2. Ausgabe) Jg. 64, Nr. 48 (18. Februar 1919) 1.

Christlichsoziale und Bauernbund als Rettungsanker

Die Deutschdemokraten in der Provisorischen Landesversammlung

In der Provisorischen Landesversammlung wurde unter dem Eindruck der Resultate der Wahl in die Nationalversammlung ein neues Landtagswahlrecht ausgearbeitet.

Die Deutschdemokraten plädierten angesichts des mandatsmäßig besseren Abschneidens der Steirischen Bauernpartei bei insgesamt geringerer Stimmenanzahl für die Abschaffung der vier steirischen Wahlkreise. Stattdessen sollte ein einheitlicher Wahlkreis nach dem Vorbild Bayerns geschaffen werden.¹¹⁹ Fizia trat in der Landesversammlung für eine Teilung des Wahlkreises „Graz und Umgebung“ in einen Wahlkreis „Graz Stadt“ mit 11 Mandaten und einen Wahlkreis „Graz Land“ mit 5 Mandaten ein. Er begründete diesen Abänderungsantrag mit der Dissonanz von agrarischen und städtischen Interessen. Diese könnten nur sehr schwer miteinander in Einklang gebracht werden, auch könnten die agrarischen Interessen ein Übergewicht bekommen, was er zu verhindern trachtete. Die Stadt Graz trug laut Fizia am meisten zur Steuerleistung des Landes bei und war sehr interessiert daran, auf welche Art die Gelder des Landes verwendet werden. Fadenscheinig entgegnete der Sozialdemokrat Muchitsch diesen Argumenten, dass nicht sofort kontrolliert werden könne, ob die von Fizia favorisierte Mandatsaufteilung gerecht sei, woraufhin der Abänderungsantrag mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Christlichsozialen niedergestimmt wurde.¹²⁰

Damit war geregelt, dass der neue Landtag 70 Landtagsabgeordnete zählen würde, im Gegensatz zum alten Kurienlandtag, der 87 Abgeordnete (84 gewählte Abgeordnete und 3 Virilstimmen) umfasste und der Provisorischen Landesversammlung mit 60 Mandataren. Im Wahlkreis Graz und Umgebung wurden für den Landtag 16 Mandate, in der Mittelsteiermark 21 Mandate, in der Oststeiermark 13 Mandate und in der Obersteiermark 20 Mandate vergeben.¹²¹ Die Legislaturperiode wurde in der Landtagswahlordnung mit einer Dauer von zwei Jahren bemessen, da auch die Konstituierende Nationalversammlung für denselben Zeitraum gewählt wurde. Die Sozialdemokraten beantragten in der Landesversammlung den Paragraphen mit der Regelung für die Listenkoppelung aus der Landtagswahlordnung zu streichen. Die Christlichsozialen stimmten diesem Vorschlag ebenfalls zu, weil sie der Meinung waren, dass sich die Listenkoppelung mit wenigen Ausnahmen tendenziell gegen sie richte, wie der

¹¹⁹ Stenographischer Bericht über die 13. Sitzung der provisorischen Landesversammlung am 13. März 1919, 192; Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 29, Nr. 70 (12. März 1919) 1.

¹²⁰ Stenographischer Bericht über die 13. Sitzung der provisorischen Landesversammlung am 13. März 1919, 195; Grazer Tagblatt (Abendausgabe) Jg. 29, Nr. 71 (13. März 1919) 1.

¹²¹ Tagespost (Morgenblatt, 2. Ausgabe) Jg. 64, Nr. 70 (12. März 1919) 1.

Erfolg der Steirischen Bauernpartei bei der letzten Wahl gezeigt hatte. Rintelen verlangte von den Parteien des „nationalen Lagers“ eine Garantie dafür, dass sich Listenkoppelungen nicht gegen die Christlichsozialen richten, eine Bedingung, für die er in der deutschfreiheitlichen Presse später ein „partei politisches Monstrum“ genannt wurde.¹²² Fizia klammerte sich an die Listenkoppelung und warf den Sozialdemokraten vor, sie wollten mit der Streichung des Paragraphen „die kleinen Parteien aus der Welt schaffen.“¹²³ Die Sozialdemokraten verwahrten sich prinzipiell gegen diesen Vorwurf, erklärten aber, dass sie in Parlamenten große Parteien mit ausgesprochenen Grundsätzen bevorzugten, weil sich mit Splitterparteien keine Politik treiben lasse.¹²⁴ Speziell an der Frage der Gestaltung des neuen Landtagswahlrechtes zeigte sich auf fatale Weise, dass die Deutschdemokraten aufgrund ihres schlechten Wahlergebnisses vom 16. Februar 1919 rasant an politischem Eigengewicht verloren und immer mehr zum Spielball der Christlichsozialen und Sozialdemokraten wurden. „Im Grunde war für die Christlichsozialen die Besorgnis vor dem Anwachsen des Bauernbundes ausschlaggebend, dessen Verbindung mit den Deutschdemokraten sie fürchteten“, urteilte das „Grazer Tagblatt“ über die ausschlaggebenden Motive der Christlichsozialen zur Abschaffung der Listenkoppelung. Als Ergebnis dieser Entscheidung erwartete das „Grazer Tagblatt“, den Anschluss des freiheitlichen Bürgertums in den Städten und Märkten an die Steirischen Bauernpartei, weil diese beiden Gruppen durch keine tiefergehenden Gegensätze getrennt waren. Das Erstellen gemeinsamer gesamtbürgerlicher Listen wurde von den Deutschdemokraten insgesamt als schwerer angesehen, als das Erstellen von getrennten Listen. Kritisiert wurden im „Grazer Tagblatt“ auch die „unbelehrbar scheinenden Ideologen“ innerhalb der Freiheitlichen und man hoffte, dass ihnen durch die Streichung der Listenkoppelung eine Lektion in Sachen Realpolitik erteilt worden war.¹²⁵ Gargitter befand sich während der gesamten Debatte um die Listenkoppelung in einer äußerst prekären Situation, da er aus Parteidisziplin für die Listenkoppelung eintrat und sich damit bei den Christlichsozialen zum Gespött machte, die ihm vorwarfen, ausgerechnet er spiele sich nun ihnen gegenüber als „Sittenrichter“ auf.¹²⁶

Die Streichung wäre nur abwendbar gewesen, wenn die Deutschdemokraten voll und ganz auf

¹²² Grazer Tagblatt (Abendausgabe) Jg. 29, Nr. 71 (13. März 1919) 1.

¹²³ Stenographischer Bericht über die 13. Sitzung der provisorischen Landesversammlung am 13. März 1919, 196. Dass die Nerven bei den Deutschdemokraten bei der Streichung des Koppelungsparagraphen blank lagen, verdeutlicht folgender Vorwurf Einspinners an die Sozialdemokraten: „Sie waren auch einmal klein, wenn man das Ihnen zugemutet hätte, hätten sie auch geschrien.“

¹²⁴ Ebenda, 197. Den existenziellen Charakter dieser Debatte kennzeichnet auch folgende Wortmeldung Resels an Fiza: „Wir wünschen Ihnen ein so langes Leben, als sie an Lebenskraft in sich haben. Wenn sie keine haben, werden sie sowieso sterben.“ Daraufhin Einspinner: „Wir werden gewiß nicht verschwinden, das können sie überzeugt sein.“

¹²⁵ Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 29, Nr. 72 (14. März 1919) 1.

¹²⁶ Stenographischer Bericht über die 13. Sitzung der provisorischen Landesversammlung am 13. März 1919, 197; Grazer Volksblatt (Abendblatt) Jg. 52, Nr. 120 (13. März 1919) 2.

Rintelens Bedingungen eingegangen wären, doch ein solches Einlenken sahen selbst die Sozialdemokraten für die Deutschdemokraten als inakzeptabel an: „Man lese nur die Erklärung des Herrn Rintelen, die Zeugnis ablegt von der Dreistigkeit der Schwarzen. Auf diese Bedingung der Klerikalen konnten die Deutschdemokraten, so gern sie auch mochten, nicht eingehen, wollten sie nicht gewärtigen, daß sie von ihrer Wählerschaft mit einem nassen Fetzen davongejagt werden.“¹²⁷

Auch auf Gemeindeebene wurde das Wahlrecht an das neue demokratische Zeitalter angepasst und das Elektorat erweitert. Im Grazer Gemeinderat wurde deshalb Mitte April die neue Gemeindewahlordnung auf Basis des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für Männer und Frauen beschlossen. Die Gemeinderäte wurden nun nach dem Verhältniswahlrecht auf fünf Jahre gewählt. Gargitter erklärte beinahe resigniert, dass die Festbesoldeten verzichtet hätten, im Gemeinderat Abänderungsanträge zu stellen, „weil in der Landesversammlung doch die beiden großen Parteien ohnehin täten, was sie wollten.“¹²⁸ Er begrüßte zumindest, dass den Gemeindeangestellten in der neuen Wahlordnung auch das passive Wahlrecht zugestanden wurde. Die Zahl der Mandate blieb mit 48 gleich. Um Kosten zu sparen, wurde die Grazer Gemeinderatswahl mit der Landtagswahl am 11. Mai 1919 zusammengelegt.¹²⁹ Die neue Gemeindewahlordnung enthielt wie das neue Landtagswahlrecht keine Listenkoppelung. Für die anderen steirischen Gemeinden, die keine Statutarstädte waren, wurde in der Provisorischen Landesversammlung eine eigene Gemeindewahlordnung beschlossen und damit in Landgemeinden mit mehr als 1000 Wahlberechtigten das Verhältniswahlrecht eingeführt.¹³⁰ Die Festbesoldeten hatten zuvor in der Provisorischen Landesversammlung gegen die ursprüngliche Bestimmung protestiert, welche die Gemeindeangestellten von der Wählbarkeit ausgenommen hatte, weil diese dienstrechtlich der Disziplinargewalt des Bürgermeisters unterstünden. Diese Bestimmung wurde daraufhin auf Antrag von Landesrat Gargitter nicht in die neue landesweite Gemeindewahlordnung aufgenommen. Nur die Christlich-sozialen stimmten dagegen.¹³¹ Mitte März 1919 beantragte Wastian die Ausarbeitung eines neuen Lehrergehaltsgesetzes, welches Ende April der Provisorischen Landesversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt wurde. Es wurde eine Besoldungsgrundlage für Volks- und Bürgerschullehrer geschaffen mit neuen Regelungen für das Dienst Einkommen, die Ruhegenüsse

¹²⁷ Arbeiterwille, Jg. 30, Nr. 72 (14. März 1919) 1.

¹²⁸ Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 29, Nr. 104 (15. April 1919) 1.

¹²⁹ Tagespost (Morgenblatt, 2. Ausgabe) Jg. 64, Nr. 104 (15. April 1919) 4.

¹³⁰ Tagespost (Abendblatt) Jg. 64, Nr. 112 (24. April 1919) 1.

¹³¹ Tagespost (Morgenblatt, 2. Ausgabe) Jg. 64, Nr. 114 (26. April 1919) 6.

und die Versorgung der Hinterbliebenen.¹³² Die Mehrkosten dieses neuen Gesetzes beliefen sich jährlich auf 4 Millionen Kronen, wovon die Kosten der aktiven Lehrerschaft 3,2 Millionen Kronen betragen und die der Pensionisten, welche seit 1. Mai 1914 in den Ruhestand getreten waren, 400.000 Kronen.¹³³ Gargitter war als Referent für das Schulwesen und als Referent für die Landesfinanzen der Meinung, dass die Lehrer lange Zeit schlechter bezahlt waren als die Staatsbeamten. Deshalb sollten die Lehrer durch die neue Gehaltsregelung nun einen Vorsprung gegenüber den Staatsbeamten erhalten. Gargitter hatte jedoch bezüglich des Gesetzesentwurfes ein schlechtes Gewissen, weil die 4 Millionen Mehrkosten eine höhere Mehreinnahme erforderten. Gargitter erklärte, er „möchte nicht die Lehrerschaft mit dem Odium belasten, daß eine seit 12 Jahren verschleppte Gehaltsregulierung die Ursache einer besonderen Steuerbelastung bildet.“ Das Defizit müsse deshalb bei Vorlage des Voranschlages als Ganzes gedeckt sein, was durch eine Erhöhung der Jagdabgaben, der Musikimpostgebühren und durch die Einführung einer Wertzuwachssteuer schon in Teilbereichen geschehen war. In letzter Zeit habe er die Absicht „ein im Geiste der Bodenreform verfaßtes Gesetz über die Abgabe von Waldland und Baugründe in Vorschlag zu bringen, bei welchem eine Mehreinnahme von 1 ¼ Millionen zu erwarten ist.“ Damit wären in Summe Mehreinnahmen von mehr als zwei Millionen Kronen gesichert. Gargitter hegte aber die Befürchtung, dass ein solches Gesetz „über die Wertabgabe für Waldland und Baugründe“ in der Landesversammlung bei den Christlichsozialen nicht sonderlich hoch im Kurs stand.¹³⁴

Als die Christlichsozialen ihre Zustimmung zum neuen Lehrergehaltsgesetz signalisierten, inszenierten die Sozialdemokraten in der Landesversammlung einen wahlkampftechnischen Eklat. Muchitsch attackierte Rintelen frontal und übte scharfe Kritik an der christlichsozialen Schulpolitik in der jüngsten Vergangenheit: „Unsere Anträge, die haben sie alle umgebracht hier im Landtage die Klerikalen, die Christlichsozialen mit den Vertretern jener Parteien, die von jenen Herren jetzt vertreten werden, die jetzt auf diesen Bänken sitzen. Die Herrn Großgrundbesitzer waren es ja, welche der früheren deutschnationalen Partei im Landtage unbedingt Gefolgschaft geleistet haben oder umgekehrt.“¹³⁵ Wastian schilderte dann aus deutschfreiheitlicher Sicht die Ursachen für die (angeblich) schlechte Bezahlung der Lehrer: „Im Jahre 1909 ist der letzte Landtag gewählt gewesen und nur zu einer kurzen Tagung zusammengetreten. Erst im Jänner 1910 konnte er sich dann wieder versammeln und da hat bereits am 1.

¹³² Grazer Tagblatt (Abendausgabe) Jg. 29, Nr. 73 (15. März 1919) 1; Stenographischer Bericht über die 18. Sitzung der provisorischen Landesversammlung am 29. April 1919, 291.

¹³³ Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 29, Nr. 118 (30. April 1919) 6; Ebenda, 291.

¹³⁴ Stenographischer Bericht über die 18. Sitzung der provisorischen Landesversammlung am 29. April 1919, 293- 295.

¹³⁵ Ebenda, 295.

Februar die slowenische Obstruktion eingesetzt, die durch Jahre hindurch jede Tätigkeit in der Landesversammlung lahmlegte. [...] Im Jahre 1913 war dann wieder eine kurze Tagung des Landtages möglich. Damals ist ein Beschluß gefasst worden, nach welchem man der Lehrerschaft eine Teuerungszulage im Gesamtausmaße von 1,200.000 Kronen zuerkannt hat.“ Diese eine Tagung sei nur deshalb zustande gekommen, weil man die Slowenen mit Zugeständnissen zurück ins Boot geholt hatte. Durch den Krieg sei die Frage der Lehrergehälter dann gänzlich „verschleppt“ worden.¹³⁶

Wuttes Wirtschaftspolitik und die Frage der Zentralen

Mitte März trat Wutte aufgrund seiner Wahl in die Konstituierende Nationalversammlung, ebenso wie sein sozialdemokratischer Kollege Eisler, als Wirtschaftskommissar zurück.¹³⁷

Am 22. März 1919 gab der Wohlfahrtsausschuss unter Vorsitz von Dr. Kranz seine Auflösung bekannt. Bis zur Konstituierung der neuen Landesversammlung trat an die Stelle des Wohlfahrtsausschusses ein Wirtschaftsdirektorium bestehend aus Wutte, Eisler und Prisching.¹³⁸

Wutte lehnte als Mitglied der Großdeutschen Vereinigung das Amt des Unterstaatssekretärs im Staatsamt für Handel, Gewerbe, Industrie und Bauten, welches ihm von Staatskanzler Renner angeboten wurde, einvernehmlich mit seinem Klub ab.¹³⁹ Wutte avancierte in der Nationalversammlung zum Sprecher aller bürgerlichen Parteien in der Sozialisierungsfrage und glänzte bei seinen Reden durch seine praktische Erfahrung als Industrieller. Er machte gegenüber den Sozialdemokraten eine Reihe von Abänderungsvorschlägen und war Staatssekretär Otto Bauer an praktischer Erfahrung weit überlegen. Die Sozialdemokraten akzeptierten Wutte als Wortführer der Industriellen im Sozialisierungsausschuss und mussten erkennen, dass die Christlichsozialen auf diesem Gebiet nicht über genügend kompetentes Personal verfügten, was diese naturgemäß heftig bestritten.¹⁴⁰ Die „Tagespost“ berichtet über die Position Wuttes in der Sozialisierungsfrage: „Es herrscht ein ständiges Rededuell zwischen Wutte und den Sozialdemokraten. Hiebei vertritt er stets die Notwendigkeit demokratischer Reformen, demokratischer Betriebsführung und Verwaltung unter Wahrung der berechtigten Forderun-

¹³⁶ Stenographischer Bericht über die 18. Sitzung der provisorischen Landesversammlung am 29. April 1919, 301.

¹³⁷ Tagespost (Morgenblatt, 2. Ausgabe) Jg. 64, Nr. 72 (14. März 1919) 5.

¹³⁸ Grazer Volksblatt (Morgenblatt) Jg. 52, Nr. 135 (23. März 1919) 3.

¹³⁹ Grazer Tagblatt (Abendausgabe) Jg. 29, Nr. 73 (15. März 1919) 1. Die Sozialdemokraten behaupteten die Annahme des Amtes als Unterstaatssekretär sei ihm von der Großdeutschen Vereinigung „verboten“ worden und brandmarkten diese als Antidemokraten. Vgl. Arbeiterwille, Jg. 30, Nr. 74 (16. März 1919) 1.

¹⁴⁰ Arbeiterwille, Jg. 30, Nr. 122 (4. Mai 1919) 1; Grazer Volksblatt (Abendblatt) Jg. 52, Nr. 202 (5. Mai 1919) 2. Laut Sozialdemokraten war der Wiener Abgeordnete Heinel der einzige Christlichsoziale im Sozialisierungsausschuss, der etwas von der Industrie verstand und dem man gute Kontakte zum Industriellen Max Friedmann nachsagte.

gen der Arbeiter, jedoch in solcher Art, daß Industrie, Handel und Gewerbe die Konkurrenzfähigkeit nicht verlieren.¹⁴¹ Das Ziel von Wutttes Wirtschaftspolitik war es die Industrieproduktion zu steigern, während er bei den Sozialdemokraten den Eindruck hatte, dass sie lediglich „doktrinären Ideen“ nachjagen. Wutte war der Meinung, dass man zur rot-schwarzen Regierung in Wien kein Vertrauen haben könne, weil sie unter dem Druck der Straße stehe. Er hielt den jungen österreichischen Staat für nicht kreditfähig und kennzeichnete die negativen Auswirkungen der Sozialisierungsbestrebungen: „Die Banken kündigen der Industrie den Kredit, die ausländischen Kredite ziehen sich zurück und die Geschäftsleute wandern ins Ausland ab.“ Wutte plädierte dafür, die „Finalindustrie“, die die Bedarfsgegenstände erzeuge von der Sozialisierung auszunehmen, da man hier stärker Rücksicht auf ausländische Märkte nehmen müsse. Er hatte mit den anderen Bürgerlichen ein Kohlensozialisierungsgesetz ausgearbeitet, welches der Konstituierenden Nationalversammlung vorgelegt werden sollte. Dieses beabsichtigte die Kohlenproduktion von den anderen Produktionszweigen zu trennen, um einen Überblick über die Förderkosten zu bekommen. Die Bergbaugesellschaften sollten dabei die Förderkosten und einen angemessenen Gewinn erhalten. Die Kohle sollte bei einer für die Preisbestimmung zuständigen Kohlenstelle abgeliefert werden, um zu verhindern, dass manche Unternehmen billigere Kohle bekommen als andere.¹⁴² Sturmwolken zwischen Wutte und den steirischen Christlichsozialen zogen unterdessen auf, als in der Konstituierenden Nationalversammlung der Abgeordnete Dr. Straffner einen Antrag zur Verstaatlichung des gesamten Schulsystems einbrachte, den auch Wutte unterzeichnete. Die Christlichsozialen erblickten darin ein gesetzliches Verbot der konfessionellen Privat- und Klosterschulen. Die Christlichsozialen warfen den Deutschdemokraten deshalb Verrat an ihren eigenen freiheitlichen Prinzipien vor, da ein staatliches Schulmonopol den Eltern keine Wahlfreiheit mehr ließ.¹⁴³ Die Verwirklichung des von Wutte geplanten Holzsyndikats scheiterte vor allem daran, weil das Land Oberösterreich massiv dagegen intervenierte.¹⁴⁴

In einer Gemeinderatssitzung wurde bekannt, dass in den Lagerräumen der „Stelest“ große Mengen von Speck aufgrund von unsachgemäßer Lagerung verdorben waren. GR Bienert verlangte von Fizia, den Standpunkt der konsumierenden Bevölkerung gegenüber der „Stelest“ zu vertreten, damit die Lagerbedingungen verbessert werden. Fizia erklärte der Sache nachzugehen und stellte zusammen mit Wastian u.a. in der Provisorischen Landesversamm-

¹⁴¹ Tagespost (Morgenblatt, 2. Ausgabe) Jg. 64, Nr. 122 (4. Mai 1919) 5. Eine Warnung Wutttes an die Sozialdemokraten: „Sie werden Betriebsräte haben und keine Betriebe.“

¹⁴² Tagespost (Abendblatt) Jg. 64, Nr. 123 (5. Mai 1919) 3.

¹⁴³ Grazer Volksblatt (Morgenblatt) Jg. 52, Nr. 167 (12. April 1919) 1.

¹⁴⁴ Tagespost (Morgenblatt, 2. Ausgabe) Jg. 64, Nr. 102 (13. April 1919) 3. Die Christlichsozialen bezichtigten Wutte in dieser Sache der privaten Geschäftemacherei, was dieser als Unwahrheit zurückwies.

lung eine Anfrage an Landeshauptmann Kaan bezüglich der wirtschaftlichen Aufsicht über die Stelest, die sich für die Deutschdemokraten als schmerzhafter Fehlschlag erweisen sollte. Die Aufsicht über die Stelest lag nämlich nicht im Kompetenzbereich der Landesregierung, sondern in erster Linie bei deren Aufsichtsrat, dessen Obmann überraschenderweise Wutte war. In der Berichterstattung der freiheitlichen Presse wurden die peinlichsten Details dieser missglückten Inszenierung jedenfalls bewusst verschwiegen.¹⁴⁵ Die Christlichsozialen kritisierten Wutte wegen der Anstellung von einigen Kaufleuten bei der Stelest, die sie für Kriegsgewinnler hielten und deshalb ihre Entlassung forderten. An ihrer Stelle sollten arbeitslose Kaufleute beschäftigt werden. Wutte stellte bei einer deutschdemokratischen Wahlveranstaltung klar, dass bei der „Stelest“ nur sehr wenige Kaufleute in einem Beschäftigungsverhältnis stünden und dass alle Ausländer ausscheiden werden, die bei der Stelest aufgrund ihrer tschechischen, polnischen, kroatischen und englischen Sprachkenntnisse eine Anstellung gefunden hatten. Wutte hielt den populistischen Forderungen der Christlichsozialen entgegen: „Im übrigen spielt die Anstellung von zwei Kaufleuten bei einem Beamtenstande bei nahezu 160 Personen für die Frage der Unterbringung von Invaliden und Arbeitslosen keine wesentliche Rolle.“¹⁴⁶ Die Zukunft der Zentralen war weiterhin ein Dauerthema in der politischen Auseinandersetzung und in der Berichterstattung der Presse. Bei einer Sitzung des Grazer Gemeindegewirtschaftsrates, dem Leitungsgremium des städtischen Ernährungsamtes wurde unter Vorsitz von Bürgermeister Fizia bekannt, dass das Steirische Landeswirtschaftsamt (Lawa) plante das städtische Ernährungsamt aufzulösen und mit der Stelest zu vereinigen, welche alle Waren übernehmen sollte. Es wurde auch darüber debattiert, dass die Deutschösterreichische Lebensmitteleinfuhrstelle (Dölest) plante die Stelest zusammen mit dem städtischen Ernährungsamt in eine ihrer Zweigstellen zu verwandeln. Auf deutschfreiheitlicher Seite fand man den Abbau der Zentralen erforderlich, aber keinesfalls Neugründungen. Fizia wies den „selbtherrlichen Ton“ der Stelest zurück und sah dies als unberechtigten Eingriff in die Autonomie der Stadt, dem er sich entgegenstellte.¹⁴⁷ Die Christlichsozialen intensivierten sicher auch aufgrund des Drucks der Steirischen Bauernpartei ihre Forderung nach Abschaffung der Zentralen, insbesondere der „Rauhfutterstelle“ und der Leder- und Häutezentrale.¹⁴⁸ In der Provisorischen Landesversammlung brachten sie deshalb einen Antrag zur Aufhebung

¹⁴⁵ Stenographischer Bericht über die 14. Sitzung der provisorischen Landesversammlung am 15. März 1919, 243; Tagespost (Abendblatt) Jg. 64, Nr. 73 (15. März 1919) 1-2; Tagespost (Morgenblatt, 2. Ausgabe) Jg. 64, Nr. 74 (16. März 1919) 8.

¹⁴⁶ Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 29, Nr. 117 (29. April 1919) 6; Grazer Volksblatt (Morgenblatt) Jg. 52, Nr. 185 (24. April 1919) 5.

¹⁴⁷ Grazer Volksblatt (Morgenblatt) Jg. 52, Nr. 191 (27. April 1919) 6. Die Stelest hatte u. a. in sehr selbstbewusstem Tonfall geschrieben „Dr. Wutte hat die Genehmigung erteilt...“

¹⁴⁸ Grazer Volksblatt (Morgenblatt) Jg. 52, Nr. 139 (27. März 1919) 3.

aller steierischen Zentralen und der Bezirks- und Gemeindegewirtschaftsämter ein, den sie folgendermaßen begründeten: „Die behördlichen Warenabgabestellen für Lebensmittel und Bedarfsartikel, wie die „Stelest“ sowie die Gemeinde- und Bezirks- Wirtschaftsämter, waren nicht imstande, sich an die staatlich festgesetzten Höchstpreise zu halten, sie kauften vielmehr Waren zu den teuersten Preisen ein und gaben sie in vereinzelt Fällen unter dem Einkaufspreis ab, wobei der Ausfall naturgemäß bei anderen Waren reichlich ausgeglichen werden musste. Es mag dahingestellt bleiben, ob zur Verbilligung solcher zu teuer eingekaufter Waren nicht staatliche Unterstützungen aus Steuergeldern in Anspruch genommen wurden. Die Unzulässigkeit einer solchen Praxis braucht wohl nicht näher beleuchtet zu werden. Außerdem haben sich diese Anstalten zur Warenbeschaffung des Schleichhandels in ausgiebigster Weise bedient, diesen damit großgezogen und so wieder zur Verteuerung so mancher wichtiger Lebensmittel das ihrige beigetragen, während zur Rechtfertigung der Zentralen vorgeschützt wurde, daß sie das Hinauftreiben der Preise verhindern müssen. Insoweit die meisten dieser Stellen den Schleichhändlern und Preistreibern immer wieder die Wege ebneten, ist an einen Preisabbau nicht zu denken.“¹⁴⁹ Die Christlichsozialen vertraten damit viel effektiver als die Deutschdemokraten auch die Anliegen der Gewerbetreibenden, da sie angesichts der Zersplitterung der Deutschfreiheitlichen eine größere Klientel abdecken konnten und ihnen schon bei der letzten Wahl der entscheidende Brückenschlag zum Grazer Bürgertum gelungen war.

Die Implosion der Deutschdemokraten

Nach dem katastrophalen Ausgang der Wahl in die Konstituierende Nationalversammlung erlahmte endgültig die Kraft der Deutschdemokraten die divergierenden Interessengruppen unter ihrem Dach zu vereinen. Kammerlander und Schoklitsch, die beiden Führungsfiguren des Hausbesitzervereines, waren nach ihrem offenen Brief an die „Tagespost“ aus der Deutschdemokratischen Partei ausgetreten. Wer glaubte, dass die Hausbesitzerlobby als Relikt des Kurienwahlrechts nun von der politischen Bildfläche verschwinden würde, wurde bald eines Besseren belehrt. Schon am 3. April 1919 wurde im Großgasthof „Erzherzog Johann“ in Graz die Nationale Mittelstandspartei gegründet, deren Mitglieder sich allesamt aus dem Schoß des Hausbesitzervereines rekrutierten. Notar Dr. Muhri, der Obmann der Nationa-

¹⁴⁹ Grazer Volksblatt (Morgenblatt) Jg. 52, Nr. 189 (26. April 1919) 4; Tagespost (Morgenblatt, 2. Ausgabe) Jg. 64, Nr. 112 (24. April 1919) 4. Die Deutschdemokraten waren zwar mit Kaufmann Schimper und Dr. Winter bei der Gründung des Industrie-, Handels- und Gewerbebundes, kurz Inhage-Bundes anwesend, der von den Sozialdemokraten wegen seiner Ablehnung der Zentralen und der Sozialisierung heftig angefeindet wurde, aber als politische Vertretung der Selbständigen liefen ihnen die Steirische Bauernpartei und die Christlichsozialen den Rang ab.

len Mittelstandspartei ließ keinen Zweifel am Zweck der Parteigründung: „Wenn ich von einer Verständigung rede, [...]so meine ich, daß darin auch die christlichsoziale Partei eingeschlossen ist, deren Bedeutung für das bürgerliche Leben wir voll zu würdigen wissen. Überhaupt muss in Zukunft die Parteipolitik anders eingestellt werden, es muß eine Verständigung zwischen liberal und konservativ, zwischen Bürger und Bauer gesucht werden.“¹⁵⁰

Das Programm der Mittelstandspartei, welches bei der Gründungsversammlung von Univ.-Prof. Dr. Rudolf von Scala erläutert wurde, ähnelte frappant dem deutschdemokratischen, wirkte jedoch mit seinen neun kurzen Leitsätzen eher wie eine Verlegenheitslösung. Neben dem Anschluss an Deutschland, wurde eine Vereinfachung der Verwaltung, mehr Föderalismus, die Wehrpflicht und die „Charkaterbildung und nationale Erziehung der Jugend auf religiöser Grundlage“ in einem staatlichen Schulsystem gefordert.¹⁵¹ Letzteres konnte eindeutig als eine Konzession an die Christlichsozialen verstanden werden, mit denen man eine Verständigung für die kommenden Landtags- und Gemeinderatswahlen suchte. Obwohl sich die Mittelstandspartei klar zur Privatwirtschaft bekannte, machte sie in den Bereichen Gas, Wasser, Strom und Verkehr eine Ausnahme und wollte diese Bereiche in öffentlicher Hand sehen.¹⁵² Das Bekenntnis zum Ausbau der Sozialpolitik durfte auch nicht fehlen. Scala sprach sich vehement gegen gewaltsame Sozialisierungen aus und ortete in den momentanen Sozialisierungsbestrebungen eine „Sozialisierung des Bankrotts oder ein[en] Bankrott der Sozialisierung.“ Zum Unterschied von allen anderen bürgerlichen Parteien wandte sich die Nationale Mittelstandspartei „gegen die von allen Seiten überzogenen Lohn- und Gehaltsforderungen.“¹⁵³ Als Hauptargument für die Gründung der Mittelstandspartei wurde gebetsmühlenartig das zweifellos vorhandene Nichtwählerreservoir im bürgerlichen Spektrum ins Treffen geführt. Mit Verständnislosigkeit berichtete das „Grazer Tagblatt“ als prononciertes Sprachrohr der Deutschdemokraten über die Gründung der Mittelstandspartei: „[...] aber außer jenen, welche das Aufgehen im christlichsozialen Lager wünschten schien niemand besonders befriedigt und überzeugt zu sein von der Notwendigkeit schon wieder eine neue Partei zu gründen.“¹⁵⁴

Vermutlich um sich der Loyalität ihrer Mitglieder zu versichern, hatten die Deutschdemokraten zum Zeitpunkt der Gründungsversammlung der Mittelstandspartei über die freiheitliche Presse eindringlich zum Besuch zweier Wählerversammlungen in Graz aufgefordert. In auf-

¹⁵⁰ Grazer Volksblatt (Abendblatt) Jg. 52, Nr. 154 (4. April 1919) 2. In die Parteileitung der Nationalen Mittelstandspartei wurden gewählt: als Obmänner Notar Dr. Muhri, GR Schoklitsch, Prof. v. Scala; Rechtsanwalt Dr. Kammerlander und GR Casper als Schriftführer; Kaufmann Sailler als Rechnungsführer.

¹⁵¹ Tagespost (Morgenblatt, 2. Ausgabe) Jg. 64, Nr. 86 (28. März 1919) 5.

¹⁵² Tagespost (Abendblatt) Jg. 64, Nr. 93 (4. April 1919) 1.

¹⁵³ Tagespost (Morgenblatt, 2. Ausgabe) Jg. 64, Nr. 121 (3. Mai 1919) 7.

¹⁵⁴ Grazer Tagblatt (Abendausgabe) Jg. 29, Nr. 93 (4. April 1919) 1.

klärerischem Tonfall stimmten die Deutschdemokraten ihre Anhänger schon auf den kommenden Wahlkampf gegen die Mittelstandspartei ein: „Mag sie sich nun für den Zweck des Wahlkampfes besonders wirtschaftlich gebärden, oder mag sie, um einige Idealisten anzulocken, sich ein stramm völkisches Mäntelchen umhängen; eines ist sicher, daß die Kerntruppen dieser Partei sich aus Wählerkreisen rekrutieren, die bei den letzten Wahlen nicht im Lager der völkischen freiheitlichen Parteien standen.“¹⁵⁵ Kammerlander, der sich bei einer Wählerversammlung der Mittelstandspartei unter Hinweis auf die Polemik der Festbesoldeten seinem Publikum als „zersetzende und treibende Kraft“ vorstellte, betonte gerne die wirtschaftspolitischen Gemeinsamkeiten mit den Christlichsozialen. Nach Ansicht Kammerlanders hätten die Christlichsozialen auch ihr „enges klerikales Verhalten wesentlich geändert“, was er durch die Kandidatur Dr. Gürtlers als Evangelischen bestätigt sah und kam auch nicht umhin die Christlichsoziale Partei als „die einzig ausgesprochen antisemitische“ anzupreisen. Trotz Aufforderungen aus dem Kreis seiner engsten Anhänger zur Kandidatur für den Gemeinderat, lehnte er dies vorerst noch ab.¹⁵⁶

Im Vorfeld der Landtagswahl verhandelten die Deutschdemokraten mit den Christlichsozialen, der Nationalen Mittelstandspartei, den Nationalsozialisten, den Alldeutschen und den Deutschradikalen über die Aufstellung einer einheitlichen Kandidatenliste. Die Vertreter der Nationalen Mittelstandspartei machten bei dieser Gelegenheit kräftig gegen den vom deutschdemokratischen Wahlausschuss fast einstimmig nominierten Landesrat Gargitter Stimmung, dem sie keinesfalls einen Platz auf der Einheitsliste zubilligten.¹⁵⁷ Die Annahme dieser für die Beamtenvertreter „entwürdigenden“ und „ausgesprochen angestelltenfeindlichen Bedingung“ in der Hauptleitungssitzung der Deutschdemokratischen Partei am 11. April 1919 führte dazu, dass Gargitter seinen Austritt aus der Partei erklärte und mit ihm alle Beamtenvertreter die Sitzung verließen.¹⁵⁸

Gargitter schilderte ausführlich den Verlauf dieser entscheidenden Hauptleitungssitzung: „Maßgebend für uns waren die Vorgänge in der Deutschdemokratischen Partei, deren treue Anhänger wir gewesen sind. Diesbezüglich sei unter Berufung auf ein Dutzend Zeugen folgendes festgestellt: In der Parteileitungssitzung vom 11. d. berichtete der Obmann der Partei, [...] daß das Kompromiß [die Einheitsliste mit den anderen bürgerlichen Parteien; C.N.] möglich sei, daß jedoch die Nationale Mittelstandspartei die Bedingung der Ablehnung mißliebiger deutschdemokratischer Kandidaten gestellt habe, welcher Bedingung auch andere

¹⁵⁵ Tagespost (Morgenblatt, 2. Ausgabe) Jg. 64, Nr. 86 (28. März 1919) 6.

¹⁵⁶ Tagespost (Abendblatt) Jg. 64, Nr. 105 (16. April 1919) 2.

¹⁵⁷ Grazer Tagblatt (Abendausgabe) Jg. 29, Nr. 104 (15. April 1919) 1.

¹⁵⁸ Tagespost (Abendblatt) Jg. 64, Nr. 104 (15. April 1919) 1.

Parteien zustimmten. [...] Daraufhin erklärte der Obmann des Kreiswahlausschusses, die gestellte Bedingung sei ein kaudinisches Joch und da die Partei nicht gut ein Opfer bringen könne, wäre es Sache der Person, selbst das Opfer zu bringen. Schließlich führte der Obmann des Grazer Bürgervereines [Dr. Tunner; C.N.] aus, man müsse offen sprechen; es handle sich um den Kopf des Dr. Gargitter; er finde die von einer gewissen Seite gemachte Stimmung gegen Dr. Gargitter, den er als Arbeitskraft hochschätze, ungerecht, aber Undank sei der Politiker Lohn; auch er meine, daß nichts erübrige, als daß Dr. Gargitter abtrete.“¹⁵⁹

Laut Gargitter richtete sich die Stimmungsmache nicht nur gegen seine Person: „Daß nicht nur Dr. Gargitter abgelehnt werden sollte, geht aus der allgemeinen Fassung der uns vom Parteiobmann mitgeteilten Bedingung und daraus hervor, daß, wie wir wissen, die Mittelstandspartei entschlossen war, ebenso auch unsere bewährten Vorkämpfer Bürgermeister- Stellvertreter Schüller, Fachlehrer Herz und Privatbeamten Ditzer abzulehnen [...]“.¹⁶⁰ Über den Wahrheitsgehalt dieses Punktes gingen jedoch die Meinungen auseinander, denn sowohl die Deutschdemokraten, als auch die Parteileitungen der Alldeutschen, der Nationalsozialisten und der Mittelstandspartei beteuerten, dass niemals die Forderung erhoben wurde, es dürfe kein Vertreter der Festbesoldeten auf der Einheitsliste kandidieren.¹⁶¹ Ihrer Ansicht nach habe sich die Aufforderung zum Kandidaturverzicht nur auf Gargitter allein beschränkt.¹⁶² Als die Bemühungen um eine bürgerliche Einheitsliste schon einen Tag nach der deutschdemokratischen Hauptleitungssitzung am Widerstand der Christlichsozialen scheiterten, versuchte der Gewerbetreibenden-, Advokaten-, Industriellen- und Kaufleute- Flügel der Deutschdemokraten die Festbesoldeten vergeblich zurückzugewinnen. Schon am 14. April 1919 beschlossen die Festbesoldeten als „Partei der deutschen Angestellten und Verbraucher“ mit Gargitter als Spitzenkandidaten in den Wahlkampf zu treten, während im Grazer Wahlkreis die Nationale Mittelstandspartei ein Wahlbündnis mit den Christlichsozialen schloss.¹⁶³ Für die Mittelstandspartei kandidierten auf der christlichsozialen Liste Hochschulprofessor Ing. Hans Paul an vierter Stelle, an achter Stelle GR Armin Schoklitsch und GR Johann Wiedner an zwölfter Stelle. Gargitter gab den Akteuren der Mittelstandspartei die Hauptschuld an der Selbstzerstörung der Deutschdemokraten, während Kammerlander darauf verwies, dass „der

¹⁵⁹ Grazer Tagblatt (Abendausgabe) Jg. 29, Nr. 105 (16. April 1919) 1.

¹⁶⁰ Ebenda, 1.

¹⁶¹ Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 29, Nr. 105 (16. April 1919) 1; Grazer Tagblatt (Abendausgabe) Jg. 29, Nr. 105 (16. April 1919) 1.

¹⁶² Tagespost (Abendblatt) Jg. 64, Nr. 105 (16. April 1919) 1.

¹⁶³ Die ersten fünf Kandidaten auf der der Landtagswahlliste der Partei der deutschen Angestellten und Verbraucher waren: 1. Dr. Eduard Gargitter, Finanzrat in Graz; 2. Fräulein Frieda Juttman, städtische Lehrerin; 3. Adolf Gaisbacher, Landesunterbeamter und Gemeinderat; 4. Franz Reichl, Richter beim Landesgerichte in Graz; 5. Alexander Ditzer, Privatbeamter und Gemeinderat.

Krankheitskeim [...] schon bei der Gründung durch das Verlangen des Dr. Gargitter, daß die Parteileitung gleichmäßig durch Beamte und Bürgerliche zusammengestellt werden müsse, in die Deutschdemokratische Partei hineingetragen worden [sei].“¹⁶⁴ Fizia sah sich in dieser Situation gezwungen nicht noch mehr Porzellan zu zerbrechen, indem er den Anhängern seiner Partei riet die Gargitter- Partei im Wahlkampf zu ignorieren, „weil durch derartige Auseinandersetzungen nur die Sache der Feinde des freiheitlichen Bürgertums gefördert wird.“¹⁶⁵ Im Verlauf des Landtags- und Gemeinderatswahlkampfes sah sich die Gargitter- Partei häufig dem Vorwurf „schwächlicher nationaler Gesinnung und einseitiger Standespolitik“ ausgesetzt. Gargitter widersetzte sich der freiheitlichen Usance ökonomische Interessen mit nationaler Begeisterung zu verschleiern und erklärte auch die anderen bürgerlichen Gruppen würden Standesinteressen vertreten, nicht nur die Festbesoldeten.¹⁶⁶ Da sich die Nationale Mittelstandspartei mit den Christlichsozialen verbunden hatte, wurde Gargitter im „Grazer Volksblatt“ Zielscheibe bissiger Kommentare, vor allem mokierte man sich über seine Angewohnheit seine Person allzu sehr mit der gesamten Gruppe der Festbesoldeten zu identifizieren.¹⁶⁷ Einzig die Sozialdemokraten fanden die Namensgebung „Partei der Angestellten und Verbraucher“ sympathisch und würdigten diese Bezeichnung immerhin als Ausdruck ehrlicher wirtschaftspolitischer Selbstverortung.¹⁶⁸ Gargitter gelang es bei seiner Abspaltung von den Deutschdemokraten jedoch nicht alle Festbesoldeten- Mandatare in seine neue Partei mitzunehmen.¹⁶⁹ Die ebenfalls von den Deutschdemokraten abtrünnigen Gemeinderäte Dr. Biebert und Ramor übernahmen mit Südbahninspektor Wallner, der in der Landesversammlung saß, eine Führungsrolle in der ebenfalls neugegründeten Deutschvölkischen Einigungspartei, die einen Zusammenschluss der Alldeutschen, der Nationalsozialisten, der Deutschradikalen und der Deutscharischen Kriegsteilnehmer darstellte. Die Deutschvölkische Einigungspartei verzeichnete von der Struktur ihrer Anhänger eindeutig einen Überhang an Beamten, die sich ganz der Ideologie der „Volksgemeinschaft“ verschrieben hatten: „Wir wünschen eine stärkere Betonung und Betätigung in völkischer, freiheitlicher und antisemitischer Hinsicht, als es bisher der Fall war. Wir verlangen die Ausschaltung des Klassenkampfes in den freiheitlichen Parteien und Rückkehr zur allgemeinen Volkspolitik, die jeden Politiker verpflichtet Standes-

¹⁶⁴ Tagespost (Morgenblatt, 2. Ausgabe) Jg. 64, Nr. 121 (3. Mai 1919) 7.

¹⁶⁵ Grazer Tagblatt (Abendausgabe) Jg. 29, Nr. 106 (17. April 1919) 1.

¹⁶⁶ Grazer Tagblatt (Abendausgabe) Jg. 29, Nr. 113 (25. April 1919) 1.

¹⁶⁷ Grazer Volksblatt (Morgenblatt) Jg. 52, Nr. 193 (29. April 1919) 4.

¹⁶⁸ Arbeiterwille, Jg. 30, Nr. 105 (16. April 1919) 1.

¹⁶⁹ Gargitters engste Gefolgsleute waren die Grazer Gemeinderäte Schüller, Gaisbacher, Herz und Ditzer. Peinlicherweise wurde GR Josef Ramor ohne sein Wissen und ohne sein Zustimmung auf Platz 10 der Landtagskandidatenliste der Partei der deutschen Angestellten und Verbraucher gesetzt, was verdeutlicht, dass die Abspaltung äußerst hektisch, ungeplant und ohne genaue Kenntnis der tatsächlichen Anhängerschaft vollzogen wurde. Vgl. Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 29, Nr. 111 (23. April 1919) 2.

fragen dem Gemeinwohle des Volkes unterzuordnen. Wir bedauern die Spaltung zwischen Angestellten und selbständig Erwerbenden und wollen die gerade jetzt so notwendige Einigkeit ehest wieder herstellen.“¹⁷⁰ Die Kandidatur der Deutschvölkischen Einigungspartei bei den Landtags- und Grazer Gemeinderatswahlen bedeute de facto, dass zusammen mit der Gargitter- Gruppe und den Deutschdemokraten nun drei freiheitliche Parteien im Grazer Wahlkreis um die Klientel der Beamten und Angestellten buhlten. Die Deutschvölkische Einigungspartei ließ in ihrer Programmatik jedoch durchblicken, dass die mit ihrer Kandidatur verbundene Zersplitterung der Parteien des „nationalen Lagers“ paradoxerweise als ein notwendiges, aber vorübergehendes Übel bis zur Gründung einer freiheitlichen Einheitspartei angesehen wurde: „Wir fordern eheste Vereinigung aller völkisch freiheitlichen Parteien zu einer mächtigen Einheitspartei, aufgebaut nicht wie bisher auf dem Klassenstandpunkte, sondern auf dem Boden der nur gemeinsamen völkisch- freiheitlichen-antisemitischen Weltanschauung.“¹⁷¹ Auf den Versammlungen der Deutschvölkischen Einigungspartei wurde für die Arbeiter ein „Recht auf Arbeit“ und eine Gewinnbeteiligung in den sozialisierten Betrieben, die Aufteilung des Großgrundbesitzes an die Kriegsinvaliden und ebenso die Anerkennung der Juden als „eigene Nation“ gefordert.¹⁷² Letzteres sollte der antisemitischen Regulierung von Berufszulassungen dienen, indem man die „Anlage eines eigenen Katasters der jüdischen Nationsangehörigen und Zulassung von Juden zu den öffentlichen und privaten Ämtern, Berufen und Betrieben nur im Zahlenverhältnisse dieses Katasters“ verlangte.¹⁷³ Der Antikapitalismus nahm in der Programmatik der Deutschvölkischen Einigungspartei deutliche Konturen an: „Wir bekämpfen das am Volksmarke saugende Großkapital und die seinen wucherischen Zwecken dienenden Großbanken und Börsen; diese sowie alle jene Großbetriebe, welche leicht eine Monopolstellung erlangen (Bergwerke, Verkehrsunternehmungen usw.) und so das Gemeinwohl schädigen, desgleichen das Versicherungs- und Annoncenwesen gehören ausschließlich in Hand der Allgemeinheit, also Staat, Land oder Gemeinde.“¹⁷⁴ Zwischen der Gargitter- Partei und der Deutschvölkischen Einigungspartei entbrannte in der Presse eine Auseinandersetzung über das Verhältnis beider Parteien zu den Alldeutschen und Deutschradikalen. Während die Gargitter- Partei betonte, dass sich auch auf ihren Kandidatenlisten Angehörige der Alldeutschen und der Deutschradikalen befänden, konnte die Deutschvölkische Einigungspartei glaubhaft versichern, dass die deutschradikale Landesparteileitung einstimm-

¹⁷⁰ Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 29, Nr. 111 (23. April 1919) 1.

¹⁷¹ Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 29, Nr. 111 (23. April 1919), 1.

¹⁷² Grazer Tagblatt (Abendausgabe) Jg. 29, Nr. 113 (25. April 1919) 1.

¹⁷³ Tagespost (Abendblatt) Jg. 64, Nr. 125 (7. Mai 1919) 3.

¹⁷⁴ Tagespost (Abendblatt) Jg. 64, Nr. 125 (7. Mai 1919) 3.

mig und die Alldeutschen mit großer Mehrheit beschlossen hatten, sie zu unterstützen.¹⁷⁵

Damit war jedenfalls klar, dass es sich in der Gargitter- Partei nur um einzelne alldeutsche und deutschradikale Mitglieder handeln konnte. Aufgrund fehlender Unterstützung von alldeutscher und deutschradikaler Seite versuchte Gargitter gegenüber der Deutschvölkischen Einigungspartei mit seinem Ruf als hochmotivierte Arbeitskraft zu punkten: „Dies habe sich in der Landesversammlung gezeigt, wo sich ein Alldeutscher und ein Deutschradikaler befanden, die nichts getan hätten, während dem Redner allein ein Drittel aller Arbeiten des ehemaligen Landesausschusses übertragen wurden.“¹⁷⁶ Ideologisch unterschieden sich beide Beamtenparteien insofern, als Gargitter die wirtschaftlichen Interessen seiner Klientel hervorhob, die Deutschvölkische Einigungspartei hingegen auf realpolitisch wenig ergiebige pathetische Formeln setzte. Kritik an ihrer Kandidatur wischte die Deutschvölkische Einigungspartei lapidar mit der Bemerkung beiseite: „Der Vorwurf der Zersplitterung der Kräfte kann füglich nie eine Gruppe treffen, welche den zersetzenden Einfluß einseitiger Klassenpolitik aus dem politischen Leben verdrängen und an dessen Stelle die uns allen gemeinsame völkisch freiheitliche Weltanschauung an die Spitze eines gemeinsamen Programmes setzen will.“¹⁷⁷

Wallner führte schließlich die Deutschvölkische Einigungspartei als Spitzenkandidat in die Landtagswahl, während die Gemeinderäte Bienert und Ramor die ersten beiden Listenplätze bei der Grazer Gemeinderatswahl einnahmen. Der Grazer Universitätsprofessor Dr. Robert Sieger kandidierte für die Deutschvölkische Einigungspartei als Parteiloser auf dem vierten Listenplatz für die Gemeinderatswahl.¹⁷⁸

Die Nachbeben der Grazer Abspaltungen in den ländlichen Wahlkreisen

In den ländlichen Regionen der Steiermark ging die Selbstzerfleischung der Deutschdemokraten in Graz nicht unbemerkt vorüber. Rechtsanwalt Dr. Minarik aus Gleisdorf erklärte noch am selben Tag, als Gargitter die Deutschdemokraten verlassen hatte, dass bei den Landtagswahlen die frisch aus der Taufe gehobene „Oststeirische Volkspartei“ selbständig in der Oststeiermark kandidieren werde.¹⁷⁹ Man distanzierte sich vom Grazer „Cliquenwesen“, verurteilte den Bruch mit der Gargitter- Gruppe und sah das Antreten unter einem anderen Namen als einzig verbliebenen Ausweg, um die Landtagswahl zu überstehen.¹⁸⁰

¹⁷⁵ Grazer Tagblatt (Abendausgabe) Jg. 29, Nr. 113 (25. April 1919)2; Tagespost (Morgenblatt, 2. Ausgabe) Jg. 64, Nr. 115 (27. April 1919) 7.

¹⁷⁶ Grazer Tagblatt (Abendausgabe) Jg. 29, Nr. 113 (25. April 1919) 1.

¹⁷⁷ Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 29, Nr. 115 (27. April 1919) 2.

¹⁷⁸ Tagespost (Abendblatt) Jg. 64, Nr. 113 (25. April 1919) 2. Professor Sieger schrieb Artikel in der deutschradikalen „Ostdeutschen Rundschau“.

¹⁷⁹ Grazer Tagblatt (Abendausgabe) Jg. 29, Nr. 103 (14. April 1919) 1.

¹⁸⁰ Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 29, Nr. 108 (19. April 1919) 1.

In der provisorischen Parteileitung der Oststeirischen Volkspartei befanden sich neben Minarik und dem Fabrikanten Fritz Pferschy auch 12 Bürgermeister, darunter Dr. Josef König aus Feldbach, Moritz Mosdorfer aus Weiz, Wilhelm Petritsch aus Gleisdorf, Fritz Stachel aus Hartberg und Josef Wagner aus Gleichenberg.¹⁸¹ Als Spitzenkandidat wurde Einspinner aufgestellt, der aufgrund der Querelen in Graz in den oststeirischen Wahlkreis ausweichen musste, um die Chance auf ein Landtagsmandat zu wahren. Auf Wählerversammlungen erörterte Landesrat Einspinner mit Vorliebe sein Engagement für lokale Verkehrsprojekte in der Oststeiermark und polemisierte gegen die Sozialdemokratie, die er als Gegner des Kleinbürgertums und der Gewerbetreibenden charakterisierte.¹⁸² An zweiter Stelle kandidierte Alois Sieber, der Obmann des Bezirkslehrervereines Feldbach, angeblich auf ausdrücklichen Wunsch der Festbesoldeten. Begründet wurde die Aufstellung Siebers mit der Feststellung, dass Herz als Landesobmann des Lehrerverbandes und Gefolgsmann Gargitters keine reale Chance auf ein Landtagsmandat mehr hatte.¹⁸³ Die Oststeirische Volkspartei gab außerdem bekannt, dass sich Gargitter, trotz der Interessensgegensätze zwischen Gewerbetreibenden und Beamten, für die Kandidatur Einspinner in der Oststeiermark ausgesprochen hatte.¹⁸⁴ Darin dürfte schließlich auch der Grund zu suchen sein, warum einige oststeirische Festbesoldete kurz vor der Landtagswahl gegen Einspinner intrigierten, obwohl er zuvor von den Festbesoldeten der Region einstimmig als Spitzenkandidat akzeptiert worden war.¹⁸⁵ Die genauen Motive der gegen Einspinner intrigierenden Festbesoldeten liegen jedoch weitgehend im Dunkeln. Ziel ihrer Kritik war auch der Gleisdorfer Bürgermeister und Schuldirektor Petritsch, der sich für die Kandidatur Siebers ausgesprochen hatte. Der Bezirkswahlausschuss Weiz der Oststeirischen Volkspartei unter Vorsitz von Mosdorfer bemerkte über die Absichten der quertreibenden Festbesoldeten kryptisch: „Alle gesinnungstreuen Festbesoldeten der Oststeiermark, die sich nicht in eine andere Partei treiben lassen wollen, wie das zweifellos mit diesem Manöver beabsichtigt ist, werden [...] geschlossen für die oststeirische Volkspartei stimmen.“¹⁸⁶ Auch die obersteirischen Deutschdemokraten gingen, ähnlich wie ihre Kollegen in der Oststeiermark, auf Distanz zu Graz. Um ebenfalls nicht mit den Grazer Querelen in Verbindung gebracht zu werden, beschloss die deutschdemokratische Parteileitung in Leoben „die Partei

¹⁸¹ Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 29, Nr. 124 (6. Mai 1919) 7.

¹⁸² Tagespost (Abendblatt) Jg. 64, Nr. 120 (2. Mai 1919) 5.

¹⁸³ Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 29, Nr. 115 (27. April 1919) 7.

¹⁸⁴ Grazer Tagblatt (Abendausgabe) Jg. 29, Nr. 126 (8. Mai 1919) 4. Dafür spricht auch, dass der Festbesoldetenrat in Graz die Stimmabgabe für den oststeirischen Wahlkreis im Gegensatz zu anderen Wahlkreisen freigegeben hatte. Vgl. Grazer Tagblatt (Abendausgabe) Jg. 29, Nr. 113 (25. April 1919) 2.

¹⁸⁵ Tagespost (Morgenblatt, 2. Ausgabe) Jg. 64, Nr. 127 (9. Mai 1919) 6.

¹⁸⁶ Tagespost (Morgenblatt, 2. Ausgabe) Jg. 64, Nr. 127 (9. Mai 1919) 6.

in Obersteiermark auf eigene Füße zu stellen.“¹⁸⁷ Zuerst war innerparteilich noch nicht ganz geklärt, ob Dr. Dantine oder der Judenburger Bürgermeister Rudolf von Foest deutschdemokratischer Spitzenkandidat in der Obersteiermark werden sollte.¹⁸⁸ Nachdem sich Dantine in dieser Frage durchgesetzt hatte, fand sich von Foests Name nicht mehr auf der deutschdemokratischen Kandidatenliste. Besonders beleidigt reagierten die obersteirischen Deutschdemokraten als sich der Festbesoldetenrat in Graz dazu entschloss, für die Landtagswahl die nationalsozialistische Liste zu empfehlen, weil, so der Tenor der Empfehlung, „die nationalsozialistische Partei in Obersteier- zum Unterschied von ihrem Flügel in Graz- an ihren Grundsätzen festhält und eine Partei der Arbeitnehmer bleibt.“¹⁸⁹ Man verwahrte sich dagegen, indem man auf die Einigkeit der obersteirischen Deutschdemokraten und die Kandidatur von Sepp Sparowitz, einem gelernten Kaufmann und Angestellten verwies, der an zweiter Stelle gereiht war.¹⁹⁰

Ein gänzlich anderes Bild bot sich für die Deutschdemokraten im mittelsteirischen Wahlkreis. Wastian trat aus der deutschdemokratischen Partei aus und kandidierte nun dort bei der Landtagswahl als parteiloser Vertreter der Untersteiermark auf dem ersten Listenplatz der Steirischen Bauernpartei. Im Gegenzug verzichteten die Deutschdemokraten im mittelsteirischen Wahlkreis auf ein selbständiges Antreten.¹⁹¹ Ein Konkurrent im „nationalen Lager“ schied bei der kommenden Landtagswahl für die Deutschdemokraten und die Bauernbündler diesmal schon frühzeitig aus: Die Niederlage bei der Wahl in die Konstituierende Nationalversammlung hatte bei den Nationaldemokraten nämlich für Ernüchterung gesorgt. Schon Ende März beschlossen sie auf einer Landesparteiversammlung bei der Landtagswahl mit dem Bauernbund zusammenzuarbeiten und strebten eine gemeinsame Liste für alle Wahlkreise in der Steiermark an. Baron Pantz erklärte, dass er aufgrund der gegen ihn persönlich gerichteten Agitation bei der letzten Wahl von einer weiteren parteipolitischen Tätigkeit absehen werde. Seinen Anhängern riet er das Einigende mit der Steirischen Bauernpartei zu suchen.¹⁹²

¹⁸⁷ Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 29, Nr. 109 (20. April 1919) 24.

¹⁸⁸ Grazer Tagblatt (Abendausgabe) Jg. 29, Nr. 103 (14. April 1919) 1. Dantine war in der Provisorischen Landesversammlung Berichterstatter des volkswirtschaftlichen Ausschusses.

¹⁸⁹ Grazer Tagblatt (Abendausgabe) Jg. 29, Nr. 113 (25. April 1919) 2.

¹⁹⁰ Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 29, Nr. 118 (30. April 1919) 2; Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 29, Nr. 122 (4. Mai 1919) 2.

¹⁹¹ Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 29, Nr. 101 (12. April 1919) 1.

¹⁹² Tagespost (Morgenblatt, 2. Ausgabe) Jg. 64, Nr. 87 (29. März 1919) 5; Grazer Volksblatt (Morgenblatt) Jg. 52, Nr. 145 (30. März 1919) 2.

Der Einigungsverband für die Grazer Gemeinderatswahl

Nach der Abspaltung der Festbesoldeten und der Hausbesitzer waren die Grazer Deutschdemokraten personell reduziert auf die Vertreter des Grazer Bürgervereines. Mit dieser schmalen Basis schien die Verteidigung des Bürgermeisteramtes unter den Bedingungen des allgemeinen Wahlrechtes äußerst unwahrscheinlich. Drei Tage nach dem Abgang Gargitters hatte Landeshauptmann Kaan unter Hinweis auf seinen schlechten Gesundheitszustand und seiner berufsmäßigen Überlastung die Listenführung der Deutschdemokratischen Partei bei der Landtagswahl abgelehnt.¹⁹³ Fizia gab unter dem Eindruck dieser Ereignisse „der Hoffnung Ausdruck, daß es einer späteren Zeit von größerer politischer Einsicht vorbehalten sein werde, die hemmenden Standes- und Gruppenunterschiede im Rahmen einer völkischen Partei gänzlich zu überbrücken.“ Damit gestand er ein, dass er mit seiner Idee die Masse der Deutschfreiheitlichen unter dem Dach der Deutschdemokraten zusammenzuführen, gescheitert war.¹⁹⁴ Fizia blieb deshalb gar nichts anderes mehr übrig, als die Verständigung mit den aufstrebenden Christlichsozialen und der Nationalen Mittelstandspartei zu suchen, die den Schwenk in diese Richtung auf Ebene der Landtagswahl schon vorher vollzogen hatte. Maßgeblich verantwortlich für das schlussendliche Zustandekommen des „Einigungsverbandes“, einer gemeinsamen Liste für die Gemeinderatswahl aus Grazer Bürgerverein, Nationaler Mittelstandspartei und Christlichsozialen waren Fizia und der Industrielle GR Cleß.¹⁹⁵ Auf der Liste des Einigungsverbandes befanden sich unter den ersten 30 Kandidaten, 11 Vertreter des Grazer Bürgervereines, 6 Vertreter der Nationalen Mittelstandspartei und 13 Christlichsoziale. Der Grazer Bürgerverein hatte bei der Zahl der Kandidaten gegenüber den Christlichsozialen und der Mittelstandspartei Kompromisse gemacht, dafür die Spitzenkandidatur von Bürgermeister Fizia durchgesetzt.¹⁹⁶ Die Christlichsozialen behielten sich jedoch schon von vornherein vor, im Gemeinderat später einen eigenen Klub zu bilden.¹⁹⁷ Das Zusammengehen mit

¹⁹³ Grazer Tagblatt (Abendausgabe) Jg. 29, Nr. 103 (14. April 1919) 3.

¹⁹⁴ Tagespost (Abendblatt) Jg. 64, Nr. 106 (17. April 1919) 1.

¹⁹⁵ Tagespost (Morgenblatt, 2. Ausgabe) Jg. 64, Nr. 115 (27. April 1919) 5; Tagespost (Abendblatt) Jg. 64, Nr. 113 (25. April 1919) 3. Kurz vor dem Zustandekommen des Einigungsverbandes aus Bürgerverein, Mittelstandspartei und Christlichsozialen hatte sich Cleß noch äußerst pessimistisch gezeigt, wieweil man annehmen muss, dass die Beschwörung des drohenden Untergangs der Deutschfreiheitlichen dazu diene die Kernwählerschichten zu mobilisieren: „Die Deutschfreiheitlichen wollen sich nach keiner Seite bindend verpflichten, und wenn es wahr sein sollte, daß die deutschfreiheitliche Partei zum Untergange bestimmt ist, dann wollen wir in Ehren untergehen und bis zum Schlusse unserem Programme treubleiben.“

¹⁹⁶ Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 29, Nr. 113 (25. April 1919) 8; Tagespost (Morgenblatt, 2. Ausgabe) Jg. 64, Nr. 115 (27. April 1919) 5. Die Sozialdemokraten gingen davon aus, dass höchstens sieben oder acht Kandidaten des Bürgervereines den Einzug in den Gemeinderat schaffen. Rechtsanwalt GR Dr. Griß hatte auf dem 43. Listenplatz keine Chance auf den Wiedereinzug. Die Deutschvölkische Einigungspartei rechtfertigte ihr eigenständiges Antreten bei der Grazer Gemeinderatswahl mit der Begründung, dass man sie bei den Verhandlungen über den Einigungsverband übergangen hatte.

¹⁹⁷ Grazer Volksblatt (Morgenblatt) Jg. 52, Nr. 191 (27. April 1919) 4.

den Christlichsozialen rechtfertigte Fizia seinen Anhängern gegenüber, dass sich der künftige Gemeinderat mit der Frage der Sozialisierung und Kommunalisierung von Betrieben zu beschäftigen habe, bei der die bürgerlichen Kräfte zusammenhalten müssten.¹⁹⁸ Die Bildung des Einigungsverbandes rief naturgemäß die Sozialdemokratie auf den Plan, die sich in mehreren Artikeln im „Arbeiterwille“ auf dieses Zweckbündnis und die aktuelle Berichterstattung der christlichsozialen und freiheitlichen Tagespresse einschoss: „Das hätte sich der päpstliche Ehrenkämmerer Monsignore Schwechler, vor einem halben Jahre nicht träumen lassen, daß seine Zeitung einmal das eigentliche Parteiorgan der Freiheitlichen von Graz sein wird. [...] Die Politik dieser „Freiheitlichen“ wird einzig und allein nur mehr im „Grazer Volksblatt“ mit „Überzeugung“ betrieben. „Tagespost“ und „Tagblatt“, ja sogar die meschuggene „Montagszeitung“, sind zu bloßen Nachrichtenblättern herabgesunken. Ein Rest von Scham –oder vielleicht ist es mehr ihr geschäftliches Interesse– verbietet es ihnen, gegen die Sezessionisten, die sich von dem ins christlichsoziale Lager abgeschwenkten Kern des deutschfreiheitlichen Bürgertums losgelöst haben ernstlich aufzutreten. Sie veröffentlichen die Publikationen der Gargitter- und der Wallner- Leute mit süßsaurer Miene. [...] Nur das „Volksblatt“ liest unter dem Beifall ihrer neuesten Parteianhänger den abtrünnigen Festbesoldeten frischfröhlich von der Leber weg den Text. Gestern z.B. hat es den Dr. Gargitter in einer Weise abgekanzelt, wie wenn dieser nicht aus der Deutschdemokratischen, sondern aus der Christlichsozialen Partei ausgetreten wäre.“¹⁹⁹ Der „Arbeiterwille“ charakterisierte Kammerlander als nützlichen Querulanten im freiheitlichen Lager und gab einige Hintergrundinformationen über seine politischen und geschäftlichen Aktivitäten bekannt: „[...] im verflossenen Jahrzehnt hat keine einzige neue Partei das Licht der Welt erblickt –und es ist eine recht ansehnliche Zahl– an deren Geburt Herr Dr. Kammerlander nicht irgendwie mitgewirkt hätte. Von unserem Standpunkt aus haben wir gegen sein Treiben eigentlich wenig auszusetzen, denn seine Tätigkeit hat unserer Partei in gewissem Maße genützt. Wir würden ihn deshalb gerne ungeschoren lassen, wenn er bloß im Verborgenen weiterwirken wollte. Der gute Mann ist aber wortbrüchig geworden: Er hat nämlich vor etwa vierzehn Tagen erklärt, daß er, von beispielgebender Selbstlosigkeit erfüllt, weder für den Landtag, noch für den Gemeinderat kandidiere. Und nun finden wir seinen Namen in der deutschdemokratisch- christlichsozialen Wahlwerberliste! [...] Charakteristisch für Herrn Dr. Kammerlander ist es dagegen, daß er auch ein persönliches Interesse daran hat, im Gemeinderat zu sitzen. Er ist nämlich ein Grundstücksspekulant, und zwar kein kleiner. In Oberandritz hat er Grundstücke teils selbst, teils durch Strohmänner auf-

¹⁹⁸ Tagespost (Morgenblatt, 2. Ausgabe) Jg. 64, Nr. 121 (3. Mai 1919) 7.

¹⁹⁹ Arbeiterwille, Jg. 30, Nr. 118 (30. April 1919) 1.

kaufen lassen und auch auf dem Gelände des Schöckels hat er einen weitläufigen Besitz, der bei der Verwirklichung des Schöckelbahnprojektes recht lukrativ zu werden verspricht. Bekanntlich hat Herr Dr. Kammerlander mit der Gemeinde einen Vertrag abgeschlossen, nach welchem die Schöckelbahn mit ihm gemeinsam gebaut werden soll. Dieser Vertrag ist insofern für ihn besonders günstig als die besser verwertbaren Grundstücke an der zukünftigen Bahn sich in seinen Händen befinden. Die Gewerbetreibenden, seine heutigen Freunde, haben ihn vor Jahren wegen dieses Vertrages heftig angegriffen.“²⁰⁰

Der Vertrag war zum Zeitpunkt der Kandidatur Kammerlanders noch immer aufrecht und deshalb ein gefundenes Fressen für die Sozialdemokraten. Die neugeschmiedete Allianz von Christlichsozialen und Freiheitlichen auf kommunaler Ebene führte jedoch nicht zu einer einheitlichen Wahlkampfführung. Bürgerverein, Mittelstandspartei und Christlichsoziale hielten während des gesamten Wahlkampfes getrennte Wahlveranstaltungen ab und gerade weil ein solcher Pakt bis vor kurzem noch vollkommen unvorstellbar erschienen war, versuchten alle den Eindruck von Normalität aufrechtzuerhalten. Die Schulden der Stadt betragen vor der Wahl acht Millionen Kronen und Fizia beabsichtigte deshalb in der Öffentlichkeit mit der ab Juli 1919 stattfindenden Verstaatlichung der Grazer Polizei zu punkten, die der Gemeinde Ausgaben von jährlich drei Millionen Kronen ersparen sollten. Verantwortlich für diese hohen budgetären Ausgaben waren laut Fizia der durch die Inflation bedingte „selbstverständliche Schutz der Beamten und Angestellten vor Verelendung“ und die Einführung des Achtstundentages.²⁰¹

Um die Stimmen der Beamten warben aber auch noch die Anhänger Gargitters, denen Fizia auf einer Wahlveranstaltung des Bürgervereines Munition lieferte, als er sich zu der Aussage hinreißen ließ: „[...] bei der Übernahme eines Betriebes durch die Gemeinde [werden; C.N.] die Angestellten sofort Beamte und das bedeutet: viel Lohn und wenig Arbeit...“²⁰²

Der Festbesoldete Ditzer nutzte diese Steilvorlage und bezeichnete in der letzten Sitzung des Gemeinderates diese Äußerung als „unverdiente Kränkung aller öffentlichen und privaten Gemeindebeamten, welche durchaus nicht viel Lohn und wenig Arbeit wollen.“ Fizia konterte, er habe sich nur gegen eine „einseitige Verbeamtung“ von eventuell kommunalisierten Betrieben ausgesprochen und das Hinzuziehen von Experten in diesem Falle befürwortet. Als Beisitzer im Mieterschutzamt war Ditzer bestens informiert über die Beschwerden der Mieter, von denen manche irrtümlich glaubten, die Mieterschutzverordnung würde im August aufge-

²⁰⁰ Arbeiterwille, Jg. 30, Nr. 121 (3. Mai 1919) 1.

²⁰¹ Tagespost (Abendblatt) Jg. 64, Nr. 125 (7. Mai 1919) 2.

²⁰² Grazer Volksblatt (Abendblatt) Jg. 52, Nr. 202 (5. Mai 1919) 2.

hoben und berichtete von Hausbesitzern, die ungerechtfertigterweise die Mieten anhoben.²⁰³ Um diesen Hausbesitzern entgegenzuwirken, fragte Ditzer bei Fizia an, ob er bereit sei durch das Wohnungsamt die Bevölkerung über die Gültigkeit der Mieterschutzverordnung aufzuklären. Fizia wischte diesen Versuch, zwischen ihm und die Mittelstandspartei einen Keil zu treiben, mit der Information beiseite, dass jeder dessen Miete ungerechtfertigt erhöht werde, Einspruch beim Mietamt einlegen könne.²⁰⁴

Wahltaktisch war dieses Verhalten der Gargitter- Gruppe wahrscheinlich bedeutungslos und ähnelte mehr einem Revancheakt am Obmann der Deutschdemokraten, da die kommunal im Aufwind begriffene Sozialdemokraten Mieterinteressen breitflächiger abdeckten. Der Kommentar des „Tagblattes“ zielte in eine ähnliche Richtung: „Wenn aber der gestrige Vorgang ein Vorgesmack dessen sein sollte, gegen welche Gruppe sich die Front der Beamtenpartei im künftigen Gemeinderate richten sollte, dann war es äußerst unklug, die eigenen Karten so früh aufzudecken.“²⁰⁵

Die Finanzierung der bürgerlichen Parteien

Spitzenkandidat der Deutschdemokraten für die Landtagswahl im Grazer Wahlkreis war der Buchdruckereidirektor GR Franz Pichler, der auch als zweiter Vertreter des Bürgervereines auf der Liste des Einigungsverbandes kandidierte, aber ansonsten im Wahlkampf eher farblos blieb. An zweiter und dritter Stelle auf der Landtagswahlliste der Deutschdemokraten waren der Altbürgermeister von Eggenberg Franz Steiner und der Hauptmannauditor und Richter Dr. Max Presinger gereiht, der von den Sozialdemokraten wegen seiner Tätigkeit als Militär-anwalt im Krieg heftig kritisiert wurde.²⁰⁶

Wie vor der letzten Wahl ließen es sich die Sozialdemokraten auch nicht nehmen die Verbindung der bürgerlichen Parteien zum Reichsverband der österreichischen Industrie offenzulegen. Der „Arbeiterwille“ veröffentlichte deshalb einen Wahlspendenaufruf der Sektion Steiermark des Industriellenverbandes, in welchem, in absteigender Reihenfolge, zur Unterstützung der Deutschdemokraten, der Christlichsozialen, der Partei der deutschen Angestellten und Verbraucher, der Nationalen Mittelstandspartei, der Steirischen Bauernpartei und der Deutschvölkische Einigungspartei aufgefordert wurde. Im Gegensatz zur letzten Wahl wurden diesmal nicht allein die Deutschdemokraten mit Geldern bedacht, sondern der Industriellenverband deckte nun alle bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Nationalsozialisten in der

²⁰³ Grazer Volksblatt (Morgenblatt) Jg. 52, Nr. 209 (9. Mai 1919) 4.

²⁰⁴ Tagespost (Morgenblatt) Jg. 64, Nr. 127 (9. Mai 1919) 5.

²⁰⁵ Grazer Tagblatt (Abendausgabe) Jg. 29, Nr. 127 (9. Mai 1919) 2.

²⁰⁶ Arbeiterwille, Jg. 30, Nr. 125 (7. Mai 1919) 2; Tagespost (Morgenblatt, 2. Ausgabe) Jg. 64, Nr. 109 (20. April 1919) 5.

Obersteiermark mit Zuwendungen ab.²⁰⁷ Kranz und Weidenhoffer reagierten auf die sozialdemokratische Enthüllung, indem sie wenig glaubwürdig eine aktive Rolle bei der Sammeltätigkeit des Industriellenverbandes leugneten: „Wir stellen aber überdies noch ausdrücklich fest, daß keine der bürgerlichen Parteien an uns mit dem Ersuchen um materielle Unterstützung herangetreten ist. So wie die sozialdemokratischen Parteigenossen zu den Agitationskosten ihrer Partei beitragen, muß es auch jedem bürgerlich Gesinnten freistehen, den Wahlkampf seiner Partei materiell zu unterstützen, und den bürgerlichen Organisationen muß es freistehen, für diese Sammeltätigkeit ihre Dienste zur Verfügung zu stellen. Unsere Sektion wünscht nur als Sammelstelle für diese Beiträge zu fungieren. Die von uns in Aussicht genommene Mitwirkung geht über die Entgegennahme und Weiterleitung dieser Beiträge nicht hinaus.“²⁰⁸ Die Mittelstandspartei, die Gargitter- Partei und die Deutschvölkische Einigungspartei hielten es deshalb für notwendig, sich öffentlich deutlich von dieser Sammelaktion zu distanzieren, während die Christlichsozialen nur betonten der Industriellenverband habe von ihnen kein Mandat für sie Gelder zu sammeln und die Deutschdemokraten es vorzogen sich in Schweigen zu hüllen.²⁰⁹ Dieses Verhalten kann als Beleg dafür gelten, dass die Bürgerlichen durchaus nicht das klassenkämpferische Denken der Sozialdemokraten unter umgekehrten Vorzeichen übernommen hatten, sondern ungerne zu ihren Finanzierungsquellen aus der Industrie öffentlich Stellung nahmen. Im Zentrum ihrer Ideologie stand die Idee einer idealtypisch geeinten „Nation“ oder eines „Volkes“, welches nicht durch wirtschaftliche Sonderinteressen gespalten werden durfte.

Das Ergebnis der Landtagswahl vom 11. Mai 1919

Bei der Landtagswahl am 11. Mai 1919 lagen die Christlichsozialen mit landesweit 46,53 % der Stimmen deutlich vor den Sozialdemokraten mit 34,26 %. Die Deutschdemokraten, die landesweit nur mehr 12.472 Stimmen und damit magere 3,43 % erhielten, wurden geradezu zertrümmert. Das Ende der fast fünf Jahrzehnte währenden Vorherrschaft der Deutschfreihlichen im steirischen Landtag war mit diesem desaströsen Ergebnis besiegelt.

Zwar gelang Direktor Pichler im Grazer Wahlkreis der Einzug in den Landtag, aber die Deutschdemokraten fielen hier von einem Stimmenanteil von 20,90 % bei der Wahl in die

²⁰⁷ Arbeiterwille, Jg. 30, Nr. 115 (27. April 1919) 1. Der „Arbeiterwille“ bemerkte ironisch über diese Spenden: „Hoffentlich sind der Großmut keine Schranken gezogen, und es können zum Beispiel die jüdischen Verwaltungsräte der Alpinen Montangesellschaft, auch ohne bestimmte Parteiwidmung ihr Scherflein unter die antisemitischen deutschnationalen Parteien verteilen, wie der Christlichsozialen oder bauernbündlerischen Partei zukommen lassen.“ Vgl. auch Michael *Schacherl*, 30 Jahre steirische Arbeiterbewegung (Graz 1931) 304.

²⁰⁸ Grazer Tagblatt (Abendausgabe) Jg. 29, Nr. 116 (28. April 1919) 1.

²⁰⁹ Grazer Volksblatt (Morgenblatt) Jg. 52, Nr. 193 (29. April 1919) 4; Arbeiterwille, Jg. 30, Nr. 118 (30. April 1919) 2; Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 29, Nr. 117 (29. April 1919) 2.

Konstituierende Nationalversammlung auf nunmehr 8,07 % zurück. Insgesamt erhielten sie im Grazer Wahlkreis nur mehr um 1758 Stimmen mehr als in der Obersteiermark, wo sie nur 7110 Stimmen erreichten. Gargitter erreichte mit seiner Liste im Grazer Wahlkreis 4,53 % und verfehlte den Einzug in den Landtag. Entscheidend dazu beigetragen hatte das Antreten der Deutschvölkischen Einigungspartei, die de facto eine zweite Festbesoldetenliste verkörperte und nicht über 1,71 % hinauskam. Vereinigt man den Stimmenanteil der Gargitter- Partei und der Deutschvölkischen Einigungspartei, erhält man in etwa dieselbe Stimmenzahl wie die Steirische Bauernpartei, der es gelang im Grazer Wahlkreis ein Mandat zu erzielen. Interessant ist das Wahlverhalten der in Unterdrauburg stationierten Grazer Studenten, von denen, bei 162 abgegebenen Stimmen, 69,13 % für die Deutschvölkische Einigungspartei, 20,37 % für die Steirische Bauernpartei, 7,41 % für die Deutschdemokraten und nur 3,09 % für die Gargitter- Partei votierten.²¹⁰ Der große Gewinner im Grazer Wahlkreis waren die Christlichsozialen, die im Vergleich zur Februar- Wahl von 30,82 % auf 39,52 % zulegten. Dieser große Stimmenzuwachs der Christlichsozialen ging, dem Trend seit der letzten Wahl folgend, in erster Linie auf Kosten der Deutschdemokraten. Ing. Hans Paul von der Nationalen Mittelstandspartei, der politisch vorher noch nie in Erscheinung getreten war, zog über die christlichsoziale Liste in den Landtag ein, Schoklitsch verpasste, an achter Stelle gereiht, den Einzug äußerst knapp. Im Mittelsteirischen Wahlkreis war die Wahlstrategie der Deutschdemokraten und Bauernbündler voll aufgegangen, da nur die von Wastian angeführte Bauernbündliste kandidierte und ganze 18,75 % auf sich vereinigte. In der Oststeiermark konnte die Steirische Bauernpartei ihren Stimmenanteil von der letzten Wahl mit rund 12,34 % halten, während die Agitation der Festbesoldeten gegen Einspinner die Oststeirische Volkspartei, wie sich die Deutschdemokraten hier nun nannten, von 9,28 % auf 4,25 % zusammenschmelzen ließ. Die Stimmenzuwächse der Christlichsozialen, die von 66,02 % auf satte 73,83 % zulegten, dürften auch hier aus dem deutschdemokratischen Spektrum gekommen sein.²¹¹ Die Wahlbeteiligung lag landesweit bei nur 68,77 %.

²¹⁰ Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 29, Nr. 131 (13. Mai 1919) 8.

²¹¹ Tagespost (Abendblatt) Jg. 64, Nr. 130 (12. Mai 1919) 1. Die Tagespost urteilte: „Im übrigen erklärt sich der Mißerfolg der freiheitlichbürgerlichen Partei daraus, daß die bäuerliche Bevölkerung in den Märkten und in ihrer Umgebung nicht mehr wie früher für die bürgerliche Partei, sondern für die beiden Klassenparteien, Bauernbund oder christlichsozial stimmt.“

Die Stimmenanzahl der steirischen Parteien bei der Landtagswahl am 11. Mai 1919:²¹²

Wahlkreis	CS	SD	StBP	DDP	PDAV	OVP	NS	DVEP
Graz u. U.	34.828	34.738	5.940	7.110	3.990	-	-	1.506
Mittelsteier	42.560	17.653	13.894	-	-	-	-	-
Oststeier	62.117	8.061	10.380	-	-	3.573	-	-
Obersteier	29.833	64.221	16.096	5.362	-	-	2.028	-
Gesamt	169.338	124.673	46.310	12.472	3.990	3.573	2.028	1.506

Die Ergebnisse der steirischen Parteien bei der Landtagswahl am 11. Mai 1919 in Prozent:²¹³

Wahlkreis	CS	SDAP	StBP	DDP	PDAV	OVP	NS	DVEP
Graz u. U.	39,52	39,42	6,74	8,07	4,53	-	-	1,71
Mittelsteier	57,43	23,82	18,75	-	-	-	-	-
Oststeier	73,83	9,58	12,34	-	-	4,25	-	-
Obersteier	25,38	54,64	13,69	4,56	-	-	1,73	-
Gesamt	46,53	34,26	12,73	3,43	1,10	0,98	0,56	0,41

Die Mandatsverteilung in den einzelnen Wahlkreisen bei der Landtagswahl am 11. Mai 1919:²¹⁴

Wahlkreis	CS	SDAP	StBP	DDP	PDAV	OVP	NS	DVEP
Graz u. U.	7	7	1	1	-	-	-	-
Mittelsteier	12	5	4	-	-	-	-	-
Oststeier	11	1	1	-	-	-	-	-
Obersteier	5	11	3	1	-	-	-	-
Gesamt	35	24	9	2	-	-	-	-

In der Obersteiermark reduzierte sich der ohnehin schon schütterere Stimmenanteil der Deutschdemokraten von 6,69 % auf nunmehr 4,56 %. Das „Grazer Volksblatt“ berichtete, dass die Wahl Dr. Dantines nur von zwei bis drei Stimmen abhing. Ansonsten wäre an seiner Stelle ein Sozialdemokrat gewählt worden.²¹⁵ Die Nationalsozialisten in der Obersteiermark gingen auch von 3,18 % auf 1,71 % zurück, während sich die Steirische Bauernpartei mit 13,69 % als stärkste Kraft im „nationalen Lager“ behauptete und ihren Stimmenanteil im

²¹² Statistik der Landtagswahlen im Jahre 1919, 38- 43.

²¹³ Statistik der Landtagswahlen im Jahre 1919. In: Statistische Zentralkommission (Hg.), Beiträge zur Statistik der Republik Österreich (Wien 1920) 38- 43. Im Folgenden zit. als Statistik der Landtagswahlen im Jahre 1919.

²¹⁴ Statistik der Landtagswahlen im Jahre 1919, 38- 43.

²¹⁵ Grazer Volksblatt (Morgenblatt) Jg. 52, Nr. 225 (18. Mai 1919) 1. Ausschlaggebend für die Wahl Dr. Dantines waren wohl die in Kärnten weilenden obersteirischen Studenten von denen man annahm, dass diese mehrheitlich für die Deutschdemokraten stimmten. Vgl. Grazer Tagblatt (Abendausgabe) Jg. 30, Nr. 130 (12. Mai 1919) 1.

Vergleich zur letzten Wahl halten konnte. Obwohl die Stimmenanzahl der obersteirischen Christlichsozialen mit 29.000 in etwa gleich blieb, stieg ihr prozentueller Anteil von 21,33 % auf 25,38 %, während sich die Sozialdemokraten bei rund 54 % in ihrer Hochburg eingependelt hatten. Dies lässt ebenfalls nur den Schluss zu, dass freiheitliche Wähler diesmal christlichsozial wählten.

Der neue steirische Landtag verfügte nach der Wahl am 11. Mai 1919 über eine starke bäuerliche Mehrheit von 44 Mandaten, da die Christlichsozialen 35 Mandate und die Steirische Bauernpartei 9 Mandate errangen. Die rechts von der Sozialdemokratie stehenden Parteien verfehlten nur Hauchdünn die Zweidrittelmehrheit im Landtag, in dem die Sozialdemokraten die angestammten Sitze der deutschfreiheitlichen Abgeordneten einnahmen. Die Abgeordneten der Deutschdemokraten und Bauernbündler saßen im neugewählten Landtag links vom Präsidium auf den Plätzen des ehemaligen Großgrundbesitzes. Sowohl die Christlichsozialen, als auch der Bauernbund erklärten in der ersten Sitzung des neuen Landtages den Abbau der Zentralen zu einem wirtschaftspolitischen Kernanliegen.²¹⁶ Die Christlichsozialen dachten aber bei der Vergabe des zweiten Landeshauptmannstellvertreters an Dr. Ahrer und nicht an die Bauernbündler als drittstärkste Gruppierung im Landtag.²¹⁷ Damit verfügten die Christlichsozialen in der Landesregierung über die Mehrheit. Die freiheitlichen Abgeordneten schlossen sich im Landtag zu einem 11 Mann starken bäuerlich-bürgerlichen Block zusammen bei dem die zwei Deutschdemokraten Direktor Pichler und Dr. Dantine als Hospitanten unterkamen.²¹⁸ Sie trafen dort auch auf ihre ehemaligen Parteikollegen Wastian und Klusemann. Die große Frage lautete nun, ob die Christlichsozialen im Landtag sich auf eine bäuerliche Mehrheit mit dem Bauernbund stützen, mit wechselnden Mehrheiten operieren würden oder, was den Freiheitlichen weniger behagte, beabsichtigten die große Koalition auch auf die

²¹⁶ Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 29, Nr. 146 (28. Mai 1919) 1. Wohlwollend vermerkte das „Grazer Tagblatt“ über die Abgeordneten des Bauernbundes: „Unter den neugewählten Abgeordneten fällt die Gruppe des Steirischen Bauernbundes mit ihren durchwegs einen schneidigen Eindruck machenden Gestalten auf.“

²¹⁷ Jacob Ahrer, *Erlebte Zeitgeschichte* (Wien-Leipzig 1930) 47. Rückblickend kommentierte Dr. Ahrer in seinen Memoiren den Untergang der Deutschdemokraten: „Im November 1918 bildete sich die Provisorische Landesversammlung. Es war dabei ein Kompromiß zustande gekommen, in der Richtung, daß die drei großen Parteien, Deutschnationale, Christlichsoziale und Sozialdemokraten, je ein Drittel der Sitze besetzten. Es ist deshalb interessant, diese Tatsache anzuführen, weil sie beweist, daß weder die Deutschnationalen, noch die beiden anderen Parteien eine Ahnung davon hatten, daß das liberale Element, also die Deutschnationalen bereits keinen Boden mehr im Volke hatte. Am krassesten kam dies zum Ausdruck bei der ersten ordnungsgemäß durchgeführten Wahl zum Landtag im Mai 1919, welche den vollen Sturz dieser Partei, die durch Jahrzehnte hindurch in Österreich tonangebend war, brachte.“

²¹⁸ Alexander Haas, *Die vergessene Bauernpartei. Der steirische Landbund und sein Einfluß auf die österreichische Politik 1918- 1934* (Graz 2000) 125.

Steiermark zu übertragen. Das „Grazer Tagblatt“ unterstrich jedenfalls sofort die Regierungsbereitschaft der freiheitlichen Abgeordneten.²¹⁹

Das Ergebnis der Grazer Gemeinderatswahl vom 11. Mai 1919

Aus der Grazer Gemeinderatswahl ging der Einigungsverband aus Christlichsozialen, Bürgerverein und Mittelstandspartei mit 24.786 Stimmen (48,14 %) gegenüber den Sozialdemokraten mit 21.279 Stimmen (41,33 %) als klarer Sieger hervor. Die 24 Mandate des christlichsozial-national-mittelständischen Einigungsverbandes zerfielen in 11 für die Christlichsozialen, 8 für den Bürgerverein und 5 für die Nationale Mittelstandspartei.²²⁰ Die Partei der deutschen Angestellten und Verbraucher erreichte 3520 Stimmen (6,84%) und erhielt drei Mandate, allerdings verfehlte Gargitter, der auf der Liste seinen Kollegen Ditzer, Herz und Vizebürgermeister Schüller den Vortritt gelassen hatte, knapp den Einzug in den Gemeinderat. Man mag das Antreten der Partei der deutschen Angestellten und Verbraucher bei der Landtagswahl für verfehlt halten, da diese keinen über Graz hinausgehenden Anhang besaß, aber letzten Endes besiegelte der Einzug der Deutschvölkischen Einigungspartei, die bei der Gemeinderatswahl kümmerliche 1270 Stimmen (2,47 %) erhielt, Gargitters politisches Schicksal. Mit ihr schaffte GR Dr. Bienert den Wiedereinzug in den Gemeinderat.²²¹

Die Stimmen- und Mandatsverteilung der Grazer Gemeinderatswahl am 11. Mai 1919:²²²

Partei	EV	SDAP	PDAV	DVEP	Republikaner ²²³
Stimmenanzahl	24.786	21.279	3.520	1.270	632
Stimmen in %	48,14	41,33	6,84	2,47	1,22
Mandate	24	20	3	1	-

²¹⁹ Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 29, Nr. 145 (27. Mai 1919) 1.

²²⁰ Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 29, Nr. 162 (14. Juni 1919) 1. Für den Bürgerverein wurden gewählt: Bürgermeister Mag. Adolf Fizia, GR Direktor Franz Pichler, GR Dr. Emmanuel Weidenhoffer, Kaufmann Ernst Schatzl, Vizebürgermeister Architekt Franz Staerk, GR Fabriksbesitzer Max Cleß, Private Berta Schreiner, GR Kaufmann Anton Schimper. Die Mandatare der Nationalen Mittelstandspartei waren: GR Hausbesitzer Armin Schoklitsch, Ingenieur Hermann Jaußner, Rechtsanwalt Dr. Ludwig Kammerlander, GR Kaufmann Johann Amschl, GR Gärtnereibesitzer Johann Wiedner.

²²¹ Auch bei der Grazer Gemeinderatswahl stimmte der Großteil des Studentenbataillons in Unterdrauburg für die Deutschvölkische Einigungspartei, die in diesem Wählersegment 128 Stimmen (87,07 %) erhielt. Für die Partei der deutschen Angestellten und Verbraucher stimmen nur 3 (2,04 %) und für den christlichsozial-national-mittelständischen Einigungsverband lediglich 16 (10,88 %). Bei den Studenten war höchstwahrscheinlich die Verwurzelung in einem deutschradikalen oder alldeutschen burschenschaftlichen Milieu das ausschlaggebende Wahlmotiv, weniger ökonomische Interessenlagen.

²²² Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 29, Nr. 131 (13. Mai 1919) 8.

²²³ Über die Freien Republikaner gab es weder im „Grazer Tagblatt“, noch in der „Tagespost“ vor der Wahl eine Berichterstattung.

Die Freude über den Sieg der christlichsozial- national- mittelständischen Liste schien jedoch durch merkliche Stimmenverluste getrübt, da Christlichsoziale und Deutschdemokraten am 16. Februar zusammen noch etwa 36. 934 Stimmen auf sich vereinigen konnten. Schuld an diesem vergleichsweise schlechten Abschneiden waren natürlich die Spaltungsprozesse innerhalb der Deutschdemokraten, bei denen Teile ihrer ehemaligen Wählerschaft der Wahl fernblieben, andere Unterschlupf bei den Christlichsozialen suchten oder für eine der beiden Festbesoldeten- Parteien votierten. Neben der Nationalen Mittelstandspartei und dem Bürgerverein hatten auch die Sozialdemokraten im Vergleich zu ihrem Abschneiden am 16. Februar im Stadtgebiet von Graz kräftig an Stimmen eingebüßt. Die Sozialdemokraten verloren 8.000 Stimmen und fielen von 29.533 auf 21.279 Stimmen zurück. Obwohl der neue Grazer Gemeinderat über eine klare rechte Mehrheit von 28 Mandaten verfügte, kam den Sozialdemokraten die Uneinigkeit im bürgerlichen Lager zugute. Die Christlichsozialen wollten keinesfalls zusammen mit den Mandataren des Bürgervereins und der Mittelstandspartei einen eigenen Klub bilden. Aus diesem Grund stellten die Sozialdemokraten als relativ stärkste Partei den Anspruch auf das Bürgermeisteramt. Bei einer Besprechung von Parteienvertretern des neuen Grazer Gemeinderates einigte man sich schließlich darauf, einen Sozialdemokraten (genannt wurde GR Vinzenz Muchitsch) zum Bürgermeister zu wählen.²²⁴ In der ersten Sitzung des neuen Gemeinderates am 13. Juni 1919 bekräftigten die Christlichsozialen und in ihrem Gefolge die Nationale Mittelstandspartei den Anspruch der Sozialdemokraten auf das Amt des Bürgermeisters. Weidenhoffer, erklärte, dass der Bürgerverein für Muchitsch stimmen werde, um damit seine konstruktive Haltung zu demonstrieren, ebenso die drei Beamtenvertreter der Gargitter- Partei. Muchitsch wurde daraufhin mit 41 von 47 Stimmen zum ersten sozialdemokratischen Bürgermeister von Graz gewählt, der Christlichsoziale GR Englhofer mit 45 Stimmen zum ersten Vizebürgermeister und Fizia mit 46 von 47 Stimmen zum zweiten Vizebürgermeister.²²⁵ Die Vorherrschaft der Deutschfreiheitlichen im Grazer Gemeinderat endete damit parallel zur Entwicklung auf Landesebene. Die Freiheitlichen waren im Gemeinderat nahezu halbiert worden und ihre 16 Abgeordneten waren zudem in mehrere Frakti-

²²⁴ Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 29, Nr. 156 (7. Juni 1919) 6.

²²⁵ Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 29, Nr. 162 (14. Juni 1919) 1-2. Bei der Wahl Fizias zum zweiten Vizebürgermeister entfiel eine Stimme auf GR Staerk. Erbst über das Scheitern aller Versuche doch noch über eine Übereinkunft mit den Christlichsozialen und der Mittelstandspartei einen gemeinsamen Klub zu bilden, schrieb das „Tagblatt“: „Die bürgerlichen Wähler sind zu einem großen Teile bei den letzten Wahlen den Christlichsozialen nicht als Partei zugelaufen, sondern suchten bei Ihnen die Vertretung ihrer bürgerlichen Wirtschaftsinteressen. Es zeigt sich aber immer deutlicher, daß die Parteiinteressen sich mit den Interessen der Wirtschaft nicht decken. Daraus wird das Bürgertum die richtigen Schlüsse ziehen müssen.“

onen zerteilt. Mit ihnen rivalisierte nun der 11 Gemeinderäte umfassende Klub der Christlichsozialen um die Vorherrschaft im bürgerlichen Lager.²²⁶

Neustart nach dem tiefen Fall

Die Gründung der Großdeutschen Volkspartei in der Steiermark

Bei den steirischen Gemeinderatswahlen am 27. Juli 1919 verzichtete die Deutschdemokratische Partei weitgehend auf ein eigenständiges Antreten. Stattdessen wurden in den meisten Orten bürgerlich-bäuerliche Kompromisslisten gebildet.²²⁷ In der Regel erzielten die geeinten bürgerlichen Gruppen die Mehrheit der Mandate. Die Wirtschaftspartei erhielt in Deutschfeistritz, Feldkirchen, Fölling, Gleisdorf, Gröbming, Hartberg, Kraubath, Krieglach und Ligist die Mehrzahl der Mandate, ebenso die Bürgerpartei in Feldbach, Mureck und Seiersberg, die Deutschdemokraten in Arnfels, die Deutsche Einigungspartei in Leibniz, die Wirtschaftsvereinigung in St. Peter und St. Stephan bei Graz, die Ordnungspartei in Wildon, die Mittelstandspartei in Stainz und die Bürger-, Bauern- und Gewerbetreibendenpartei in Liebenau. In Leoben saßen sich nach der Gemeinderatswahl 13 Mandatare der Deutschen Wirtschaftspartei, zwei Nationalsozialisten und 15 Sozialdemokraten gegenüber. In Feldbach herrschte ebenfalls ein Patt zwischen den 10 Mandataren der Einigungspartei, einem Mandatar der Partei der deutschen Angestellten und Verbraucher und 11 Sozialdemokraten.²²⁸ In St. Gallen erhielt die bürgerliche Wirtschaftspartei eine Mehrheit mit 7 Mandaten. In Judenburg erhielten die Sozialdemokraten 14 und die Deutsche Wirtschaftspartei 8 Mandate. Der ehemalige deutschdemokratische Landtagsabgeordnete Rudolf Foest wurde zwar in den Gemeinderat wiedergewählt, das Amt des Bürgermeisters musste er jedoch an einen Sozialdemokraten abgeben.²²⁹ Nach diesen Gemeinderatswahlen trat ein Stillstand in der Aktivität der Deutsche-

²²⁶ Grazer Volksblatt (Morgenblatt) Jg. 52, Nr. 173 (16. April 1919) 5. Neben der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes und den Spaltungstendenzen innerhalb des „freiheitlichen Lagers“ trugen sicher auch historische Ursachen zum Machtverlust der Deutschfreiheitlichen bei. So urteilte die christlichsoziale Presse über den alten Kurien-Gemeinderat: „Die Tätigkeit des Kurien-Gemeinderates ist reich an Mißgriffen und Unterlassungen, die der Stadt und ihren Bewohnern viel Schaden und schwere Lasten brachten. Graz hat doppelt so viele Umlagen wie Wien, ein Umstand, der Graz industriearm beließ, Wien aber zu einem der größten Industriemittelpunkte machte. Wenn Graz in den letzten Jahren doch eine bedeutende Industrie bekam, so ist das bloß dem Krieg, sicherlich aber nicht der Gemeindegewirtschaft zu verdanken. Aber gerade die Kriegszeit hat schließlich einen förmlichen Zusammenbruch der Gemeindeverwaltung gebracht. Wir erinnern nur an den Fäkalskandal, den Wassermangel, die Gaskatastrophe und den riesigen Fehlbetrag. So steht Graz heute bettelarm da, reich an Schulden und ohne einträgliche Großbetriebe. Die Bevölkerung hat diese Wirtschaft schon längst satt, schon seit Jahrzehnten herrscht eine arge Wahlverdrossenheit. So kam es, daß die „deutsche“ Stadt Österreichs in den letzten zwanzig Jahren immer roter wurde, zumal der Freisinn in seiner „antiklerikalen“ Verbohrtheit die Christlichsozialen von jeder Mitarbeit im Gemeinderat fernhielt. Erst in den letzten Jahren kam die Vernunft zum Durchbruch und so konnten auch die Christlichsozialen ins Rathaus gelangen.“

²²⁷ Tagespost (Morgenblatt) Nr. 204, Jg. 64 (26. Juli 1919) 5.

²²⁸ Grazer Tagblatt (Abendausgabe) Nr. 206, Jg. 29 (28. Juli 1919) 1-2.

²²⁹ Tagespost (Morgenblatt) Nr. 208, Jg. 64 (30. Juli 1919) 7.

mokraten ein.

Im September 1919 reflektierte Professor Dr. Hübler in einem langen „Tagblatt“- Leitartikel den Zerfall der Deutschdemokraten und konstatierte ein Scheitern des Versuches die Deutschfreiheitlichen zu vereinen anhand der Personenfrage. Seiner Meinung nach trugen „Personen, die das Programm ihrer Gruppe, und Personen, deren Programm „sie selbst“ waren“ die größte Schuld am Auseinanderbrechen der Partei.²³⁰ Hübler erblickte in den durch den Krieg verschärften wirtschaftlichen Interessensgegensätzen innerhalb der Deutschdemokraten die eigentliche Schwierigkeit mit den Christlichsozialen und Sozialdemokraten auch nur annähernd zu konkurrieren. Splitterparteien durch großzügige Zugeständnisse an sich zu binden, erachtete er als taktischen Fehler und vertraute in Zukunft auf die Anziehungskraft einer neu aufzubauenden Programmpartei. Dass von Graz aus wieder ernsthafte Versuche unternommen wurden eine einheitliche freiheitliche Landespartei zu schaffen, wurde von Hübler zaghaft angedeutet. Einen interessanten Vergleich zog Hübler zwischen dem nunmehr „Neuen Grazer Tagblatt“ und dem eben erst eingestellten deutschradikalen Parteiorgan „Ostdeutsche Rundschau“: Weil das „Tagblatt“ nicht als Parteizeitung gegründet worden sei, habe es auch den Niedergang der Deutschdemokraten überstanden, während die „Ostdeutsche Rundschau“ als Parteiblatt das Verschwinden der Deutschradikalen nicht überlebt habe.²³¹ In diesem Punkt spiegelt sich die bekannte Praxis wider, dass sich parteipolitisch oft eindeutig positionierte Medien nur allzu gerne ein „unabhängiges“ oder „unpolitisches“ Mäntelchen umhängen, um ihre Akzeptanz auszudehnen. Es war schließlich kein Geheimnis, dass das „Grazer Tagblatt“ 1891 von Anhängern der späteren Deutschen Volkspartei als Konkurrenzblatt zur etablierten liberalen „Tagespost“ gegründet wurde.²³²

Wie unbedeutend führende Deutschdemokraten damals in der öffentlichen Wahrnehmung eingestuft wurden, legt die Tatsache nahe, dass Hübler, der von 1920 bis 1930 durchgehend Landesrat und Klubobmann der Großdeutschen im Landtag werden sollte, in der christlichsozialen Parteizeitung konsequent „Professor Hübl“ genannt wurde.²³³ Nachdem vom Frühjahr 1919 an keine einheitliche freiheitliche Landespartei mehr existierte, überraschte das „Tagblatt“ kurz vor Weihnachten 1919 mit der Verkündung des Programms der „Großdeutschen Volkspartei für Steiermark“. Unter dessen 39 Unterzeichnern befanden sich 14 ehemals füh-

²³⁰ Neues Grazer Tagblatt (1. Morgenausgabe) Nr. 252, Jg. 29 (11. September 1919) 1.

²³¹ Neues Grazer Tagblatt (1. Morgenausgabe) Nr. 252, Jg. 29 (11. September 1919) 2.

²³² Lothar Höbelt, Die deutsche Presselandschaft. In: Helmut Rumppler, Peter Urbanitsch (Hg.), Geschichte der Habsburgermonarchie 1848- 1918, Bd. 7 (Wien 2003) 1862.

²³³ Grazer Volksblatt (2. Auflage) Nr. 415, Jg. 52 (12. September 1919) 1. Das „Grazer Volksblatt“ zitierte ausführlich Hübblers Schilderungen über die Entstehung des deutschdemokratischen Programms: „Als man sich nun an den Tisch setzte, um das Parteiprogramm zu schaffen, legte jeder eine Handvoll Dominosteine auf den Tisch, die er in dem Spiel, genannt Parteiprogramm, unbedingt unterbringen wollte. Sonst...“

rende Deutschdemokraten, darunter Cleß, Fizia, Hiebler, Hruby, Hübler, Pichler, Rauter, Schatzl, Schebesta, Schery, Schreiner, Steiner, Walter und Wutte.²³⁴ Die Neustrukturierung der Freiheitlichen unter dem neuen Firmenschild der „Großdeutschen Volkspartei“ vollzog sich damit parallel zur Entwicklung in Wien, wo sich die Alldeutschen, der Deutschnationale Verein (Deutschradikale Partei) und die Gruppe um Dr. Waber (Deutscher Volksbund) ebenfalls in Hinblick auf die Gründung einer österreichischen Einheitspartei zusammenschlossen.²³⁵ Die neue Allianz des Grazer freiheitlichen Establishments aus dem Bürgerverein mit den Alldeutschen, die zur Gründung der „Großdeutschen Volkspartei für Steiermark“ führte, erregte naturgemäß Anstoß bei den Christlichsozialen. Das „Grazer Volksblatt“ rügte den „radikalen Nationalismus“, der angeblich für den Ausbruch des Weltkrieges verantwortlich gewesen sei und bezog sich damit (vermeintlich) auf die Alldeutschen. Weiteren Zündstoff gegen die Alldeutschen zu Felde zu ziehen, lieferte den Christlichsozialen eines ihrer Flugblätter, welches der katholischen Kirche anschlussfeindliche Aktivitäten unterstellte. Der Versuch einen Keil zwischen die neue Allianz aus Alldeutschen und den Vertretern des Bürgervereines zu schieben, gelang den Christlichsozialen allerdings nur bedingt: „Ob die anständigen Elemente soviel Kraft besitzen, um die Alldeutschen zu einer anständigen, ehrlichen Kampfweise zu bekehren, möchten wir ernstlich bezweifeln.“²³⁶

Eine solche Provokation erforderte eine unverzügliche Antwort der Alldeutschen, die sich vehement gegen eine Interpretation des Weltkrieges als eine Art „Strafgericht über den radikalen Nationalismus“ zur Wehr setzten: „Die Alldeutschen der Ostmark unter Führung Schönerers haben die Kriegspolitik der Wiener Hofburg am Balkan, die bekanntlich zum Ausbruche des Weltkrieges führte, stets auf das schärfste bekämpft, sie haben in getreuer Verfolgung der Bismarckschen Politik das Deutsche Reich und die politischen Parteien des Deutschen Reiches stets davor gewarnt, für die ehrgeizige Hausmachtspolitik der Habsburger die Kastanien aus dem Feuer zu holen; sie haben auch nach der Ermordung des Thronfolgers Franz Ferdinand in Sarajewo an ihrer kriegsfeindlichen Politik festgehalten und im „Alldeutschen Tagblatte“ in Wien dem allgemeinen Kriegswahnsinn der damaligen Tage die Stirn

²³⁴ Neues Grazer Tagblatt (1. Morgenausgabe) Nr. 504, Jg. 29 (21. Dezember 1919) 5.

²³⁵ Neues Grazer Tagblatt (1. Morgenausgabe) Nr. 519, Jg. 29 (30. Dezember 1919) 1. Die Deutschradikalen wurden in Niederösterreich ursprünglich aufgrund ihrer Unterstützung des monarchischen Regimes im Weltkrieg von den Nationaldemokraten politisch bekämpft, deren Programm dem sozialdemokratischen sehr ähnelte. Hampel, Gasselich und Barnert drängten Ende 1919 auf eine Fusion von Deutschradikalen, Alldeutschen und Waber-Gruppe unter dem Namen Deutschnationale Partei. Diese strebte ihrerseits eine Verschmelzung mit den Nationaldemokraten an, welche durch ihre guten Kontakte zur oberösterreichischen „Freiheits- und Ordnungspartei“ zur Keimzelle der späteren Großdeutschen Volkspartei avancierten. Vgl. Lothar Höbelt, Deutschnationale- Nationaldemokraten- Großdeutsche- Bauernpartei. Das „nationale Lager“ 1918- 1922. In: Willibald Rosner, Gertrude Langer- Ostrawsky [Hg.], Niederösterreich 1918- 1922. Bd. 39 (St. Pölten 2007) 105- 106, 110, 115, 118.

²³⁶ Grazer Volksblatt (2. Auflage) Nr. 5, Jg. 53 (4. Jänner 1920) 1.

geboden, leider ohne Erfolg. Das „Alldeutsche Tagblatt“ war wegen seiner kriegsfeindlichen Schreibweise das von der schwarz- gelben Kamarilla, die unaufhörlich zum Kriege drängte, am meisten gehaßte Blatt; es verfiel von allen Blättern des alten Österreich am öftesten dem Rotstifte des Presseprüfers. Nur Dummheit oder Böswilligkeit kann daher behaupten, daß der radikale Nationalismus der Alldeutschen, die sich jetzt ebenfalls der Großdeutschen Volkspartei angeschlossen haben, von dem furchtbaren Strafgerichte des Weltkrieges getroffen worden sei.“²³⁷ Andrew G. Whiteside beschreibt die Haltung der Alldeutschen während der Julikrise als zwiespältig, da sie einerseits Erzherzog Franz Ferdinand als klerikalen „Erz- Österreicher“ ablehnten und seinen Tod nicht allzu sehr betrauertem, andererseits bedingungslos solidarisch mit dem Deutschen Reich waren, das der Habsburgermonarchie den Rücken stärkte. Die Alldeutschen lehnten jedoch die Zurückweisung der serbischen Antwort auf das österreichische Ultimatum entschieden ab.²³⁸ Kriegsschulddebatten jener Art hatten den Zweck die katastrophalen sozialen und wirtschaftlichen Folgewirkungen des Weltkrieges dem jeweiligen politischen Gegner anzulasten und ihn damit moralisch wie politisch zu diskreditieren.

Auf der ersten großen Versammlung der „Großdeutschen Volkspartei für die Steiermark“ in Graz hielt Hübler die Programmrede. Neben ihm traten mit Univ.-Prof. Dr. Hesse und dem Bürgerschullehrer Uto Melzer auch zwei Neulinge ohne deutschdemokratische Vergangenheit in Erscheinung. Melzer hatte bei der Landtagswahl im Mai 1919 noch hinter Südbahninspektor Wallner auf der Liste der Deutschvölkischen Einigungspartei kandidiert; Hesse hingegen war zu dieser Zeit ein politisch unbeschriebenes Blatt, dürfte aber auch aus dem alldeutschen oder deutschradikalen Bereich stammen.

Die Leitsätze und Forderungen der Großdeutschen Volkspartei in der Steiermark ähnelten im Wesentlichen dem deutschdemokratischen Programm und setzten sich zusammen aus dem Anschlussgedanken, der Ablehnung der Sozialisierung und Kommunalisierung, Antisemitismus und der Ablehnung jeder „einseitigen Klassenherrschaft.“ Hesse formulierte selbstbewusst den Alleinvertretungsanspruch der neuen Sammelpartei im „nationalen Lager“: „Die Großdeutsche Volkspartei will nicht eine neue völkische Partei neben anderen sein, sie will die deutsche Partei werden, neben der eine andere gar nicht gedacht werden kann.“²³⁹

In der Folge setzte in der Steiermark eine Gründungswelle von Ortgruppen ein, so z.B. in Hartberg unter Dr. Rudolf Bruck und in Leoben unter Dr. Seidler.²⁴⁰ Die Obersteiermark war

²³⁷ Neues Grazer Tagblatt (1. Morgenausgabe) Nr. 19, Jg. 30 (10. Jänner 1920) 5.

²³⁸ Andrew G. *Whiteside*, Georg Ritter von Schönerer. Alldeutschland und sein Prophet (Graz- Wien- Köln 1981) 253- 254.

²³⁹ Neues Grazer Morgenblatt (2. Ausgabe des Neuen Grazer Tagblattes) Nr. 38, Jg. 30 (17. Jänner 1920) 4.

²⁴⁰ Neues Grazer Tagblatt (1. Morgenausgabe) Nr. 424, Jg. 30 (25. Juni 1920) 6; Neues Grazer Tagblatt (1. Morgenausgabe) Nr. 133, Jg. 30 (25. Februar 1920) 4.

für die Großdeutschen aufgrund der sozialdemokratisch dominierten Industriezentren und der christlichsozialen Landbevölkerung, aber auch aufgrund der Konkurrenz des Bauernbundes ein steiniger Boden. Nachdem Dantine äußerst knapp bei der letzten Wahl den Einzug in den Landtag geschafft hatte, stellte die Deutschdemokratische Partei in der Obersteiermark jede weitere politische Tätigkeit ein. Signalwirkung auf das freiheitliche Bürgertum in der Obersteiermark übte der Einigungsprozess der Alldeutschen und Deutschradikalen in Wien aus, die den Grundstein zur Gründung der späteren Großdeutschen Volkspartei legte.²⁴¹

Die „Deutschdemokratische Partei für Obersteier“ schloss sich deshalb als erste regionale Gliederung am 13. März 1920 den steirischen Großdeutschen an, während sich die Freiheitlichen in der Oststeiermark erst Ende August 1920 unter Führung des Weizer Bürgermeisters Mosdorfer in die neue Partei einfügten.²⁴² Im Februar gab der Bürgerverein seinen Gemeinderäten die Erlaubnis in die Großdeutsche Volkspartei einzutreten.²⁴³ Auf dem ersten Parteitag der „Großdeutschen Volkspartei für die Steiermark“ wurden Univ.-Prof. Dr. Hesse, Berta Schreiner und Franz Steiner in den Vorstand gewählt. Graz war vorrangig durch ehemalige Deutschdemokraten wie u.a. Hübler, Hiebler, Alder, Ditzer, Regula, Schatzl, Hruby, Sueti, Walter und Weidenhoffer in der Parteileitung vertreten. Ebenso die Obersteiermark durch u.a. Sparowitz, Degle und Seidler. Für die Weststeiermark saßen in der Parteileitung u.a., der ehemalige Deutschdemokrat Dr. Tomschegg und der Stainzer Bürgermeister Wolfbauer. Die Oststeiermark war durch den ehemaligen Deutschdemokraten und Hartberger Bürgermeister Fritz Stachel und Dr. Minarik aus Gleisdorf vertreten. Die Mittelsteiermark vertrat Rechtsanwalt Dr. August Plachki aus Frohnleiten und Prof. Ferdinand Schaar aus Waltendorf. Die Südsteiermark vertrat Kaufmann Karl Pucher aus Straß, Bürgermeister Weiß aus Wildon, Kaufmann Johann Stolletz aus Leibniz und Primararzt Dr. Franz Kamniker aus Radkersburg. Ebenso vertreten war die Abgeordneten zur Nationalversammlung Alois Dengg aus Deutschlandsberg, Emil Kraft aus Kroisbach, die Landtagsabgeordneten Dantine und Pichler, sowie zwei Vertreter der großdeutschen Grazer Gemeinderäte und Bürgerschullehrer Uto Melzer.²⁴⁴ Der Einigungsprozess in Graz wurde durch die Vereinigung der Deutschbürgerlichen Wirtschaftsvereinigung, wie sich die Fraktion des Bürgervereines im Gemeinderat nannte, mit den beiden Festbesoldeten- Mandataren Ditzer und Herz zum „Gemeinderätlichen Klub der Großdeutschen Volkspartei“ abgeschlossen. Schüller trat als bisheriger Obmann der Festbesoldeten dem großdeutschen Klub nicht bei und verblieb als klubloser Abgeordneter im Gemeinde-

²⁴¹ Neues Grazer Tagblatt (1. Morgenausgabe) Nr. 709, Jg. 30 (16. Oktober 1920) 10.

²⁴² Neues Grazer Tagblatt (1. Morgenausgabe) Nr. 178, Jg. 30 (13. März 1920) 4; Neues Grazer Abendblatt (Abendausgabe des Neuen Grazer Tagblattes) Nr. 573, Jg. 30 (23. August 1920) 3.

²⁴³ Tagespost (Abendblatt) Nr. 276, Jg. 65 (6. Oktober 1920) 2.

²⁴⁴ Tagespost (Abendblatt) Nr. 178, Jg. 65 (30. Juni 1920) 3.

rat.²⁴⁵ Ausschlaggeben für die Nichtaufnahme Schüllers war wahrscheinlich seine persönliche Nähe zu Gargitter als ehemaligen Wortführer der Festbesoldeten, dessen Standespolitik nicht in das rein virtuelle Konzept der „Volksgemeinschaft“ passte oder seine Ablehnung durch die Grazer Kaufmannschaft. Um zukünftig innere wirtschaftliche Interessenkonflikte propagandistisch überdecken zu können, flüchteten sich die Großdeutschen in vollkommener Verken- nung ihrer Beschaffenheit als bürgerliche Klassenpartei mit deutlichen Beamteninteressen, in das falsche Bewusstsein der Idee der „Volksgemeinschaft“. Sie entwickelten das Konzept des „geistigen Arbeiters“ als „Klammer, welche die Volksschichten zusammenhält“. Dieser müs- se als „Organisator der Volkswirtschaft“ ideologisch über den Klassen stehen und das auf ethnischer Basis Verbindende hervorheben.²⁴⁶

Die Macht der Straße wendet sich gegen die Zentralen

Da die Deutschdemokraten im Landtag keine gewichtige Rolle mehr spielten, verlagerte sich der Fokus der Berichterstattung der freiheitlichen Presse vom Herbst 1919 an auf die Grazer Gemeindepolitik. In dieser Phase leckten die Deutschdemokraten ihre Wunden, die ihnen die letzten Wahlen geschlagen hatten und versuchten im Oktober 1919 sogar noch einmal an die Grazer Christlichsozialen heranzutreten, um „eine Aussprache aller bürgerlichen Parteien herbeizuführen“, was diese jedoch ablehnten.²⁴⁷

Um die mangelnde Vertretung im Landtag zu kompensieren, tendierten gewisse Kreise der Grazer Freiheitlichen dazu politischen Druck von der Straße aufzubauen, der sich vor allem gegen die Zentralen richtete. Mit dieser Strategie schnitt man sich jedoch ins eigene Fleisch, immerhin bekleideten in den steirischen Zentralen Deutschdemokraten führende Positionen. Im September bildete sich nach einer Versammlung der Selcher- und Gastwirtegenossen- schaft von Graz und Umgebung ein Demonstrationszug in Richtung Landhaus und Rathaus. Etwa 180 Selcher protestierten gegen das Fleischmonopol, welches sie verpflichtete das be- reits im freien Handel gekaufte Schweinefleisch dem städtischen Ernährungsamt abzuliefern. Die Gastwirte mussten ihrerseits das benötigte Fleisch überteuert vom städtischen Ernäh- rungsamt beziehen und durften es nicht wie früher bei den Selchern kaufen.

Die Selcher verlangten die Unterbindung dieses verteuernenden Zwischenhandels durch das städtische Ernährungsamt und auch die Beseitigung der vom Ernährungsamt bewirtschafteten städtischen Wursterzeugerei und Selcherei. Im Landhaus überreichte der christlichsoziale Gemeinderat Schütky, der die Demonstration anführte dem sozialdemokratischen Landesrat

²⁴⁵ Tagespost (Morgenblatt) Nr. 271, Jg. 65 (1. Oktober 1920) 7.

²⁴⁶ Neues Grazer Tagblatt (1. Morgenausgabe) Nr. 709, Jg. 30 (16. Oktober 1920) 3.

²⁴⁷ Tagespost (Abendblatt) Nr. 276, Jg. 65 (6. Oktober 1920) 2.

Tauschmann eine Petition mit den Forderungen der Selcher und Gastwirte. Der Demonstrationzug gelangte schließlich zum Rathaus und wurde von den Vizebürgermeistern Fizia und Englhofer empfangen. Als sich die Menge über das städtische Ernährungsamt beschwerte, erklärte Fizia wider besseres Wissen, dass die Deutschdemokraten schon immer für die Abschaffung der Zentralen eingetreten seien. Ein Abbau der Zentralen, so argumentierte er, sei an der sozialdemokratischen „Rathausmehrheit“ gescheitert und sprach damit nur aus, was die Menge hören wollte.²⁴⁸

Die Sozialdemokraten fühlten sich durch diese Äußerung Fizias dermaßen provoziert, dass sie ihn sofort daran erinnerten, wer während des Krieges in Graz die Rathausmehrheit und im Reichsrat die Regierungspartei stellte. Propagandistisch geschickt versuchten sie verschiedene Gruppen von Selchern gegeneinander auszuspielen, indem sie darauf verwiesen, dass bei einer Freigabe des Fleischhandels, die finanzkräftigen Selcher, die sie als Kriegsgewinner darstellten, den ärmeren Heimkehrern das Fleisch wegkaufen würden.²⁴⁹

Im Gemeindegewirtschaftsrat stellte sich Fizia daraufhin voll und ganz hinter die Belange der Selcher und verurteilte die Praxis, einerseits den Selchern den freien Einkauf zu gewähren, andererseits diesen beim städtischen Ernährungsamt abliefern zu müssen: „Entweder gibt es einen freien Einkauf oder nicht. Es mache den Eindruck, als ob die Sache nicht ganz ehrlich wäre, als ob man mit der Linken nehme, was man mit der Rechten gibt. Dieser Eindruck musste bei den Selchern Erbitterung und Zorn auslösen.“ Die radikalsten Forderungen der Straße schwächte Kaufmann Schatzl vom Bürgerverein im Gemeindegewirtschaftsrat jedoch deutlich ab, da er die Ansicht vertrat eine Abschaffung der Stelest mit 1. Oktober 1919 in Graz und der Steiermark würde zu einer Katastrophe führen. Stattdessen plädierte er für deren behutsame Beseitigung.²⁵⁰

Die Selcher- Demonstration war der Beginn eines wahren Reigens von Demonstrationen. Mitte September stürmte eine lärmende Menge aus Frauen, Invaliden und Kriegsheimkehrern das Grazer Rathaus und beschwerte sich bei Bürgermeister Muchitsch und Ernährungsreferent Ausobsky über das ungenießbare Brot, den Fleischmangel, die geringe Mehlzuteilung und Ungerechtigkeiten bei der Kohlenzuteilung. In diesem Tumult wurden Parolen gegen die Sozialdemokratie laut und weder Muchitsch, noch Ausobsky konnten richtig zu Wort kommen. Die wütende Menge zog anschließend vom Rathaus zur Stelest, deren Beamte in der Folge

²⁴⁸ Neues Grazer Abendblatt (Abendausgabe des Neuen Grazer Tagblattes) Nr. 251, Jg. 29 (10. September 1919) 3; Neues Grazer Morgenblatt (2. Morgenausgabe des Neuen Grazer Tagblattes) Nr. 253, Jg. 29 (11. September 1919) 3.

²⁴⁹ Arbeiterwille (2. Auflage) Nr. 251, Jg. 30 (13. September 1919) 5.

²⁵⁰ Neues Grazer Morgenblatt (2. Morgenausgabe des Neuen Grazer Tagblattes) Nr. 280, Jg. 29 (21. September 1919) 4.

von demonstrierenden Mittelständlern misshandelt wurden.²⁵¹

Der „Arbeiterwille“ verteidigte die Zentralen nicht mehr bedingungslos und erklärte, er stehe der Stelest, die er als „Schöpfung des Dr. Wutte“ bezeichnete, „vollkommen frei und neutral gegenüber“. Die Sozialdemokraten verurteilten die Agitation der deutschnationalen Tageszeitungen und des „Grazer Volksblattes“ gegen die Zentralen und beobachteten wie sich diese gegen deren eigene Klientel richtete. Der „Arbeiterwille“ kommentierte aus neutraler Distanz: „Wäre die Sache nicht für die ganze Bevölkerung von so ernster Bedeutung, könnten wir Sozialdemokraten daran unsere Schadenfreude haben, daß sich die Demagogie der Herren Dr. Wutte und Kollegen nun an ihrer eigenen Schöpfung rächt! Sie in ihren Versammlungen und ihre Presse haben so lange gegen die „Zentralen“ und für den „freien Handel“ agitiert, bis sie solche Schüler gefunden haben, die jetzt gegen ihre eigene „Zentrale“ demonstrieren, an deren Spitze und in deren Aufsichtsrat übrigens alte, erbeingesessene Grazer Kaufleute wirken.“²⁵² Aufgrund der gewalttätigen Demonstration beschäftigte sich sogar der steirische Landesrat in einer Sitzung mit der Leistungsbilanz der Stelest. Seiner Ansicht nach erfüllte die Stelest, trotz oftmaliger Mängel bei den eingekauften Waren, die Versorgung der steirischen Bevölkerung mit Lebensmitteln. Die „Tagespost“ gewährte einen tieferen Einblick in das Treiben möglicher Hintermänner bei der Organisation der Anti- Stelest- Demonstrationen: „Die Angriffe, die von gewisser Seite und in sehr durchsichtiger Absicht in letzter Zeit gegen die Beamenschaft der „Stelest“ erhoben wurden, fanden daher in der erwähnten Besprechung volle Entkräftung und Zurückweisung. Es wurde auch auf die Quelle all dieser Angriffe verwiesen und hervorgehoben, daß sowohl entlassene Beamte, wie auch Personen, die in dem Bestehen der „Stelest“ ein starkes Hindernis zur Ausübung ihrer Schleichhändlerstätigkeit erblicken, bemüht sind, das Ansehen und das gemeinnützige Wirken der steiermärkischen Landeseinkaufsstelle in der Öffentlichkeit zu diskreditieren.“ Man sprach sich außerdem für einen Weiterbestand der Stelest aus, solange ausländische Warenkontingente im Land notgedrungen verteilt werden mussten.²⁵³

Anfang Februar 1920 waren die Beamten mit einer Demonstration an der Reihe. Zu Beginn einer Gemeinderatssitzung kam es zu einer stürmischen Kundgebung von städtischen Beamten in den Gängen des Rathauses. Die Beamten verlangten aufgrund der steigenden Inflation für die Monate Jänner und Februar eine „Aushilfe“ von monatlich 500 Kronen. Die Auszahlung dieser Teuerungsaushilfen sollte unverzüglich veranlasst werden. Muchitsch erklärte sich

²⁵¹ Neues Grazer Abendblatt (Abendausgabe des Neuen Grazer Tagblattes) Nr. 263, Jg. 29 (15. September 1919) 2.

²⁵² Arbeiterwille, Jg. 30, Nr. 255 (17. September 1919) 8.

²⁵³ Tagespost (Abendblatt) Jg. 64, Nr. 231 (22. August 1919) 2.

bereit, mit den aufgebrachten Beamten eine halbe Stunde zu sprechen, eine Geste, durch die er den Unmut von GR Cleß und aller anderen Fraktionen des Gemeinderates mit Ausnahme der Festbesoldeten auf sich zog. Schüller nutzte die Gunst der Stunde sich für die Belange der Beamten einzusetzen, verurteilte das Verhalten von Cleß und forderte die Auszahlung von 1000 Kronen pro Kopf. Insgesamt beliefen sich die Kosten des Teuerungsausgleiches auf 1,813.000 Kronen, eine Summe die nach Einschätzung von Vizebürgermeister Englhofer nicht zu beschaffen war.²⁵⁴

Bestärkt durch den Druck, den die Selcher auf der Straße ausübten, fanden sich die Christlich-sozialen und die Freiheitlichen aller Schattierungen im Gemeindegewirtschaftsrat zu einer Gemeinschaftsaktion zusammen. Sie beschlossen die Zuteilung von 80 % des zur Wurstverarbeitung vorgesehenen Viehs an die Selcher, die dieses auf die gleiche Art und Weise wie die städtischen Betriebe zu einer Einheitswurst verarbeiten sollten. Es war vorgesehen, dass die Selcher die erzeugte Wurst unter Aufsicht des Gemeindegewirtschaftsrates an die erforderlichen Stellen abliefern. Das Monopol der städtischen Wursterzeugung war damit gebrochen, was Verärgerung bei den Sozialdemokraten auslöste, die ankündigten, dass sich der Gemeinderat noch einmal mit dem Thema beschäftigen werde.²⁵⁵

Aufgrund der Berichterstattung des „Arbeiterwille“, der die Stelest fälschlicherweise als Schöpfung Wuttes bezeichnete und des „Grazer Volksblattes“, welches die jüngsten Straßenkundgebungen gegen die Zentralen geradezu schürte, sah sich Wutte gezwungen seine Position darzulegen. Um der ungemütlichen Rolle als politische Zielscheibe zu entkommen, scheute er indirekt über das „Tagblatt“ auch vor Rücktrittsdrohungen nicht zurück: „Es muß aber Klarheit geschaffen werden, daß die „Stelest“ nicht ein selbständiges, auf Gewinn berechnetes Privatunternehmen ist, sondern ein der Landesregierung, beziehungsweise ihrem Wirtschaftsdirektorium unterstehender Betrieb und daß Dr. Wutte nur als Obmann des Überwachungsausschusses wirkt. Wenn ihm trotzdem ein großer Teil der Arbeit zufällt, hat das Ursachen, über die vielleicht später einmal zu sprechen sein wird. Sollte aber dieser Sachverhalt nicht mit aller Deutlichkeit zum Ausdrucke gebracht werden, müßte es der Deutschdemokratischen Partei unmöglich werden, für die arbeitsreiche und verantwortungsvolle Stelle des Obmannes des Überwachungsausschusses der „Stelest“ den beiden im Lande regierenden Parteien Dr. Wutte zur Verfügung zu stellen.“ Diese Rücktrittsdrohung wurde in der Folge präzisiert und hatte die Funktion Wutte aus seiner strategischen Zwickmühle zu befreien: „Sollte sich aber zeigen, daß sich die eine oder die andere der herrschenden Parteien auch weiterhin wohl die

²⁵⁴ Neues Grazer Morgenblatt (2. Morgenausgabe des Neuen Grazer Tagblattes) Jg. 30, Nr. 86 (6. Februar 1920) 3; Tagespost (Morgenblatt) Jg. 65, Nr. 36 (6. Februar 1920) 4.

²⁵⁵ Neues Grazer Morgenblatt (2. Ausgabe des Neuen Grazer Tagblattes) Jg. 30, Nr. 182 (14. März 1920) 4.

Dienste eines Parteigegners gefallen läßt, ihm aber außerdem die Flut der Verdächtigungen und Angriffe aufhalst oder gar mit Händeringen zusieht, wie in ihren Diensten ein gefährlicher Gegner um seine Volkstümlichkeit gebracht wird, dann wäre für die Deutschdemokratische Partei die Sache unerträglich und der Augenblick gekommen, Dr. Wutte abzurufen. Dr. Wutte selbst nimmt, wie er wiederholt zum Ausdruck gebracht hat, keinen Anstand, wenn die Landesregierung ihn von der Bürde befreit, diese Stelle niederzulegen.“ Die Deutschdemokraten stellten die Christlichsozialen in der Landesregierung vor die Wahl die Stelest aufzulösen oder ihren Weiterbestand zu verteidigen und damit ihre Schaukelpolitik zu beenden.²⁵⁶ Die Sozialdemokraten standen bekanntermaßen der Stelest neutral gegenüber und sahen die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung durch die christlichsoziale und großdeutsche Agitation gegen die Zentralen gefährdet. Es war klar, dass sich so oder so diese Frage zuspitzte und akuter politischer Handlungsbedarf bestand. Am 10. Jänner 1920 wurde in einer gemeinsamen Sitzung der Landesregierung, des Landeswirtschaftsrates, des Überwachungsausschusses, des Vorstandes und der Direktion der Stelest dem Antrag der Stelest-Funktionäre auf Liquidation der Landeseinkaufsstelle stattgegeben. Der Überwachungsausschuss der Stelest hatte schon vor Monaten die Liquidation beantragt, da aufgrund der fortschreitenden Verschlechterung der Wechselkurse selbständige Einkäufe zu für die Konsumenten erschwinglichen Preisen nicht mehr möglich waren. Der Überwachungsausschuss, dessen Obmann Wutte war, hatte im Oktober 1919 noch versucht bei einigen Wiener Großbanken Kredite aufzunehmen, die jedoch nicht gewährt wurden und auch eine vom Land Steiermark ausgesprochene Haftung reichte nicht zu einer wirksamen Kreditdeckung aus. Der Dollarkurs war von Oktober 1919 bis Jänner 1920 von ca. 165 auf 205 Kronen gestiegen, ebenso wie die französische Währung im selben Zeitraum von 400 auf 700 Kronen. Wutte stellte konsterniert fest: „Wäre die Stelest durch entsprechende Kreditgewährung in die Lage versetzt worden, größere Mengen Lebensmittel rechtzeitig aufzukaufen, so wäre die gegenwärtige Lebensmittelteuerung wesentlich gemildert. Die Voraussicht der jetzigen Dinge war beim Überwachungsausschusse jederzeit vorhanden. Es wird nunmehr die Staatsregierung beweisen müssen, ob sie in der Lage ist, Steiermark mit Lebensmittel zu versorgen oder nicht. Das Land Steiermark ist durch die Verhältnisse außerstande, dies zu tun.“²⁵⁷

²⁵⁶ Neues Grazer Morgenblatt (2. Morgenausgabe des Neuen Grazer Tagblattes) Jg. 29, Nr. 277 (20. September 1919) 4.

²⁵⁷ Neues Grazer Morgenblatt (2. Morgenausgabe des Neuen Grazer Tagblattes) Jg. 30, Nr. 23 (11. Jänner 1920) 2.

Wutte über Steuer- und Wirtschaftspolitik

In der Nationalversammlung kritisierte Wutte ein Gesetz, das die Verpfändung des staatlichen und privaten Waldbesitzes zur Erlangung einer Anleihe in der Höhe von 48 Millionen Dollar vorsah. Prinzipiell erachtete er einen Staat, der im Inneren nicht in der Lage war für Ruhe und Ordnung zu sorgen, im Ausland für nicht kreditwürdig. Er glaubte nicht an eine rasche Rückzahlung dieser Anleihe, da in Österreich die nötige Schieneninfrastruktur zur Erschließung der ungenutzten Holzreservoirs fehlte. In der Schaffung dieser für die Holzfällung notwendigen Infrastruktur erblickte er immerhin eine Möglichkeit einen Teil der Arbeitslosen unterzubringen.

Im Grunde war er der Meinung die rot-schwarze Koalition hätte in der Frage der innen- und wirtschaftspolitischen Stabilisierung des jungen Staates versagt: „Es wäre naheliegend gewesen, daß man nicht wartet, bis die Entente uns das letzte Pfand nimmt, sondern, daß man rechtzeitig dafür Sorge trägt, entsprechende Valuta zur Beschaffung der Lebensmittel zu bekommen. Wäre richtig gewirtschaftet worden, so hätte man im Frühling dieses Jahres eine Organisation geschaffen, und zwar eine kaufmännische Organisation, die in der Lage gewesen wäre, dem Auslande gegenüber als Verkäufer aufzutreten, und die im Auslande als zahlungsfähig und kreditwürdig anerkannt worden wäre. Allerdings hätte die kaufmännische Organisation die das Obligo eingegangen wäre, auch eine gewisse Sicherstellung vom Staate gefordert. Diese Sicherstellung hätte aber ganz anders ausgesehen, als dieses Gesetz sie vorsieht.“

Wutte sah mit der Gewährung von Pfandrechten gegenüber der Entente den finanziellen Kollaps Österreichs kommen: „Wenn wir die Wälder, und wie wir aus dem zweiten Gesetze dann noch sehen werden, die ausländischen Wertpapiere und die Goldmünzen verpfänden, so sehe ich in diesem Staate nicht mehr vieles, was zu verpfänden ist. Mit diesem Kredit, der durch das Holz, das Gold und die Effekten sichergestellt werden soll, kommen wir nur bis zum 15. August aus.“²⁵⁸

Wutte erörterte detailliert die negative Handelsbilanz Österreichs, die nur durch eine Exportsteigerung ausgeglichen werden könne. Österreich hatte als Gegenleistung für Lebensmittelimporte Holz, Roheisen, Magnesit und Salz zu bieten und die Eigenproduktion an Lebensmitteln konnte den Bedarf nur um ein Viertel abdecken. Eine Steigerung der Lebensmittelproduktion auf ein Drittel des Bedarfs erschien ihm möglich, aber selbst die Angliederung von Deutsch-Westungarn würde für die Lebensmittelproduktion keine ausreichende Verbesserung bringen. Die Auswanderung könne die Ernährungslage entlasten, allerdings würden eher

²⁵⁸ Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 29, Nr. 189 (11. Juli 1919) 3.

die Industriearbeiter auswandern und mit ihnen die Unternehmer. Als Folge einer durch Auswanderung verringerten Zahl an Steuerträgern erschien ihm nur der nahende Bankrott denkbar. Aus dieser Analyse zog Wutte folgende wirtschaftspolitische Konsequenz: „Als positive Werte werden wir in erster Linie unsere Arbeit exportieren müssen, das heißt- Lohnarbeiter der Entente werden. Wir müssen entweder Qualitätsarbeit besonders gut oder Massenarbeit besonders billig leisten.“ Energisch trat er für eine Entflechtung von Politik, Bürokratie und Wirtschaft ein, was de facto die Rückkehr zu einer liberalen Wirtschaftspolitik bedeutete. Um dieses Ziel zu erreichen, setzte er seine Hoffnungen nicht nur auf das Wirtschaftsbürgertum: „Gegen die Sozialisierung sind nicht nur die Unternehmer, sondern auch die qualifizierten tüchtigen Arbeiter, weil beide vorwärts streben und etwas erreichen wollen.“ Wutte sprach sich für den Augenblick gegen eine forcierte Sozialpolitik und den Achtstundentag aus, „denn es muß doch erst die Wirtschaft in Betrieb kommen, bevor an anderes zu denken ist.“²⁵⁹ Parteintern führte er als Argument gegen die Einführung des Achtstundentages ein verstärktes Abströmen von Landarbeitern in Richtung Stadt ins Treffen, welches den Wohnungsmangel noch verschärfen würde. Auch aus energiepolitischer Hinsicht hielt er die Einführung des Achtstundentages für verfehlt, denn in den Fabriken und Hüttenbetrieben müsse trotzdem „durch mehrere Stunden Kohle ungenützt in großen Mengen verfeuert werden.“ Gebetsmühlenartig hob er auch den schlechten Eindruck hervor, den es auf die Entente machen müsse, wenn die Österreicher ihre Arbeitszeit verkürzten und begrüßte eine Volksabstimmung über den Achtstundentag.²⁶⁰

Im Februar 1920 kritisierte Wutte eindringlich die in der Nationalversammlung beschlossene Verpfändung des österreichischen Tabakmonopols als unnötig, „denn wenn es dem Auslande möglich erscheint, das Unternehmen ertragfähig zu gestalten, so müßte dies auch unserem Staate gelingen.“ In der Nationalversammlung wollte Wutte sich zu diesem Thema jedoch nicht mehr äußern. Anscheinend hatten die Vertreter der rot-schwarzen Koalition ein wirksames Gegenmittel gegen seine Einwürfe gefunden, was ihn zu der resignierten Feststellung verleitete: „Die Krone ist etwas gestiegen, wird natürlich in ein paar Tagen sinken und die Gegenseite würde wieder behaupten, dieses Sinken auf die Miesmacherei des Dr. Wutte zurückzuführen.“²⁶¹

Anders als seine Parteikollegen sparte Wutte auch nicht mit nützlichen Ratschlägen für seine

²⁵⁹ Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 29, Nr. 200 (22. Juli 1919) 7; Tagespost (Morgenblatt, 2. Ausgabe) Jg. 64, Nr. 200 (22. Juli 1919) 5.

²⁶⁰ ÖStA, AVA, GdVP 2, 59. Verhandlungsschrift, Sitzung der „Großdeutschen Vereinigung“ am 15. Dezember 1919, 5-6.

²⁶¹ Neues Grazer Abendblatt (Abendausgabe des Neuen Grazer Tagblattes) Jg. 30, Nr. 84 (5. Februar 1920) 3; ÖStA, AVA, GdVP 2, 72. Verhandlungsschrift, Sitzung der „Großdeutschen Vereinigung“ am 30. Jänner 1920, 2- 3.

Anhängerschaft. Jungen Menschen riet er in dieser wirtschaftlichen Notzeit einen handwerklichen oder kaufmännischen Beruf zu erlernen, da es für Posten im öffentlichen Dienst momentan zu viele Bewerber gäbe. Er ging sogar so weit, Mittelschüler verpflichten zu wollen während der Schulzeit auch einen handwerklichen Beruf zu erlernen, um in Notzeiten einen Rettungsanker zu haben.²⁶²

Wutte beschäftigte sich in seiner politischen Tätigkeit als Abgeordneter zur Konstituierenden Nationalversammlung besonders intensiv mit dem Thema der Vermögensabgabe. Er kritisierte z.B. den Entwurf einer Vermögensabgabe von Staatssekretär Dr. Reisch, die für ihn eine Mischung aus Vermögensabgabe und Vermögenssteuer darstellte. Wutte hob ebenfalls die negativen Folgen einer Vermögensabgabe am Beispiel des Hausbesitzes hervor, der in einer Inflationsperiode gezwungen wäre hohe Hypothekenkredite aufzunehmen, was bei einem Kursanstieg der Krone allerdings zu einer ruinösen Maximierung des Schuldenstandes führen würde.

Durch die Vermögensabgabe würden außerdem die Kreditinstitute einen Großteil ihres Vermögens verlieren, weshalb sie nicht mehr in Lage wären den Kreditbedarf der Unternehmer zu decken.²⁶³ Eine Vermögensabgabe lehnte Wutte ab, weil sie seiner Meinung nach zwar für kurze Zeit das Budgetdefizit decken könne, aber langfristig die Kreditfähigkeit Österreichs schwäche. Stattdessen befürwortete er die Einführung einer Vermögenssteuer, weil diese das Kapital schone und längerfristige Einnahmen verspreche.²⁶⁴

Um das Budget des Staates wieder in geordnete Bahnen zu lenken, hielt Wutte mehrere, zum Teil widersprüchliche wirtschaftspolitische Maßnahmen für überlegenswert. So riet er einerseits der Regierung Steuerrückstände sorgfältiger einzutreiben, propagierte aber andererseits als Protest gegen die Vermögensabgabe einen Steuerstreik: „Wenn der Staat im Wege der Vermögensabgabe an den Stamm des Volksvermögens greift, so entreißt er dem Volke einen Teil der Erwerbsmöglichkeit, und die Folge davon ist, daß die Deckungsmöglichkeit der Staatsschulden eine geringere wird. Jedes Fallen des heimischen Kapitals aber zerstört nach außen unsere Selbständigkeit als Volk und bringt im Innern eine Vernichtung von Einzelexistenzen mit sich, besonders in den Kreisen des Mittelstandes. [...] Dem Terror der Straße, dem die Regierung machtlos gegenübersteht, kann, wenn sonst alles versagt, nur der Terror

²⁶² Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 29, Nr. 189 (11. Juli 1919) 3.

²⁶³ Neues Grazer Morgenblatt (2. Morgenausgabe des Neuen Grazer Tagblattes) Jg. 30, Nr. 62 (27. Jänner 1920) 3-4.

²⁶⁴ Neues Grazer Abendblatt (Abendausgabe des Neuen Grazer Tagblattes) Jg. 30, Nr. 84 (5. Februar 1920) 3; ÖStA, AVA, GdVP 2, 65. Verhandlungsschrift, Sitzung der „Großdeutschen Vereinigung“ am 15. Jänner 1920, 5. Wutte prophezeite für den Fall einer zu hohen Vermögensabgabe einen Exodus der Industriellen: „Wenn die Besteuerung im Inland zu hoch wird, so wird der Industrielle sein neues Unternehmen ins Ausland verlegen, wo weniger Belastung zu befürchten ist.“

der Steuerträger entgegengestellt werden.“²⁶⁵ In diesem konkreten Fall lüftete Wutte den Schleier der für die Großdeutschen üblichen nationalistischen Argumentation und nahm eine klare Anleihe an einer mittelständischen Klassenkampfrhetorik. In seinen weiteren Ausführungen schlug er jedoch wieder sozialpolitisch ausgewogenere Töne an, die sich mit dem großdeutschen Programm eher deckten. Wutte unterschied sich damit wesentlich von den meisten anderen steirischen Großdeutschen, die in der Regel mit ihren politischen Positionen die Balance zwischen den innerparteilichen Interessengruppen wahrten und es peinlich vermieden über die Stränge zuschlagen. Gerade die Beamten mit ihren inflationsbedingt niedrigen Einkommen, gerieten sich nicht gerade als Beschützer großer Vermögenswerte. Wutte bezeichnete die Vermögensabgabe als Ersatz für eine Zwangsanleihe, „nur daß man dabei nicht einmal ein Papier erhält.“ Die heimische Währung konnte seiner Meinung nach nur durch eine Auslandsanleihe stabilisiert werden, die Österreich jedoch nicht bekommen würde, da dem Ausland das Vertrauen in die rot-schwarze Regierung fehle. Über den Ursprung der Inflation vermerkte Wutte in einer Sitzung der Großdeutschen Vereinigung: „Von der zweiten Kriegsanleihe an handelt es sich aber nicht mehr um Ersparnisse, sondern um Kredite. Diese Kriegsanleihen in Noten umgesetzt, waren also nicht mehr durch reale Werte gedeckt, sondern nur durch das Vertrauen auf den Sieg und die gesteigerte Erwerbstätigkeit in der Zukunft. Durch den Zusammenbruch wurden diese Noten entwertet, aber sie blieben in Umlauf. Und nun hat der Staat dazu neue Noten gedruckt, die ohne jede reale Deckung sind, das ist die Pest unter den gesunden Noten. Nun soll durch eine Vermögensabgabe dem abgeholfen werden. Der Züricher Kurs vom 2.5. ist die Antwort auf die Ankündigung der Vermögensabgabe. Der Kurs wird weiter sinken. Die Vermögensabgabe schwächt die Produktionskraft. Wir leiden also unter der Niederlage und dem Entzug von Kapital. Durch die Vermögensabgabe wird das Vertrauen im Ausland nicht gehoben, weil die Produktionsmöglichkeit in unserem Staate sinkt. Die Vermögensabgabe entreißt [sic!] den Banken und Sparkassen das Vermögen. Die Möglichkeit des Kredites von Seiten der Banken wird verringert.“²⁶⁶ Wutte hegte zudem die Befürchtung, dass mehrere Banken wie z.B. die Länderbank in ausländischen Besitz übergehen und als Kreditgeber ausfallen könnten. Der Staat wäre seiner Meinung nach dann gezwungen Staatsnoten auszugeben, womit der Bankrott eingeleitet wäre. Damit hatte Wutte das Kind beim Namen genannt, stieß dabei aber in seiner Partei nicht überall auf Zustimmung. Dr. Waber war nämlich über Wuttés Äußerungen in der Nationalversammlung über einen möglichen österreichischen Staatsbankrott äußerst unglücklich: "Ich

²⁶⁵ Grazer Volksblatt (2. Auflage) Jg. 53, Nr. 3 (3. Jänner 1920) 4.

²⁶⁶ ÖStA, AVA, GdVP 2, 63. Verhandlungsschrift, Sitzung der „Großdeutschen Vereinigung“ am 14. Jänner 1920, 8-9.

hätte es daher lieber gesehen, wenn Dr. Wutte [...] diesen Hinweis auf den Bankerott vermieden hätte. In Wahrheit ist es ja Bankerott, aber man nennt es nicht so."²⁶⁷ Für Wutte war die Durchführung einer Vermögensabgabe vor der Verfassungsreform undenkbar und er trat deshalb in den Sitzungen der Großdeutschen Vereinigung dafür ein, die Vermögensabgabe sachlich auseinanderzunehmen. Auf den Punkt gebracht, bedeutete das: „In taktischer Beziehung wäre die Angelegenheit zu schieben und die Verfassungsreform als Grundbedingung für eine Vermögensabgabe zu fordern.“ Er befürwortete Verhandlungen mit den Christlichsozialen in dieser Frage, befürchtete aber diese könnten Erfolge auf diesem Gebiet für sich allein beanspruchen.²⁶⁸

Als die Sozialdemokraten in einem parlamentarischen Unterausschuss eine Erhöhung der Vermögensabgabe für „juristische Personen“ von 15 auf 28 % forderten und damit vor allem die Aktiengesellschaften treffen wollten, wurden sie von den Großdeutschen und Christlichsozialen niedergestimmt. Während die Großdeutschen unter „juristischen Personen“ in erster Linie Aktiengesellschaften verstanden, sahen die Christlichsozialen vor allem ihre Klöster, Stifte und andere vermögende kirchliche Körperschaften bedroht. Um die Allianz zwischen Christlichsozialen und Großdeutschen in dieser Frage zu entzweien, änderten die Sozialdemokraten einfach ihre Stoßrichtung und forderten eine Erhöhung der Abgaben für Klöster auf 25 %. Die Sozialdemokraten hatten damit Erfolg, denn Kraft enthielt sich daraufhin der Abstimmung, was die „Reichspost“ in dieser Angelegenheit Gift und Galle spucken ließ. Das Zentralorgan der Christlichsozialen drohte den Großdeutschen: „Es wird für die Christlichsozialen nicht schwer sein, den Spieß umzukehren, die Interessen Dr. Wutttes am empfindlichsten Punkte zu treffen und dabei die kulturellen Institute der der katholischen Bevölkerung diesem Spiele zu entziehen.“ Im Klartext hieß dies, dass die Christlichsozialen bereit waren für die Erhöhung der Vermögensabgabe für Aktiengesellschaften zu stimmen, wenn die Großdeutschen nicht gegen die höhere Vermögensabgabe für Klöster und Stifte stimmten. Daraus zog der „Arbeiterwille“ den Schluss, dass es die Christlichsozialen mit dem in ihren Parteiblättern verkündeten „Schutz der Produktion“ als Hauptargument gegen eine höhere Vermögensabgabe nicht besonders ernst meinen konnten. Nachteile bei einer Bereinigung der Differenzen in dieser Frage zwischen beiden bürgerlichen Gruppen ortete der „Arbeiterwille“ vor allem für die Christlichsozialen: „Ein formeller oder stillschweigender Pakt zwischen den „Interessen Wutttes“ und den „Interessen Admonts“ dürfte aber selbst den christlichsozialen

²⁶⁷ ÖStA, AVA, GdVP 2, 69. Verhandlungsschrift: Sitzung der "Großdeutschen Vereinigung" am 22. Jänner 1920, 5.

²⁶⁸ ÖStA, AVA, GdVP 2, 64. Verhandlungsschrift, Sitzung der „Großdeutschen Vereinigung“ am 15. Jänner 1920, 6-7.

Bauern und kleinen Gewerbetreibenden nicht recht verständlich sein.“²⁶⁹

Das Ergebnis dieser Debatte über die Vermögensabgabe für Stifte und Klöster diente manchen Großdeutschen später als antiklerikale Wahlkampfmunition. So beklagte der Rechtsanwalt Dr. Ferdinand Eger in Frohnleiten, dass das Gesetz über die Vermögensabgabe Kunstgegenstände und Antiquitäten aus seinem Rahmen ausklammerte und somit vor allem die großen Stifte schonte.²⁷⁰ Interessant an allen Polemiken über die Vermögensabgabe erscheint die Offenheit der Berichterstattung der „Tagespost“, die zugestand, dass auch in der Nationalversammlung grundsätzlich kein Dissens über die Notwendigkeit einer Vermögensabgabe zwischen den Parteien bestehe. Die ganze Debatte drehe sich nur um Verbesserungsvorschläge. Die „Tagespost“ kam aber nicht umhin die sozialdemokratische Presse zu tadeln, die ihrer Meinung nach ungeachtet der Akzeptanz einer Vermögensabgabe durch das Bürgertum, das Thema zur „Klassenhetze“ gegen dieses benütze.²⁷¹

Wuttes politischer Sturz

Anfang März wurde das freiheitliche Lager in Graz von einer schweren Betrugsaffäre erschüttert, die Wutte die politische Karriere kostete. Obwohl sich die freiheitliche Tagespresse über das genaue Ausmaß von Wuttes Verstrickung ausschwie, ist es möglich zumindest die Grundzüge der Betrugsaffäre zu rekonstruieren, die letztendlich zu seinem Sturz führte. Die italienische Regierung hatte erklärt, die Kronen- Guthaben von „Reichsitalienern“ in den Banken der Italien zugesprochenen Gebiete wie Istrien oder Triest auf Basis von beglaubigten Kontoauszügen über einen festgesetzten Wechselkurs umzutauschen. Aus diesem Grund beauftragte der Grazer Stadtbaumeister und Architekt Wolfgang Alkier die Komptoristin Frieda Aldrian ihm gefälschte Kontoauszüge zu beschaffen. Der ehemalige Leiter der Stelest, Max Redelkovic, der mit Wutte verwandt war, wurde von Aldrian dazu überredet, die Kontoauszüge zu beschaffen. Um den Betrug zu verwirklichen, benötigte das Trio allerdings die Unterschrift des Chefs der italienischen Militärmission in Graz, Major Conte Carrara. Als der Bankdirektor Werder im Auftrag von Redelkovic Conte Carrara um die Unterschrift bat, lehnte dieser jedoch entrüstet ab und erstattete bei der Staatsanwaltschaft Anzeige. Alkier, Aldrian und Redelkovic wurden in der Folge verhaftet, da der Betrug bei seiner Verwirklichung den italienischen Staat um 30 Millionen geschädigt hätte.²⁷²

Als die Staatsanwaltschaft in der Betrugsaffäre das Strafverfahren auf seine Person ausdehnte

²⁶⁹ Arbeiterwille (Beilage) Jg. 31, Nr. 89 (30. März 1920) 1.

²⁷⁰ Tagespost (Abendblatt) Jg. 65, Nr. 257 (17. September 1920) 3.

²⁷¹ Tagespost (Abendblatt) Jg. 65, Nr. 30 (30. Jänner 1920) 1.

²⁷² Neue Freie Presse (Morgenblatt) Nr. 19945 (7. März 1920) 11.

und von der Nationalversammlung seine Auslieferung verlangte, da er von Aldrian schwer belastet wurde, warf Wutte politisch das Handtuch. Die Parteileitung der Großdeutschen Volkspartei erklärte wenig erhellend: „Der Vorstand der Großdeutschen Volkspartei hat dem Nationalrat Dr. Viktor Wutte mit Rücksicht auf die Verquickung seines Namens mit der Sensationsgeschichte Conte Carraro den Austritt aus der Partei nahegelegt. Durch diesen Beschluß soll der persönlichen Ehrenhaftigkeit des Herrn Dr. Wutte in keiner Weise nahegetreten werden. Die Grundsätze der Partei gestatten es indessen nicht, daß eine Persönlichkeit in hervorragend öffentlicher Stellung, auch wenn sie nur durch äußerliche Zusammenhänge mit einer solchen Sache in Verbindung gebracht wird, bis zur endgültigen Klarstellung Parteimitglied bleibt. Herr Dr. Wutte hat dieser Auffassung beigepflichtet und seinen Austritt aus der Partei erklärt.“²⁷³

Die Tatsache, dass Wutte von den Großdeutschen so schnell fallengelassen wurde, führten die Sozialdemokraten darauf zurück, dass diese Wutte derartige Betrügereien durchaus zutrauten und deshalb die Reißleine zogen. Als Indiz dafür spricht, dass sich die Parteileitung der Großdeutschen nicht die Zeit nahm Wutte „bis zur endgültigen Klartellung“ der Anschuldigungen in der Partei verbleiben zu lassen.²⁷⁴ Am 17. März 1920 befasste sich die Großdeutsche Vereinigung mit der Affäre Wutte und entsprach dem Ersuchen des Landesgerichtes Graz um Auslieferung. Wutte hatte diesem Vorgang zuvor telegraphisch zugestimmt. Die Großdeutsche Vereinigung ließ es sich jedoch nicht nehmen auf unwahre Presseberichterstattung in diesem Fall hinzuweisen: „So viel ist aber sicher, daß vielfach unwahre Nachrichten über den Fall verbreitet werden, denen offenbar politische Motive zugrunde liegen.“²⁷⁵

In diese Rubrik fällt möglicherweise ein Artikel des „Arbeiterwille“, der Wutte als „Organisator und Finanzier des Parteiblattes“ bezeichnete und ihm eine Verstrickung in Schiebergeschäfte unterstellte. Über diese angeblichen Schiebergeschäfte schrieb das Organ der steirischen Sozialdemokraten sehr detailliert: „Durch den Großdeutschen Abgeordneten Wutte sind Eisenbahnwaggonen in den Fahrpark der Südbahn eingestellt und der Eisenbahndirektion Kattowitz (Schlesien) beigestellt worden. Diese Waggonen waren dazu bestimmt, Kohle von Oberschlesien nach Steiermark zu schaffen. Diese deutsche Kohle wurde nicht etwa vom Herrn Wutte von Deutschland für Österreich erreicht, sondern fiel in das von unserer Regierung von den Deutschen erreichte Kohlenkontingent. Herr Wutte hatte also die Aufgabe, die Kohle nach Steiermark zu schaffen, tatsächlich wurde aber die Kohle außerhalb Steiermarks abge-

²⁷³ Grazer Volksblatt (Abendblatt) Jg. 53, Nr. 122 (15. März 1920) 2; Arbeiterwille, Jg. 31, Nr. 75 (16. März 1920) 2; Arbeiterwille, Jg. 31, Nr. 77 (18. März 1920) 6.

²⁷⁴ Arbeiterwille, Jg. 31, Nr. 75 (16. März 1920) 3.

²⁷⁵ Neues Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe des Neuen Grazer Tagblattes) Jg. 30, Nr. 191 (18. März 1920) 1; Neue Freie Presse (Morgenblatt) Nr. 19956 (18. März 1920) 5.

geben und zwar zu außerordentlich hohen Preisen.“ Die in das österreichische Kontingent fallende Kohle sei von Wutte für 7200 Kronen pro 10 Tonnen in Oberschlesien einkauft und dann für rund 15.000 Kronen in Jugoslawien weiterverkauft worden und somit den steirischen Verbrauchern verlustig gegangen.²⁷⁶ Wutttes vermutete Verstrickung in die Alkier- Betrugsaffäre fiel zudem zusammen mit der Verhaftung von Ernst Geyer, dem Direktor der Grazer Heimstättenbank. Dieser hatte den Vizedirektor seiner Bank unter Vorspiegelung einer reichen Erbschaft um eine halbe Million Kronen erleichtert.²⁷⁷

Diese Koinzidenz rief naturgemäß die Sozialdemokraten auf den Plan, die in diesen Betrügereien ein Sittenbild der Großdeutschen schlechthin erblickte. Der „Arbeiterwille“ kritisierte die Tendenz der „Tagespost“- Berichterstattung einer Proletarisierung des gesamten Mittelstandes das Wort zu reden: „Der Schwindel, die notleidenden Beamten und Professoren vorzuschieben, um den gesamten schiebenden und sonst reichen Gewinn einheimisenden Mittelstand als bedauernswert hinzustellen, ist plump; bodenlos dumm aber ist der Versuch, von einer „sozialistischen Gegenwart“ zu reden, die bloß beseitigt werden müsse, um das Glück Deutschösterreichs zu begründen. Dieses Glück besteht offenbar darin, daß die Wutte- Geschäftsleute zur Regierung gelangen, dann werden offenbar die Beamten und die Arbeiter keine Forderungen mehr stellen, wenn auch das Kilo Fett zweihundert Kronen kostet!“²⁷⁸

Dem Zentralorgan der steirischen Sozialdemokratie verdanken wir auch ein ironisches Charakterbild Wutttes, anlässlich einer Veranstaltung bei der dieser wenige Wochen vor seinem Parteiaustritt mit Dr. Ursin aufgetreten war: „Herr Dr. Wutte ist ein Kapitalist wie er im Buche steht. Ihm ist alles Mittel zum Zweck, auch die Politik. Er ist überhaupt kein Politiker, sondern Geschäftsmann. Deshalb schmerzt ihn ja die Einführung des Achtstundentages so ungemein und er läßt keine Gelegenheit ungenützt, um diesem Schmerz Ausdruck zu geben. Aus Gründen des Geschäfts akkommodiert er sich heute dem Anschlußgedanken und sogar dem Antisemitismus. Dr. Wutte- Antisemit! Bitte nicht hell aufzulachen. Dr. Wutte, der nicht einen Tag ohne Juden leben kann, ist Antisemit- daran ist nicht zu zweifeln.“ Der „Arbeiterwille“ betrachtete Wutte und Ursin als zwei vollkommen verschiedene Politikertypen: Der eine war für ihn ein opportunistischer Kapitalist und der andere ein nationalistischer Ideologe, der mit Hilfe des Antisemitismus die Arbeiter zu gewinnen versuchte.²⁷⁹

²⁷⁶ Arbeiterwille, Jg. 31, Nr. 72 (13. März 1920) 5. Wutte hatte die oberschlesische Kohle für rund 2000 Mark pro 10 Tonnen gekauft. 100 Mark waren damals 350 bis 360 Kronen.

²⁷⁷ Neue Freie Presse (Abendblatt) Nr. 19949 (11. März 1920) 2; Arbeiterwille, Jg. 31, Nr. 72 (13. März 1920) 5.

²⁷⁸ Arbeiterwille, Jg. 31, Nr. 72 (13. März 1920) 2.

²⁷⁹ Arbeiterwille, Jg. 31, Nr. 55 (25. Februar 1920) 1.

Die Festbesoldeten

Aufgrund seines politischen Scheiterns hatte Gargitter Anfang Juli 1919 brieflich bei der Hauptversammlung des Festbesoldetenvereines seinen Rücktritt als Obmann erklärt und wurde daraufhin zum Ehrenmitglied ernannt. Dem Festbesoldetenverein gehörten 5000 Mitglieder an, davon 1000 außerhalb von Graz. Zum neuen Obmann wurde Schüller gewählt, zu seinen Stellvertretern Herz, Herberger und Gaisbacher; Jutmann und Ditzer wurden mit Ausschussposten betraut.²⁸⁰ Gargitter, der inzwischen als Finanzrat in den Ruhestand getreten war, blieb nach seinem Rücktritt dem politischen Leben fern und hielt lediglich ein einziges Mal, nämlich Mitte Jänner 1920 in Graz auf Einladung des Inhagebundes einen Vortrag über die Vermögensabgabe. Er trat dafür ein, die einmalige Vermögensabgabe nur für die Abzahlung der Kriegsschulden zu verwenden, nicht jedoch zur Deckung laufender Budgetausgaben und gab eine pessimistische Schätzung zu deren Verteilungsgerechtigkeit ab: „Die Kosten der Abgabe werden zum großen Teil die soliden bürgerlichen Vermögen zahlen, die Besitzer der größten und unsympathischsten Vermögen werden sich zu drücken wissen.“²⁸¹

Im Grazer Gemeinderat zeichneten sich die Festbesoldeten durch konstruktive Mitarbeit aus, wenngleich sie gerne gegen die Christlichsozialen stichelten. Ditzer drängte nämlich sehr zum Missfallen der Christlichsozialen die Sozialdemokraten zur Freigabe der Feuerbestattung, woraufhin Muchitsch erklärte, es sei die Errichtung einer Feuerhalle in der Nähe des Zentralfriedhofes für 500.000 Kronen geplant.²⁸² GR Dr. Bienert, der über die Liste der Deutschvölkischen Einigungspartei in den Gemeinderat eingezogen war wurde in der Zeitungsberichterstattung als Angehöriger der Deutschbürgerlichen Wirtschaftsvereinigung geführt, was darauf schließen lässt, dass er tatsächlich nur die Funktion hatte die Festbesoldeten zu spalten.²⁸³

Es scheint aber auch plausibel, dass er als Einzelner sich nicht in der Lage sah politisch etwas zu bewirken und deshalb wieder die Nähe des Bürgervereines suchte.

Schlagzeilen machten unterdessen die Beamten in Frohnleiten. Dort herrschte unten den großdeutschen Gemeinderatsmitgliedern eine Diskussion darüber, ob Kurgäste und Sommerfrischler im Ort zugelassen werden sollten. Die Gewerbetreibenden plädierten dafür, während sich die Festbesoldeten aufgrund der herrschenden Lebensmittelknappheit dagegen aussprachen. Schließlich einigte man sich darauf, dass die Eröffnung des Kurbetriebes keine Angelegenheit des Gemeinderates sei und arbeitete einen Maßnahmenkatalog aus, der einen Aufkauf

²⁸⁰ Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 29, Nr. 187 (9. Juli 1919) 4.

²⁸¹ Tagespost (Morgenblatt) Jg. 65, Nr. 15 (15. Jänner 1920) 4.

²⁸² Neues Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe des Neuen Grazer Tagblattes) Jg. 30, Nr. 176 (12. März 1920) 4.

²⁸³ Neues Grazer Morgenblatt (2. Morgenausgabe des Neuen Grazer Tagblattes) Jg. 30, Nr. 257 (16. April 1920) 4.

von Lebensmitteln durch Kurgäste verhindern sollte.²⁸⁴

Als bei der Vorstandswahl des steiermärkischen Lehrerverbandes 1.908 Stimmen (22 Mandate) auf die deutschnationalen Kandidaten und nur 262 Stimmen (3 Mandate) auf die sozialdemokratischen Lehrervertreter entfielen, nahm dies der „Arbeiterwille“ in Vorwahlkampfstimmung sogleich zum Anlass heftiger Attacken gegen die freiheitliche Lehrerschaft.

Die sozialdemokratische Parteizeitung erblickte in den freiheitlichen Lehrern „weltfremde Naivlinge, die sich noch immer hochgehrt fühlen, wenn ein reicher Spießbürger ihnen gönnerhaft auf die Achsel klopf“ und bedachte sie mit den Attributen „reaktionär“, „volksfeindlich“, „verbohrt“ und „arbeiterfeindlich“. Für die Sozialdemokraten waren die freiheitlichen Lehrer lediglich „ein blindes Werkzeug der deutschnationalen Kapitalistenparteien“ und zogen aus dieser Wahniederlage den Schluss, dass nur eine Änderung ihrer Taktik gegenüber den freiheitlichen Lehrern Erfolge verspreche: „Aus dieser Tatsache müssen die Folgerungen gezogen und die Methoden des Kampfes gegen die Herz und Genossen geändert werden. Mit Glacéhandschuhen können nicht Leute angefasst werden, die die Lehrer in ihrer sozialen und politischen Unwissenheit nach wie vor als Vorspann für die Equipagen des Geldsackes mißbrauchen.“²⁸⁵

Interessant an diesen Tiraden ist die Tatsache, dass die Sozialdemokraten eine Bildungselite wie die Lehrerschaft für politisch unmündig hielten und damit ihre Verzweiflung ausdrückten, dass eine Berufsgruppe, die sie nach ihrer Klassenlage zu ihrer potentiellen Klientel zählten, sich ihrem Werben aus rein ideologischen Gründen entzog.

Die steirischen Gemeinde- und Bezirksbeamten begannen sich Ende September 1920 gewerkschaftlich zu organisieren. Dantine machte sich als deren Fürsprecher bemerkbar und befürwortete zur „Wahrung des Ansehens des Gemeindestandes“ die Einführung von Fachprüfungen.²⁸⁶ Den protektionistischen Kräften im öffentlichen Dienst liefen jedoch die Bestrebungen der nüchtern kalkulierenden Kaufleute in der Großdeutschen Volkspartei zuwider. Kraft erläuterte das 13 Milliarden Budgetdefizit des Staates, welches hauptsächlich durch die Ausgaben für die Lebensmittelsubvention verursacht wurde. Er räumte ein, dass man auf die Lebensmittelsubvention bei den momentan gezahlten Gehältern nicht verzichten könne, befürwortete aber eine Streichung der Subventionen für „Reiche“ und „Ausländer“. Die hohen Defizite der Staatsbetriebe nannte er als zweite Schuldenquelle, ebenso die hohen Kosten für die Verwaltung, die man nur durch Einsparungen und Vereinfachung bremsen könne. Kraft beklagte, dass trotz des überdimensionierten Beamtenapparates immer noch viele junge Beamte eine Anstellung fänden. Solche Töne beflügelten die Publizistik der Sozialdemokraten, die

²⁸⁴ Neues Grazer Abendblatt (Abendausgabe des Neuen Grazer Tagblattes) Jg. 30, Nr. 249 (13. April 1920) 3.

²⁸⁵ Tagespost (Abendblatt) Jg. 65, Nr. 206 (28. Juli 1920) 1.

²⁸⁶ Tagespost (Morgenblatt) Jg. 65, Nr. 266 (26. September 1920) 8.

versuchten vordergründig die Widersprüche der großdeutschen Argumentation aufzudecken. Generell lässt sich sagen, dass Sozialdemokraten, Großdeutsche und Christlichsoziale sehr stark von politischen Idealvorstellungen geleitet waren, die in Bezug gebracht zu soziologischen oder machtpolitischen Fakten für die gegnerische Wahlkampfretorik eine willkommene Angriffsfläche boten. Der „Arbeiterwille“ legte einen dieser Widersprüche offen, indem er darauf verwies, dass die Christlichsozialen im Gegensatz zu den Sozialdemokraten in der Anschlussfrage indifferenter auftraten, die Großdeutschen es aber trotzdem besser fänden, wenn sie mit den Christlichsozialen „gemeinsam die Sozialdemokratie schlagen.“ Die Sozialdemokraten legten den Finger auf Klassengegensätze innerhalb der Großdeutschen und bezweifelten, dass die Unternehmer an einer Besserstellung der Festbesoldeten interessiert seien. Den Großdeutschen Hübler, der die sozialistische Politik als „unsozial“ gebrandmarkt hatte, konfrontierten sie mit dem Verhalten der Unternehmer gegenüber den Angestellten: „Für jede Krone, die sie [die Unternehmer; C.N.] bewilligten, mußte ihnen förmlich das Messer an die Brust gesetzt werden. Über diese Tatsache huscht er [Hübler; C.N.] stillschweigend hinweg, indem er als Festbesoldete bloß die staatlichen Beamten, Pensionisten und Offiziere aufmarschieren lässt.“ Den Abgeordneten Kraft machte der „Arbeiterwille“ darauf aufmerksam, dass er in einer sachlich vorgetragenen Analyse der österreichischen Sozialstruktur, die großdeutsche Festbesoldetenpolitik ad absurdum geführt hatte.²⁸⁷ Er hatte nämlich zugegeben, dass dem gewaltigen Verwaltungsapparat aus der Monarchie „ein großer Mangel an manuellen Arbeitern“ gegenüberstehe. Über Lösungsvorschläge wie man den konstatierten Mangel an Arbeitern beseitigen könne, schwieg sich der „Arbeiterwille“ jedoch aus.

Die Hausbesitzer

Ein Großteil der Hausbesitzer war nach der Abspaltung der Nationalen Mittelstandspartei von den Deutschdemokraten zu den Christlichsozialen übergelaufen. Insofern ist es überraschend, dass in einem seltenen Fall das „Neue Grazer Tagblatt“ offen Partei für die Hausbesitzer ergriff. Der sozialdemokratische Bürgermeister von Eggenberg hatte nämlich in einer öffentlichen Kundmachung Hausbesitzer angeprangert, die ihrer Pflicht Instandsetzungsarbeiten ausreichend durchzuführen nicht nachgekommen waren. Säumigen Hausbesitzern drohte der Eggenberger Bürgermeister die Beschlagnahme des Mietertrages an, eine Drohung, die jedoch rechtlich nicht gedeckt war. Das „Neue Grazer Tagblatt“ gab daraufhin einen Einblick in die wirtschaftliche Situation der Hausbesitzer: „Es geht nicht an, wegen der Beschwerde einiger Mieter den ganzen Stand der Hauseigentümer in einer öffentlichen Kundmachung als

²⁸⁷ Arbeiterwille (2. Auflage) Jg. 31, Nr. 216 (7. August 1920) 1.

Wohnungsschacherer zu beschimpfen. Das Mieterschutzgesetz in Ehren! Aber ist es den jetzigen Gemeindemachthabern unbekannt, daß ein Großteil der Eggenberger Hausbesitzer arme Teufel sind, die schwer um ihre Existenz ringen und froh wären, auch nur einen Teil eines heutigen Arbeiterlohnes zu verdienen? Eine einzige Fensterscheibe kostet heute mehr, als eine Wohnungsmiete in einem Monat beträgt, und eine gründliche Sparherdausbesserung kann den Mietertrag kann den Mietertrag einer Arbeiterwohnung für ein ganzes Jahr verschlingen.“²⁸⁸ Tatsächlich eliminierte die steigende Inflation zwar die Hypothekenschulden der Hausbesitzer, jedoch untersagte das Mieterschutzgesetz von 1917 den Austausch von zahlungsschwächeren alten durch zahlungsstärkere neue Mieter, sodass den Hausbesitzern kaum Mieteinnahmen verblieben. Den Hausbesitzern war es durch den Mieterschutz ebenfalls nicht möglich, frei gewordene Wohnungen mit neuen Mietern zu besetzen, sondern sie mussten sich neue Mieter vom Wohnungsamt zuteilen lassen. Im Fall von Wohnungen mit unzureichend ausgenutzten Wohnflächen teilte das Wohnungsamt kurzerhand Untermieter zu. Weil das Mieterschutzgesetz nur die Mieten der Hauptmieter auf dem Stand von 1917 einfrore, jedoch nicht die Mieten der Untermieter beschränkte, entstand die ökonomisch paradoxe Situation, dass die Hauptmieter ein Vielfaches der von ihnen selbst entrichteten Miete einnahmen.²⁸⁹ Der Landesverband der Hausbesitzervereine in der Steiermark stellte 1920 in seiner Jahreshauptversammlung resigniert fest, dass hinsichtlich der Mieterschutzverordnung keine wesentlichen Erleichterungen für die Hausbesitzer erzielt werden konnten. Es sei lediglich möglich gewesen eine Verschärfung des Mieterschutzes zu verhindern. Der Vorsitzende des Landesverbandes der steirischen Hausbesitzer Dr. Mitteregger schilderte die Situation folgendermaßen: „Es hat sich gezeigt, daß die Mieterschutzverordnung eine Hauptursache der herrschenden Wohnungsnot sei. Es ist die Erscheinung zutage getreten, daß viele Parteien ihre Wohnungen behalten haben, um sich durch Aftermieter ein bedeutendes Nebeneinkommen zu verschaffen. Mit diesen Vermietungen werde auf Kosten der Hausbesitzer Wucher getrieben.“²⁹⁰ Im Jahre 1920 zählte der Verein der Grazer Hausbesitzer 1728 Mitglieder und in der gesamten Steiermark gab es insgesamt 26 Hausbesitzervereine mit 4228 Mitgliedern.²⁹¹ Weil die 20 Rauchfangkehrermeister und ihre 26 in Graz tätigen Gehilfen eine Erhöhung der

²⁸⁸ Neues Grazer Morgenblatt (2. Morgenausgabe des Neuen Grazer Tagblattes) Jg. 30, Nr. 152 (3. März 1920) 4; Neues Grazer Morgenblatt (2. Morgenausgabe des Neuen Grazer Tagblattes) Jg. 30, Nr. 185 (16. März 1920) 4. Der sozialdemokratische Bürgermeister von Eggenberg drohte den Hausbesitzern, wenn sie keine Ausbesserungen vornehmen, werde er „die Zinseinkassierung selbst vornehmen und die Ausbesserungen auf Kosten des Hausbesitzes durchführen lassen.“

²⁸⁹ Fritz Kaufmann, Sozialdemokratie in Österreich. Idee und Geschichte einer Partei. Von 1889 bis zur Gegenwart (Wien- München 1978) 131- 132.

²⁹⁰ Tagespost (Morgenblatt) Jg. 65, Nr. 151 (3. Juni 1920) 6.

²⁹¹ Ebenda, 6; Neues Grazer Morgenblatt (2. Morgenausgabe des Neuen Grazer Tagblattes) Jg. 30, Nr. 185 (16. März 1920) 4.

Kehrpreise um 200 % und ein obligatorisches monatliches Kehren der Sparherde forderten, schlug Schoklitsch vor, die Rauchfangkehrerei entweder zu verstaatlichen oder für den Hausbesitzerverein eine Rauchfangkehrerkonzession zu erwerben, um die Gehilfen selbst anzustellen.²⁹² Der akute Wohnungsmangel in Graz führte dazu, dass Vertreter der Stadt Graz, des Landes Steiermark, des Industriellenbundes und des Hausbesitzervereines über die Errichtung von Dacheinbauten und Arbeiterwohnhäusern berieten. Weidenhoffer erklärte, dass die Puchwerke und die Grazer Waggonfabrik bereit seien Arbeiterwohnhäuser zu errichten. Als Bedingung der Industrie nannte er, dass der Staat rund 30 % zu den Kosten beiträgt. Schoklitsch gab bekannt, die Hausbesitzer könnten bei ungefähr 600 Häusern Dachwohnungen einbauen, erwarteten allerdings auch von staatlicher Seite einen Zuschuss.²⁹³

Der Grazer Stadtrat rief in der Folge im „Neuen Grazer Tagblatt“ die Hausbesitzer dazu auf Dachwohnungen einzubauen und beabsichtigte damit die Bauwirtschaft wieder anzukurbeln. Den Hausbesitzern wurde Steuerfreiheit auf die Dauer von 30 Jahren, die freie Wahl des Mieters aus der amtlichen Liste der Wohnungssuchenden und andere Vergünstigungen versprochen. Der Stadtrat wollte mit den Hausbesitzern persönlich in Verbindung treten, so auch Schoklitsch und der ehemalige Vizebürgermeister Architekt Staerk, die dem diesbezüglichen Ausschuss angehörten. Aufgrund der hohen Baukosten war die Begeisterung der Hausbesitzer für einen Einbau von Dachwohnungen jedoch sehr überschaubar.²⁹⁴

Im Grazer Gemeinderat wurde indessen heftig über den Einbau von Dachwohnungen weiterdiskutiert. Die Christlichsozialen machten sich dafür stark, Gelder von der Staatsregierung zu lukrieren. Kammerlander von der Mittelstandspartei zeigte sich diesbezüglich skeptisch und rechnete nicht damit, die nötige Summe beim Staat aufzutreiben zu können.²⁹⁵ Er sprach sich schließlich gegen den Einbau von Dachwohnungen aus, weil die Kosten dafür pro Wohnung zwischen 80.000 und 100.000 Kronen betrug und befürwortete stattdessen die Errichtung neuer Wohnanlagen. Fizia und Cleß argumentierten ebenfalls gegen die kostenintensiven Pläne der Sozialdemokraten zum Einbau von Dachwohnungen, konnten sich in der folgenden Abstimmung aber nicht durchsetzen.²⁹⁶

Der Einbau von Dachwohnungen war nicht der einzige Versuch den Wohnungsmangel in Graz zu beheben. Während Weidenhoffer das Problem mit einer Ankurbe-

²⁹² Neues Grazer Morgenblatt (2. Morgenausgabe des Neuen Grazer Tagblattes) Jg. 30, Nr. 185 (16. März 1920) 4.

²⁹³ Neues Grazer Morgenblatt (2. Morgenausgabe des Neuen Grazer Tagblattes) Jg. 30, Nr. 296 (1. Mai 1920) 4.

²⁹⁴ Neues Grazer Morgenblatt (2. Morgenausgabe des Neuen Grazer Tagblattes) Jg. 30, Nr. 329 (16. Mai 1920) 4; Neues Grazer Morgenblatt (2. Morgenausgabe des Neuen Grazer Tagblattes) Jg. 30, Nr. 341 (21. Mai 1920) 4.

²⁹⁵ Neues Grazer Morgenblatt (2. Morgenausgabe des Neuen Grazer Tagblattes) Jg. 30, Nr. 356 (28. Mai 1920) 4.

²⁹⁶ Tagespost (Morgenblatt) Jg. 65, Nr. 145 (28. Mai 1920) 7.

lung der privaten Bautätigkeit lösen wollte, formulierte eine großdeutsche Frauenversammlung unter Hinweis auf die Vertreibung von Deutschen aus der Untersteiermark eine EntschlieÙung, die die Wohnungen von erst seit 1914 in Graz lebenden Slowenen einforderte. Auch „Ostjuden“, die in Graz nicht gemeldet waren, sollten ausgewiesen werden.²⁹⁷

Im Wohnungsfürsorgeausschuss wurde die Abschaffung von Bordellen zur Linderung der Wohnungsnot in Graz diskutiert. Vizebürgermeister Fizia plädierte dafür, 120 Prostituierte ihr Gewerbe auf der Straße ausüben zu lassen, um damit 55 Familien eine Unterkunft zu sichern. Die Sozialdemokraten traten ebenfalls für eine Aufhebung der Bordelle ein und befanden sich damit im Widerspruch zu einem Vertreter der Ärztekammer, der aus allgemein gesundheitlichen Gründen vor einer Schließung abriet und die negativen Auswirkungen der Geheimplstitution hervorhob.²⁹⁸ Letztendlich konnten diese medizinischen Einwände eine Schließung der Bordelle nicht verhindern, die mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Deutschdemokraten durchgesetzt wurde.

In helle Aufregung wurden die Hausbesitzer versetzt, als bekannt wurde, dass das Land Steiermark, um das Budgetdefizit in den Griff zu bekommen, eine Landesumlage plante, die vermeintlich zu einer Mietzinssteigerung von 244 % führen würde. Die Hausbesitzer sahen sich um jede Einnahme gebracht. Bürgermeister Mutschitsch holte darauf Erkundigungen beim Land ein und teilte Schoklitsch mit, dass die Mietzinssteigerung nur 40 % betragen werde.²⁹⁹ Kammerlander ersuchte daraufhin den Stadtrat bei der Regierung auf einen Abbau des Mieterschutzgesetzes hinzuwirken und verwies dabei auf „die unerhörte Steigerung aller Reparaturs- und Erhaltungskosten, die es den Hausbesitzern fast unmöglich machen, ihre Häuser vor dem Verfall zu bewahren.“ Er konnte sich damit aber nicht durchsetzen.³⁰⁰

Die Großdeutsche Volkspartei hatte im Gegensatz zu den früheren Deutschdemokraten innerparteilich nicht mehr mit einer dermaßen einflussreichen Hausbesitzerlobby zu kämpfen. Deshalb konnte Kraft die derzeit herrschende Subventionswirtschaft geißeln, in der die Hausbesitzer durch billige Wohnungen subventionieren und gleichzeitig eine Abschaffung des Mieterschutzgesetzes für ausgeschlossen erklären.³⁰¹

²⁹⁷ Neues Grazer Abendblatt (Abendausgabe des Neuen Grazer Tagblattes) Jg. 30, Nr. 669 (30. September 1920) 4; Tagespost (Abendblatt) Jg. 65, Nr. 270 (30. September 1920) 3; Neues Grazer Abendblatt (Abendausgabe des Neuen Grazer Tagblattes) Jg. 30, Nr. 684 (6. Oktober 1920) 2.

²⁹⁸ Tagespost (Abendblatt) Jg. 64, Nr. 331 (2. Dezember 1920) 1-2.

²⁹⁹ Neue Grazer Tagblatt (1. Morgenausgabe) Jg. 30, Nr. 463 (11. Juli 1920) 4; Neues Grazer Morgenblatt (2. Morgenausgabe des Neuen Grazer Tagblattes) Jg. 30, Nr. 476 (16. Juli 1920) 4.

³⁰⁰ Tagespost (Morgenblatt) Jg. 65, Nr. 194 (16. Juli 1920) 6.

³⁰¹ Tagespost (Morgenblatt) Jg. 65, Nr. 273 (3. Oktober 1920) 3.

Die Kaufleute und Gewerbetreibenden

Bei den Kaufleuten und Gewerbetreibenden hatten die Deutschdemokraten bei den ersten demokratischen Wahlen Stimmenverluste in Richtung Christlichsoziale hinnehmen müssen, weil diese massiv gegen die Zentralen aufgetreten waren. Aus diesem Grund versuchten die Deutschdemokraten ihre alte Klientel wieder zurückzugewinnen. Schützenhilfe erhielten sie dabei ausgerechnet von den Christlichsozialen selbst, die in der Nationalversammlung aufgrund einer Abstimmungsspanne gegen die Freigabe des Getreideüberkontingents stimmten und damit vorerst die Aufrechterhaltung der Getreideverkehrszentrale bewirkten. Eine Wiederholung der Abstimmung brachte schließlich eine Mehrheit für die Aufhebung.³⁰²

Das „Grazer Volksblatt“ hatte das erste Abstimmungsverhalten in vorauseilendem Gehorsam verteidigt und bezichtigte die Deutschfreiheitlichen der „Demagogie“ und der „einseitigen Klassenverhetzung“.

Als sich später herausstellte, dass die steirischen Abgeordneten der Christlichsozialen für die Freigabe gestimmt hatten, nahm das „Grazer Volksblatt“ daraufhin einen Artikel von Dr. Gimpl für den freien Handel auf, während der Abgeordnete Fischer im selben Blatt erklärte, er habe als christlichsozialer Ständevertreter gegen den freien Handel gestimmt.³⁰³ Eine derartig verwirrende Informationspolitik trug nicht gerade zur Glaubwürdigkeit der Christlichsozialen in der Frage der Zentralen insgesamt bei und musste umso schlimmer wirken, als sich Kroath, der sein Amt als Präsident des Gremiums der Grazer Kaufmannschaft an Heinrich Prettenhofer übergab, kurze Zeit davor eindeutig für eine Liberalisierung des Handels ausgesprochen hatte.³⁰⁴

Bei einer Sitzung des Landesverbandes der steirischen Kaufmannschaft verlangte GR Schimper von der Deutschbürgerlichen Wirtschaftsvereinigung, dass sich die nach der Liquidierung der Stelest neugegründete „Steirische Anstalt für Einkaufs- und wirtschaftliche Arbeit“ nur auf den Einkauf und Verkauf der staatlich bewirtschafteten Waren beschränken soll. In einer EntschlieÙung forderten die Kaufleute den Wunsch eines Beitritts und einer Beteiligung der Kaufmannschaft bei der „Steirischen Anstalt für Einkauf- und wirtschaftliche Arbeit“.³⁰⁵

In organisatorischer Hinsicht formierten sich die steirischen Kaufleute und Gewerbetreibenden neu, um ihre Interessen effizienter zu vertreten. Im Beisein von Dantine und Vizebürger-

³⁰² Stenographisches Protokoll der 23. Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung für Deutschösterreich am 3. Juli 1919. In: Stenographische Protokolle über die Sitzungen der Konstituierenden Nationalversammlung der Republik Deutschösterreich, Bd. 1 (Wien 1919) 596. Bei der ersten Abstimmung stimmten 60 Abgeordnete für die Aufhebung und 81 dagegen und bei der zweiten Abstimmung 73 dafür und 58 dagegen.

³⁰³ Grazer Tagblatt (2. Morgenausgabe) Jg. 29, Nr. 205 (27. Juli 1919) 5.

³⁰⁴ Grazer Tagblatt (Abendausgabe) Jg. 29, Nr. 202 (24. Juli 1919) 2.

³⁰⁵ Neues Grazer Tagblatt (1. Morgenausgabe) Jg. 30, Nr. 232 (7. April 1920) 4.

meister Max Enserer hielt der „Bund der Handels- und Gewerbetreibenden Obersteiermarks“ Anfang September 1919 seine erste Hauptversammlung im Rathaussaal von Leoben ab. Der dezidiert antisemitische Bund dehnte sich sogleich auf die Ost- und Weststeiermark aus und benannte sich in „Bund der Handel- und Gewerbetreibenden Steiermarks“ mit Sitz in Bruck um.³⁰⁶ Zur selben Zeit erklärte sich auch der Inhage- Bund für „judenrein“. Der Inhage- Bund rückte damit von seiner ursprünglichen Haltung ab „in Hochhaltung des angestrebten Zusammenschlusses aller Selbständigen auch den gerade in den Gruppen Industrie, Handel und Gewerbe zahlreich vertretenen Juden die Möglichkeit [zu; C.N.] bieten, wenn auch nur mit aktivem Wahlrechte, sich zur Förderung des Einheitsgedankens uns anzuschließen.“ Die nunmehr eindeutig antisemitische Positionierung wurde mit der Vermeidung von internen Konflikten begründet. Das „Neue Grazer Tagblatt“ befürwortete sogleich energisch eine Zusammenarbeit zwischen dem „Bund der Handel- und Gewerbetreibenden Steiermarks“ und dem Inhage- Bund, die sich aber erst knapp eine Woche nach der Landtags- und Nationalratswahl zum „Steiermärkischen Gewerbebund“ zusammenschlossen.³⁰⁷

Im Wahlkampf hatten sich beide, zusammen mit dem Landesgewerberat für die Kandidaten der Großdeutschen Volkspartei, insbesondere den Abgeordneten Emil Kraft starkgemacht, der als Nachfolger von Wutte aufgebaut wurde. Die Stoßrichtung dieser gewerkschaftlichen Vorfeldorganisationen war erklärtermaßen gegen die Sozialdemokratie gerichtet. In einer Entschließung dieser Verbände wurde die Forderung erhoben, dass die bürgerlichen Parteien die Sozialdemokratie weder im neugewählten Landtag, noch im Nationalrat in eine Regierungsverantwortung einbeziehen.³⁰⁸ GR Schatzl und Kraft warben im Wahlkampf mit ihrer Fachkenntnis um die Stimmen der Kaufleute. Kraft bediente vor seiner Klientel das wirtschaftspolitische Standardrepertoire der Großdeutschen und warnte gleichzeitig angehende Kaufleute davor, zum jetzigen Zeitpunkt große Kreditoperationen zu tätigen: „Im Frühjahr wird wahrscheinlich neuerdings durch Stützungsaktionen der Krone, durch auswärtige Kredite, wahrscheinlich auch eine bescheidene, aber immerhin eine Erhöhung des Kronenkurses eintreten, die verschärft werden dürfte durch die neuen Steuern und die Vermögensabgabe. Die dadurch eintretende allerdings vorübergehende Ermäßigung der Warenpreise bei gleichzeitiger Verminderung der Nachfragen kann jenem verhängnisvoll werden, der große Schulden zu bezahlen haben wird.“³⁰⁹

³⁰⁶ Neues Grazer Abendblatt (Abendausgabe des Neuen Grazer Tagblattes) Jg. 29, Nr. 263 (15. September 1919) 2.

³⁰⁷ Neues Grazer Abendblatt (Abendausgabe des Neuen Grazer Tagblattes) Jg. 29, Nr. 266 (16. September 1919) 3; Tagespost (Morgenblatt) Jg. 65, Nr. 296 (26. Oktober 1920) 5.

³⁰⁸ Tagespost (Morgenblatt) Jg. 65, Nr. 262 (22. September 1920) 4.

³⁰⁹ Tagespost (Morgenblatt) Jg. 65, Nr. 279 (9. Oktober 1920) 4.

Die Lohnpolitik der Sozialdemokraten rief konsequenterweise den Widerstand der Gewerbetreibenden hervor. Der „Verband der deutschen Holzarbeiter“ beabsichtigte nämlich die vom Hauptverband der Industrie mit einigen Tischlereibetrieben abgeschlossenen Kollektivverträge auch auf andere Genossenschaften auszudehnen. Als das Einigungsamt diesem Vorhaben zustimmte, liefen die Grazer Gewerbetreibenden, vor allem die Tischlermeister, Mechaniker, Schneider und Tapezierer dagegen Sturm. Kobald, der Vorstand der Grazer Tischlergenossenschaft, protestierte dagegen, dass die Arbeitgeber in Zukunft ihre Arbeitnehmer nicht mehr nach dem Leistungsprinzip bezahlen durften, da Sondervereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nunmehr ungesetzlich waren. Als Folge davon wurde die Entlassung vieler Arbeiter in den Raum gestellt. Das Einigungsamt geriet so zum Feindbild der Gewerbetreibenden und Einspinner hielt es für grundsätzlich falsch, dass die Gewerbetreibenden bei den Beratungen zu dieser Regelung nicht hinzugezogen wurden.³¹⁰

Die Industriellen

In einem eher seltenen Fall bot das „Tagblatt“ seinem ehemaligen Chefredakteur Weidenhoffer ein Forum um in seiner Funktion als Sekretär des steirischen Industriellenverbandes zu referieren. Weidenhoffer hielt die Steiermark und Oberösterreich für jene Bundesländer, die ihre landwirtschaftliche Ernährung am besten sicherstellen konnten. Vom Industriepotential war die Steiermark jedoch aufgrund ihrer Eisenindustrie Oberösterreich überlegen. Steirisches Eisenerz wurde vor allem in den südlichen und östlichen Nachbarländern nachgefragt. Problematisch gestaltete sich aber der momentane Mangel an für die Stahlerzeugung notwendigem Koks, der damit einer Preissteigerung unterlag. Als Ausweg aus diesem Dilemma wurde der Bau von elektrischen Hochöfen vorangetrieben, jedoch stand im Juni 1920 erst einer in Betrieb.³¹¹ Bei der Alpine Montangesellschaft sah die wirtschaftliche Situation kaum erfreulicher aus. Dort stand laut Weidenhoffer aufgrund des Kohlenmangels im Juni 1920 von sechs Hochöfen nur einer in Betrieb. Um Koks importieren zu können, wurde ein großer Teils des erzeugten Eisens in die Tschechoslowakei und nach Italien exportiert. Das führte dazu, dass sich die eigene Eisenindustrie gezwungen sah Eisen auf dem Schwarzmarkt zu besorgen, welches jedoch nur kurze Zeit ausreichte. Weidenhoffer kündigte für den Fall eines Stillstandes der Eisenindustrie auch den Stillstand anderer Industrien an, da diese ihre Maschinen nicht mehr erneuern könnten. Der steirische Magnesit auf den die Eisenindustrie der Tschechoslowakei dringend angewiesen war, erwies sich als guter Tauschgegenstand. Mit dem Magnesit

³¹⁰ Neues Grazer Morgenblatt (2. Morgenausgabe des Neuen Grazer Tagblattes) Jg. 30, Nr. 425 (25. Juni 1920) 4; Tagespost (Abendblatt) Jg. 65, Nr. 173 (25. Juni 1920) 3.

³¹¹ Neues Grazer Tagblatt (1. Morgenausgabe) Jg. 30, Nr. 373 (5. Juni 1920) 4-5.

bezahlte man vor allem den Zucker aus der Tschechoslowakei für ganz Österreich. Daneben existierten laut Weidenhoffer noch eine ausgezeichnete Möbelindustrie und leistungsfähige Papier- und Zündholzfabriken, deren Erzeugnisse vor allem am Balkan nachgefragt wurden. Ebenfalls von großer Bedeutung für den steirischen Export waren die Glasfabriken, die Emailgeschirrerzeugung und die Sensenproduktion. Weidenhoffer plädierte für mehr Föderalismus, damit das Land Steiermark seine Infrastruktur nach seinen eigenen Bedürfnissen ausbauen könne und nicht nach jenen Wiens. Die gewaltige Steuerleistung Wiens gehe auf Kosten der Bundesländer, weil dieses gänzlich Anspruch auf das Tabakmonopol, das Salzmonopol, die Branntweinsteuer habe und neben der Alpine Montan noch zahlreiche andere Industriebetriebe ihren Firmensitz in Wien hätten.³¹²

Der steirische Industriellenverband umfasste 260 Mitgliedsfirmen, die 345 Industriebetrieben im Land unterhielten mit einer Betriebsgröße von 50- 2000 Beschäftigten. Pro Beschäftigten und Woche mussten als Mitgliedsbeitrag 1,50 Kronen entrichtet werden.³¹³

Die Sozialstruktur der steirischen Großdeutschen

Nach eigenen Angaben gehörten der Großdeutschen Volkspartei in der Steiermark nach dem ersten Parteitag 50,9 % Selbständige und 49,1% Festbesoldete an. Die Selbständigen setzten sich aus 11 % Kaufleuten, 15 % Gewerbetreibenden, 1,9 % Industriellen, 10 % freien Berufen, 10 % Hausbesitzern und Rentnern und 2 % Bauern zusammen. Die Festbesoldeten waren zu 26 % Beamte, Professoren und Lehrer, zu 3 % Offiziere und zu 20 % Angestellte und Arbeiter.³¹⁴

Ein Vergleich dieser Daten mit den Kandidatenlisten der Großdeutschen Volkspartei für die Landtags- und Nationalratswahl am 17. Oktober 1920 kommt in etwa auf dasselbe Resultat.³¹⁵

Kaufleute	Gewerbe	Hausbesitzer	Industrielle	Beamte	Freie Berufe	Rentner	Hausfrauen
15, 1 %	20,9 %	3,5 %	4,7 %	38,4 %	11, 6 %	3,5 %	2,3 %

Obwohl die Hausbesitzer offiziell rund 10 % der Parteimitglieder ausmachten, waren sie mit 3,5 % auf den Kandidatenlisten deutlich unterrepräsentiert oder wurden bei den Berufsbezeichnungen aus wahltaktischen Gründen nicht mehr als solche geführt. Bei den Beamten

³¹² Neues Grazer Tagblatt (1. Morgenausgabe) Jg. 30, Nr. 373 (5. Juni 1920) 5.

³¹³ Neues Grazer Tagblatt (1. Morgenausgabe) Jg. 30, Nr. 823 (2. Dezember 1920) 4. Im Jahre 1919 verfügte die Sektion Steiermark des Hauptverbandes der Industrie Deutschösterreichs über rund 87.654 Kronen.

³¹⁴ Neues Grazer Tagblatt (1. Morgenausgabe) Jg. 30, Nr. 463 (11. Juli 1920) 4.

³¹⁵ Neues Grazer Tagblatt (1. Morgenausgabe) Jg. 30, Nr. 640 (19. September 1920) 4-5.

machten die Lehrer auf den Kandidatenlisten 39,4 % aus, danach folgten die Angestellten mit 18,2 %, die Eisenbahnbeamten mit 12,1 % und die Offiziere mit 3 %. Unter den Angehörigen der freien Berufe waren die Rechtsanwälte mit 80 % auf den Kandidatenlisten klar tonangebend. Unter den Gewerbetreibenden dominierten auf den Kandidatenlisten eindeutig die Gastwirte mit 22,2 %. Speziell die Gewerbetreibenden waren berufsspezifisch sehr ausdifferenziert, wobei sich als häufigste Berufsgruppen Gastwirte, Bäcker, Schmiede, Spengler, Tischler, Gerber, Schuhmacher, Buchbinder, Goldschmiede und Hutmacher ausmachen lassen. Auf den Kandidatenlisten der Großdeutschen befanden sich nur 7 % Frauen, darunter mehrheitlich Lehrerinnen und Hausfrauen. Von allen Berufsbezeichnungen auf den Kandidatenlisten sticht besonders Dr. Ernst Hampel als Bürgerschullehrer und Sägewerksbesitzer hervor. Von den Industriellen waren der Ehrenhausener Bürgermeister Franz Rieckh und Franz Stering aus Hörbing bei Deutschlandsberg Mühlenbesitzer, Franz Pichler hingegen Buchdruckereidirektor und Ludwig Haase aus Graz trug schlicht die Berufsbezeichnung „Fabrikant“.

Exkurs: Die Finanzkrise der Stadt Graz

Das Grazer Gemeindebudget war laut Voranschlag für das Jahr 1919 um 8,75 Millionen Kronen ungedeckt, der Finanzreferent und Vizebürgermeister Englhofer ging jedoch von einem Budgetdefizit von 13,25 Millionen Kronen aufgrund von weiteren Mehrausgaben aus. Um einen Liquiditätsengpass zu vermeiden, musste die Stadt Graz sich an Finanzstaatssekretär Schumpeter wenden, der eine kurzfristige Hilfe von 2 Millionen gewährte. Englhofers Meinung nach konnten Steuererhöhungen für das Jahr 1919 keine Besserung der finanziellen Situation mehr herbeiführen, eine Tatsache, die auch Schumpeter einsehen musste. Auch die „Tagespost“ bezeichnete das Ansuchen bei Staatssekretär Schumpeter um eine finanzielle Aushilfe als „unabweisliche Notwendigkeit zur Aufrechterhaltung einer geordneten Finanzlage.“³¹⁶ Fizia schob die schwere Finanzkrise der Gemeinde auf den verlorenen Krieg und unterstrich die sparsame Ausgabenpolitik des Bürgervereines in der Vergangenheit. Bürgerverein und Mittelstandspartei stimmten zusammen mit den Sozialdemokraten für den Budgetvoranschlag des Jahres 1919 und auch Schüller erklärte auf „billige Opposition“ zu verzichten. Kammerlander kennzeichnete die finanzielle Lage der Gemeinde und die damit verbundenen sozialen Auswirkungen folgendermaßen : „Das traurige Bild des Voranschlages zwingt die Gemeinde, auch bei vielleicht berechtigten Forderungen der Beamten und der Arbeiter sich in dessen Rahmen zu halten, obwohl gewiß anerkannt werden muß, daß gerade diese Gruppen

³¹⁶ Tagespost (Abendblatt) Jg. 64, Nr. 207 (29. Juli 1919) 1.

des Volkes unter den unerträglichen Teuerungsverhältnissen schwer leiden.“³¹⁷

Von den üblichen Debattenbeiträgen zum Thema Teuerungsausgleich, die in der Regel viel Verständnis für die Forderungen der städtischen Angestellten aufbrachten, unterschied sich Fizia durch eine prononciertere Linie. Als die Sozialdemokraten nämlich im Gemeinderat Lohnerhöhungen für die Fuhrhofarbeiter in der Gesamthöhe von 852.000 Kronen beantragten, nützte Fizia die Chance sich als Anwalt der Bevölkerung zu inszenieren, indem er darauf hinwies, dass „die Fuhrhofarbeiter trotz der hohen Löhne sich nicht an die Vorschriften halten und noch immer unbekümmert am hellen Tage die Fäkalienfässer in die Kanäle entleeren, was in den Sommermonaten eine große Gefahr für den Gesundheitszustand der Stadt bedeutet.“³¹⁸

Die Schulden der Stadt Graz waren nach einem Bericht von Bürgermeister Muchitsch im Juli 1920 auf mittlerweile 14 Millionen Kronen angewachsen und konnten, ebenso wie die laufenden Gemeindeausgaben, nur mehr durch die Aufnahme einer Anleihe in der Höhe von 120 Millionen Kronen gedeckt werden. In Anbetracht der finanziellen Nöte zogen die Christlich-sozialen und die Deutschbürgerliche Wirtschaftsvereinigung mit den Sozialdemokraten im Gemeinderat an einem Strang. Auch die Nationale Mittelstandspartei und die Festbesoldeten schlossen sich in der Frage der Bewilligung der Anleihe der Gemeinderatsmehrheit an.³¹⁹

Stadtrat Schoklitsch hatte zuvor in einem „Tagespost“-Leitartikel die Finanzlage der Stadt als relativ günstig geschildert, obwohl sich das veranschlagte Defizit von 300.000 Kronen für das Jahr 1920 auf rund 16 Millionen ausweitete. Die Kosten für die Entsorgung der Fäkalien waren auf ungeheure 18 Millionen Kronen angewachsen, ein Budgetposten gegen den sich die Kosten des Schulsystems mit 4 Millionen äußerst gering beliefen. Schoklitsch sah jedoch die Kreditwürdigkeit der Stadt nicht erschüttert und durch die Aktiva, in die er auch den Realbesitz hinzurechnete, von 108 Millionen Kronen gedeckt. Er übernahm die ungeliebte Rolle, die Grazer Bevölkerung auf den Anleihebedarf von 120 Millionen einzustimmen und stand damit immerhin in Widerspruch zur Parteileitung der Mittelstandspartei, die die Deckung laufender Ausgaben mit Hilfe von Krediten ablehnte.³²⁰ Stattdessen setzte diese auf Steuererhöhungen, die von einem möglichst großen Teil der Bevölkerung getragen werden sollten.

³¹⁷ Tagespost (Morgenblatt) Jg. 64, Nr. 207 (29. Juli 1919) 5-6.

³¹⁸ Tagespost (Morgenblatt) Jg. 64, Nr. 196 (18. Juli 1919) 6.

³¹⁹ Neues Grazer Morgenblatt (2. Morgenausgabe des Neuen Grazer Tagblattes) Jg. 30, Nr. 440 (2. Juli 1920) 4; Tagespost (Morgenblatt) Jg. 65, Nr. 180 (2. Juli 1920) 6. Mit dieser 120 Millionen- Anleihe sollten die bestehenden 14 Millionen Schulden zurückgezahlt werden, für die Licht- und Kraftversorgung waren 37 Millionen, für die Wasserversorgung 10,5 Millionen, für die Mur- und Mühlgangbrücken 19 Millionen, für den Zuschuss zum Budget 1920 15 Millionen, für Mehrausgaben 12,5 Millionen und mehrere Millionen noch für Pflasterung, Kanalisierung, Uferschutzbauten, Fäkalienabfuhr etc. vorgesehen.

³²⁰ Tagespost (Morgenblatt) Jg. 65, Nr. 174 (26. Juni 1920) 1-2; Tagespost (Morgenblatt) Jg. 65, Nr. 164 (16. Juni 1920) 5.

Schon der Voranschlag für das Jahr 1920 beinhaltete die Einführung neuer Gemeindesteuern wie auch die Erhöhung der sog. Verzehrsteuer, der die Sozialdemokraten entgegen ihrer früheren Linie zustimmten. Die Sozialdemokraten hatten die Verzehrsteuer ursprünglich abgelehnt, weil sie von der Masse der notleidenden Bevölkerung getragen wurde. Die deutschbürgerliche Vereinigung betrachtete Steuererhöhungen als einzigen Weg, den finanziellen Kollaps der Stadt abzuwenden. Cleß plädierte vor allem für ein gewinnorientiertes Wirtschaften der städtischen Betriebe, da dadurch Geld frei würde, welche sonst zur Deckung der Defizite verwendet werden müsse.³²¹ Die Bevölkerung könne dadurch präventiv von Steuererhöhungen entlastet werden. Kammerlander von der Nationalen Mittelstandspartei stimmte den Steuererhöhungen zu, ebenso Schüller als Vertreter der Festbesoldeten. Der im Verhältnis zu anderen österreichischen Städten niedrige Gaspreis wurde im Gemeinderat ohne Debatte auf vier Kronen pro Kubikmeter erhöht.³²²

Nicht jeder Vorschlag zur Lösung der Finanzmisere war dermaßen konsensfähig. Weidenhoffer befürwortete eine für Historiker nur schwer verständliche Einsparungsmaßnahme, indem er die Auflassung der stenographischen Gemeinderatsberichte beantragte. Er stieß mit dieser Idee jedoch bei den Sozialdemokraten auf wenig Gegenliebe, weil dazu eine Änderung der Geschäftsordnung notwendig gewesen wäre.³²³

Fizia beschäftigte sich im Gemeinderat auch eindringlich mit der Grazer Theaterkrise, da das Grazer Theater mit einem Defizit von jährlich 2,7 Millionen Kronen bilanzierte. Im Verhältnis zu Wien, wo die Lustbarkeitssteuer 15 % betrug, war diese in Graz mit 40 % ungewöhnlich hoch. Fizia wog die Vor- und Nachteile ab, das Theater von städtischer Seite in Eigenregie zu führen oder es zu verpachten. Fizia gab sich hinsichtlich einer Verpachtung nicht nur kulturpessimistisch: „Sehr zweifelhaft erscheint es, ob ein unabhängiger Pächter der Retter aus diesen Nöten sein werde. Ein Pächter wird sich in den Spielplan nichts dreinreden lassen, ihn möglichst verschlechtern, um mit niedrigster Kunst zu locken, und er wird bei der Unsicherheit der Verhältnisse von der Gemeinde doch immer wieder Zuschüsse verlangen.“³²⁴

Die Zentralbank der deutschen Sparkassen in Wien gewährte schließlich der Stadt Graz einen

³²¹ Tagespost (Morgenblatt) Jg. 65, Nr. 30 (30. Jänner 1920) 5.

³²² Tagespost (Morgenblatt) Jg. 65, Nr. 173 (25. Juni 1920) 3. In Linz betrug er acht Kronen, in Salzburg und Wien sechs Kronen und in Villach fünf Kronen.

³²³ Neues Grazer Morgenblatt (2. Morgenausgabe des Neuen Grazer Tagblattes) Jg. 30, Nr. 176 (12. März 1920) 4; Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz (XIV. Jg. 1920) Nr. 9 (31. März 1920) 179.

³²⁴ Tagespost (Abendblatt) Jg. 65, Nr. 123 (5. Mai 1920) 1.

Kredit in der Höhe von 30 Millionen Kronen, der mit 5 % jährlich verzinst wurde, allerdings durfte nur die Hälfte davon für die Deckung des Defizits von 1920 verwendet werden.³²⁵

Das Verhältnis der Großdeutschen zu den Christlichsozialen

Das „Neue Grazer Tagblatt“ hatte sich bisher mit Angriffen gegen Gürtler zurückgehalten. Weil dieser und das „Grazer Volksblatt“ nun aber häufiger großdeutsche Abgeordnete kritisierten, legte das „Tagblatt“ seine Zurückhaltung gegenüber Gürtler ab. Die Großdeutschen warfen Gürtler vor, die rot-schwarze Koalition mit allen Mitteln zu verteidigen und dafür Lob vom „Arbeiterwille“ zu ernten. Gürtlers Verhalten konnten sich diese nur psychologisch erklären: „Dies ist derselbe Mann, der von frühester Jugend an ein entschiedener Deutschnationaler und der heftigste Gegner der Sozialdemokraten und der noch knapp vor den Wahlen bemüht war, eine Einheitsfront der Bürgerlichen gegen die Roten herzustellen. Dieser scheinbare Widerspruch löst sich seelisch sehr einfach. Dr. Gürtler ist eben ein fahnenflüchtiger Nationaler aus der Zeit der nationalen Not, ist einem Mandate zuliebe äußerlich Christlichsozialer geworden. Es ist eine alte Erfahrung, daß Überläufer stets die erbittertsten Gegner ihrer früheren Gesinnungsgenossen sind. [...] Ein Zusammengehen der Christlichsozialen mit den Großdeutschen muß er bekämpfen, weil er sich in einer solchen Verbindung wegen seines Abfalles den Großdeutschen gegenüber persönlich unwohl fühlen würde.“³²⁶

Zündstoff für Polemiken zwischen Großdeutschen und Christlichsozialen lieferten ebenso kultur- und symbolpolitisch aufgeladene Debatten im Grazer Gemeinderat. Als die Sozialdemokraten nämlich im Grazer Gemeinderat den Antrag stellten, alle Straßennamen umzuändern, die nach Habsburgern benannt waren, stellte Cleß fest, dass dies einen Kostenaufwand von rund 100.000 Kronen verursachen würde. Cleß war mit der Idee grundsätzlich einverstanden, da er den Habsburgern die Vertreibung protestantischer Bevölkerungsgruppen in der Reformationszeit zum Vorwurf machte. Gleichzeitig lobte er aber die Verdienste von Maria Theresia um das Justiz- und Volksschulwesen, sowie Joseph II. wegen des Toleranzediktes und der Bauernbefreiung und Erzherzog Johann wegen der Gründung der Montanistischen Hochschule in Leoben.

³²⁵ Tagespost (Morgenblatt) Jg. 65, Nr. 285 (15. Oktober 1920) 6; Neues Grazer Tagblatt (1. Morgenausgabe) Jg. 30, Nr. 706 (15. Oktober 1920) 4. Weitere 30 Millionen wurden der Gemeinde von der Zentralbank der deutschen Sparkassen in Wien zugesagt.

³²⁶ Neues Grazer Tagblatt (1. Morgenausgabe) Jg. 30, Nr. 121 (20. Februar 1920) 6. Das „Tagblatt“ bezweifelte auch ernsthaft, dass Gürtler durch idealistische Motive zum Christlichsozialen geworden sei: „Wenn Dr. Gürtler aus freier, reiner Überzeugung Christlichsozialer geworden wäre, würde er sich wesentlich anders verhalten, und zwar etwa so, wie jene vereinzelt Christlichsozialen, welche den Nationalen ziemlich nahe stehen. Da wäre er eben innerlich frei und könnte –unbeschadet der Koalition– seine Gegnerschaft gegen die Sozialdemokraten scharf betonen und den Nationalen gegenüber jene loyale Haltung beobachten, die ein Ausfluß der seinerzeitigen Zugehörigkeit ist.“

Die Christlichsozialen erblickten in den Ausführungen von Cleß jedoch „eine Beleidigung der katholischen Gefühle“, woraufhin sich ein eine lebhafte Debatte entspann und Cleß „den Vorwurf die Katholiken beleidigt zu haben“ zurückwies. Am Ende wurde nur die Ferdinandsbrücke in Keplerbrücke, die Franz- Karl- Brücke in Hauptbrücke und die Albrechtbrücke in Tegetthoffbrücke umbenannt.³²⁷ Diskursanalytisch interessant ist die Tatsache, dass die großdeutsche Propaganda mit dem Schreckgespenst des „Rätesozialismus“ aber auch der Restauration der Habsburger durch die Christlichsozialen spielte, während sie die eigene Partei als „auf dem Boden der Verfassung stehend“ darstellte. Im Gegenzug wollten die Sozialdemokraten an die demokratische Gesinnung der Deutschnationalen, deren Dominanz im früheren Kurienwahlssystem sie gerne in Erinnerung riefen, nicht so recht glauben. Während sich der Deutschradikale Teufel in einem Rundschreiben als Anhänger der Habsburger bekannte, tendierte Melzer bei einer großdeutschen Wahlveranstaltung in eine ganz andere Richtung: „Zwei Reaktionen drohen uns; aber lieber eine von links, als eine Habsburgerregierung!“³²⁸

Die Krise der steirischen Landesregierung- Neuwahlen zum Landtag

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung, des Landesrates und des Grazer Gemeinderates traten am 11. Juni 1920 aufgrund von gewaltsamen Ausschreitungen in Graz zurück, unabhängig vom Bruch der sozialdemokratisch- christlichsozialen Koalition in Wien. Die genaue Ursache für das Ende der Zusammenarbeit auf Landesebene waren unüberbrückbare Differenzen zwischen den Sozialdemokraten und den christlichsozialen Mitgliedern der Landesregierung wegen eines tödlichen polizeilichen Schusswaffengebrauchs bei einer Demonstration in Graz. Das „Tagblatt“ machte für den Rücktritt der sozialdemokratischen Grazer Stadtverwaltung auch die zahlreichen Kundgebungen gegen die Praxis der Fleischversorgung verantwortlich. Resel legte sein Amt als Landesrat mit der Begründung zurück, „daß der Landeshauptmann die Verfügungen über Gendarmerie und Polizei unter ständiger Umgehung des Wehr- und Sicherheitsausschusses immer selbständig getroffen habe.“³²⁹

Die Großdeutschen sahen in dieser Klage eine Parallele zur Koalitionskrise auf Bundesebene: „Während in Graz der Umstand, daß bürgerliche Funktionäre in der Amtsführung sich einer gewissen Selbständigkeit und Initiative befleißigten und sich unter keinerlei Diktat stellen ließen, zum Anlaß von Angriffen gegen sie wird, wird es bei Dr. Deutsch als eine Selbstver-

³²⁷ Neues Grazer Morgenblatt (2. Morgenausgabe des Neuen Grazer Tagblattes) Jg. 30, Nr. 356 (28. Mai 1920) 4; Tagespost (Morgenblatt) Jg. 65, Nr. 145 (28. Mai 1920) 7.

³²⁸ Neues Grazer Tagblatt (1. Morgenausgabe) Jg. 30, Nr. 556 (17. August 1920) 4; Neues Grazer Morgenblatt (2. Morgenausgabe des Neuen Grazer Tagblattes) Jg. 30, Nr. 632 (16. September 1920) 2; Tagespost (Morgenblatt) Jg. 65, Nr. 259 (19. September 1920) 9.

³²⁹ Tagespost (Abendblatt) Jg. 65, Nr. 159 (11. Juni 1920) 4; Neues Grazer Abendblatt (Abendausgabe des Neuen Grazer Tagblattes) Jg. 30, Nr. 290 (11. Juni 1920) 1.

ständigkeit betrachtet, daß er dem Wehrgesetz durch eigenmächtige Erlässe, im Gegensatz zu den ursprünglichen Parteibeschlüssen, eine ihm genehme Richtung zu geben versuchte.“³³⁰ Für die Bauernbündler und ihre zwei großdeutschen Hospitanten im steirischen Landtag bot sich nun unverhofft eine Regierungsoption mit den Christlichsozialen an und ließen es deshalb an einer entsprechenden Einladung über das "Grazer Tagblatt" nicht fehlen: „In Graz liegen die Verhältnisse deswegen etwas einfacher, da die bürgerlichen Parteien im Landtage über eine bedeutende Mehrheit verfügen und eine rein bürgerliche Regierung tragfähig erscheint, vorausgesetzt, daß die bisher außerhalb der Koalition gestandenen bürgerlichen Gruppen in ein bürgerliches Kabinett eintreten.“ Grundsätzlich plädierte das „Tagblatt" jedoch für Neuwahlen und wollte vorerst das Ergebnis des sozialdemokratischen Landesparteitages abwarten.³³¹ Dieser beschloss die sofortige Ausschreibung von Neuwahlen für den Landtag, die gleichzeitig mit der Nationalratswahl am 17. Oktober 1920 stattfinden sollten. Ebenfalls sprachen sich die Sozialdemokraten dafür aus, den ihnen nach dem Proporzsystem zustehenden Posten des Landeshauptmannstellvertreters wieder zu besetzen.³³²

Die Nähe der Heimwehren zur christlichsozialen Landesregierung war für die Sozialdemokraten problematisch. Die Großdeutschen verteidigten die Heimwehren gegen die sozialdemokratische Kritik, die in ihnen eine Truppe zur Restauration der Habsburger sah und ihnen unterstellte jene Bauern zu schützen, die ihrer Ablieferungspflicht nicht nachkamen:

„Die Heimwehren sind nicht eine gegen deutsche Arbeiter gerichtete Macht, sie haben mit ultramontanen und Habsburgerumtrieben nichts zu tun und sind keine Gefahr für eine demokratische Republik der Arbeit und der Ordnung. Wer sie hiefür dienstbar zu machen sucht, begeht ein Verbrechen; dagegen auf der Hut zu sein, ist eine der wichtigsten Aufgaben der völkischen Kreise. Denn wer es entschieden ablehnt, mit den Sozialdemokraten die Heimwehren als Habsburger- Truppe anzusehen, muß ebenso entschieden jeden Versuch ablehnen, sie dunklen Zwecken dienstbar zu machen. Daß aber der Schutz gegen den streng militärisch organisierten Bolschewismus wieder nur in einer bewaffneten Macht zu finden ist, müssen jene Sozialdemokraten, die den Kommunismus selber ablehnen, ohneweiters zugeben, wie sie auch zugeben müssen, daß die kommunistisch verseuchte Volkswehr diesen Schutz nicht bietet.“³³³

³³⁰ Tagespost (Abendblatt) Jg. 65, Nr. 190 (12. Juli 1920) 1.

³³¹ Neues Grazer Morgenblatt (2. Morgenausgabe des Neuen Grazer Tagblattes) Jg. 30, Nr. 404 (17. Juni 1920) 1.

³³² Neues Grazer Abendblatt (Abendausgabe des Neuen Grazer Tagblattes) Jg. 30, Nr. 465 (12. Juli 1920) 2.

³³³ Neues Grazer Tagblatt (1. Morgenausgabe) Jg. 30, Nr. 556 (17. August 1920) 4-5.

Die Gründung der Großdeutschen Volkspartei auf Bundesebene

Ende Dezember 1919 hatten sich in Wien der Deutschnationale Verein, der Alldeutsche Verein und der Deutsche Volksbund zur Deutschen Nationalpartei zusammengeschlossen. Die Nationaldemokraten hatten ihren Beitritt mittelfristig angekündigt.³³⁴ Es dauerte aber noch acht Monate bis am 8. August 1920 im Parlament unter dem Vorsitz des Abgeordneten Pauly und des oberösterreichischen Landeshauptmannstellvertreters Langoth die Reichsparteileitung der Großdeutschen Volkspartei gegründet wurde. Die Großdeutsche Vereinigung Niederösterreichs, die Nationaldemokratische Partei, die Freiheits- und Ordnungspartei Oberösterreich (Bauernbund und Deutscher Volksbund), die Großdeutsche Volkspartei in Steiermark, die Deutschdemokratische Partei in Kärnten und die Deutschfreiheitliche Partei in Salzburg, Tirol und Vorarlberg schlossen sich der Großdeutschen Volkspartei an.³³⁵ Der obersteirische Großdeutsche Sparowitz erwähnte beiläufig, dass die neue Sammelpartei auf Vorschlag der steirischen Delegierten den Namen „Großdeutsche Volkspartei“ erhielt. Sein Kollege, der Rottenmanner Gottsmathz hob besonders die republikanische Gesinnung der Großdeutschen Volkspartei hervor: „Die neue Partei steht auf dem Boden der nationalen Demokratie und der freistaatlichen Verfassung, jede wie immer geartete Diktatur einer Minderheit sei ausgeschlossen. Der Parlamentarismus bedürfe der Ergänzung durch die Schaffung wirtschaftlicher Vertretungskörper.“³³⁶ Am 6. September 1920 fand der erste Reichsparteitag der Großdeutschen Volkspartei in Salzburg statt, weil die Stadt verkehrstechnisch zentral gelegen war und die geographische Nähe zum Deutschen Reich symbolisch den Anschlusswillen der Großdeutschen ausdrückte.³³⁷ Auf dem Parteitag wurden die „Richtlinien deutscher Politik“ einstimmig zum Parteiprogramm der Großdeutschen erklärt, welches zukünftig den Namen „Salzburger Programm“ tragen sollte. Die zentralistische Organisationstatut der Großdeutschen, welches die maßgeblichen Entscheidungskompetenzen bei der Reichspartei und in der Folge bei den Landesparteien bündelte, entsprang dem Zeitdruck vor der Nationalratswahl, war aber auch bedingt durch die finanzielle Stärke der Wiener Nationaldemokraten, die den Parteitag vor-

³³⁴ Neues Grazer Morgenblatt (2. Morgenausgabe des Neuen Grazer Tagblattes) Nr. 374, Jg. 30 (5. Juni 1920) 1.

³³⁵ Neues Grazer Tagblatt (Abendausgabe des Neuen Grazer Tagblattes) Nr. 537, Jg. 30 (9. August 1920) 2; Tagespost (Abendblatt) Nr. 218, Jg. 65 (9. August 1920) 2.

³³⁶ Tagespost (Abendblatt) Nr. 225, Jg. 65 (16. August 1920) 4.

³³⁷ Neues Grazer Tagblatt (1. Morgenausgabe) Nr. 610, Jg. 30 (7. September 1920) 1; Richard Voithofer, Drum schließt euch frisch an Deutschland an...Die Großdeutsche Volkspartei in Salzburg 1920- 1936 (Wien- Köln- Weimar 2000) 108.

schussweise bezahlten.³³⁸ Bei einer Sitzung der Reichsparteileitung der Großdeutschen Volkspartei während des Parteitages, in der die Steirer mit drei Mitgliedern vertreten waren, wurde auch über das Verhältnis zur Bauernpartei diskutiert. Der politisch bisher völlig unbekannte Steirer Steigner hob den Charakter der Bauernpartei als „Ständepartei“ hervor und berichtete sie verlange, „dass sich die Großdeutsche Volkspartei als bürgerliche Partei erkläre, was wir natürlich rundweg ablehnten.“³³⁹ Hübler berichtete in derselben Sitzung, dass die Großdeutsche Volkspartei bei einer Einigung mit der Bauernpartei für die Nationalratswahl auf die Kandidatur in einem steirischen Wahlkreis verzichten müsste, um in den anderen Wahlkreisen von der Bauernpartei unterstützt zu werden. Die Großdeutschen müssten sich auch auf Gastkandidaten der Bauernpartei auf den eigenen Listen einstimmen.³⁴⁰ Das Eingehen auf eine derartige Lösung war für die steirischen Großdeutschen, die sich gerade wieder im Auftrieb wähnten, äußerst unwahrscheinlich.

Die Sozialdemokraten machten den Großdeutschen nach ihrem Salzburger Parteitag eindeutige Avancen. Renner erteilte den Großdeutschen Komplimente, indem er sie im Vergleich zu den Christlichsozialen als die bessere bürgerliche Kraft darstellte : „In allen den Fragen, in denen die Christlichsozialen zwiespältig sind, in den eigentlichen Staatsfragen, in der großen Frage der Nation, scheint sich die Großdeutsche Partei zu einer einheitlichen Auffassung und Haltung durchzuringen. Diese Auffassung –und das kann für Österreich von der größten Bedeutung werden- ist die einer Staatspartei. Sie verschmäht das habsburgische Abenteuer, lehnt das bayrische Abenteuer ab, ist für eine vernünftige Ordnung der Beziehungen zwischen Staat und Ländern, hat unseren wirtschaftlichen Wiederaufbau ermöglicht und sie hat schon jetzt bei den Verhandlungen über die Verfassung in den Kulturfragen zugunsten einer modernen Schule und der bürgerlichen Freiheitsrechte entschieden.“

Renner ging vor der Nationalratswahl sogar so weit, und sei es nur, um die Christlichsozialen unter Druck zu setzen, den Großdeutschen eine Koalition in Aussicht zu stellen: „Wenn wir als Partei der Arbeiterklasse schon gezwungen sein sollen, mit bürgerlichen Gruppen zu arbeiten, so zögen wir gewiß jene vor, die wenigstens den nationalen, politischen und kulturellen Interessen unseres Volkes gerecht zu werden verstünden, vorausgesetzt, daß sie eine verhandlungsfähige Partei darstellt.“³⁴¹

Die Großdeutsche Volkspartei ignorierte diese Koalitionsavancen und die bürgerlich- freiheitliche Presse stand dieser Option grundsätzlich ablehnend gegenüber. Ungeachtet dieser Tatsa-

³³⁸ Ebenda, 110.

³³⁹ ÖStA, AVA, GdVP 29, RI- 12, Reichsparteitag Salzburg 1920, Protokolle, 3.

³⁴⁰ Ebenda, 6.

³⁴¹ Tagespost (Abendblatt) Jg. 65, Nr. 250 (10. September 1920) 1.

che zeichnete der christlichsoziale Abgeordnete Christian Fischer im „Grazer Volksblatt“ das Schreckgespenst einer rot- blauen Koalition, die einen neuen Kulturkampf entfachen werde. Wenn die rot- schwarze Koalition die Großdeutschen in die Regierungsarbeit einbezogen hätte, wäre es diesen möglich gewesen in wirtschafts- und kulturpolitischen Fragen das Zünglein an der Waage zu spielen. Gegen diese politische Option war vor allem Gürtler massiv aufgetreten. Die steirischen Großdeutschen waren der Ansicht, dass bei Realisierung dieser Koalitionsvariante die Zentralen auf jeden Fall der Vergangenheit angehören würden und das Schulsystem reformiert worden wäre.

Das Koalitionsangebot Renners war für die Großdeutschen lediglich ein verzweifelter Versuch der Sozialdemokraten die Christlichsozialen als bürgerliche Partei zu schwächen, um ihren Stimmenvorsprung von der letzten Wahl zu halten.³⁴² Es darf jedoch bezweifelt werden, ob es sich dabei um eine erfolgversprechende Strategie handelte, immerhin wären durch das Schreckgespenst einer rot- blauen Koalition vor allem christlichsoziale Wähler mobilisiert worden. Die Großdeutschen betrachteten die Sozialdemokraten allgemein durch die Koalitionsarbeit arg in Mitleidenschaft gezogen, da sie den Übergang von der Oppositions- zur Regierungspartei nicht reibungslos geschafft hatten.³⁴³

Zwei Tage vor der Wahl flackerte noch eine Pressefehde zwischen den Großdeutschen und den Sozialdemokraten auf. Kraft hatte in der „Tagespost“ die seiner Meinung nach verfehlte Wirtschaftspolitik der Sozialdemokraten gegeißelt, worauf ihm von den Sozialdemokraten vorgeworfen wurde, er würde damit den Slowenen im Kärntner Abstimmungsgebiet agitatorische Munition liefern. Als Replik auf diesen Vorwurf zitierte die „Tagespost“ einen Auszug aus der slowenischen „Draupost“, in die ein Artikel der „Arbeiterzeitung“ vollständig Eingang gefunden hatte. Darin hieß es: „Gegen den Willen der Entente und der mit ihr eng verbündeten Jugoslawen können weder wir, noch die Kärntner einen Erfolg erringen, auch wenn noch so viel Mut und Begeisterung dafür bei uns vorhanden ist.“ Nachdem bei der vor wenigen Tagen abgehaltenen Volksabstimmung in Kärnten die Landeseinheit gewahrt wurde, war der bittere Nachgeschmack für die Sozialdemokraten zuerst nicht zu übersehen.³⁴⁴ Als die Sozialdemokraten Nachforschungen zur Herkunft des genannten Artikels anstellten, wurde bekannt, dass dieser vom August 1919 stammte und in keinem ursächlichen Zusammenhang

³⁴² Tagespost (Abendblatt) Jg. 65, Nr. 256 (16. September 1920) 1.

³⁴³ Tagespost (Morgenblatt) Jg. 65, Nr. 240 (31. August 1920) 1.

³⁴⁴ Tagespost (Morgenblatt) Jg. 65, Nr. 285 (15. Oktober 1920) 7. Unstimmigkeiten gab es zwischen den Sozialdemokraten und den Großdeutschen auch in der Frage der Bestellung des Bundespräsidenten. Während die Großdeutschen für die Volkswahl des Bundespräsidenten eintraten, sahen darin die Sozialdemokraten eine Einladung zu „cäsaristischen Experimenten“. Neues Grazer Morgenblatt (2. Morgenausgabe des Neuen Grazer Tagblattes) Jg. 30, Nr. 668 (30. September 1920) 1.

mit der Kärntner Volksabstimmung stand.³⁴⁵ Dieses Beispiel steht exemplarisch für die Meinungsmanipulation der auflagenstarken bürgerlich- freiheitlichen Leitmedien, die ihren Vorsprung an Reichweite ungeniert ausspielten.

Das großdeutsche Personal für die Landtags- und NR- Wahlen 1920

Spitzenkandidat im Grazer Wahlkreis für die Nationalratswahl wurde der amtierende Nationalrat Emil Kraft. Auf den Plätzen hinter ihm kandidierten die Lehrerin Luise Buchmesser aus Peggau und der Angestellte GR Ditzer. Hübler führte die Großdeutschen als Spitzenkandidat in die Landtagswahl, während Felix Kobald, Steffi Walter und Universitätsprofessor Dr. Otto Dungern ebenfalls gute Chancen auf den Einzug in den Landtag besaßen. Auf Anfrage der Großdeutschen nannte der Nationalverband deutschösterreichischer Offiziere Hauptmann Leopold Leeb als Landtagskandidaten, der daraufhin an fünfter Stelle, hinter Dungern gereiht wurde. Anstelle von Franz Pichler, der in den oststeirischen Wahlkreis auswich, kandidierte für den Landtag an sechster Stelle im Grazer Wahlkreis nun der Grazer Fruchtsaferzeuger Afred Wodiczka. Auf der Landesliste für die Reststimmenmandate befand sich auf dem ersten Platz Uto Melzer, auf dem zweiten Platz Sparowitz, auf dem dritten Dr. August Plachki, Rechtsanwalt aus Frohnleiten und auf dem vierten Platz Franz Sommer, Grundbesitzer aus Hopfau. Auf der Reichsliste standen an erster Stelle Dr. Ernst Hampel, an zweiter Stelle Dr. Robert Hesse, Augenarzt aus Graz und an vierter Stelle Roman Herz.³⁴⁶

Im mittelsteirischen Wahlkreis kandidierte Kaufmann und Vizebürgermeister Karl Pucher aus Straß als Spitzenkandidat bei der Nationalratswahl. Auf dem zweiten und dritten Platz hinter ihm waren Dr. Ernst Hampel und der Mühlen- und Wirtschaftsbesitzer Franz Stering gereiht. Der Ehrenhausener Bürgermeister Franz Rieckh führte die Großdeutschen in diesem Wahlkreis als Spitzenkandidat in die Landtagswahl. Neben ihm kandidierten noch der Gendarmerieoberinspektor Franz Hadrboletz aus Leibnitz und Primararzt Dr. Franz Kamniker aus Radkersburg.³⁴⁷ Da bei der letzten Landtagswahl die Deutschdemokraten auf eine eigenständige Kandidatur im mittelsteirischen Wahlkreis verzichtet und dem Bauernbund das Feld überlassen hatten, ruhte hier die Parteiarbeit bis wenige Wochen vor dem 17. Oktober 1920.³⁴⁸ Noch bei der letzten Landtagswahl war Wastian im mittelsteirischen Wahlkreis als Spitzenkandidat

³⁴⁵ Arbeiterwille, Jg. 31, Nr. 287 (17. Oktober 1920) 3.

³⁴⁶ Neues Grazer Tagblatt (1 Morgenausgabe) Jg. 30, Nr. 640 (19. September 1920) 4; Tagespost (Morgenblatt) Jg. 65, Nr. 279 (9. Oktober 1920) 5; Neues Grazer Tagblatt (1. Morgenausgabe) Jg. 30, Nr. 703 (14. Oktober 1920) 5.

³⁴⁷ Tagespost (Morgenblatt) Jg. 65, Nr. 259 (19. September 1920) 9.

³⁴⁸ Neues Grazer Tagblatt (1. Morgenausgabe) Jg. 30, Nr. 709 (16. Oktober 1920) 11.

des Bauernbundes in den Landtag eingezogen, dieses Mal befand er sich weder auf der Liste des Bauernbundes, noch der Großdeutschen. Die „Tagespost“ veröffentlichte daraufhin einen Artikel, in dem die Landtagskandidatur von Wastian gefordert wurde und großdeutsche Wahlveranstaltungen in Leibnitz, Ehrenhausen und Straß pochten energisch auf der Kandidatur Wastians als Vertreter der Untersteiermark. Wastian akzeptierte jedoch das Ende seiner politischen Karriere und riet seinen Anhängern davon ab, sich weiter für seine Landtagskandidatur einzusetzen, da er weder in den Bauernbund, noch in die Großdeutschen Volkspartei Unruhe hineinbringen wollte.³⁴⁹

Die Führungsfiguren der Großdeutschen in der Obersteiermark blieben im Wesentlichen identisch mit jenen der Deutschdemokraten. Dantine kandidierte im obersteirischen Wahlkreis als Spitzenkandidat für den Landtag und Sparowitz führte die Nationalratswahlliste an. Während hinter Dantine für den Landtag der Buchhändler und Leobener Vizebürgermeister Max Ense-
rer kandidierte, rutschte Seidler auf den zwanzigsten und damit letzten Listenplatz ab. Der auf Versammlungen sehr aktive Rottenmanner Obmann Professor Franz Gottsmathz schaffte es für die Nationalratswahl nur auf den sechsten Listenplatz.³⁵⁰ Noch vor dem Zusammenschluss der wichtigsten deutschfreiheitlichen Landesparteien zur Großdeutschen Volkspartei wurde intensiv um die Bauernbündler geworben. Auffallend an einer großdeutschen Versammlung in Rottenmann war die Beteiligung vieler Bauernbündler wie des Großgrundbesitzers Engelbert Schupfer oder des Notars Josef Krainer, der auch eine Programmrede hielt und den Großdeutschen die Unterstützung der Bauernbündler zusicherte.³⁵¹ Gottsmathz profilierte sich auf großdeutschen Versammlungen in der Obersteiermark meist als eine Art Grundsatzreferent.³⁵² Für Aufregung im obersteirischen Wahlkampf sorgten Gewalttätigkeiten von sozialdemokratischer Seite bei einer großdeutschen Veranstaltung mit rund 1000 Teilnehmern in Mürzzuschlag. Im Großen und Ganzen hielt man sich jedoch an die Abmachung zwischen den Parteien keine gegnerischen Wahlveranstaltungen zu besuchen.³⁵³

Spitzenkandidat der Großdeutschen in der Oststeiermark für die Nationalratswahl wurde der Beamte der Handels- und Gewerbekammer Wien Emil Barnert. Hinter ihm folgten auf der Liste der Spenglermeister Adolf Gewolf aus Fürstenfeld und Oberlehrer Josef Petritsch aus Friedberg. Der zuvor nominierte oststeirische Landtagsspitzenkandidat Kaufmann Dellefant verschwand überraschend wieder von der Liste und wurde durch Franz Pichler ersetzt, der in

³⁴⁹ Neues Grazer Tagblatt (1. Morgenausgabe) Jg. 30, Nr. 643 (21. September 1920) 6; Tagespost (Morgenblatt) Jg. 65, Nr. 266 (26. September 1920) 7; Tagespost (Morgenblatt) Jg. 65, Nr. 269 (29. September 1920) 5.

³⁵⁰ Neues Grazer Tagblatt (1. Morgenausgabe) Jg. 30, Nr. 640 (19. September 1920) 4; Tagespost (Morgenblatt) Jg. 65, Nr. 259 (19. September 1920) 9.

³⁵¹ Neues Grazer Tagblatt (1. Morgenausgabe) Jg. 30, Nr. 223 (2. April 1920) 4.

³⁵² Tagespost (Abendblatt) Jg. 65, Nr. 225 (16. August 1920) 4.

³⁵³ Tagespost (Abendblatt) Jg. 65, Nr. 265 (25. September 1920) 4.

Graz nur auf dem sechsten Platz gereiht worden war und deshalb in die Oststeiermark ausweichen musste.³⁵⁴ Obwohl bisher noch kein deutschdemokratischer bzw. großdeutscher Kandidat den Einzug in den Landtag oder den Nationalrat von dort aus geschafft hatte, konnte er mit dieser Spitzenkandidatur seine Chancen auf ein Mandat zumindest graduell verbessern. Dr. Minarik hatte mit dem vierzehnten Listenplatz in der Oststeiermark keine Chance auf ein Landtagsmandat und teilte damit das Schicksal Seidlers im obersteirischen Wahlkreis. Beide kamen wahrscheinlich deshalb nicht mehr zum Zug, weil sie zu sehr mit den schlechten Resultaten der letzten Wahlen in Verbindung gebracht wurden.

Die großdeutsche Konkurrenz vor der Landtags- und Nationalratswahl 1920

Auf den Landtagswahllisten der Christlichsozialen schien die Nationale Mittelstandspartei diesmal nicht mehr als eigene Untergruppe auf und von ihren Vertretern kandidierte nur Ing. Hans Paul im Grazer Wahlkreis auf dem aussichtsreichen vierten Platz. Schoklitsch war bei den Christlichsozialen für den Landtag nur an achter Stelle und Wiedner sogar nur an zwölfter Stelle gereiht. Gürtler kandidierte als christlichsozialer Kandidat für den Nationalrat im Grazer Wahlkreis an zweiter Stelle.³⁵⁵ Überraschenderweise veröffentlichte die „Tagespost“ einen Tag vor der Landtagswahl eine große Annonce der Nationalen Mittelstandspartei, die zur Wahl von Paul, Schoklitsch und Wiedner aufforderte.³⁵⁶ Damit war klar, dass eines der einflussreichsten freiheitlichen Presseorgane den Großdeutschen nicht bedingungslos den Alleinvertretungsanspruch im bürgerlich- freiheitlichen Wählersegment zubilligte.

Die Nationalsozialisten traten im obersteirischen Wahlkreis mit Südbahnadjunkt Grailer aus Mixnitz an der Spitze bei der Landtags- und Nationalratswahl an und setzten Schlossermeister Felix Golob als Kandidaten der Gewerbetreibenden (Hage- Bund Bruck a. d. Mur) auf den zweiten Listenplatz. Die anderen Parteien hatten die Nationalsozialisten nicht zu den Beratungen „Zur Vereinbarung der Parteien für die ungestörte Führung des Wahlkampfes“ einbezogen, weshalb diese öffentlich erklärten, sie fühlten sich nicht an diese Vereinbarung gebunden.³⁵⁷

Als im Vorfeld der Wahl die Großdeutschen mit dem Bauernbund über eine Einheitsliste verhandelten in die auch die Nationalsozialisten einbezogen werden sollten, kam es zu einem

³⁵⁴ Neues Grazer Tagblatt (1. Morgenausgabe) Jg. 30, Nr. 640 (19. September 1920) 4-5; Neues Grazer Tagblatt (1. Morgenausgabe) Jg. 30, Nr. 667 (30. September 1920) 6; Tagespost (Morgenblatt) Jg. 65, Nr. 270 (30. September 1920) 7.

³⁵⁵ Neues Grazer Abendblatt (Abendausgabe des Neuen Grazer Tagblattes) Jg. 30, Nr. 618 (10. September 1920) 1; Tagespost (Abendblatt) Jg. 65, Nr. 250 (10. September 1920) 2-3.

³⁵⁶ Tagespost (Morgenblatt) Jg. 65, Nr. 286 (16. Oktober 1920) 3.

³⁵⁷ Neues Grazer Abendblatt (Abendausgabe des Neuen Grazer Tagblattes) Jg. 30, Nr. 639 (18. September 1920) 4; Neues Grazer Tagblatt (1. Morgenausgabe) Jg. 30, Nr. 643 (21. September 1920) 6.

kleineren Eklat. Die Nationalsozialisten, die bisher bei Landtags- und Nationalratswahlen in der Steiermark kein einziges Mandat erzielen konnten, verlangten nämlich für ein Bündnis mit der Großdeutschen Volkspartei und dem Bauernbund die Spitzenkandidatur in einem der vier Wiener Wahlkreise, in einem ländlichen niederösterreichischen Wahlkreis einen zweiten Listenplatz, ebenso in Kärnten und in der Obersteiermark einen ersten oder zweiten Listenplatz. Auf diese überzogenen Forderungen konnten die Großdeutschen nicht eingehen.

Anfang Oktober 1920 boten die Großdeutschen den Nationalsozialisten nochmals einen zweiten Listenplatz auf der Nationalratsliste in der Obersteiermark oder in Graz an. Diese verlangten aber generell den Rückzug der großdeutschen Liste in der Obersteiermark, womit die Verhandlungen endgültig scheiterten.³⁵⁸ Die Nationalsozialisten behaupteten in der Folge, dass der von den Großdeutschen bezahlte Bericht im „Neuen Grazer Tagblatt“ über das Scheitern der Einheitsliste mit den Nationalsozialisten unvollständig und einseitig gewesen sei. Das „Neue Grazer Tagblatt“ mischte sich in Polemiken zwischen den Parteien des „nationalen Lagers“ prinzipiell nicht ein, jedoch konnten sich die Nationalsozialisten eine ausführliche Entgegnung in der Form eines bezahlten Artikels nicht leisten, da die Kosten dafür 3000 Kronen betragen.³⁵⁹

Polemiken zwischen den Großdeutschen und den Nationalsozialisten zählten zu den Konstanten im Wahlkampf. So bedachte der Großdeutsche Rauter den nationalsozialistischen Spitzenkandidaten Grailer mit dem Vorwurf, dass die Nationalsozialisten maßgeblich Schuld am Scheitern einer Einheitsliste gewesen wären. Grailer hingegen wollte von überzogenen Forderungen nichts wissen und betrachte insbesondere die Forderung nach vier oder fünf sicheren Nationalratsmandaten „als sehr bescheiden.“ Südbahninspektor Wallner, der ehemalige Spitzenkandidat der Deutschvölkischen Einigungspartei forderte energisch zur Wahl Grailers „als einen der besten Gewerkschafter“ auf.³⁶⁰ Aufgrund seiner Kritik am Wiener Neustädter Vizebürgermeister Püchler über dessen Verhalten bei einem Eisenbahnerstreik wurde Grailer im „Arbeiterwille“ Zielscheibe heftiger Angriffe.³⁶¹

Obwohl die Großdeutschen regional in der Steiermark häufig um die Gunst der Bauernbündler warben, dachten diese nicht daran, sich als stärkste freiheitliche Partei den Großdeutschen anzuschließen. Dantine und Wastian gehörten während des Wahlkampfes immer noch dem Klub der Bauernbündler im Landtag an und brachten ihre reichhaltige Erfahrung in die politische Arbeit ein, jedoch konnten sie medial keine Akzente setzen, die sich von der Linie des

³⁵⁸ Neues Grazer Tagblatt (1. Morgenausgabe) Jg. 30, Nr. 694 (10. Oktober 1920) 5.

³⁵⁹ Neues Grazer Tagblatt (1. Morgenausgabe) Jg. 30, Nr. 706 (15. Oktober 1920) 5.

³⁶⁰ Tagespost (Morgenblatt) Jg. 65, Nr. 275 (5. Oktober 1920) 4; Neues Grazer Tagblatt (1. Morgenausgabe) Jg. 30, Nr. 679 (5. Oktober 1920) 5.

³⁶¹ Neues Grazer Tagblatt (1. Morgenausgabe) Jg. 30, Nr. 646 (22. September 1920) 6.

Bauernbundes abhob. Gemeinsam mit Klusemann brachten sie u.a. im steirischen Landtag einen Antrag zur Einführung einer strengeren Kinozensur und einer durchgreifenden Änderung des Kinogesetzes ein.³⁶² Auf Antrag der Bauernbündler wurde im Landtag zur Erfassung der Reststimmen, ähnlich der „Reichsliste“ bei der Wahl zur Nationalversammlung, eine Ländlerliste für die kommende Landtagswahl beschlossen. In den einzelnen Wahlkreisen sollte ein zweites Ermittlungsverfahren durchgeführt und insgesamt vier Mandate vergeben werden.³⁶³ Politische Reibereien zwischen den Großdeutschen und dem Bauernbund resultierten womöglich aus dem Werben beider Parteien um die Stimmen der ländlichen bürgerlichen Bevölkerung.

Als sich z.B. auf einer großdeutschen Versammlung in Graz ein Bauernbündler zu erkennen gab und gegen die Christlichsozialen wettete, erklärte Uto Melzer, dass die Großdeutschen einer rein bäuerlichen Standespartei, die bestehende Gegensätze verschärfe, kritisch gegenüberstünden. Der Bauernstand setze sich laut Melzer nicht einheitlich zusammen, sondern es bestünden Gegensätze zwischen Bauer und Keuschler, Besitzer und Landarbeiter. Eine rein bäuerliche Standespolitik würde die Landarbeiter in die Hände der Sozialdemokratie treiben. Das Schlagwort von den „Standesparteien“ bezeichnete Melzer als Täuschung, denn auch die Nationalsozialisten seien keine Arbeiterpartei, sondern versuchten auch Beamte und Gewerbetreibende zu gewinnen. In den größeren Orten trete der Bauernbund nicht als Bauernpartei in Erscheinung, sondern als Partei des Landvolkes, die Handel- und Gewerbetreibende, aber auch Rechtsanwälte, Ärzte, Beamte, Angestellte und letztlich auch Offiziere an sich binden möchte.

Melzer bedauerte, dass die Nationalsozialisten und der Bauernbund sich nicht der Großdeutschen Volkspartei angeschlossen hatten. Während die Bauernbünde von Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg geschlossen in die Großdeutsche Volkspartei eingetreten seien und Bauern auch an der Spitze der Partei stünden, gehörten zu den schärfsten Gegner dieses Zusammenschlusses nur „Nichtbauern“ wie Universitätsdozent Dr. Schönbauer, Professor Schandl, Opernsänger Frey und die steierischen Beamtenvertreter. Stocker hatte indessen das Fernbleiben des Bauernbundes mit dem Ziel der Stimmen- und Mandatsmaximierung gerechtfertigt.³⁶⁴

³⁶² Neues Grazer Tagblatt (1. Morgenausgabe) Jg. 30, Nr. 301 (5. Mai 1920) 6; Neues Grazer Abendblatt (Abendausgabe des Neuen Grazer Tagblattes) Jg. 30, Nr. 576 (24. August 1920) 4.

³⁶³ Neues Grazer Tagblatt (1. Morgenausgabe) Jg. 30, Nr. 640 (19. September 1920) 5.

³⁶⁴ Neues Grazer Tagblatt (1. Morgenausgabe) Jg. 30, Nr. 676 (3. Oktober 1920) 6. Die heftigsten, manchmal nicht nur verbal ausgetragenen Auseinandersetzungen fanden jedoch zwischen Christlichsozialen und Bauernbündlern statt. Als z.B. Fizia und Schatzl im Gemeindegewirtschaftsrat dafür plädierten, dass sich dieser für den Abbau der Zentralen ausspricht, verurteilten Landesrat Hartmann und Vizebürgermeister Englhofer die Agitation des Bauernbundes gegen die Zentralen auf das Schärfste. Englhofer behauptete sogar: „Das Treiben der freiheit-

Im obersteirischen Wahlkreis schlossen sich die Deutschösterreichische Volkspartei (Orel-Partei) und die Nationaldemokraten zu einer gemeinsamen Liste namens „Christlich-nationale Einheitsliste“ unter dem nationaldemokratischen Spitzenkandidaten Dr. Anton Kapper zusammen. Programmatisch einigte man sich auf die Leitsätze der Orel-Partei.³⁶⁵ Die Großdeutschen waren vor den Landtags- und Nationalratswahlen zuversichtlich eine größere Zahl von freiheitlichen Leihstimmen von den Christlichsozialen zurückerobern zu können, weil diese in wirtschaftspolitischer Hinsicht nicht den Erwartungen entsprochen hatten. Über die Christlichsozialen resümierten die Großdeutschen: „Die christlichsoziale Partei ist im Grunde die alte konservative Bauernpartei – das Lueger-Intermezzo in Wien war ein vergängliches Zwischenspiel- sie hat daher in erster Reihe Bauerninteressen zu vertreten und kann bürgerliche Interessen nur soweit berücksichtigen, als sie mit den bäuerlichen parallel laufen, z.B. der allgemeine Schutz des Eigentums und der Ordnung. Soweit ist ihre Haltung also absolut kein willkürliches Zugeständnis nach der bürgerlichen Seite. Darüber hinaus können sie mit der Vertretung bürgerlicher Interessen dort nicht gehen, wo bäuerliche Interessen dagegen sprechen, und werden sie dort nicht gehen, wo es ihr Verhältnis zu den Sozialdemokraten nicht erlaubt.“³⁶⁶ Damit waren in erster Linie die Einführung des Achtstundentages und die Sozialisierungsfrage gemeint. Um die angebliche Zersplitterung der Christlichsozialen zu illustrieren, übertrieb das „Tagblatt“ die tatsächliche Stärke der Orel-Gruppe und rechnete auch die Nationaldemokraten unter Pantz, die bekanntermaßen einen deutschradikalen Flügel besaßen, ihrem Lager zu.

Die Anschlussbewegung im Spiegel der sozialdemokratischen Presse

Anschlusspropaganda war nahezu ritueller Bestandteil jeder deutschdemokratischen bzw. großdeutschen Versammlung. Vor allem die Anschlusskundgebungen in der Grazer Industriehalle waren zum festen Zeremoniell der Wahlkämpfe geworden.³⁶⁷ Die Sozialdemokraten versuchten deshalb angebliche oder tatsächliche Widersprüche der Großdeutschen in der Anschlussfrage aufzudecken, obwohl im Grunde klar war, dass alle großen politischen Lager für den Zusammenschluss mit Deutschland eintraten, nur herrschte allenfalls Uneinigkeit über den Zeitpunkt.

Wutte kommentierte die Berichterstattung des „Arbeiterwillen“ über eine Sitzung der steiri-

lichen Bauernpartei sei das größte Verbrechen an der Bevölkerung, ärger als der Kommunismus.“ Neues Grazer Morgenblatt (2. Morgenausgabe des Neuen Grazer Tagblattes) Jg. 29, Nr. 334 (12. Oktober 1919) 4.

³⁶⁵ Tagespost (Morgenblatt) Jg. 65, Nr. 275 (5. Oktober 1920) 6.

³⁶⁶ Neues Grazer Tagblatt (1. Morgenausgabe) Jg. 30, Nr. 709 (6. Oktober 1920) 2.

³⁶⁷ Neues Grazer Morgenblatt (2. Morgenausgabe des Neuen Grazer Tagblattes) Jg. 30, Nr. 698 (12. Oktober 1920) 1.

schen Landesregierung vom November 1918, die genau dieses Ziel verfolgte: „Dort wird erklärt, daß Landeshauptmann Dr. Kaan und ich uns gegen den Anschluß an Deutschland ausgesprochen hätten. [...] Es war unsere Aufgabe, sachlich zu prüfen, ob der von Dr. Otto Bauer gewählte Zeitpunkt des Anschlusses an Deutschland der richtige war. [...] Wir in Steiermark wurden damals von Wien vollkommen im Stiche gelassen. Der Landeshauptmann hat damals Kreise zur Beratung eingeladen, die alle für den Anschluß waren. Auch der anwesende Sozialdemokrat Machold hat sich für den Anschluß an das Deutsche Reich ausgesprochen. Da wir aber damals am Hungertuche nagten und darauf angewiesen waren, was Ungarn und die Südslawen uns lieferten, weil Deutschland die uns versprochenen 5000 Waggon Mehl wegen der spartakistischen Ausschreitungen nicht liefern konnte, erschien der Zeitpunkt des Anschlusses nicht gegeben. Der Beschluß der gefasst wurde, wurde einstimmig gefasst.“³⁶⁸

Wutte führte für den Anschluss an Deutschland vorrangig wirtschaftliche Gründe ins Treffen und betonte die Vorteile der Industrie bei der Beschaffung von Rohstoffen im Falle einer Übernahme der Mark als Währung, da diese im Vergleich zur Krone etwa dreimal mehr wert war. Er versprach sich für Österreich auch eine bessere Versorgung mit Kohle und unterstrich die wirtschaftliche Bedeutung eines Zugangs der österreichischen Wirtschaft zu den Nord- und Ostseehäfen.³⁶⁹ Die Sozialdemokraten beobachteten peinlich genau jeden vermeintlichen Schwenk der freiheitlichen Presse im Zusammenhang mit dem Anschluss an Deutschland. Während die „Tagespost“ am 12. März 1920 noch einen Artikel veröffentlichte, der die wirtschaftliche „Vitalität“ der Habsburgermonarchie unterstrich und von den Sozialdemokraten als Bekenntnis zu einer Donauföderation gewertet wurde, konstatierten diese nur einen Tag später eine Veränderung der Blattlinie bedingt durch den Kapp- Putsch. Ein Anschluss- Artikel von Kraft in der „Tagespost“ vom 14. März 1920 bot dem „Arbeiterwille“ bereitwilligen Anlass zu stürmischer Polemik gegen die Großdeutschen: „Zwar war Vorsicht geboten, da man noch nicht wissen konnte, wie der Hase laufen werde, aber immerhin war es ein Trost und eine Verheißung für das großdeutsche Herz. Die Arbeiter mit Maschinengewehren und Handgranaten niedergeworfen, die Nationalversammlung aufgelöst, das Standrecht gegen Streikende eingeführt, die heldenhaften Generale wieder am Ruder des Staatsschiffes, hei, da mochte das germanische Männerherz wild an die Rippen pochen und heiße Sympathie für Deutschland entbrennen. Anschluss an das republikanische Deutsche Reich, wo in der Regierung auch Sozi sitzen, man also das arbeitende Volk nicht ignorieren kann- pfui, davon will

³⁶⁸ Neues Grazer Morgenblatt (2. Morgenausgabe des Neuen Grazer Tagblattes) Jg. 30, Nr. 62 (27. Jänner 1920) 4.

³⁶⁹ Neues Grazer Morgenblatt (2. Morgenausgabe des Neuen Grazer Tagblattes) Jg. 30, Nr. 131 (24. Februar 1920) 4.

ein aufrechter Großdeutscher nichts wissen. Aber ein Deutsches Reich, wo die Arbeiter wieder geknebelt und die Hohenzollern in Sicht sind- Heil Alldeutschland! Anschluß an das Deutschland der Arbeit- flauere Stimmung bei den großdeutschen Fabrikanten.“³⁷⁰

Im austromarxistischen Denken wurde der Anschluss Österreichs an das hochindustrialisierte Deutsche Reich als wichtiger Schritt zur Schaffung eines sozialistischen Kerneuropas begriffen. Die Regierungsform unter der dieser Anschluss durchgeführt werden sollte, war auch in der Ideologie Otto Bauers im Grunde zweitrangig.³⁷¹

Verwirrung in den großdeutschen Reihen stiftete nach den Wahlen vom 17. Oktober 1920 ein die Anschlussbewegung kritisch betrachtender Leitartikel der „Tagespost“ des bekennenden Alldeutschen Dr. Albert Ritter. Dieser hielt einen Anschluss Österreichs an Deutschland aufgrund der ablehnenden Haltung Frankreichs für derzeit undurchführbar und versah auch die These von der „Lebensunfähigkeit“ Österreichs mit einem kräftigen Fragezeichen. Für den Fall eines Anschlusses sah Ritter die Gefahr, dass sich Frankreich dauerhaft im Rheinland festsetzen könne. Entgegen der besonders im Wahlkampf verlautbarten Anschlusspropaganda urteilte Ritter nüchtern: „Wenn Österreich nicht die Reichseinheit und die deutsche Volkswirtschaft in den Abgrund stoßen will, dann hat es vorderhand sein Anschlußbegehren zurückzustellen. Das Reich kann ihm unmöglich Gehör geben.“³⁷²

Die Landesparteileitung der Großdeutschen distanzierte sich daraufhin umgehend von Ritters dem großdeutschen Parteiprogramm widersprechenden Artikel und betonte, dass der Verfasser in keiner personellen Verbindung zur Partei stehe.³⁷³ Der Ritter- Artikel wurde in großen Teilen auch vom „Grazer Volksblatt“ unter dem Titel „Anschlussernüchterung“ abgedruckt, was die Sozialdemokraten dazu veranlasste sich als einzig wahre Vertreter der Anschlussidee zu präsentieren. Polemisch stichelte der „Arbeiterwille“ gegen die Großdeutschen: „Wo sind sie denn jetzt, die deutschnationalen Recken, wo stecken denn die deutschnationalen Studenten, die am Biertisch „Heil Alldeutschland“ schreien, wo sind sie denn, die alldeutschen Burschenschaftler? Das Blatt der Partei, für welche alles, was die Sozi haßt, bei den Wahlen agitiert hat, gibt kaltblütig den Rat, das deutsche Volk zu verraten, den Anschluß aufs Eis zu legen, die alte Abneigung der Fabrikanten gegen Deutschland erhebt wieder wie im November 1918 bis zum Friedensschlusse ihre Unkenstimme, ein deutschnationales Blatt, ein „Alldeut-

³⁷⁰ Arbeiterwille (Beilage) Jg. 31, Nr. 82 (23. März 1920) 2.

³⁷¹ Vgl. Robert *Kriechbaumer*, Die großen Erzählungen der Politik. Politische Kultur und Parteien in Österreich von der Jahrhundertwende bis 1945 (Wien- Köln- Weimar 2001) 168- 169; Norbert *Schausberger*, Der Griff nach Österreich. Der Anschluß (Wien 1978) 46-47.

³⁷² Tagespost (Morgenblatt) Jg. 65, Nr. 294 (24. Oktober 1920) 1-2.

³⁷³ Tagespost (Morgenblatt) Jg. 65, Nr. 296 (26. Oktober 1920) 5.

scher von Kindheit an“ liefert den schwarzgelben Habsburgerlingen willkommenen Agitationsstoff gegen den Anschluß- aber alle die Helden schweigen, schweigen...“³⁷⁴

Das Ergebnis der Landtags- und Nationalratswahlen vom 17. Oktober 1920

Die Christlichsozialen konnten ihre Stimmenanzahl bei der Nationalratswahl im Vergleich zur Wahl in die Konstituierende Nationalversammlung um rund 2.700 Stimmen auf nunmehr 175.308 Stimmen (41,74 %) ausbauen. Diese leichten Stimmengewinne waren vor allen in der Obersteiermark zu verzeichnen, wo die Christlichsozialen trotz der Kandidatur der Christlich-nationalen Einheitsliste um rund 3.700 Stimmen auf 33.051 Stimmen (24,45 %) zulegen. Die Christlich-nationale Einheitsliste in der Obersteiermark erreichte etwa 1.900 Stimmen, die zu Lasten der Bauernbündler und Christlichsozialen gingen. Die Stimmenzahl der Sozialdemokraten ging von 150.025 (34,59 %) um rund 10.000 auf 140.536 Stimmen (33,46 %) zurück. Die bedeutendsten Stimmenverluste erlitten die Sozialdemokraten in der Obersteiermark, wo sie rund 4.500 Stimmen verloren, aber ihre absolute Mehrheit mit 68.730 Stimmen (50,84 %) halten konnten. Die Großdeutschen konnten das deutschdemokratische Ergebnis im Grazer Wahlkreis von rund 24.000 Stimmen (21,07 %) halten und hatten sich damit in Graz im Vergleich zur letzten Landtagswahl wieder stabilisiert. In der Stadt Graz landeten die Großdeutschen mit 27,84 % der Stimmen auf dem zweiten Platz hinter den Sozialdemokraten mit 40,47 %, aber noch knapp vor den Christlichsozialen mit 26,26 %. Ihre Stimmenanzahl ging in der gesamten Steiermark jedoch von 48.152 (11,1 %) auf 46.813 (11,14 %) zurück. Über dem Landesschnitt von 11,14% lagen neben Graz nur Leoben mit 12,36 %, Obdach mit 11,73 % und Bad Aussee mit 11,38 %. Graz war eindeutig das stimmenmäßige Kraftzentrum der Großdeutschen, welches diesmal nicht durch Parteispaltungen in Mitleidenschaft gezogen wurde. Ganze 50,1 % der steirischen Stimmen für die Großdeutschen kamen aus Graz, gefolgt von der Obersteiermark, die der Partei 25,6 % ihrer Gesamtstimmenzahl lieferte. In den Nationalrat zog jedoch nur Kraft über das Mandat im Grazer Wahlkreis ein. Die obersteirischen Großdeutschen konnten Sparowitz mit 11.976 Stimmen (8,86 %), immerhin ein Plus von rund 2.800 Stimmen, nicht zu einem Nationalratsmandat verhelfen. In der Oststeiermark verzeichneten die Großdeutschen einen gravierenden Stimmenrückgang von 9.112 (9,28 %) auf nur mehr 4.526 Stimmen (4,96 %).

³⁷⁴ Arbeiterwille (2. Auflage) Jg. 31, Nr. 298 (28. Oktober 1920) 2.

Wahlergebnisse der steirischen Parteien bei der Nationalratswahl am 17. Oktober 1920:³⁷⁵

Wahlkreis	CS	SDAP	GDVP	StBP	KP	NS	CNEL	JN
Graz u. U.	35.711	42.583	23.682	6.706	2.196	810	289	414
Mittelsteier	41.033	19.697	6.629	13.536	-	317	-	-
Oststeier	65.513	9.526	4.526	11.195	-	410	66	-
Obersteier	33.051	68.730	11.976	14.731	865	3.877	1.946	-
Gesamt	175.308	140.536	46.813	46.168	3.061	5.414	2.301	414

Der Bauernbund legte in der Obersteiermark von 12.937 Stimmen (11,99 %) auf 14.731 Stimmen (10,90 %) zu, stagnierte aber insgesamt auf dem Niveau der letzten Wahl. Seine Wahlergebnisse waren in allen ländlichen Wahlkreisen mit Ausnahme von Graz besser als jene der Großdeutschen und verhielten sich damit zu diesen geradezu spiegelbildlich. Die Nationalsozialisten waren bei dieser Nationalratswahl erfolglos auch im mittel- und oststeirischen sowie im Grazer Wahlkreis angetreten. Ihr Ergebnis lag mit insgesamt 5.414 Stimmen (1,29 %) nur unwesentlich besser als jenes von 1919, wo sie 4.377 Stimmen (1,01 %) in der Obersteiermark erreichten. Die vergleichsweise starken Nationalsozialisten in der Obersteiermark verhinderten mit ihrem separaten Kurs beharrlich jedes großdeutsche Mandat in diesem Wahlkreis.

Wahlergebnisse der steirischen Parteien bei der Nationalratswahl am 17. Oktober 1920:³⁷⁶

Wahlkreis	CS	SDAP	GDVP	StBP	KP	NS	CNEL	JN
Graz u. U.	31,77	37,89	21,07	5,97	1,95	0,72	0,26	0,37
Mittelsteier	50,53	24,25	8,16	16,67	-	0,39	-	-
Oststeier	71,80	10,44	4,96	12,27	-	0,45	0,07	-
Obersteier	24,45	50,84	8,86	10,90	0,64	2,87	1,44	-
Gesamt	41,74	33,46	11,14	10,99	0,73	1,29	0,55	0,1

Die Kommunisten erreichten im Grazer Wahlkreis immerhin 2.196 Stimmen (1,95 %), stellen aber ähnlich wie die Christlichnationale Einheitsliste für die Christlichsozialen, für die

³⁷⁵ Statistik der Nationalratswahlen des Jahres 1920. 1. Hauptergebnisse. In: Statistische Zentralkommission (Hg.), Beiträge zur Statistik der Republik Österreich (Wien 1921) 18-19. Im Folgenden zit. als Statistik der Nationalratswahlen des Jahres 1920.

³⁷⁶ Statistik der Nationalratswahlen des Jahres 1920, 20-21.

Sozialdemokratie keine ernsthafte Bedrohung dar. In Graz Stadt erhielten die Sozialdemokraten 28.512, die Großdeutschen 19.617 und die Christlichsozialen 18.497 Stimmen. Die Großdeutschen meinten deshalb, dass die um die Nationale Mittelstandspartei verstärkten Christlichsozialen keinesfalls die stärkste bürgerliche Kraft bei künftigen Gemeinderatswahlen sein würden. Im Rückblick betrachteten sie die Bildung des Einigungsverbandes mit den Christlichsozialen bei der letzten Gemeinderatswahl als Fehler, da Großdeutsche und Christlichsoziale getrennt (und unter besseren Vorzeichen) ein größeres Wählerpotential ansprechen konnten.³⁷⁷ Insgesamt lässt sich nach allen innerparteilichen Turbulenzen des Jahres 1919 von einer Stabilisierung der steirischen Großdeutschen bei Nationalratswahlen im Bereich von 10-11 % sprechen. Die Sozialdemokraten rechtfertigten ihre Stimmenverluste äußerst nüchtern als Beweis für die Stabilität ihrer Partei und zeigten offen wenig Sympathie für abgefallene (deutsch-nationale) Wechselwähler, die, dem allgemeinen Trend nach dem Kriege folgend, für die Sozialdemokratie gestimmt hatten: „Der Verlust von fünf Mandaten, der nicht das mindeste daran ändert, daß die Sozialdemokratie einen Machtfaktor in der Republik bildet, dem niemand seinen Willen aufzwingen kann; ein Verlust, der bloß beweist, daß bei den Wahlen für die Konstituierende Nationalversammlung Mitläufer für uns stimmten, die nun abgefallen sind, deren Unzuverlässigkeit jedoch eine recht fragliche Potenz im politischen Kampfe darstellt.“³⁷⁸

Der neue Landtag wurde nach der neuen Landtagswahlordnung für drei Jahre gewählt. Diese sah statt der bisherigen 70 Grundmandate nur mehr 66 Grund- und vier Reststimmenmandate vor. Im mittelsteirischen Wahlkreis wurden nämlich aufgrund des Bevölkerungsrückganges von 385.000 auf 201.000 Menschen nur mehr 14 statt 21 Mandate vergeben. In der Obersteiermark blieb die Mandatszahl mit 20 gleich, allerdings verzeichnete man auch hier einen Bevölkerungsrückgang durch Abwanderung von 13.000 Menschen. Graz erhielt mit 17 Mandaten ein Mandat mehr als bisher und auch die Zahl der oststeirischen Mandate erhöhte sich von 13 auf 14 Mandaten.³⁷⁹ Die Landtagswahl brachte den Großdeutschen im Grazer Wahlkreis vier Mandate, die von Hübler, Kobald, Walter und Dungern besetzt wurden. Dazu kamen noch zwei obersteirische Mandate durch Dantine und Enserer, sowie ein mittelsteirisches durch Rieckh. Pichler verfehlte in der Oststeiermark den Einzug in den Landtag. Der neue steirische Landtag setzte sich demnach aus 31 Christlichsozialen, 24 Sozialdemokraten, 8

³⁷⁷ Neues Grazer Tagblatt (1. Morgenausgabe) Jg. 30, Nr. 718 (20. Oktober 1920) 2; Statistik der Nationalratswahlen des Jahres 1920. 2. Zergliederte Darstellung. In: Statistische Zentralkommission (Hg.), Beiträge zur Statistik der Republik Österreich (Wien 1921) 31.

³⁷⁸ Arbeiterwille (2. Auflage) Jg. 31, Nr. 289 (19. Oktober 1920) 1.

³⁷⁹ Neues Grazer Abendblatt (Abendausgabe des Neuen Grazer Tagblattes) Jg. 30, Nr. 624 (13. September 1920) 6; Tagespost (Morgenblatt) Jg. 65, Nr. 255 (15. September 1920) 4.

Bauernbündlern und 7 Großdeutschen zusammen.³⁸⁰ Damit war die strukturelle bürgerliche Landtagsmehrheit von 46 gegenüber 24 sozialdemokratischen Mandaten trotz der Mandatsverschiebung zwischen Christlichsozialen und Großdeutschen abgesichert.

Die Stimmenzahl der steirischen Parteien bei der Landtagswahl vom 17. Oktober 1920.³⁸¹

Wahlkreis	CS	SDAP	GDVP	StBP	KP	NS	CNEL	JN
Graz u. U.	34.823	42.952	23.538	6.594	2.172	1.288	306	401
Mittelsteier	40.856	19.689	6.739	13.687	-	328	-	-
Oststeier	65.390	9.523	4.223	11.084	-	312	80	-
Obersteier	32.931	69.039	11.975	14.727	861	3873	1.937	-
Gesamt	174.000	141.203	46.475	46.092	3.033	5.801	2.323	401

Der Arbeiterwille kommentierte das Wahlergebnis der Großdeutschen und das Verhalten der „Tagespost“ vor der Wahl: „Wenn die Deutschbürgerlichen in Österreich, die Großdeutsche Volkspartei, im besonderen in Steiermark so kläglich abgeschnitten haben, dann verdanken sie dies in erster Linie und hauptsächlich ihrer noblen Presse. Die Grazer „Tagespost“ z.B. hat noch am Tage vor der Wahl eine Aufforderung der „Nationalen Mittelstandspartei“, die schon bei der letzten Wahl aus dem deutschnationalen Lager zu den Christlichsozialen desertiert war, veröffentlicht, worin die deutschen Bürger aufgefordert wurden, christlichsozial zu wählen! In welcher Partei wäre so etwas möglich? Und dasselbe Schmutzblatt sagt nach der Wahl, die die deutschfreiheitlichen Bürgerparteien zur Strecke brachte: „Niemand, der auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaftsordnung steht, wird den Christlichsozialen ihren Erfolg mißgönnen- hat doch mancher redlich freiheitlich denkende Wähler seine Stimme ihnen als Ordnungspartei gegeben.“ Dieser Geist, dieses Wegwerfen der Würde und Selbständigkeit, dieses Aufgehen in der einzigen Hoffnung, daß auf dem Felsen Petri der Götze Mammon gesicherter stehen werde, ist von dieser Geldsackpresse ihren Lesern eingepflichtet worden.“³⁸²

Zwar konnten die Großdeutschen auf Kosten der Christlichsozialen fünf Mandate dazugewinnen, von ihrer früheren Stärke im Landtag waren sie jedoch weit entfernt. Zudem stand trotz des Zusammenschlusses zur Großdeutschen Volkspartei ein wichtiges Presseorgan wie die „Tagespost“ nicht uneingeschränkt hinter der Partei, sondern war bereit sich den stärkeren christlichsozialen Bataillonen anzudienen. Von der in der Anfangsphase der Deutschdemokraten zweifellos vorhandenen Einheitlichkeit der medialen Berichterstattung vor wichtigen Wahlen kann deshalb nicht mehr gesprochen werden.

³⁸⁰ Tagespost (Morgenblatt) Jg. 65, Nr. 290 (20. Oktober 1920) 2.

³⁸¹ Tagespost (Morgenblatt) Jg. 65, Nr. 290 (20. Oktober 1920) 2.

³⁸² Arbeiterwille (2. Auflage) Jg. 31, Nr. 291 (21. Oktober 1920) 6.

Schlusswort

Auffällig an der Geschichte der Deutschdemokratischen Partei ist die Tatsache, dass alle ihre internen Probleme ihren Ausgang von ihrem Kraftzentrum in Graz nahmen. Die internen Erschütterungen der Deutschdemokraten waren das Resultat von ökonomischen Konflikten zwischen altem und neuem Mittelstand. Die Deutschdemokraten waren eine Zwangsvereinigung von altem und neuem Mittelstand, Industriellen und Hausbesitzern im Vorfeld der Wahl in die Konstituierende Nationalversammlung. Angesichts der wirtschaftlichen Verwerfungen des Ersten Weltkrieges war die Proletarisierung des „Mittelstandes“ bei Angestellten und Beamten im Jahre 1918 eine soziale Realität.³⁸³ Alle mittelständischen Bewegungen reklamierten die Beamten und Angestellten aufgrund ihres sozialen Habitus und ihrer ideologischen Präferenzen für sich und sahen sie tendenziell auf der rechten Seite des politischen Spektrums verankert. Aufgrund ihrer starken zahlenmäßigen Zunahme betrachtete der alte Mittelstand die Angestellten und Beamten als natürlichen Bündnispartner gegen das ebenfalls anwachsende Proletariat.³⁸⁴ Unter den wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen der ersten beiden Jahre nach dem Ersten Weltkrieg war ein solches Bündnis nicht mehr tragfähig, weshalb die Angestellten nach links schwenkten.³⁸⁵ Im Parteivorstand der Deutschdemokraten war das Kräfteverhältnis von Vertretern des alten und neuen Mittelstandes hingegen ausgewogen. Beamte und Angestellte waren erklärte Gegner jeder Listenkoppelung mit den Christlichsozialen, während Gewerbetreibende und Hausbesitzer zu den Christlichsozialen tendierten. Am deutlichsten Manifestierten sich die Konflikte zwischen altem und neuem Mittelstand in der Frage des Mieterschutzes und der Zentralen. Beamte und Angestellte als Mieter befürworteten den Mieterschutz, Gewerbetreibende, Kaufleute und Industrielle als tendenzielle Vertreter der Hausbesitzerlobby lehnten ihn ab. In der Frage der zentralen Bewirtschaftung zählten die Beamten und Angestellten in Übereinstimmung mit den Sozialdemokraten zu den Befürwortern,

³⁸³ Gerhard *Botz*, Angestellte zwischen Sozialdemokratie und Nationalsozialismus. Zum gewerkschaftlichen und politischen Organisationsverhalten der Angestellten in Österreich 1900 bis 1933. In: Oswin *Martinek*, Josef *Cerny*, Josef *Weidenholzer* (Hg.), *Arbeitswelt und Sozialstaat*. Festschrift für Gerhard Weissenberg (Wien-München- Zürich 1980) 51. In der Folge zit. als *Botz*, Angestellte zwischen Sozialdemokratie und Nationalsozialismus.

³⁸⁴ Ebenda, 47.

³⁸⁵ Ebenda, 67.

die Vertreter des alten Mittelstandes hingegen zu den Gegnern. Diese beiden Hauptkonflikte wurden nach außen hin jedoch aus wahltaktischen Gründen unter den Teppich gekehrt. Die klarer erkennbare Ablehnung der Zentralen durch die Christlichsozialen und die Bauernbündler ließ das wirtschaftspolitische Profil der Deutschdemokraten schwammig erscheinen. Noch vor der Wahl in die Nationalversammlung kam es deshalb mit den Deutscharischen Kriegsteilnehmern, die man am besten als nationalsozialistisch gesinnte Kaufleute charakterisiert, die gegen Wutte und die Stelest polemisierten, zur ersten Abspaltung von den Deutschdemokraten, die jedoch infolge einer Listenkoppelung nicht allzu schädigend wirkte. Es besteht aber auch die Möglichkeit, dass die Gründung der Deutscharischen Kriegsteilnehmer aus wahltaktischen Gründen und im Einvernehmen mit der deutschdemokratischen Parteileitung erfolgte, um die Opposition der Kaufleute gegen die Zentralen aus der Partei auszulagern, um ein völliges Abdriften der kaufmännischen Wählerschaft ins christlichsoziale Lager zu verhindern. Die Abspaltung der Hausbesitzer unter Schoklitsch und eines Teils der Beamten unter Gargitter reduzierte die Deutschdemokraten in weiterer Folge auf ihren alt- mittelständischen Kern und die Vertreter der Industrie. Dieser glaubte nur mehr in einem Bündnis mit den Christlichsozialen und den schon vorher zu ihnen abgedrifteten Hausbesitzern die Grazer Gemeinderatswahl überstehen zu können. Für die Landtagswahl kam es nur zu einem Bündnis zwischen Christlichsozialen und Mittelstandspartei, nicht aber zwischen diesen und den Deutschdemokraten. Es existierte in der Steiermark ein fließendes Übergangsmilieu zwischen dem christlichsozialen und dem national- freiheitlichen Lager. Die vielen freiheitlich- christlichsozialen Listen bei der steirischen Gemeinderatswahl im Juli 1919, Gürtler und Paul als spätere christlichsoziale Landeshauptleute, Weidenhoffer als späterer christlichsozialer Finanzminister und die Kandidaturen von Schoklitsch, Kammerlander und Wiedner auf den christlichsozialen Landtagswahllisten sind dafür Beleg genug. Die Gründe für die Existenz dieses Übergangsmilieus sind in erster Linie in der landesspezifischen Start- und Rahmenbedingungen der Freiheitlichen in der Steiermark zu suchen. Während die Freiheitlichen in Oberösterreich schon in der Monarchie gegen absolute christlichsoziale Landtagsmehrheiten ankämpfen mussten, war der Verlust des Landeshauptmannpostens, das Zusammenschrumpfen von 20 auf zwei Mandate im Landtag und der Verlust des Grazer Bürgermeisterpostens für die bürgerlichen Freiheitlichen im Jahre 1919 ein tiefer Schock.³⁸⁶ In Wien konnte man nahezu zeitgleich den Niedergang der Christlichsozialen Partei beobachten, die von ihrer

³⁸⁶ Welser Anzeiger, Jg. 65, Nr. 41 (24. Mai 1919) 1. Der „Welser Anzeiger“ spekulierte z.B. nach der oberösterreichischen Landtagswahl im Mai 1919 darüber, ob im Wahlkampf eine allzu antiklerikale Ausrichtung der Freiheits- und Ordnungspartei potenzielle christlichsoziale Wähler verschreckt habe. Zur selben Zeit waren die Deutschdemokraten in der Steiermark schon dermaßen im Zerfall begriffen, dass sich so eine Frage gar nicht mehr stellte.

Wählerschaft für das Versagen der staatlichen Lebensmittelversorgung haftbar gemacht wurde und ebenfalls mit Desintegrationserscheinungen ihrer Kernwählerschichten z.B. aufgrund des Mieterschutzes zu kämpfen hatte.³⁸⁷

Die Wiener Christlichsozialen hatten nach Luegers Tod im Grunde kein Programm mehr und reagierten auf die beginnende Desintegration ihrer Kernwählerschichten mit verstärktem Antisemitismus, der den Wählerschwund jedoch nicht stoppen konnte.³⁸⁸ Zu größeren internen Strukturreformen waren sie nicht mehr in der Lage ohne interne Konflikte vollends aufbrechen zu lassen.³⁸⁹ In der Steiermark hingegen konnten die Christlichsozialen 1919 das Spektrum ihrer Anhänger- und Wählerschaft bedeutend verbreitern, sodass sie zur Volkspartei der „rechten Mitte“ wurden.³⁹⁰ Rintelen avancierte dabei zu einer lagerübergreifenden Integrationsfigur der Bürgerlichen in der Steiermark und war für Freiheitliche am wählbarsten, wenn diesen kein eigenes attraktives Parteiangebot zur Verfügung stand.³⁹¹ Die Deutschdemokraten waren zwar nach der enttäuschen Landtags- und Grazer Gemeinderatswahl im Mai 1919 bereit mit fliegenden Fahnen ihre Selbständigkeit aufzugeben und im Grazer Gemeinderat mit den Christlichsozialen einen gemeinsamen Klub zu bilden, allerdings verweigerten sich diese. Deshalb blieb nur mehr die Option eines neuerlichen Aufbaues einer einheitlichen bürgerlich-freiheitlichen Landespartei, die Ende Dezember 1919 mit der Gründung der „Großdeutschen Volkspartei für die Steiermark“ realisiert wurde. Es war gelungen die abtrünnigen Gargitter-Leute in die neue Partei zu integrieren, während die in der Nationalen Mittelstandspartei organisierten Hausbesitzer den Großdeutschen fernblieben. Personell herrschte bei den verschiedenen freiheitlichen Fraktionen im Grazer Gemeinderat fast vollständige personelle Kontinuität und auch in den Landtag zogen 1920 mit Hübler, Kobald, Dantine etc. ehemalige Deutschdemokraten ein. Wutte stolperte über eine Betrugsaffäre und wurde durch Kraft ersetzt, der als Kaufmann Stimmen von den Christlichsozialen zurückgewinnen sollte. Nach dem Gewinn von fünf Mandaten auf Kosten der Christlichsozialen bei der Landtagswahl 1920 strukturierte sich die Lobby der Handel- und Gewerbe neu, als sich der Hage- und der Inhabebund zum „Steiermärkischen Gewerbebund“ zusammenschlossen. Die Festbesoldeten zentralisierten ebenfalls ihre Organisationsstruktur, als sich Ende November 1920 18 Vereine, unter ihnen Lehrer, Militärgagisten, Eisenbahnbeamte und Angestellte zum „Landesverband

³⁸⁷ John W. *Boyer*, Karl Lueger (1844- 1910). Christlichsoziale Politik als Beruf (Wien- Köln- Weimar 2010) 380, 388. In der Folge zit. als *Boyer*, Karl Lueger.

³⁸⁸ *Boyer*, Karl Lueger, 388, 392.

³⁸⁹ Ebenda, 395.

³⁹⁰ Ableitinger, Erste Republik, 26.

³⁹¹ Ebenda, 30. Am deutlichsten zeigte sich diese Tendenz im Grazer Wahlkreis bei der Landtagswahl 1919 mit 39,52 % der Stimmen für die Christlichsozialen und nur 8,07 % für die Deutschdemokraten.

der Festbesoldeten Steiermarks“ vereinigten.³⁹² Hübler, ein Lehrer, wurde der neue starke Mann der steirischen Großdeutschen und bekleidete von 1920 bis 1930 das Amt eines Landesrates. Letzten Endes hatten sich also die Beamten als dominierende Gruppe innerhalb der Großdeutschen Volkspartei in der Steiermark herauskristallisiert.

Bei Nationalratswahlen hatten die Großdeutschen nur im Grazer Wahlkreis eine reale Chance auf ein Mandat, welches 1919 Wutte und 1920 Kraft bekleidete. In der Obersteiermark verhinderten die Nationalsozialisten mit ihrem separaten Antreten bei beiden Wahlen jedes freiheitliche Mandat.

In Graz wurde die Sozialdemokratie bei Gemeinderatswahlen stärkste Kraft und konnte den Bürgermeisterposten erobern, allerdings blieb ihre Mehrheit schwach und war deshalb auf die Mitarbeit der bürgerlichen Parteien angewiesen. Der Aufstieg der Sozialdemokraten in Graz verdient eine nähere Analyse, weil er sich als Oppositionsbewegung gegen das freiheitliche Establishment vollzog. Das geschah allerdings nicht zwangsläufig, denn 1893 gewann eine von Grazer Geschäftsleuten gegründete Deutsche Antisemitische Handwerkerpartei mit einem scharfen finanzpolitischen Oppositionskurs gegen eben jenes Establishment drei Mandate in der dritten Kurie. Nur ein Jahr später schmiedete die Handwerkerpartei unter ihrem Gründer Josef Feichtinger ein Bündnis mit den katholischen Konservativen und siegte in der dritten Kurie bei den Gemeinderatswahlen über alle im Amt befindlichen Kandidaten. Ihren Untergang besiegelte die Handwerkerpartei jedoch, als sie sich 1897 weigerte zusammen mit der freiheitlichen Rathausmehrheit die Regierung Badeni wegen ihrer Sprachenpolitik zu verurteilen. Die Christlichsozialen spielten deshalb bis 1913 keine Rolle mehr im Gemeinderat.³⁹³

An ihre Stelle traten die Sozialdemokraten, die bereits 1899 zwei Mandate, und in den Jahren 1905 und 1911 alle Mandate in der dritten Kurie erzielten. Die Stadt Graz litt immer wieder aufgrund ihrer kleingewerblichen und wenig wachstumsorientierten Berufsstruktur an akuten Finanzproblemen, die sogar 1912 und 1914 zur Auflösung des Gemeinderates durch den Statthalter Clary- Aldringen führten.³⁹⁴ Hubbard deutet den Erfolg der Sozialdemokratie in Graz als Resultat des Fehlens einer kleinbürgerlichen Bewegung wie sie Lueger in Wien mit den Christlichsozialen verkörperte.³⁹⁵

Zum Durchbruch gelangte die Sozialdemokratie in Graz schließlich mit dem Fall des Kurien-systems und dem durch das wirtschaftliche Chaos nach dem Weltkrieg zugespitzten Antago-

³⁹² Neues Grazer Abendblatt (Abendausgabe des Neuen Grazer Tagblattes) Jg. 30, Nr. 798 (22. November 1920) 3.

³⁹³ William H. *Hubbard*, Auf dem Weg zur Großstadt. Eine Sozialgeschichte der Stadt Graz 1850- 1914 (Wien 1984) 175.

³⁹⁴ Ebenda, 177- 178, 203.

³⁹⁵ Ebenda, 207.

nismus zwischen altem und neuem Mittelstand. Während die Großdeutschen ab 1919 immerhin noch mit Fizia den Grazer Vizebürgermeister stellen konnten, nahmen sie auf Landesebene bestenfalls die Rolle eines Trabanten der dominierenden Christlichsozialen ein, deren Parteichef Rintelen aus strategischen Gründen nicht daran interessiert war sie restlos zu inhalieren, wogegen die Beamten ohnedies Einspruch erhoben hätten.³⁹⁶

³⁹⁶ Vgl. Ableitinger, Erste Republik, 30.

Literaturverzeichnis

Primärliteratur

Öffentliche Archive

Österreichisches Staatsarchiv

- AVA, GdVP 2.
- AVA, GDVP 29.

Veröffentlichte Quellen

- Stenographische Berichte über die Sitzungen der steiermärkischen provisorischen Landesversammlung 1918-1919
- Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz (XXII. Jg., 1918).
- Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz (XXIII. Jg., 1919).
- Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz (XIV. Jg., 1920).
- Stenographische Protokolle über die Sitzungen der Konstituierenden Nationalversammlung der Republik Deutschösterreich, Bd. 1 (Wien 1919).

Zeitungen

- Grazer Tagblatt (Jg. 28, Jg. 29, Jg. 30; ab September 1919: Neues Grazer Tagblatt)
- Tagespost (Jg. 64, Jg. 65)
- Arbeiterwille (Jg. 29, Jg. 30, Jg. 31)
- Grazer Volksblatt (Jg. 50, Jg. 52)
- Neue Freie Presse (Jg. 1920)
- Welser Anzeiger (Jg. 65)

Sekundärliteratur

Darstellungen und Erinnerungen

- Alfred *Ableitinger*, Die Erste Republik- Erinnerung und Erfahrung. In: Alfred *Ableitinger*, Herwig *Hösele*, Wolfgang *Mantl* (Hg.), Die Landeshauptleute der Steiermark (Graz-Wien-Köln 2000).
- Jacob *Ahrer*, Erlebte Zeitgeschichte (Wien-Leipzig 1930).
- Gerhard *Botz*, Angestellte zwischen Sozialdemokratie und Nationalsozialismus. Zum gewerkschaftlichen und politischen Organisationsverhalten der Angestellten in Österreich 1900 bis 1933. In: Oswin *Martinek*, Josef *Cerny*, Josef *Weidenholzer* (Hg.), Arbeitswelt und Sozialstaat. Festschrift für Gerhard Weissenberg (Wien- München- Zürich 1980).
- John W. *Boyer*, Karl Lueger (1844- 1910). Christlichsoziale Politik als Beruf (Wien- Köln- Weimar 2010).

- Meinhard *Brunner*, Allgemeine politische und soziale Entwicklung von Graz 1850 bis 2003. In: Walter Brunner (Hg.), Geschichte der Stadt Graz. Lebensraum- Stadt- Verwaltung, Bd. 1 (Graz 2003).
- Alexander *Haas*, Die vergessene Bauernpartei. Der steirische Landbund und sein Einfluß auf die österreichische Politik 1918- 1934 (Graz 2000).
- Robert *Hinteregger*, Graz zwischen Wohlfahrtsausschuss und Räteherrschaft. In: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz. Bd. 7/8 (Graz 1975).
- Lothar *Höbelt*, Das nationale Lager in der Ersten Republik. In: Carinthia I. Zeitschrift für geschichtliche Landeskunde von Kärnten (Klagenfurt 1989).
- Lothar *Höbelt*, Deutschnationale- Nationaldemokraten- Großdeutsche- Bauernpartei. Das „nationale Lager“ 1918- 1922. In: Willibald Rosner, Gertrude Langer- Ostrawsky [Hg.], Niederösterreich 1918- 1922. Bd. 39 (St. Pölten 2007).
- Lothar *Höbelt*, Hochverräter aus Größenwahn oder Don Quxote von der Weinstraße? Vinzenz Malik- ein „Original“ der altösterreichischen Politik. In: In: Zeitschrift des historischen Vereins für Steiermark 93 (2002).
- Lothar *Höbelt*, Die deutsche Presselandschaft. In: Helmut *Rumpler*, Peter *Urbanitsch* (Hg.), Geschichte der Habsburgermonarchie 1848- 1918, Bd. 7 (Wien 2003).
- Lothar *Höbelt*, Kornblume und Kaiseradler. Die deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882- 1918 (München 1993).
- William H. *Hubbard*, Auf dem Weg zur Großstadt. Eine Sozialgeschichte der Stadt Graz 1850- 1914 (Wien 1984).
- Fritz *Kaufmann*, Sozialdemokratie in Österreich. Idee und Geschichte einer Partei. Von 1889 bis zur Gegenwart (Wien- München 1978).
- Robert *Kriechbaumer*, Die großen Erzählungen der Politik. Politische Kultur und Parteien in Österreich von der Jahrhundertwende bis 1945 (Wien- Köln- Weimar 2001).
- Hannes P. *Naschenweng*, Die Landeshauptleute der Steiermark 1236- 2002 (Graz 2002).
- Roman *Sandgruber*, Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart (Wien 1995).
- Michael *Schacherl*, 30 Jahre steirische Arbeiterbewegung (Graz 1931).
- Norbert *Schausberger*, Der Griff nach Österreich. Der Anschluß (Wien 1978).
- Richard *Voithofer*, Drum schließt euch frisch an Deutschland an...Die Großdeutsche Volkspartei in Salzburg 1920- 1936 (Wien- Köln- Weimar 2000).
- Andrew G. *Whiteside*, Georg Ritter von Schönerer. Alldeutschland und sein Prophet (Graz- Wien- Köln 1981).

Statistiken

- Wahlen für die konstituierende Nationalversammlung. 2. Statistische Ergebnisse in zergliederter Darstellung. In: Statistische Zentralkommission (Hg.), Beiträge zur Statistik der Republik Österreich (Wien 1920).
- Statistik der Landtagswahlen im Jahre 1919. In: Statistische Zentralkommission (Hg.), Beiträge zur Statistik der Republik Österreich (Wien 1920).
- Statistik der Nationalratswahlen des Jahres 1920. 1. Hauptergebnisse. In: Statistische Zentralkommission (Hg.), Beiträge zur Statistik der Republik Österreich (Wien 1921).
- Statistik der Nationalratswahlen des Jahres 1920. 2. Zergliederte Darstellung. In: Statistische Zentralkommission (Hg.), Beiträge zur Statistik der Republik Österreich (Wien 1921).

Abkürzungsverzeichnis

CNEL	=	Christlichnationale Einheitsliste
CS	=	Christlichsoziale Partei
DDP	=	Deutschdemokratische Partei
DK	=	Deutscharische Kriegsteilnehmer
DVEP	=	Deutschvölkische Einigungspartei
EV	=	Einigungsverband
GDVP	=	Großdeutsche Volkspartei
GR	=	Gemeinderat
JN	=	Jüdischnationale
KP	=	Kommunisten
ND	=	Nationaldemokraten
NR	=	Nationalrat
NS	=	Nationalsozialisten
OVP	=	Oststeirische Volkspartei
PDAV	=	Partei der deutschen Angestellten und Verbraucher
SDAP	=	Sozialdemokratische Arbeiterpartei
StBP	=	Steirische Bauernpartei

Zusammenfassung

Die bisher durch das Kurienwahlrecht bevorzugten steirischen Deutschnationalen aller Schattierungen sahen ihre Vorherrschaft durch die Einführung des Proportionalwahlrechtes in Bedrängnis geraten. Als Sammelpartei aller bürgerlichen steirischen Deutschnationalen wurde deshalb Ende November 1918 die „Deutschdemokratische Partei für Steiermark“ gegründet. Die wirtschaftlichen Folgewirkungen des Ersten Weltkrieges hatten die oftmals divergierenden Interessenlagen der deutschdemokratischen Kernklientel jedoch weiter verschärft.

Die Deutschdemokraten verkörperten in dieser wirtschaftlichen Notzeit den gewagten Versuch die Interessen von inflationsgeschädigten Beamten, Hausbesitzern, Gewerbetreibenden, Kaufleuten, freiberuflich tätigen Akademikern und der Industrie unter einem politischen Dach zu vereinen. Dieser programmatische Spagat konnte bis zur Wahl in die Konstituierende Nationalversammlung nur bewältigt werden, indem man die parteiintern schlummernden Konflikte zwischen Beamten und Hausbesitzern in der Frage des Mieterschutzes oder zwischen Beamten und Gewerbetreibenden in der Frage der Beibehaltung der Zentralenwirtschaft weitgehend unterdrückte.

Die Wahl in die Konstituierende Nationalversammlung am 16. Februar 1919 endete für die Deutschdemokraten ernüchternd, da es nur gelang Dr. Viktor Wutte ein Mandat im Grazer Wahlkreis zu verschaffen. Wutte war als Industrieller Gegenstand heftiger Polemiken von sozialdemokratischer Seite, die Aufschluss geben über den politischen Diskurs zwischen Deutschdemokraten und der organisierten Arbeiterbewegung. Als Folge dieser Wahlschlappe implodierte die Deutschdemokratische Partei. Die Hausbesitzer spalteten sich ab, ebenso die Beamtengruppe um Gargitter. Die Implosion der Deutschdemokraten in Graz zeigte auch Auswirkungen auf die Deutschdemokraten in der steirischen Provinz. Um sich von den Parteisplaltungen in Graz zu distanzieren, wurde in der Oststeiermark die „Oststeirische Volkspartei“ gegründet. Der bekannte Grazer Gewerbepolitiker Einspinner musste für die Landtagswahl notgedrungen in den oststeirischen Wahlkreis ausweichen und führte die „Oststeirische Volkspartei“ als Spitzenkandidat an. Auch die Deutschdemokraten in der Obersteiermark verselbständigten sich. Die Zersplitterung der Deutschdemokraten in mehrere Parteien, verschaffte der Steirischen Bauernpartei (Bauernbund) Leopold Stockers starken Auftrieb, der im mittelsteirischen Wahlkreis den deutschdemokratischen Landtagsabgeordneten Wastian zum Austritt aus seiner Partei bewog und ihn zum dortigen Spitzenkandidaten kürte.

Der steirische Industriellenverband gab seine vorbehaltlose finanzielle Wahlkampfunterstüt-

zung der Deutschdemokraten auf und begann seine Gelder im bürgerlichen Parteienspektrum breiter zu streuen.

Was folgte, war eine verstärkte Anlehnung zuerst der „Nationalen Mittelstandspartei“ als politischem Arm der Hausbesitzer und dann des Handels- und Gewerbetreibenden- Flügels der Deutschdemokraten an die Christlichsozialen. Diese Strategie glich einer politischen Selbstaufgabe und hatte zur Folge, dass ein Großteil der deutschdemokratischen Wähler zwar bei der Gemeinderatswahl für die christlichsozial- freiheitliche Einheitsliste votierte, bei der Landtagswahl aber vollends zu den Christlichsozialen überlief. In der Steiermark herrschte ein breites deutschnational- christlichsoziales Übergangsmilieu. Der spätere Finanzminister Weidenhoffer und die späteren Landeshauptleute Hans Paul und Alfred Gürtler kamen als prominente Beispiele aus der Deutschdemokratischen Partei und wechselten ins christlichsoziale Lager über. Rintelen verfolgte jedoch keine Inhalationsstrategie gegenüber den Deutschdemokraten, sondern betrachtete sie als potentiellen Koalitionspartner, um die strukturelle bürgerliche Mehrheit im steirischen Landtag je nach Bedarf zum Tragen zu bringen.

Im Grazer Gemeinderat gab es zwar nach der Wahl 1919 eine klare bürgerliche Mehrheit, allerdings waren die Christlichsozialen nicht bereit mit den Freiheitlichen einen gemeinsamen Klub zu bilden. Aus diesem Grund wurde Muchitsch später zum ersten sozialdemokratischen Bürgermeister gewählt. Fizia musste sich mit dem Amt des Vizebürgermeisters begnügen. Für mehr als ein Jahr erlahmte zum großen Teil die Tätigkeit der deutschdemokratischen Landespartei, dafür trat die Grazer Gemeindepolitik mit der latenten Schuldenkrise und dem weitverbreiteten Wohnungsmangel in den Mittelpunkt. Zu Jahresende wurde schließlich die „Großdeutsche Volkspartei für Steiermark“ gegründet, die einen Zusammenschluss des Bürgervereines mit den Alldeutschen und Deutschradikalen darstellte. Der Name dieser Landespartei ging schließlich auf jene Partei über, die von 1922- 1932 als kleiner Koalitionspartner der Christlichsozialen auf Bundesebene mitregierte.

Lebenslauf Christian Neubacher

Persönliche Daten: Geboren: 17.7.1984
Geburtsort: Leoben
Religion: röm. kath.
Staatsbürgerschaft: Österreich

Ausbildung: Seit Oktober 2005: Student der Geschichtswissenschaften an der Universität Wien; zuvor 3 Semester Jus und 1 Semester Russisch

Matura: 2003

- mit ausgezeichnetem Erfolg
- Fachbereichsarbeit in Geschichte zum Thema „Imperialismus“

Schulen: Gymnasium Admont: 1997-2003
(Stiftsgymnasium der Benediktiner)
Hauptschule Trieben: 1995-1997
Volksschule Trieben: 1991-1995
Vorschule Trieben: 1990-1991

Berufserfahrung: 2009: Call- Center Mitarbeiter der Medianet AG
2008: Ferialpraktikum bei der Gemeinde Graz (Rathaus)
2006: Ausbildung bei OVB
2001-2004: Ferialpraktika bei der MACO- Produktions GmbH
(Werk Trieben)

Sonstiges: - 2003-2004: Präsenzdienst beim Fliegerabwehrregiment 2 in Aigen/Ennstal, Beförderung zum Gefreiten

Interessen: Zeitgeschichte, Literatur, Mode, Musik, Film

Fremdsprachen: Englisch (fließend), Französisch